48. Jahrgang 2000 / 1. Heft / Januar ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS-PETER SCHWARZ
Fragen an das 20. Jahrhundert

PHILIPP HEYDE
Frankreich und das Ende der Reparationen 1930–1932

WOLF GRUNER
Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen

CHRISTOPHER OESTEREICH
Umstrittene Selbstdarstellung.
Der deutsche Beitrag zur Weltausstellung in Brüssel 1958

DOKUMENTATION
Chruschtschow und der Mauerbau
(Bernd Bonwetsch/Alexei Filitow)

OLDENBOURG

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27,
E-mail: vfz@ifz-muenchen.de

48. Jahrgang | Heft 1 | Januar 2000

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans-Peter Schwarz — Fragen an das 20. Jahrhundert 1

Philipp Heyde — Frankreich und das Ende der Reparationen. Das Scheitern der französischen Stabilisierungskonzepte in der Weltwirtschaftskrise 1930–1932 37

Wolf Gruner — Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941 75

Christopher Oestereich — Umstrittene Selbstdarstellung. Der deutsche Beitrag zur Weltausstellung in Brüssel 1958 127

DOKUMENTATION

Bernd Bonwetsch/ Alexei Filitow — Chruschtschow und der Mauerbau. Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. August 1961 155

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NOTIZEN

Obersalzberg – Orts- und Zeitgeschichte. Eine ständige Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte in Berchtesgaden *(Horst Möller)* 199

http://www.ifz-muenchen.de. Das Institut für Zeitgeschichte im Internet 207

ABSTRACTS 209

MITARBEITER DIESES HEFTES 211

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet:
http://www.vierteljahrshefte.de
Redaktion: http://www.ifz-muenchen.de

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 2000 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Ulrike Staudinger.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.
Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 PresseG i. V. m. Art. 2 Abs. 1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an:
Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die R. Oldenbourg GmbH & Co. KG, ebenfalls unter der gleichen Anschrift.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 101,– (DM 85,– + DM 16,– Versandspesen); Ausland DM 107,– (DM 85,– + DM 22,– Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 82,– (DM 66,– + DM 16,– Versandspesen); Einzelheft DM 29,– zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis × 7,3 = öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 aberundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis × 0,86 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 58,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:
Vandenhoeck & Ruprecht: *Kritische Studien*
Oldenbourg: *Schriftenreihe Friedrich-Ebert-Gedenkstätte*

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-PETER SCHWARZ

FRAGEN AN DAS 20. JAHRHUNDERT

„Es ist mit der Geschichte wie mit der Natur, wie mit allem Profunden, es sei vergangen, gegenwärtig oder zukünftig: je tiefer man ernstlich eindringt, desto schwierigere Probleme tun sich hervor." Diese Feststellung Goethes[1] drängt sich auch beim Rückblick auf das 20. Jahrhundert auf. Historiker, Politologen, Soziologen und Ökonomen, Philosophen und zahllose Publizisten haben schon früh Gesamtdarstellungen, Einzelstudien und theoretische Erklärungsversuche vorgelegt. Von ihren Verlegern angespornt, brachten Historiker seit den sechziger Jahren zunehmend den Mut zur Gesamtdarstellung und Gesamtbewertung auf[2], und seit den siebziger Jahren war überhaupt kein Halten mehr[3]. Die unvorhergesehene Zäsur der Jahre 1989/91 erinnerte allerdings daran, wie zurückhaltend man mit vorzeitigen Bilanzierungen sein sollte. Ohnehin weiß jeder Historiker, daß sich bei zunehmendem Abstand zu zeitgeschichtlichen Epochen die Perspektiven stark verändern. Vorgänge, Trends oder Persönlichkeiten, die den Zeitgenossen häufig überragend wichtig erschienen, werden relativiert, während manches, was anfänglich wenig beachtet wurde, nunmehr

[1] Goethes Werke, Hamburger Ausgabe in 14 Bänden, Bd. XII: Schriften zur Kunst, Schriften zur Literatur, Maximen und Reflexionen, Hamburg ²1956, S. 396.

[2] Golo Mann gab dem 1960 von ihm herausgegebenen Band IX der Propyläen Weltgeschichte bereits den Titel „Das zwanzigste Jahrhundert", macht aber freilich im Vorwort darauf aufmerksam, tatsächlich werde hier nur die Geschichte bis 1945 behandelt, denn im Sommer 1945 beginne „eine neue Epoche in der Menschheitsgeschichte". Um die „alte Fangfrage" zu vermeiden, wo „Geschichte" aufhört und wo die „Gegenwart" beginnt (S. 12), wurde ein Band X mit dem unscharfen Titel konzipiert „Die Welt von heute". Andere verfuhren ähnlich. Die beiden ersten einschlägigen Bände der Fischer Weltgeschichte „Das zwanzigste Jahrhundert" sind noch chronologisch eingegrenzt („Das zwanzigste Jahrhundert I, 1918–1945, hrsg. von Robert A. Parker, Frankfurt a. M. 1967; „Das zwanzigste Jahrhundert II. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945–1982, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Frankfurt a. M. 1983), doch der letzte Band ist „open-ended" angelegt (Weltprobleme zwischen den Machtblöcken, Das zwanzigste Jahrhundert III, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Frankfurt a. M. 1981).

[3] Neueste Darstellungen mit dem Anspruch einer Gesamtschau, auf die im folgenden partiell eingegangen wird, sind: The Oxford History of the Twentieth Century, hrsg. von Michael Howard und William Roger Louis, Oxford 1998; Dan Diner, Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, München 1999; Gabriel Jackson, Zivilisation und Barbarei. Europa im 20. Jahrhundert, Leipzig 1999; Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München ²1999 (Erstausgabe 1994); John Lukacs, The End of the Twentieth Century and the End of the Modern Age, New York 1993; J. M. Roberts, Twentieth Century. A History of the World, 1901 to the Present, London 1999; vgl. auch Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sehr bedeutsam erscheint. Der Historiker ist somit gut beraten, wenn er das vorschnelle Bilanzieren anderen überläßt. Besser, er hält es mit Goethe und beschränkt sich vorerst aufs Fragen.

In diesem Geist ist die folgende Skizze verfaßt. Aus der Fülle denkbarer Fragen an das 20. Jahrhundert sind nur wenige herausgegriffen, die besonders interessant erscheinen.

Das 20. Jahrhundert – eine weltgeschichtliche Epoche?

Jahrhundertbetrachtungen, wie sie nunmehr glücklich hinter uns liegen, sind durch Unschärfe gekennzeichnet. Hohe Amtsträger in den Silvesteransprachen, Feuilletonisten oder Volkserzieher zeigen wenig Hemmungen, ein endgültig abgeschlossenes Jahrhundert als epochale Einheit zu begreifen. Der Historiker registriert dies eher so skeptisch wie seinerzeit Benedetto Croce, der in einem seiner Alterswerke vor einer Art „Personifizierung" ganzer Jahrhunderte gewarnt hat: „Es geschieht sogar, daß man die numerisch bestimmten ‚Jahrhunderte' personifiziert und ihr Wesen und ihre Wirkung aus dieser Personifizierung ableitet und daß sich hieraus Kontroversen ergeben, die nicht des Lächerlichen entbehren, wie das Beispiel der Bezeichnung Finde-Siècle, das zu Ende des 19. Jahrhunderts in Mode kam."[4]

Dennoch haben sich in den vergangenen Jahrzehnten angesehene Historiker wieder und wieder bemüht, doch so etwas wie eine innere Einheit im Chaos zu erkennen. Dies völlig zu Recht. Eine der Hauptaufgaben der Zeitgeschichtsforschung (und der parallel dazu arbeitenden Politischen Wissenschaft) besteht darin, die durchweg konfusen zeitgenössischen Informationsmassen, die täglich, wöchentlich, monatlich und jährlich anfallen, mit ersten systematischen, objektiven Analysen zu durchdringen[5].

Selbstverständlich zeigt jede genauere Analyse, daß dabei an der starren chronologischen Zäsur der Jahresschwelle 1900 nicht festgehalten werden darf. Karl Dietrich Bracher, der wie wenige andere über das Thema nachgedacht hat, diskutiert folgerichtig in einem großen ersten Teil seiner als Geschichte politischen Denkens im

[4] Benedetto Croce, Die Geschichte als Gedanke und als Tat, Bern 1944, S. 442.

[5] So W. N. Medlicott, in: A Readers Guide to Contemporary History, hrsg. von Bernard Krikler und Walter Laqueur, London 1972, S. 11. Eine der wichtigsten ersten Orientierungsleistungen in dieser Hinsicht waren im vergangenen Jahrhundert die „Jahrbücher". Kein geringerer als der Universalhistoriker Arnold Toynbee hat lange Zeit für Chatham House den „Survey of International Affairs" herausgegeben und teilweise selbst geschrieben. Das Werk deckt die Jahre 1920 bis 1962 ab. Ähnlich verdienstvoll ist das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebene „Jahrbuch Internationale Politik", bisher für die Jahre 1955–1994. Diese und andere Jahrbuchreihen sind heute auch schon aufschlußreiche Quellen zum Studium des Perspektivenwechsels zeitgenössischer Interpretation der Universalgeschichte im 20. Jahrhundert. Zum „Survey" siehe Donald C. Watt, Contemporary History and „The Survey of International Affairs", in: Roger Morgan (Hrsg.), The Study of International Affairs. Essays in the Honour of Kenneth Younger, London 1972, S. 103–135, zu den Jahrbüchern Internationale Politik siehe Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972, München 1999, S. 103–120.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

20. Jahrhundert konzipierten Monographie „Zeit der Ideologien" verschiedenste Ideenkreise und Tendenzen, die sich im Fin-de-Siècle kristallisieren und weit ins 19. und 18. Jahrhundert zurückreichen. Ähnlich hat der britische Historiker Geoffrey Barraclough aus der Sicht Mitte der sechziger Jahre argumentiert, so etwa um 1890 habe eine völlig neue historische Ära begonnen[6].

Viele andere sehen das genauso. Zusehends ungebremster Imperialismus der Großmächte Europas, der USA und Japans, moussierende Unruhe in den Künsten, Revolutionierung des Verkehrswesens und der Informationssysteme – dies und manches andere setzt bereits in dem Vierteljahrhundert vor dem Kriegsausbruch 1914 ein[7].

Bekannt sind die spekulativen Bilder und Metaphern, mit denen die Brüder Adams um die Jahrhundertwende das Tempo des technologisch-naturwissenschaftlichen Fortschritts zu erfassen suchten. Henry Adams meinte, in Technik, Ökonomie und internationaler Politik ein „Gesetz der Beschleunigung" entdeckt zu haben[8]. Seine Prognosen sind schon lange in Erfüllung gegangen. „Der neue Amerikaner", so schrieb er, „der Sohn unberechenbarer Kohlenkraft, chemischer Kraft, elektrischer Kraft und strahlender Energie wie auch neuer, noch unbekannter Kräfte" würde im Jahr 2000 „eine Art Gott sein im Vergleich zu anderen, früheren Schöpfungen der Natur"[9].

Damals, im Jahr der Pariser Weltausstellung von 1900, beschäftigte vor allem die Elektrizität die Phantasie der Menschen. Sie diente als Metapher für den technisch-zivilisatorischen Fortschritt. 1930 liest man bei dem Schriftsteller Paul Morand (Jahrgang 1888): Die Elektrizität war „die Religion von 1900"[10]. Und Gustave le Bon schreibt fast zur gleichen Zeit in der „Psychologie des foules", die Epoche sei einer jener kritischen Momente, in dem sich der Menschengeist im Prozeß der Transformation befinde. Vor allem zwei Faktoren seien dafür ursächlich: die Zerstörung der Glaubensüberzeugungen (religiöse, politische, gesellschaftliche) und die Entwicklung völlig neuer Denkweisen, Resultat der modernen Entdeckungen im Bereich der Wissenschaften und der Technik. Da alte und neue Ideen miteinander ringen, sei die Gegenwart „eine Phase des Übergangs und der Anarchie"[11].

---

[6] Vgl. Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982; Geoffrey Barraclough, An Introduction to Contemporary History, London 1966, S. 12–18.

[7] Entwicklungstendenzen und Stimmung des Fin-de-Siècle faszinieren die Historiographie schon seit Jahrzehnten. Die neueste Deutung aus Sicht des Schwellenjahrs 1999 gibt Klaus Hildebrand, 1900. Was das 19. Jahrhundert alles brachte, oder: Die gute neue Zeit, in: Lothar Gall (Hrsg.), Das Jahrtausend im Spiegel der Jahrhundertwenden, Berlin 1999, S. 344–378.

[8] Henry Adams, Die Erziehung des Henry Adams. Von ihm selbst erzählt, Zürich 1953 (Erstdruck 1907), S. 780. Gerhard Schulz arbeitet in seiner „Einführung in die Zeitgeschichte", Darmstadt 1992, S. 40ff. einleuchtend heraus, daß das „Gesetz der Beschleunigung", unter dem die Gegenwart steht, für die Geschichtsschreibung der Epochen seit Mitte des 19. Jahrhunderts, und nicht allein für diese, völlig andere Bedingungen schafft als für die Erforschung vorhergehender Zeiten.

[9] Adams, Erziehung, S. 778.

[10] Paul Morand, 1900, in: Ders., Oeuvres, Paris 1941, S. 352, zit. nach: Christophe Prochasson, Les années électriques, 1880–1910, Paris 1991, S. 7.

[11] Gustave Le Bon, Psychologie des foules, Paris 1981 (Erstausgabe 1895), S. 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wo liegen die Zäsuren und die Deutungsachsen?

Wenig Streit herrscht unter Historikern auch darüber, im Jahr 1914 die große Zäsur zu erkennen. Dazu bedarf es freilich keines ausgeprägten Scharfsinns. Die Forschung beleuchtet damit auf ihre Weise nur die Erfahrungen der Zeitgenossen. So schrieb etwa der französische Historiker Maurice Baumont in seiner umfassenden Darstellung zur Geschichte der Zwischenkriegszeit, der Krieg habe eine wahre Revolutionierung der Wirtschaft, der Gesellschaft, auch im Staatensystem herbeigeführt[12].

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges läßt sich eine weitere, spezielle Zäsur erkennen: das Jahr 1917, in dem zwei Vorgänge beginnen, die von nun an den Gang der europäischen Geschichte stark bestimmen – Kriegseintritt der USA und Oktoberrevolution. Deshalb schrieb Hans Rothfels in dem später vielzitierten Geleitwort zum 1. Jahrgang der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (1953): „Der Begriff von Zeitgeschichte in dem Sinne, wie ihr die Vierteljahrshefte dienen wollen, beruht demnach auf der Ansicht, daß etwa mit den Jahren 1917/18 eine neue universalgeschichtliche Epoche sich abzuzeichnen begonnen hat."[13] Dementsprechend hat auch Karl Dietrich Bracher sein grundlegendes Werk zur europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert „Europa in der Krise" im Jahr 1917 einsetzen lassen[14].

Die meisten Autoren halten aber an der Zäsur 1914 fest. Als das sowjetische Imperium 1989 zusammenbrach, war es somit naheliegend, den Begriff „Das kurze 20. Jahrhundert" (1914–1989) zu prägen. Damit war zugleich die Auseinandersetzung zwischen dem totalitären Sowjetreich und den westlichen Demokratien als Hauptthema des 20. Jahrhunderts bestimmt – die „Achse" des Jahrhunderts, wie man da und dort lesen kann.

In dieser Sicht ist der Erste Weltkrieg die „Urkatastrophe dieses Jahrhunderts" (George Kennan)[15], von der alles seinen Ausgang nimmt: die Oktoberrevolution mit der Herrschaft Lenins und Stalins, der Kollaps der Monarchien in Mitteleuropa, Gründung und Scheitern der Weimarer Republik, der italienische Faschismus, in starkem Maß getragen von geistig und sozial deroutierten Kriegsteilnehmern, und der deutsche Nationalsozialismus, aufgepeitscht und organisiert von dem Frontsoldaten Adolf Hitler, „die deutsche Katastrophe" der Jahre 1933 bis 1945 (Friedrich Meinecke)[16], die Teilung Deutschlands mit fünfundvierzig Jahre andauernder Präsenz amerikanischer und sowjetischer Armeen in der Mitte Europas, der Kalte Krieg und die Erschütterung der Kolonialreiche. So gesehen beseitigten erst der Rückzug der

[12] Vgl. Maurice Baumont, La Faillite de la Paix (1918–1939), 1. Bd., Paris [5]1967/68, S. 1.

[13] Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 6.

[14] Vgl. Karl Dietrich Bracher, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt a. M. 1979.

[15] George F. Kennan, Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung, Frankfurt a. M. 1981, S. 12.

[16] Vgl. Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Roten Armee aus Mitteleuropa, die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Wiedererrichtung der Demokratien in Ostmitteleuropa und in Teilen des Balkans die Spätfolgen des Ersten Weltkrieges.

In dieser Hinsicht ist also der Kalte Krieg zwischen den Demokratien und der Sowjetunion die eigentliche Achse, um welche die politische Geschichte des Jahrhunderts rotiert – eine Dauerkrise, die bis Mitte der achtziger Jahre zur begründeten Sorge Anlaß gibt, ob sie in eine neue Kriegskatastrophe einmünden würde.

Doch in den Ersten Weltkrieg fällt ja nicht nur die Oktoberrevolution mit der Folge des Systemgegensatzes zwischen den kapitalistischen Demokratien und den kommunistischen Regimen. Auch andere Totalitarismen entstehen aus den Folgen des Ersten Weltkrieges: italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus gleicherweise.

Karl Dietrich Bracher hat in seiner schon erwähnten Untersuchung „Europa in der Krise", die gleichzeitig struktur- und prozeßanalytisch konzipiert ist, den Gesamtvorgang der Erschütterung Europas seit dem Ersten Weltkrieg zwar auch als Krise aufgefaßt, wobei er aber in geboten multikausalem Ansatz ein umfassenderes Bündel von Ursachen und von Konfliktlinien diagnostiziert:

(1) Krise, Bedrohung und Zusammenbruch verschiedenster demokratischer Systeme infolge sozialer Spannungen und antidemokratischer Ideologien, doch auch Selbstbehauptung und Reform der Demokratien;
(2) Imperialismus aller Großmächte, am gewaltsamsten derjenige der Deutschen, der Italiener, der Japaner und der Sowjetunion, damit zugleich aber auch Krise und Auflösung der europäischen Imperien;
(3) Aufstieg der USA in die Führungsposition der Demokratien, wobei Amerika seit 1945 zur letztlich entscheidenden Großmacht im westlichen Europa wird, die Sowjetunion östlich des „Eisernen Vorhangs";
(4) Nationalismus als die wohl stärkste Triebkraft des Imperialismus der europäischen Mächte und Japans, aber ebenso bei der Gründung neuer Staaten und im Prozeß der Dekolonisierung.

In diesem differenzierten Konzept aus der Sicht Mitte der siebziger Jahre werden drei weltgeschichtliche Antworten auf die Krise der Modernität diagnostiziert: der Marxismus sowjetischer Observanz, die liberale Demokratie und das Ensemble von italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus. Doch dieser säkulare Gegensatz zwischen freiheitlichen und unfreien Systemen weist vor dem Jahr 1945 eine hochkomplizierte Struktur auf. Die Sowjetunion seit 1917, Italien unter Mussolini und das nationalsozialistische Deutschland verstehen sich einerseits als Träger neuer, revolutionärer politischer Ordnungen, sie sind aber andererseits zugleich die Erben der zaristischen, italienischen und deutschen Großmacht mit Großmachtambitionen in einem polyzentrischen Staatensystem. Auch auf seiten der westlichen Verfassungsstaaten treten ideologische Prinzipienpolitik zu militärstrategischen und genuin nationalstaatlichen Zielen in ein schwer lösbares Spannungsverhältnis; dasselbe gilt für das Deutschland Adolf Hitlers und die Sowjetunion Stalins. Dies erklärt die ideologisch widersprüchlichen Verbindungen der Jahre 1939/41 und 1941/45,

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Hitler-Stalin-Pakt und die Große Allianz. Es erklärt auch, weshalb der bei vielen so beliebte Begriff des „Weltbürgerkriegs" oder des „europäischen Bürgerkriegs" die Vorgänge nur partiell erfaßt, somit eher verzeichnet[17].

Bracher hat in seinem Konzept von Mitte der siebziger Jahre auch die gleichfalls mit dem Kalten Krieg verbundene Auseinandersetzung in Übersee erfaßt, also die Dekolonisierung, die spätkolonialen Kriege, die Staatsgründungen, die Einbeziehung der sogenannten „Dritten Welt" in den Ost-West-Konflikt und die Versuche vieler der jungen Staaten, sich herauszuhalten oder davon zu profitieren.

In dieser Perspektive erkennt man eine ganze Abfolge mehr oder weniger tiefer Zäsuren: 1917, 1933, 1939, 1941, 1945, 1947, 1956, 1960. 1933 ist das Jahr, in dem sich neben der Sowjetunion in Deutschland ein weiteres mächtiges, in das bisherige Staatensystem nicht mehr integrierbares totalitäres Regime etabliert. 1939 und 1941 vollziehen sich zwei unerwartete Vorgänge, zuerst – vom August 1939 bis Juni 1941 – ein bedingtes weltpolitisches Zusammenrücken der verfeindeten totalitären Regime, 1941 bis 1945 die Kooperation der westlichen Demokratien und der Sowjetunion in der gleichfalls sehr heterogenen Großen Allianz. Nach 1945, im Ost-West-Konflikt, vereinfacht sich der grundlegende ideologische Konflikt zwischen Demokratien und totalitären Systemen. Allerdings ergeben sich nach der Installierung des chinesischen Kommunismus und aufgrund der jugoslawischen Häresie alsbald neue, komplizierte Konfliktlinien. 1947 kommt auch mit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans die Dekolonisierung in Gang, wobei 1956 (Suez) einen weiteren Einschnitt bildet. Somit zeigt sich bald ein schwer zu entwirrendes Ineinander des Kalten Kriegs mit dem Aufbruch in Übersee zur nationalen Selbstbestimmung.

Wir haben Brachers Ansatz etwas ausführlicher dargestellt, da er an systematischer und begrifflicher Klarheit für viele spätere Gesamtdeutungen maßgeblich geworden ist[18]. Bei ihm sind auch Überlegungen vorweggenommen, die nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus in verschiedene Darstellungen Eingang gefunden haben: die globale Auseinandersetzung zwischen Demokratien und totalitären Regimen als wichtigste „Deutungsachse" (Dan Diner) für ein Verstehen des Jahrhunderts[19], daneben, als eine Art zweite Achse, um die sich vieles drehte, vom Zwei-

[17] Der Terminus „Weltbürgerkrieg" hat eine lange Geschichte. Schon 1959 veröffentlichte Hanno Kesting eine Studie mit dem Titel „Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg", Heidelberg 1959. Margret Boveris vierbändige Monographie „Der Verrat im 20. Jahrhundert", Hamburg 1956–1960, interpretierte die Loyalitätskonflikte im Innern der Staaten durchweg mit Hilfe der dialektischen Kategorien „Nation" und „latenter Bürgerkrieg" bzw. „Patriotismus" versus Orientierung hin auf überstaatliche Ideologien. Auf seine Weise aufgegriffen hat dies Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a. M. ^{5}1997.

[18] So z. B. Klaus Hornung, Das totalitäre Zeitalter. Bilanz des 20. Jahrhunderts, Berlin 1993; siehe auch den Sammelband von Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf 1987.

[19] Diner, Das Jahrhundert verstehen, S. 12; ähnlich auch Jackson, Zivilisation und Barbarei, S. 515–527.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Weltkrieg beschleunigt und vom Ost-West-Konflikt partiell überlagert, „der Prozeß von Entkolonialisierung und Emanzipation" in Asien, im Nahen Osten und in Afrika[20].

Der moderne Nationalismus – übergreifende Epochensignatur des 19. und des 20. Jahrhunderts?

Bei Durchsicht der überreichen Literatur zur Lage nach dem Umbruch 1989/91 lassen sich weitere Differenzierungen erkennen, welche doch die Frage aufwerfen, ob das 20. Jahrhundert tatsächlich allein als „kurzes Jahrhundert" begriffen werden kann. Dan Diner beispielsweise lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß schon während des Umbruchs und seither die „traditionellen Konfliktlinien des 19. Jahrhunderts"[21] wieder sichtbar geworden sind: die Nachwirkungen der Orientalischen Frage auf dem Balkan, im östlichen Mittelmeer, im kaukasischen Raum oder in Zentralasien. Dabei führt er breit und recht überzeugend aus, daß schon in der wirren Periode von 1914 bis 1945 doch auch ältere ethnische und imperiale Auseinandersetzungen neben dem Kampf der Ideologien eine Art zweiter „Achse" der Konflikte gebildet hätten.

Ein anderer Historiker, John Lukacs, hat – gleichfalls schon nach dem Umbruch der Jahre 1989/91 – mit Nachdruck die These verfochten, die stärkste Kraft im 20. Jahrhundert sei nicht der Kommunismus, sondern der Nationalismus gewesen[22]. Vor allem Lukacs ist der Auffassung, daß die Kräfte des Nationalismus die Welt von morgen in den Zerfallszonen der einstigen Imperien weiter bestimmen werden.

Wer im Nationalismus eine der Triebkräfte des Jahrhunderts diagnostiziert, befindet sich bekanntlich in zahlreicher Gesellschaft. „Insbesondere sind Sozialismus und Nationalismus die beiden großen Mühlsteine, zwischen denen der Fortschritt die Reste der Welt und endlich sich selbst zermalmt", diagnostizierte beispielsweise Ernst Jünger im Jahre 1930 den weltpolitischen Vorgang[23]. Daß diese Kombination im Fall des deutschen Nationalsozialismus in der Tat „die Reste der alten Welt und endlich sich selbst zermalmt" hat, ist unstrittig. Ob auch der Sozialismus in seinen totalitären Ausprägungen zu diesen Kräften gehörte, wurde von vielen lange bezweifelt. Jedenfalls findet man sich immer, wenn der Faktor Nationalismus ins Blickfeld gerät, im Panorama des 20. Jahrhunderts, aber zugleich in dem des neunzehnten. Goethes wohlbekanntes Diktum im „Faust" für das 17. und 18. Jahrhundert „Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen", läßt sich fürs 19. und fürs 20. Jahrhundert wie folgt variieren: „Nationalismus, Imperialismus und Militarismus – dreieinig sind sie, nicht zu trennen".

---

[20] Bracher, Europa in der Krise, S. 399.

[21] Diner, Das Jahrhundert verstehen, S. 12.

[22] Vgl. Lukacs, The End of the Twentieth Century, S. 4.

[23] Ernst Jünger, Die Totale Mobilmachung, in: Ders., Sämtliche Werke, Bd. 7, Stuttgart 1980, (Erstdruck 1930), S. 141.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter denen, die darauf hinweisen, hat George F. Kennan mit die subtilsten Analysen vorgelegt. Seine beiden profunden Untersuchungen zur französisch-russischen Allianz als eine der „Hauptkomponenten", aus denen sich der Erste Weltkrieg entwickelte[24], sind ein einziges Plädoyer dafür, bei der Analyse des 20. Jahrhunderts nicht an der künstlichen chronologischen Zäsur 1900 stehenzubleiben. Genauso wohlbekannt sind weitere Beweggründe der Katastrophen: Sozialdarwinismus, Rassismus, die Modernisierungskrisen und die Klassenkampfideologie.

Wird das Paradigma „Katastrophenzeitalter" für die Epoche von 1914 bis 1945 Bestand haben?

Daß die Jahre 1914 bis 1945 ein Katastrophenzeitalter (Eric Hobsbawm)[25] waren, wird historisch nicht bestritten, und die Katastrophenursachen sind bereits gründlich erforscht. Überhaupt ist keine Epoche historisch so gut untersucht wie die Jahrzehnte zwischen 1914 und 1945. Kriegsgeschichtsschreibung zum Ersten und zum Zweiten Weltkrieg, NS-Forschung, Faschismusforschung, Untersuchungen zur Revolutionsgeschichte und zu den ersten Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft unter Lenin und Stalin, Arbeiten über die fernöstlichen Krisenzonen oder über die USA von Theodore Roosevelt bis Franklin Delano Roosevelt – die Quellen, Monographien und Aufsätze füllen ganze Bibliotheken. Allein die neueste, durch Systematik, Perspektivenreichtum und abgewogenes Urteil gleicherweise ausgezeichnete Darstellung des Forschungsstands zum Thema „Europa zwischen den Weltkriegen" aus der Feder Horst Möllers diskutiert 1059 durchweg gewichtige Titel[26].

Die Faktorenanalysen und die Darstellungen der Einzelvorgänge differenzieren sich mehr und mehr, Einseitigkeiten der Betrachtungsweisen werden korrigiert, und vielfach zeichnen sich bereits Felder weitgehender Übereinstimmung ab. Das schon früh fixierte Gesamtbild bleibt: es war eine Katastrophenepoche, selbst für Staaten, die dem Schicksal harter Diktatur, der Besetzung, des Massenmordes, der Zerstörung und dem Verlust jahrhundertealter Städte und Siedlungsgebiete knapp entgangen sind wie Großbritannien oder die glücklich verschonten Neutralen.

Doch eben die Frage, weshalb parlamentarische Regierungsweise und rechtsstaatliche Zivilisiertheit in Staaten wie Deutschland, Italien, Spanien oder Rußland zusammenbrachen, in anderen trotz der Katastrophe nicht, ist von größtem historischem Interesse.

Dasselbe gilt für die recht unterschiedlichen politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Längst hat die ursprünglich allein mit den deutschen Fehlentwicklungen und Abstürzen befaßte „Sonderwegs"-Diskussion einer komparatistischen Betrachtungsweise Platz gemacht. Es ist wohl richtiger, von einem „deutschen Eigen-

[24] Vgl. Kennan, Bismarcks europäisches System, S. 14.
[25] Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 20.
[26] Vgl. Horst Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weg" (Klaus Hildebrand)[27] zu sprechen. Großbritannien und Frankreich, Spanien und Italien, Deutschland, Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, die Staaten auf dem Balkan, die Türkei, die noch einmal davongekommenen europäischen Neutralen, die USA – wohin sich der Blick wendet, entdeckt er eine ganze Abfolge von Eigenwegen. Viele Gemeinsamkeiten der Bedingung, der Reaktionen auf die Kriege, Kriegsfolgen und Wirtschaftskrisen, gewiß, doch ebenso autogene, allein ideographisch verständliche Besonderheiten.

Verlagert man die Analyse auf sehr hohe Ebenen der Abstraktion, so lassen sich als Hauptgründe für das Scheitern der Neuordnung von 1919 benennen: mangelnde Legitimität der inneren Ordnung vor allem bei den Besiegten (Deutschland, Österreich, Ungarn, Türkei und andere), aber auch bei dem siegreichen Italien; mangelnde Legitimität der internationalen Ordnung[28]; „improvisierte Demokratien" (Theodor Eschenburg)[29] in Mitteleuropa; Polarisierung an allen Ecken und Enden, auch: Abwesenheit einer demokratischen Supermacht wie später die USA, die unter den zerstrittenen Europäern für vernünftiges Zusammenleben gesorgt hätte.

Daß, warum und wie 1939 die zweite europäische Zivilisationskatastrophe ausgelöst wurde, ist inzwischen gründlich ausgeleuchtet. Dabei haben die Forscher auch wieder und wieder die Anpassungsschwierigkeiten und chaotischen Entwicklungen im gesamten Staatensystem herausgearbeitet, welche trotz der traumatischen Erfahrungen zwischen 1914 und 1918 neue Kriege zumindest ebenso möglich machten wie eine dauerhaft friedliche Entwicklung.

Krisenbewußtsein und Polarisierung waren doch wohl entscheidende Epochensignaturen. Dabei erfaßt die schon erwähnte Beobachtung Le Bons, die Krise sei das Resultat zerstörter Glaubensüberzeugungen (religiös, politisch, gesellschaftlich) gewesen, nur einen Teilaspekt. Im ehemals christlichen Europa war das 20. Jahrhundert nicht allein ein Zeitalter des Glaubenszerfalls. Es war vor allem auch ein Zeitalter der Glaubenskriege. Die von sich steigernder Gewaltsamkeit gekennzeichneten Konflikte in den großen und kleineren Staaten der Zwischenkriegszeit, das titanische Ringen im Zweiten Weltkrieg und die vergleichbar kritischen Auseinandersetzungen im ersten Jahrzehnt des Kalten Krieges können durchaus als Polarisierung zwischen den Anhängern gegensätzlicher Glaubensüberzeugungen begriffen werden. Als der agnostische Liberale Raymond Aron 1944 im London der Kriegszeit in der Zeitschrift

---

[27] Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995, S. 894. Zum Stand der Sonderwegs-Diskussion zu Beginn der achtziger Jahre siehe Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?, in: Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München 1982. In affirmativem Sinne wurde die Thematik breit entfaltet von Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

[28] Vgl. Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, S. 169.

[29] So der Titel von Theodor Eschenburg, Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963. Die beste Darstellung der Demokratiekrise in Mitteleuropa ist nach wie vor Karl J. Newman, Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie. Europa 1918–1938, Stuttgart [2]1984.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„La France Libre" die zeitgenössischen Totalitarismen als „religions séculaires" bezeichnete[30], war er noch ein einzelner. Heute wächst auch unter Historikern die Neigung, die totalitären Bewegungen als „Säkularreligionen" zu begreifen[31].

Wenn in den totalitären Systemen „tyrannies modernes" gesehen werden, auch dies ein Terminus Raymond Arons[32], so trifft diese Unterstreichung des zwangscharakters dieser Herrschaftsordnungen gewiß zu. Aber ohne die Glaubensüberzeugung vieler Anhänger sind die nationalsozialistischen und faschistischen Bewegungen, doch auch der Kommunismus, nicht voll verständlich.

Es wäre jedoch verkehrt, nur die Totalitären als Gläubige jener Zeitspanne zu begreifen. Die Jahrzehnte vom Ende der Ersten Weltkriegs bis zum Ende des Korea-Krieges im Sommer 1953 lassen sich mit einem ausgedehnten Schlachtfeld nach dem Vorbild der Bataillen im Dreißigjährigen Krieg vergleichen, auf dem sich größere oder kleinere, siegessichere oder entmutigte Heerhaufen, vielfach durchaus gläubige Leute, um die Fahnen scharen, auf die sie schwören, ermutigt von Intellektuellen, die nach Art von Feldgeistlichen die jeweilige Legitimität ihrer Sache verkünden: Liberale und demokratische Sozialisten, demokratische Linkskatholiken oder konservativ-autoritäre Katholiken, demokratische oder autoritäre Protestanten, Monarchisten, Kommunisten und kleinere Sektiererscharen von konservativen Revolutionären oder Trotzkisten.

Wie in den Heeren der Barockzeit finden sich auch hier jede Menge von Opportunisten oder nur widerwilliger Soldaten. Manche desertieren, und viele kämpfen nur deshalb, weil sie bei Entfernung von der eigenen Truppe hilflos erschlagen würden. Vergleichbar ist auch die Bereitschaft der Heerführer, mitten in der Bataille neue, oft absurd erscheinende Allianzen einzugehen: Monarchisten oder Nationalkonservative verbünden sich mit Nationalsozialisten oder Faschisten, wobei manche von ihnen später wieder aus dem Bündnis abspringen und ins gegnerische Lager treten (das wird in Italien 1943 wenigstens halbwegs erfolgreich durchgeführt und scheitert am 20. Juli 1944 in Deutschland). Auch die „societas leonina" von Hitler und Stalin von 1939 bis 1941 ist in diesem Zusammenhang durchaus charakteristisch, desgleichen die ähnlich heterogene Große Allianz zwischen denen, die an die freiheitliche Demokratie glauben, und den totalitären Heerscharen Stalins. Daher die Neigung, dies, wie es häufig und zu einseitig geschieht, ein Zeitalter der Weltbürgerkriege zu nennen. Jedenfalls sind es vielfach tödliche Konflikte zwischen ideologischen Lagern und Staaten, die von der Gerechtigkeit und von der Zukunftsfähigkeit ihrer Sache überzeugt sind.

---

[30] Raymond Aron, Chroniques de guerre. La France libre, 1940–1945, Paris 1990, S. 925–948.

[31] Siehe Hans Maier, „Totalitarismus" und „politische Religionen", in: VfZ 43 (1995), S. 387–405. Aufschlußreich mit neuen Funden jetzt auch Markus Huttner, Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien, Bonn 1999.

[32] Vgl. Raymond Aron, Le machiavélisme, doctrine des tyrannies modernes [1940], in: Ders., Machiavel et les tyrannies modernes, Paris 1993, S. 184–194.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Warum ist die Katastrophenepoche in den frühen fünfziger Jahren zu Ende gegangen – zumindest im westlichen Europa?

Somit war die erste Jahrhunderthälfte eine Katastrophenepoche. Eine allein auf Deutschland und Japan fixierte Geschichtsschreibung hat früh das Jahr 1945 als Epochenzäsur begriffen. In der Tat ist damals im Fernen Osten und in Europa ein Machtvakuum entstanden, in das die russischen und amerikanischen Armeen hereinströmten, um – im Falle Rußlands – bis 1991 zu verbleiben (aus Deutschland sind die letzten Kontingente russischer Truppen erst 1994 abgezogen). Dies war, so hat seinerzeit Arnold Toynbee den Vorgang beschrieben, „ein weit größeres Machtvakuum als das durch die Ereignisse von 1912 bis 1918 (im Donauraum) hervorgebrachte: Das Vakuum erstreckte sich nun über das ganze kontinentale Europa."[33] Doch damit war die Periode schlimmster Gefahren noch nicht vorüber.

Die große Labilität des internationalen Systems, die durchaus mit derjenigen der Vorkriegsjahre 1936 bis 1939 vergleichbar ist, setzte sich nach 1945 fort. Sie dauerte bis Mitte der fünfziger Jahre (Tod Stalins und das Ende des Korea-Krieges 1953; Genfer Indochinakonferenz 1954; Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und erster Genfer Entspannungsgipfel 1955; Ausbreitung und Konsolidierung wirtschaftlicher Prosperität in Westeuropa und Japan). Erst jetzt war das kritische Nachkriegsjahrzehnt aus einem Zustand fast dauernder Kriegsgefahr in einen Zustand kontrollierter Spannung übergegangen, wobei bis Ende der neunziger Jahre Perioden der Konfrontation und Phasen der Entspannung einander ablösten. „Les guerres en chaîne" hat Raymond Aron schon 1951 diese Konstellation genannt[34].

Die Geschichtsschreibung, die den Kalten Krieg vom guten Ende her analysiert, wird künftig wahrscheinlich mehr und mehr dazu neigen, die fast unerträglichen und nur schwer steuerbaren Risiken dieser Konfrontation zu verharmlosen. Tatsächlich muß es aber als ein Wunder betrachtet werden, daß ein erneuter, globaler Weltkrieg vermieden wurde. „Die ausgebliebene Katastrophe" durfte man diesen Zentralaspekt deutscher Geschichte aus Sicht der späten achtziger Jahre kennzeichnen, als die schlimmsten Gefahren vorüber zu sein schienen[35]. Die Feststellung läßt sich aber auf die gesamte Weltgeschichte der Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Das vom dritten Weltkrieg verursachte Chaos hätte wahrscheinlich das der beiden vorhergehenden noch überboten. Als die Sowjetunion den Ost-West-Konflikt schließlich in einer Mischung von Vernunft und Resignation mit einer ehrenvollen Kapitulation abschloß, mochte man formulieren: Bei genauerem Zusehen habe der dritte Weltkrieg stattgefunden, jedoch in den Formen des Kalten Krieges.

---

[33] Arnold J. und Veronica M. Toynbee (Hrsg.), The Realignment of Europe, London 1955, S. 16f.

[34] Vgl. Raymond Aron, Les Guerres en chaîne, Paris 1951.

[35] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, in: Hermann Rudolph (Hrsg.), Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, Berlin 1990, S. 151–174.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während aber über die Ursachen und Verursacher der Katastrophen in den Jahren 1914 bis 1945 sehr viel geforscht wurde, so daß begründete Antworten vorliegen, sind die Gründe für das Ausbleiben des dritten Weltkrieges noch nicht hinlänglich ermittelt, unter anderem deshalb nicht, weil die sowjetischen Archive erst neuerdings zugänglich wurden, und auch das noch nicht vollständig[36]. Drei Aspekte werden in den vorläufigen Deutungen immer wieder genannt:

1) Das Vorhandensein der Kernwaffen auf beiden Seiten, das keine Sieger in einem Krieg mehr erwarten ließ, sondern nur noch ausgelöschte Völker und zerstörte Industriegesellschaften.
2) Die globale militärische, ökonomische und politische Präsenz der USA. Amerika stabilisierte Westeuropa, insbesondere das westliche Deutschland, den Mittelmeerraum, partiell auch den Nahen und Mittleren Osten sowie das pazifische Becken mit Japan. Anders als in der Katastrophenepoche waren die demokratische Ordnung im Innern und die internationale Ordnung jetzt machtpolitisch abgesichert. Das bedeutete zugleich: Es bestanden relativ festgefügte Blöcke, die alle potentiell revisionistischen Mächte (die Bundesrepublik Deutschland, die Staaten des Balkans, Nationalchina auf Taiwan, Südkorea) einhegten und zugleich die gegnerische Supermacht in Schach hielten.
3) Der weltweite, nur durch leichte Rezessionen unterbrochene Boom, der den USA, Westeuropa und dem pazifischen Raum eine vom Ende der vierziger Jahre bis 1973 währende und dann die zweite Hälfte der achtziger Jahre umspannende Periode bisher unvorstellbaren Wachstums bescherte – „La Deuxième Belle Epoque (1948–1973)" hat Herman Kahn die erste Phase davon genannt[37]. Zu den vielen Faktoren, die dazu beitrugen, gehörte maßgeblich die Herstellung neuartiger Freihandelssysteme sowohl weltweit als auch im europäischen Rahmen. Auch dabei spielte die wohlwollende, wenngleich alles andere als uneigennützige Hegemonie der USA eine Hauptrolle.

Sehr vereinfacht formuliert, unterschied sich somit die zweite Jahrhunderthälfte vor allem deshalb von der Katastrophenepoche, weil die Welt ins Atomzeitalter eingetreten war, weil das „amerikanische Jahrhundert" in weiten Regionen des nördlichen Globus Wirklichkeit geworden war und weil die sozialstaatlich recht unterschiedlich abgesicherten Volkswirtschaften unter Nutzung der Ordnungsformen der Marktwirtschaft Wohlstand produzierten.

---

[36] Die beste neuere Quellensammlung erscheint als „Bulletin" des Cold War International History Project, veröffentlicht vom Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington. John Lewis Gaddis hat, darauf gestützt, erste Deutungsansätze vorgelegt: We Now Know, Rethinking Cold War History, New York 1997. Eine analoge Studie aus russischer Sicht ist Wladislav Zubok/Constantine Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Krushchev, Cambridge/Mass. ³1997.

[37] Herman Kahn, Die Zukunft der Welt, 1980–2000, Wien 1979, S. 228–231. Kahns Epocheneinteilung ist in unserem Kontext überhaupt interessant: 1. La Belle Epoque (1886–1913), 2. La Mauvaise Epoque (1914–1947), 3. La Deuxième Belle Epoque (1948–1973), 4. L'Epoque de Malaise? (1974 bis 2000). Die letzte Vermutung beweist einmal mehr die begrenzten Möglichkeiten der Vorausschau, selbst bei einem durchaus umsichtigen Futurologen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Skizze ist viel zu holzschnittartig. So wie zur Katastrophenepoche von Jahrzehnt zu Jahrzehnt jeweils differenziertere Erklärungen der historischen Mikro- und Makrovorgänge erscheinen, ist auch die Geschichte der zweiten Jahrhunderthälfte bereits durch eine Vielzahl von Studien erhellt, die freilich erst Teile der Gesamtentwicklung zu erklären erlauben.

Bei Lichte betrachtet, waren die Regierungen zumindest im ersten Nachkriegsjahrzehnt, doch vielfach auch später, mit Belastungen und Gefahren konfrontiert, die ähnlich unlösbar erschienen wie die der Zwischenkriegszeit: Überwindung der materiellen und der psychologischen Kriegsfolgen; Lernen des vernünftigen Umgangs mit den totalitären Regimen; Dekolonisierung; Erprobung demokratischer Verhaltensweisen (in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, in Japan); Einübung der rechten Mischung von Selbstbewußtsein und Partnerschaft im Verhältnis zwischen den Verbündeten und der amerikanischen Hegemonialmacht – dies und anderes mehr war zu bewältigen.

Zweifellos sind dabei die neuen multilateralen Institutionen – etwa: NATO, Europarat, EWG/EU, GATT, IMF, auch das UN-System – von größter Bedeutung gewesen. Doch eben hier breiten sich viele weiße Flecke auf der Wissenslandkarte aus. Systematische Forschung in den Archiven der wichtigsten multilateralen Institutionen ist zwar heute möglich, doch viele Dokumente sind immer noch unzugänglich. So dominiert selbst für die frühen Perioden der Nachkriegszeit in der Forschung weiterhin die traditionell nationalstaatliche Perspektive, obschon zu vermuten ist, daß die multilaterale Verflechtung und die überstaatliche Integration der nationalen Entscheidungssysteme viel dazu beigetragen haben, die Neigung zu schonungsloser Durchsetzung nationaler Interessen nach Väter- und Großväterart in das Verständnis für den Nutzen eines zivilisierten Regelwerkes zu überführen. Hier, bei dem Studium der internationalen Institutionen und der Rückkoppelungsprozesse in die nationalen Systeme, liegen die wichtigsten zeitgeschichtlichen Forschungsaufgaben der kommenden Jahrzehnte. Multilateral konzipierte Forschungsprojekte nach Art von „Power in Europe“[38], der Arbeiten der „Groupe de Liaison des Professeurs d'Histoire Contemporaine“[39] oder das „Nuclear History Program“[40] weisen in die richtige Richtung.

Erst wenn die Forschung auf diesen und anderen Feldern weitergekommen ist, wobei in Bezug auf internationale Finanzpolitik und Technologiepolitik besondere

---

[38] Vgl. Josef Becker/Franz Knipping (Hrsg.), Power in Europe? Great Britain, France, Italy, and Germany in a Postwar World, 1945–1950, Berlin 1986, und Ennio Di Nolfo (Hrsg.), Power in Europe? Great Britain, France, Germany, and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957, Berlin 1992.

[39] Vgl. Raymond Poidevin (Hrsg.), Histoire des Débuts de la Construction Européenne (Mars 1948–Mai 1950), Milano 1986; Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988; Enrico Serra (Hrsg.), Il rilancio dell' Europa e i Trattati di Roma, Milano 1989. Zu den grundsätzlichen Problemen der Integrationsgeschichte siehe Hans-Peter Schwarz, Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, in: VfZ 31 (1983), S. 555–572.

[40] Siehe dazu Wolfgang Krieger/Thomas Garwin, Nuclear History Program (NHP), in: VfZ 36 (1988), S. 373 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forschungslücken zu beklagen sind, können wesentliche Fragen verläßlich beantwortet werden, beispielsweise: Welches Gewicht hatte die amerikanische Hegemonie tatsächlich? Wie polyzentrisch war und ist die NATO, wie integriert die EWG/EG/EU? Auch: Welches Gewicht hatten einzelne Persönlichkeiten?

In diesem Zusammenhang bildet die Erforschung der europäischen Integrationsgemeinschaften nach wie vor das größte Desiderat. An politologischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen, auch an juristischen Studien, die auf offenen Quellen beruhen, herrscht zwar kein Mangel. Doch archivgestützte zeitgeschichtliche Arbeiten zur Entwicklungsgeschichte der EWG, von EURATOM und später der EG oder der EU sind weiterhin vergleichsweise selten. Die Zeitgeschichtsforschung steht hier buchstäblich noch in den Anfängen[41]. Es fehlt vor allem an Synthesen aus umfassendem zeitgeschichtlichem Blickwinkel und an detaillierten archivgestützten Untersuchungen der multilateralen Entscheidungsprozesse.

Die Forschung, welche der Frage nachgeht, weshalb die Jahrzehnte seit Anfang der fünfziger Jahre vielerorts durch Stabilität, Prosperität und Demokratie gekennzeichnet waren, ist also aufgerufen, die nationalgeschichtliche Sicht durch multilaterale Perspektiven zu ergänzen, doch auch die rein bipolare Sicht amerikanischer Lehrbücher der Politologie oder einseitig auf die Supermächte orientierter Historiographie konsequent zu überwinden.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Katastrophenperiode im sowjetisch regierten Europa über 1945 hinaus andauerte und erst nach dem Tod Stalins auslief. Im maoistischen China ist die schon Ende des 19. Jahrhunderts beginnende Zeit der Wirren erst Ende der siebziger Jahre zu Ende gegangen, und die Bevölkerung des einstigen Indochina wurde von den vierziger Jahren bis in die achtziger Jahre hinein katastrophalen Prüfungen unterzogen bis hin zum Völkermord der Roten Khmer an einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung von Kambodscha. Weitere Zonen globaler Schrecken wären gleichfalls zu nennen. Deshalb ist der Begriff „Ende der Katastrophenepoche" sehr relativ.

Waren Dekolonisierung und die Errichtung neuer Staaten weltgeschichtlich nicht noch wichtiger als der Kalte Krieg?

Die Triebkraft des Nationalismus erwies sich dort am stärksten, wo sich im Innern der großen Imperien nationale Befreiungsbewegungen herausbildeten, die eine Abfolge von Zerfallsprozessen verursachten und schließlich zur Bildung neuer Staaten führten.

---

[41] Es sind immer wieder dieselben Forscher, denen neue Einblicke zu verdanken sind: Hanns Jürgen Küsters, Klaus Schwabe, Raymond Poidevin, Alan Milward und einige andere. Zur gleichen Zeit, da über das dahingegangene System der einstigen DDR Hunderte archivgestützter Aufsätze und Monographien erscheinen, will die historisch ungleich wichtigere europäische Integrationspolitik gerade in Deutschland nicht besonders interessieren – unter anderem wegen der größeren methodischen Schwierigkeiten solcher Forschungen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die erste Phase ist 1919 bis 1922 erreicht: Errichtung der Tschechoslowakei, Polens, der baltischen Staaten, Jugoslawiens, des Irischen Freistaats. Eine längere zweite Phase umschließt die Dekolonisierung, beginnend 1947 mit der Unabhängigkeit Indiens, Pakistans, Burmas, 1948 mit der Gründung Israels und so fort bis zum Hervorgehen recht labiler postkolonialer Staatswesen wie Angola oder Mozambique Mitte der siebziger Jahre aus der Zerfallsmasse des portugiesischen Kolonialreichs. Und die vorerst letzte Phase der Staatsgründungen setzt Anfang der neunziger Jahre ein: Wiedererringung der nationalen Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens, Errichtung der GUS-Republiken von Moldawien und der Ukraine über die Republiken der Kaukasus-Region bis Kirgistan sowie die Staatsgründungen nach dem Zerfall des jahrzehntelang von Tito und dessen Nachfolgern zusammengehaltenen Jugoslawien.

Aus Sicht des Jahres 2000 kann man in der Tat argumentieren: Der Kalte Krieg ist heute eine historisch abgeschlossene Epoche und hat völlig neuen Entwicklungen Platz gemacht. Demgegenüber ist die Entstehung zahlreicher unabhängiger neuer Staaten, die Unabhängigkeit ehemaliger Protektorate Europas und der Rückzug Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens und Portugals aus dem Pazifischen Raum, aus Südostasien, aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika ein irreversibler Vorgang von dauerhafter Wirkung, vielleicht also in der Tat ein auf lange Sicht viel folgenreicheres Ergebnis des 20. Jahrhunderts als die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts.

Oft ist schon beschrieben worden, wie sich die Europäer im allgemeinen und Großbritannien im besonderen am Ende des 19. Jahrhunderts und noch danach als Herren der Welt begriffen haben. „The mightiest and most beneficial Empire ever known in the annals of mankind", las man in der Londoner „Times" aus Anlaß der prunkvollen Feiern zum diamantenen Thronjubiläum Königin Victorias, die zugleich Kaiserin von Indien war[42]. Noch ein Dreivierteljahrhundert danach erinnerte sich Arnold Toynbee daran. Damals, meinte er, hatte es den Anschein, als habe das Abendland „seine Vorherrschaft über die übrige Welt abgeschlossen"[43]. Auch während der ersten vier Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts war die internationale Ordnung durchweg von europäischen Mächten dominiert, resümieren Michael Howard und Roger Louis, auf dem heutigen Forschungsstand fußend, diesen grundlegenden Sachverhalt[44].

Danach sanken die Überseeimperien innerhalb kürzester Zeit in sich zusammen. 1965 konstatierte der Kolonialhistoriker K. D. Fieldhouse bereits das endgültige Aus: 1939 hätten die Kolonialreiche ihre größte Ausdehnung erreicht gehabt, 1965, nur wenig mehr als ein Vierteljahrhundert später, hätten sie faktisch aufgehört zu existieren. Die Welt, so Fieldhouse 1965, werde nicht mehr länger von westlichen Basen

[42] Zit. nach James Morris, Pax Briannica. The Climax of an Empire, New York 1968, S. 31.

[43] Arnold Toynbee, Menschheit und Mutter Erde. Die Geschichte der großen Zivilisationen, Düsseldorf 1979, S. 9.

[44] Vgl. The Oxford History of the Twentieth Century, S. XXI.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Kolonialarmeen überzogen, die es Europa erlaubt hatten, allen Kontinenten den Willen aufzuzwingen. Jetzt hingen die Europäer von einer Vielzahl kleiner, oft chauvinistischer Staaten ab. Der überlegene Status und die „grandeur" seien dahingeschwunden. Einst waren die Staaten Europas die Zentren ausgedehnter Imperien, nun seien sie mit provinziellen Problemen befaßte Kleinstaaten[45].

Dies hatte neben vielem anderem eine Revolutionierung des Staatensystems zur Folge. Vor dem Ersten Weltkrieg existierten nur etwas mehr als 30 unabhängige Staaten neben einer Anzahl von halb- oder viertel-autonomen Protektoraten. Heute zählt die Staatengesellschaft mehr als 190 Mitglieder. Manche dieser autonom gewordenen oder neu errichteten Staaten haben bereits über Jahrzehnte hinweg ihre eigene geschichtliche Identität entwickelt, sind also nicht mehr ein Appendix der Nationalgeschichte europäischer Mächte. Sie betreiben autonome Außen- und Innenpolitik. Und das so entstandene polyzentrische Staatensystem kann keinesfalls mehr von Europa aus manipuliert werden. „Die Machtbalance", so hat Lothar Rühl die Lage zu Beginn des 21. Jahrhunderts unlängst umrissen, „wird keine europäische sein."[46]

Man mag zwar differenzierend darauf aufmerksam machen, daß die globale Vorherrschaft des Westens auf eine relativ kurze Phase eingrenzbar ist – von den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Doch dem waren seit Beginn des Zeitalters der Entdeckungen bereits lange Jahrhunderte vorausgegangen, in denen die europäischen Mächte die Regionen in Übersee zunehmend, wenngleich in historischem Auf und Ab, unterwarfen, durchdrangen und zu einem Spielfeld ihrer Machtpolitik, ihrer Ausbeutung und ihrer zivilisatorischen Entwicklung gemacht hatten. Rudolf von Albertini hat das bald moribunde System europäischer Vorherrschaft wie folgt umschrieben: „Das Spezifische des europäischen Imperialismus lag in der industriellen Revolution, die dem ‚Anhängsel des asiatischen Kontinents' (Paul Valéry) nicht nur eine technisch-militärische Überlegenheit zur Eroberung und Beherrschung verschaffte, sondern auch eine wirtschaftliche und geistige Dynamik entfaltete, die die Welt verkehrsmäßig ‚erschloß', Außereuropa zur Peripherie der westlichen Industrieländer werden ließ und den Gesellschaften Asiens und Afrikas einen tiefgreifenden sozialen Wandel aufzwang."[47]

Es ist indessen erstaunlich, wie rasch der Rückzug aus den Kolonialimperien in Europa selbst verarbeitet wurde. Frankreich geriet zwar während der Kriege in Indochina und in Algerien in eine Staatskrise, die aber nach dem Rückzug aus Algerien 1962 vergleichsweise rasch überwunden wurde. Zuletzt von allen wurde das autoritäre Regime Portugals Mitte der siebziger Jahre durch die Kolonialkriege erschüttert. Doch auch das wurde verkraftet.

---

[45] Vgl. David K. Fieldhouse, The Colonial Empires. A Comparative Survey from the Eighteenth Century, New York 1967, S. 394.

[46] Lothar Rühl, Die Balance of Power und das Problem der internationalen Stabilität, in: Peter Weilemann u. a. (Hrsg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999, S. 492.

[47] Rudolf von Albertini, Europäische Kolonialherrschaft, 1880–1940, Zürich 1976, S. 408.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Indessen führte das Ende der Kolonialreiche bei allen Beteiligten doch zu weitreichenden Umorientierungen. Die teils entschiedene, teils zögerliche Hinwendung Italiens, Frankreichs, Großbritanniens oder Portugals zur Idee des europäischen Zusammenschlusses war sicherlich in starkem Maß eine Auswirkung dieses Wandels.

Wer die Dekolonisierung allein als machtpolitischen „Niedergang Europas" begreift, der er natürlich war, ohne nicht zugleich auch dessen sehr positive Auswirkungen zu registrieren, bewertet aber die Entwicklung nicht richtig. Außerdem trifft es zu, daß die Dekolonisierung (Frankreich bildet eine Ausnahme) in weiten Teilen der Öffentlichkeit der betroffenen Staaten nicht nur als politisch zwingend, sondern zugleich als moralisch richtig eingeschätzt wurde. Aus der Rückschau fällt dieses Urteil noch viel eindeutiger aus. Man wird sogar hinzufügen müssen, daß die unabhängig gewordenen Länder auch beim Aufbau der neuen politischen und gesellschaftlichen Systeme sowie bei der Neuorientierung im internationalen System mit sehr viel größeren Schwierigkeiten zu ringen hatten als die ihrer überseeischen Machtposition ledig gewordenen Mächte Europas[48].

Im übrigen war die Geschichte des Imperialismus mit der Liquidierung der weltweiten Dominanz der westeuropäischen Mächte ja noch nicht zu Ende. Wie man das amerikanische „Weltsystem" einmal weltgeschichtlich einordnen wird, ist schon deshalb nicht sicher, weil es vielerorts immer noch besteht. In mancherlei Hinsicht sind doch Analogien zum „Freihandelsimperialismus" und zum Konzept eines „informellen Imperiums" erkennbar, wie das für die mittleren Jahrzehnte der viktorianischen Ära diagnostiziert wurde[49].

Schon während des Zweiten Weltkrieges waren die Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA durch das Kolonialproblem belastet gewesen[50]. Auch später spielten die USA aus Sicht europäischer Verteidiger der eigenen Kolonialimperien eine sehr zwiespältige Rolle. Sie waren gleichzeitig Schutzmacht der Demokratien, sie verfolgten zeitweilig und durchweg selektiv eine anti-kolonialistische Politik, und sie waren zugleich damit befaßt, manche der von Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Portugal freigegebenen Länder in das eigene „informelle Imperium" einzugliedern.

Aber auch die Sowjetunion begriff sich bis in die achtziger Jahre hinein als eine imperiale Macht. Erstaunlicherweise haben jedoch ihre Eliten in der Krisenphase 1989 bis 1991 der gewaltlosen Auflösung des Imperiums noch widerstandsloser und resignierter zugestimmt als früher die britischen, französischen, niederländischen und portugiesischen Regierungen in Bezug auf die Übersee-Imperien.

---

[48] Eine in Kombination kultursoziologischer, ideengeschichtlicher, verfassungsgeschichtlicher und ökonomischer Perspektiven besonders aufschlußreiche Untersuchung dieser Vorgänge findet sich bei Ludger Kühnhardt, Stufen der Souveränität. Staatsverständnis und Selbstbestimmung in der „Dritten Welt", Bonn/Berlin 1992.

[49] Vgl. dazu William Roger Louis (Hrsg.), The Robinson and Gallagher Controversy, Oxford 1976.

[50] Die klassische Darstellung ist immer noch William Roger Louis, Imperialism at Bay. The United States and the Decolonization of the British Empire, Oxford 1977.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die vielen Fragen, die dies im einzelnen aufwirft, können nicht einmal andeutungsweise benannt werden. Zwar finden sich in der deutschen Zeitgeschichtsforschung nicht allzu viele Autoren, die das 20. Jahrhundert primär unter dem Aspekt der Dekolonisierung und des „nation-building" begreifen[51]. Das Interesse an den Dramen und Verbrechen der eigenen Nationalgeschichte sowie am Ost-West-Konflikt überlagert in der deutschen Forschungslandschaft doch alles. In Frankreich wird die Thematik eher etwas verdrängt, unter anderem deshalb, weil die Archive zum Indochinakrieg und zum Algerienkrieg allenfalls partiell zugänglich sind. Allein die britische Zeitgeschichte behandelt den Themenkreis „Imperial Sunset" angemessen. Dabei findet die „translatio imperii" von Großbritannien an die amerikanischen „cousins" starke Beachtung, und der Ost-West-Konflikt wird vor allem auch als Auslöser und Beschleuniger der Dekolonisierung begriffen.

Es bleibt also fraglich, ob sich in der Forschung auf Dauer die Perspektive halten wird, nur das Ringen zwischen den totalitären Systemen und den westlichen Demokratien sei das eigentliche Generalthema der Geschichte des 20. Jahrhunderts gewesen. Das Jahrhundert hatte mehrere Leitmotive. Wenn sich die größeren und mittleren überseeischen Staaten konsolidieren und künftig die Weltgeschichte aus ihrer Perspektive betrachten, wird dort wahrscheinlich die Entstehung eines Systems außereuropäischer Staaten als wichtigster Vorgang betrachtet werden. Es war eben ein von Grund auf paradoxes Jahrhundert: Neben der Errichtung großer Imperien vollziehen sich zugleich deren Katastrophen oder deren zwar halbwegs gewaltlose, jedoch genauso unwiderstehliche Auflösung, aber auch die Gründung und Konsolidierung zahlreicher neuer Staatswesen.

War es „ein amerikanisches Jahrhundert"?

Das Schlagwort „amerikanisches Jahrhundert" ist am 17. Februar 1941 von dem Medienmogul Henry Luce in Umlauf gebracht worden, also ein Dreivierteljahr bevor die USA von Japan und Deutschland in den Zweiten Weltkrieg hineingeprügelt wurden[52]. Doch schon zu Beginn des Jahrhunderts verspürte man in Europa, daß Amerika zur Vorbildgesellschaft heranwuchs. Nachdem er 1904 die Weltausstellung in St. Louis besucht hatte, betrachtete beispielsweise der Ökonom Werner Sombart die USA als Paradebeispiel einer kapitalistischen Gesellschaft, wozu seiner Meinung zufolge allerdings auch die Unkultur jenseits des Ozeans gehörte. Berlin erschien ihm nun als bloßer „Vorort von New York", New York selbst aber als „eine Wüste, ein großer Kulturfriedhof"[53]. Nicht nur die Faszination durch die demokratische Kultur der USA ist von Anfang an ein wichtiges Thema des 20. Jahrhunderts gewesen, son-

[51] Der beste deutschsprachige Überblick aus Sicht der frühen achtziger Jahre findet sich immer noch bei Benz/Graml (Hrsg.), Das Zwanzigste Jahrhundert, Bde II und III.

[52] Vgl. W. A. Swanberg, Luce and his Empire, New York 1972, S. 257–261.

[53] Friedrich Lenger, Werner Sombart, 1863–1941. Eine Biographie, München 1995, S. 162.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dern ebenso der aus kultureller Fremdheit mit entsprechendem Abwehrreflex resultierende Antiamerikanismus.

Anfang der siebziger Jahre schrieb André Malraux: „Die grundlegende Tatsache ist der Tod Europas. Als ich zwanzig Jahre alt war, befanden sich die USA bezüglich ihrer weltpolitischen Bedeutung etwa in ähnlicher Lage wie gegenwärtig Japan. Europa stand im Zentrum, und das britische Empire war die große Supermacht. Heute aber liegen die dominierenden Kräfte außerhalb Europas. Die USA sind die große Weltmacht, daneben gibt es die Sowjetunion. Europa ist als weltpolitischer Faktor faktisch verschwunden, und dieser Wandel hat sich in kürzester Zeit vollzogen."[54]

„Das amerikanische Jahrhundert", so es denn eines gewesen ist, wäre also in drei Dimensionen identifizierbar: Amerika als Zivilisation, das die stärksten Tendenzen der technisch-naturwissenschaftlich-ökonomischen Superstruktur, auch deren Lifestyles, in Verbindung mit der politischen Ordnungsform der Demokratie am reinsten verkörpert und deshalb weltweit ausstrahlt, zugleich aber zu weltweiten Ressentiments führt; Amerika als führende Wirtschaftsmacht, die ihren globalen Einfluß verschiedensten Instrumenten verdankt: dem Dollar, der fortschrittlichen Techno-Struktur, der überlegenen Wissenschaft und der Größe seines Binnenmarktes; schließlich Amerika als stärkste Militärmacht auf den Meeren, in der Luft, zu Land, im Weltraum und als atomare Supermacht.

Zahllose Untersuchungen sind der Frage gewidmet worden, in welchen Phasen und in welcher Hinsicht die USA tatsächlich die global dominierende Weltmacht gewesen sind. Raymond Aron beispielsweise, der 1973 eine kritische, vielschichtig komponierte Monographie über „Die imperiale Republik" veröffentlichte, schrieb damals: „1947" – also in den ersten Nachkriegsjahren – „gab es nur eine ‚Weltmacht'", nämlich die Vereinigten Staaten. Hingegen meinte er in Bezug auf die Zukunft: „Es wird also eine Phase des relativen Desinteresses an der Welt auf das Jahrhundert der amerikanischen Vorherrschaft folgen, eine Vorherrschaft, die ohnehin der Vergangenheit angehört."[55]

Selbst kluge Politologen können, so ersieht man daraus, gar nicht vorsichtig genug sein mit Prognosen, vor allem über die Zukunft, denn in den achtziger und in den neunziger Jahren hatten die USA unter den Präsidenten Reagan, Bush und Clinton nach dem Verklingen der Katerstimmung aufgrund des Vietnamkrieges und aufgrund der inneren Unruhen ihre dominante Weltmachtrolle bereits wieder erreicht. In gewisser Hinsicht sind sie „zur Weltmacht verdammt"[56].

Dennoch sind natürlich die verschiedensten Relativierungen der These vom „amerikanischen Jahrhundert" geboten. Davon kann im Ernst erst von 1941 an gespro-

---

[54] Cyrus L. Sulzberger, An Age of Mediocrity. Memoirs and Diaries, 1963–1972, New York 1973, S. 4.

[55] Raymond Aron, Die imperiale Republik. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945, Stuttgart 1975, S. 226, 442.

[56] So die heute maßgebliche Monographie von Christian Hacke, Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton, Berlin 1997.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen werden, ungeachtet der Rolle, die die militärische Großmacht USA in der Endphase des Ersten Weltkriegs und die finanzielle Weltmacht USA in der Zwischenkriegszeit gespielt hat. Selbst später in den Jahrzehnten des Kalten Krieges gab es ein Auf und Ab des militärischen und politischen Einflusses, aber auch der wirtschaftlichen Dominanz. Desgleichen war das Prestige des „American Way of Life" von Land zu Land durchaus verschieden. Immerhin gilt gegenwärtig wieder, daß Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft Amerikas auf die Bedingungen der heutigen Geo-Ökonomie in vielerlei Hinsicht am besten vorbereitet sind.

Das Staatensystem im 20. Jahrhundert war zwar stets polyzentrisch – das Bild der bipolaren Welt ist selbst in den Epochen schärfster Ost-West-Konzentration nur eine Textbook-Illusion amerikanischer Politologen gewesen. Doch seit den vierziger Jahren war Amerika, gefolgt von der Sowjetunion, der mit großem Abstand gewichtigste Akteur in der Weltgesellschaft. Wie stark, wie unwiderstehlich, in welchen Dimensionen vor allem und in welchen Phasen – dies bleibt eines der großen Themen künftiger Geschichtsschreibung. Dabei dürfte der Skeptizismus Raymond Arons ratsam sein, der in diesem Zusammenhang meinte: „Die sogenannte wissenschaftliche Untersuchung der zwischenstaatlichen Beziehungen hat mit einer Unzahl von Schemata und Modellen vielfach mehr zum Niedergang der Politischen Wissenschaft als zur Erweiterung der Erkenntnisse beigetragen." Die zweifache Aufgliederung des Beziehungsfeldes amerikanischer Weltpolitik – horizontal (Aufteilung der Welt in regionale Subsysteme) und vertikal (Aufteilung in militärische, politische, kommerzielle und ideologische Beziehungsfelder) – „das alles sind Elemente einer neu entstehenden Welt von beispielloser Komplexität"[57].

Das Gewicht der Persönlichkeiten?

Als der amerikanische Historiker Henry Adams es auf seine unnachahmliche Weise zu Beginn des 20. Jahrhunderts unternommen hat, die maßgeblichen Tendenzen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu erfassen und die der kommenden Epoche zu skizzieren, formulierte er: „Die moderne Politik ist im Grunde kein Kampf zwischen Menschen, sondern zwischen Kräften."[58] Dies war und ist auch eine durchaus angemessene Perspektive des zeitgenössischen Geschichtsprozesses. Alle Versuche, die zahllosen Fragen an das 20. Jahrhundert zu formulieren, müssen so ansetzen. Analyse der Kräfte, also: Energiebedarf (die Rolle der Steinkohlelager, des Erdölbedarfs, der Kernkraft), industrielle Produktivität, Kapitalausstattung, Ressourcenhunger und Suche nach Absatzmärkten als Triebkräfte des modernen Imperialismus, die Mächtekonfigurationen im globalen Staatensystem, die Interessen der weltweit aktiven Großbetriebe und Großbanken, die Kräfte des modernen Verkehrs, Migration, Waffentechnologie und viele andere wichtige Faktoren.

[57] Aron, Die imperiale Republik, S. 442 f.
[58] Adams, Die Erziehung des Henry Adams, S. 657.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stärker als im 19. Jahrhundert, das nur wenige ganz aus dem Rahmen fallende politische Größen kennt – Napoleon, Bolivar, Bismarck –, ohne welche die historische Entwicklung sicher anders verlaufen wäre, brachte das 20. Jahrhundert eine vergleichsweise große Zahl von Gestalten hervor, auf die Jacob Burckhardts Kriterium zutrifft: „Einzigkeit, Unersetzlichkeit“[59]. Damit ist nicht deren moralische Qualität gemeint, denn vielfach waren die großen Beweger monströse Ungeheuer, sondern vielmehr ihre Wirkung auf die Evolution des Jahrhunderts, dem sie ihren Stempel aufgedrückt haben[60].

Ohne Lenin keine Machtergreifung der Bolschewiki, kein Sieg im Bürgerkrieg, keine Grundlegung des Sowjetsystems und kein Stalin. Ohne Stalin keine Sowjetunion in den Formen und in der Ausdehnung, welche direkt oder indirekt die Geschichte bis weit über das Jahrhundertende hinaus beeinflussen dürften. Wahrscheinlich hätte der Sturz des Zarismus und die Erschütterung der feudalistisch-frühkapitalistischen russischen Gesellschaft durch die Narretei des Weltkriegs zu schlimmen Krisen, vielleicht auch zu einem Bürgerkrieg und eher zu einer Reprise autoritärer Herrschaft als zur Stabilität der parlamentarischen Demokratie geführt. Ein so eindeutig menschenverachtendes und zugleich weltrevolutionäres System wie der von Lenin und seinen Mitstreitern improvisierte und von Stalin konsolidierte Sowjetstaat ist aber ohne diese beiden revolutionären Größen schwer vorstellbar.

Wie sehr es selbst unter den Bedingungen des Spättotalitarismus letzten Endes doch auf die Persönlichkeit an der Spitze der Machtpyramiden ankam, hat Gorbatschow bewiesen. Auf seine Weise war dieser wohlmeinende Reformer des Sowjetsystems, aus dem dann ungewollt dessen Ruinierer wurde, eine ähnlich einzigartige Gestalt wie Lenin, wenngleich im Positiven, zumindest aus Sicht der befreiten Mitteleuropäer und jener Russen, denen die Freiheit wichtiger ist als der Status einer imperialen Großmacht.

Daß auch Adolf Hitler zu jenen Persönlichkeiten zählte, ohne die das Jahrhundert einen anderen, besseren Verlauf genommen hätte, bedarf gleichfalls keiner Unterstreichung. Vielleicht wäre ohne Hitler und ohne die von ihm aufgebaute Bewegung auf „die erste Deutsche Demokratie“ (H.-A. Winkler)[61] eine kürzere oder längere Phase autoritärer Herrschaft gefolgt, wobei Deutschland möglicherweise eine Periode ähnlichen Schwankens zwischen autoritären und demokratischen Systemen erlebt hätte wie viele Länder Lateinamerikas im 20. Jahrhundert. Vielleicht hätte das deutsche Verlangen nach Revision von „Versailles“ auch zu einem weiteren europäischen Krieg geführt. Aber ohne Hitler und seine Mit-Machthaber sind der Eroberungskrieg, der Rassismus und die Vernichtungsmaschinerie des nationalsozialistischen Deutschlands genausowenig vorstellbar wie das Sowjetsystem ohne Lenin und Stalin. Ähnlich ausschlaggebend war Mao Tse-tung und genauso Deng Xiaoping,

---

[59] Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart 1955 (Erstausgabe 1905), S. 211 f.

[60] Diese Thematik wird in Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts, ausführlich behandelt.

[61] Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar, 1918–1933. Die Geschichte der ersten Deutschen Demokratie, München 1993.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der nach dem Tod Maos und dem Sturz der Viererbande das System des volkreichsten, potentiell mächtigsten Staates der Menschheit völlig umgebaut hat.

Und die Entwicklung in Indien? Ohne die charismatische Persönlichkeit Gandhis hätte sich die prinzipielle Gewaltlosigkeit der indischen Unabhängigkeitsbewegung vielleicht doch nicht durchgesetzt. Und der fabianisch imprägnierte, von spätviktorianischem Agnostizismus und vom Glauben an wohlmeinende Elitenherrschaft beseelte Brahmane Nehru hat tatsächlich den Aufbau eines säkularen, über dem Religionsstreit stehenden Staates mit durchweg dauerhaften demokratischen Institutionen erreicht.

Auch in der Geschichte der westeuropäischen Demokratien finden sich Persönlichkeiten, ohne welche die Entwicklung wohl anders verlaufen wäre. Winston Churchill in den Jahren 1940/41 zählt zu dieser Gruppe, auch Adenauer, der die anfangs durchaus labile Bundesrepublik Deutschland konsolidiert, somit direkt oder indirekt auch Westeuropa stabilisiert und die Teilung Deutschlands eingekapselt hat, bis bessere Zeiten kommen würden. Wenn man das Werk des Gründungskanzlers der Bundesrepublik als „außenpolitische Revolution" (Christian Hacke) mit tiefgreifenden Auswirkungen auf ganz Europa versteht, wird die Bedeutung Adenauers zutreffend bewertet[62].

Man muß auch bezweifeln, ob sich die von Gorbatschow unwillentlich ausgelöste Liquidierung des sowjetischen Herrschaftssystems in Mittel- und Osteuropa so rasch, so gewaltlos und so durchschlagend vollzogen hätte ohne gleichgestimmte, vertrauenerweckende und geschickte Partner in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Wer studiert, wie die Friedensschlüsse des Jahres 1919 und die Neuordnung nach 1945 mißlangen, wird die politische Leistung von Persönlichkeiten wie Bush, Baker, Kohl, Genscher, Gorbatschow und Schewardnadse historisch sehr stark gewichten.

Auch in dieser Hinsicht wird die spätere Forschung manches vielleicht anders akzentuieren. Gegenwärtig spricht jedenfalls vieles dafür, den Faktor Persönlichkeit relativ hoch zu veranschlagen, will man die Katastrophen und den überraschend guten Ausgang des 20. Jahrhunderts zutreffend interpretieren. Große Einzelne gaben diesem Jahrhundert sein Gesicht – vom schlimmen Anfang bis zum besseren Ende. Die Geschichtsschreibung sollte das nicht übersehen. Selbst Eric Hobsbawm, ein Großmeister des anonymen Determinismus, der dazu disponiert ist, in den sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen, im Kapitalismus, im Kampf der Klassen und im gleichfalls von sozio-ökonomischen Kräften verschuldeten Imperialismus die eigentlich treibenden Kräfte der Geschichte zu begreifen, hat beim Studium des 20. Jahrhunderts urplötzlich die Rolle der Persönlichkeit entdeckt. Ein Vergleich seiner beiden Darstellungen zur weltgeschichtlichen Rolle Europas[63] im 19. Jahrhundert mit dem „Zeitalter der Extreme"[64] läßt dies deutlich erkennen.

---

[62] Christian Hacke, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, S. 47–53.

[63] Vgl. Eric J. Hobsbawm, Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1975, München 1977; Ders., Das imperiale Zeitalter, 1875–1914, Frankfurt a. M. 1989.

[64] Vgl. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das 20. Jahrhundert – eine Abfolge gescheiterter Experimente zur Eindämmung des Kapitalismus?

Nach weitverbreiteter Auffassung ist das Jahrhundert beim Umbruch 1989/91 in einem völlig neuen Zeitalter angelangt. Will man also die Eigenart der jüngst vergangenen Epochen erfassen, so spricht manches dafür, dabei von den heute erkennbaren neuen Gegebenheiten aus den Blick rückwärts zu lenken.

Unlängst hat der Nahostexperte und Kolumnist bei der New York Times, Thomas L. Friedman, eine Studie zur gegenwärtigen Globalisierung veröffentlicht: „The Lexus and the Olive Tree."[65] Dort führt er recht einleuchtend aus, die Jahrzehnte des Ost-West-Gegensatzes hätten global ein System des Kalten Krieges konstituiert, während heute ein „System der Globalisierung" vorherrsche. Das System des Kalten Krieges habe eine spezifische Machtstruktur besessen, nämlich im wesentlichen das Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion, doch auch eigene Spielregeln, wozu die Respektierung der Einflußzonen der jeweils anderen Supermacht gehörte. Die Entwicklungsländer hätten ihre eigenen Industrien zu entwickeln gehabt, die modernen westlichen Industriegesellschaften hätten auf regulierten Handel gesetzt und die kommunistischen Staaten vorwiegend auf Autarkie. Schlüsseltechnologien des Kalten Krieges seien die Kernwaffen und die Technologien der zweiten industriellen Revolution gewesen.

Damit habe sich ein globales Lagerdenken verbunden: kommunistisches Lager, westliches Lager, neutrales Lager – fast jedes Land hätte zwischen einem von ihnen optieren müssen.

Friedman lenkt den Blick auch auf einige dominante Ideen der Epoche des Kalten Krieges: Gegensatz zwischen Kommunismus und Kapitalismus, Détente, Blockfreiheit, Perestroika. Das System des Kalten Krieges habe auch dominierende demographische Trends erkennen lassen: von Süd nach Nord ergab sich ein ständiger Strom von Einwanderern, während der Eiserne Vorhang die Migration von Ost nach West weitgehend eindämmte. Schließlich die beherrschende Angst: Furcht vor nuklearer Vernichtung[66].

Das mag sich in der Tat so oder so ähnlich verhalten haben; daß das System des Kalten Krieges in globaler Hinsicht vieles ganz wesentlich präformiert hat, ist nicht zu bestreiten. Dies wird erst voll sichtbar, wenn man dieses nunmehr vergangene globale System mit den heutigen Bedingungen vergleicht. Das Gesamtsystem, so skizziert dieser amerikanische Analytiker, ist nicht primär statisch, sondern dynamisch. Seine Kennzeichen: weltweite, unerbittliche Integration der Märkte, der Nationalstaaten und der Technologien. Die treibende Kraft: Freihandelskapitalismus, und auch dies wieder weltweit. Die beherrschende Kultur: weitgehende, wenngleich nicht vollständige Amerikanisierung.

---

[65] Vgl. Thomas L. Friedman, The Lexus and the Olive Tree, New York 1999.

[66] Vgl. ebenda, S. 7.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die maßgebenden Technologien seien Computerisierung, Miniaturisierung, Digitalisierung, Satellitenkommunikation, Fiberoptik und Internet. Das Symbol des Kalten Krieges sei die Berliner Mauer gewesen, das der Globalisierung das World Wide Web. Im Kalten Krieg war das Gewicht der modernsten Waffen sehr maßgeblich, vor allem das Traggewicht der Raketen, jetzt ist es die Geschwindigkeit des Handels, der Kommunikation, der Innovation. Die Migration erfolgt nunmehr weltweit, auch von Ost nach West, aus ländlichen oder sonstwie armen Regionen in die wohlhabenden, urbanen Zentren. Und die Machtstruktur sei dreidimensional, wobei die Dimensionen einander durchdringen. Wie bisher spiele noch das traditionelle Gleichgewicht zwischen den Staaten eine Rolle, mit den USA als einziger Supermacht. Zum anderen existiere eine Machtdimension zwischen den etablierten Staaten und den globalen Märkten. Schließlich bilde sich eine weitere Machtdimension zwischen den Individuen und den etablierten Staaten heraus[67].

Friedman weist jedoch an vielen Stellen darauf hin, daß dies nur die *eine* Seite der Welt nach dem Kalten Krieg ist. Die andere Seite ist durch denkbar altmodischen, auf Grenzen und heilige Altertümer fixierten Nationalismus oder Fundamentalismus gekennzeichnet. In weiterer historischer Perspektive könnte die heutige Globalisierung bedeuten, daß die Welt wieder in eine Ära des Freihandels eingetreten ist, wie sie in längeren Perioden des 19. Jahrhunderts unter Führung Englands bestand.

Ähnlich wie Friedman sieht auch Eric Hobsbawm die neueste Entwicklung und konstatiert sichtlich resigniert: „Wir leben in einer Welt, die gekapert, umgewälzt und entwurzelt wurde vom gigantischen ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Prozeß der Kapitalismusentwicklung, der die vergangenen zwei oder drei Jahrhunderte beherrscht hat."[68] Wie bei diesem Autor gewohnt, ist dies und manches andere paramarxistisch vereinfacht. Entsprechend bitter beklagt er denn auch das Ende des Sozialismus: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei das Experiment des „real existierenden Sozialismus" gescheitert. Aber der tief verankerte utopistische Glaube daran, irgendwann einmal werde der Sozialismus den Geschichtsprozeß beherrschen können, ist offenbar wirklichkeitsresistent, denn im gleichen Atemzug meint Hobsbawm: „in der Theorie" sei das sozialistische Projekt „ökonomisch rational", es gehe also darum, „die generelle Frage des Sozialismus von der Frage der spezifischen Erfahrungen mit dem ‚real existierenden Sozialismus' zu trennen"[69].

Auch die utopistischen Träume von sozialistischen Welten gehören ganz offensichtlich zu den Hauptkennzeichen des Jahrhunderts. Und Goya hat es schon gewußt: „Der Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer."

In unserem Kontext interessieren aber nicht die gescheiterten autarkistischen und sozialistischen Experimente, vielmehr geht es um die Beobachtung, daß sich in der Welt nach dem Kalten Krieg eine gewaltige sozio-ökonomische Dynamik, die bereits

[67] Vgl. ebenda, S. 7–13.
[68] Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 719.
[69] Ebenda, S. 616.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das 19. Jahrhundert umgewandelt hatte, im 20. Jahrhundert aber periodisch oder regional eingedämmt war, nunmehr unwiderstehlich und weltweit durchsetzt.

War das alles vorhersehbar? Kurz vor dem Eintritt ins 20. Jahrhundert, im September 1899, forderte Werner Sombart in einem Schlußwort anläßlich der Breslauer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik dazu auf, „diejenigen Organisationsformen des Wirtschaftslebens zu akzeptieren, die die leistungsfähigsten sind"[70]. Trotz seiner schon damals vorhandenen kulturkritischen Vorbehalte, die sich zusehends verstärkten, sah er als leistungsfähigste Organisationsform den modernen Kapitalismus. Doch bald suchten er und viele mit ihm nach Alternativen zur marktwirtschaftlichen Ordnung. Was seinerzeit als Streit in den Reihen der Wirtschaftshistoriker, Ökonomen und Soziologen begann, wurde seit dem Ersten Weltkrieg ein Zentralthema außenpolitischer und innenpolitischer Kontroversen. Die Frage der wirtschaftlichen Ordnung verband sich mit dem Kampf zwischen freiheitlicher Demokratie und Totalitarismus, und der Streit wurde erst beim Umbruch 1989/91 entschieden.

Nach dem Kollaps der Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Modells und nachdem auch die ursprünglich radikalkommunistische chinesische Wirtschaftsordnung gemischtwirtschaftlich organisiert ist (mit sehr starken marktwirtschaftlichen Komponenten), hat es den Anschein, als sei der vergebliche Widerstand gegen die globale Dynamik des Kapitalismus in der Tat ein Zentralthema des Jahrhunderts gewesen. Beim Blick auf die großen Zusammenhänge läßt sich argumentieren, daß der Antagonismus der ökonomischen Ordnungsformen ein zentraler Aspekt der Auseinandersetzungen zwischen den politischen Ordnungsformen war, also Totalitarismus/Autoritarismus versus demokratischer Verfassungsstaat.

Der Kapitalismuskritiker Sombart selbst hat bekanntlich Anfang der dreißiger Jahre dafür geworben, den negativen Begleiterscheinungen des Kapitalismus auf den Arbeitsmärkten und der damit Hand in Hand gehenden kulturellen „Verödung" durch Autarkie wirtschaftlicher Großräume zu begegnen. Ebendies wurde in großem Stil vom nationalsozialistischen Deutschland und von der Sowjetunion versucht. In globaler Perspektive liegt es somit nahe, die Wirtschaftsordnungen im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland, desgleichen die unterschiedlichen kommunistischen Ordnungsformen als ehrgeizige, kostspielige und letztlich gescheiterte Experimente zu begreifen, der Marktwirtschaft Alternativmodelle entgegenzusetzen. Auch die Bestrebungen der „Dritten Welt", im Rahmen der UNCTAD-Konferenzen ordnungspolitische Alternativen zur globalen Marktwirtschaft zu entwikkeln, haben nicht zum Erfolg geführt.

Mit dieser grundlegenden Thematik verband sich die Frage, ob Kapitalismus und Demokratie komplementär sind oder nicht. Seit den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg über alle Erfolge und alle Systemkrisen der Demokratie hinweg ist dies gleichfalls eines der strittigsten Themen des zurückliegenden Jahrhunderts gewesen.

Was die politische Demokratie betrifft, so hat es heute den Anschein, als sei sie in der Tat notwendigerweise mit marktwirtschaftlichen Ordnungsformen verbunden.

---

[70] Zit. nach: Lenger, Werner Sombart, S. 141.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei haben sich allerdings sowohl in Europa als auch in den USA eine Reihe von Varianten mit gemischtwirtschaftlichen und etatistischen Modifikationen der Marktwirtschaft ergeben. In den Staaten des kontinentalen Europa hat sich in der zweiten Jahrhunderthälfte sogar die Meinung durchgesetzt, daß überhaupt nur eine wohlfahrtsstaatlich abgepolsterte Marktwirtschaft erträglich sei. Die sozialen Komponenten des Kapitalismus wurden und werden hier noch immer als Voraussetzungen der Akzeptanz einer pluralistischen Demokratie begriffen. Der Staat, so hat der belgische Wirtschaftshistoriker Hermann van der Wee diese seit dem Ersten Weltkrieg durchgängig verstärkten Entwicklungen resümiert, sollte nicht mehr allein den reibungslosen Ablauf des Marktes gewährleisten, sondern sei mit einer viel größeren Führungsaufgabe betraut worden: „Er sollte durch zentrale Planung und unter Kontrolle der Sozialpartner das wirtschaftliche Handeln so rationalisieren, daß das Wachstum maximiert wurde. Zugleich sollte er durch Transferzahlungen und Sozialleistungen die Einkommen nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit umverteilen." Ergebnis aus Sicht Anfang der achtziger Jahre: „Die gemischte Wirtschaftsordnung stellt sich demnach im Westen als eine Art Neomerkantilismus dar."[71]

Seither hatten die neo-liberalen Wirtschaftsreformen in den USA, in Großbritannien und im pazifischen Raum zur Folge, daß die gemischtwirtschaftlichen Systeme zusehends unter Druck gerieten. Eine neue liberale Phase der Weltwirtschaft, „Turbo-Capitalism" (Edward Luttwak) nennen dies deren Kritiker, zwingt die wohlfahrtsstaatlich verkrusteten westlichen Marktwirtschaften in Anpassungskrisen. Der regulierende und umverteilende Staat muß den Rückzug vom Marktplatz antreten[72]. Allerdings ist kaum zu erwarten, daß die westlichen Demokratien auf die soziale Abfederung der marktwirtschaftlichen Ordnung völlig verzichten wollen oder können. An der Komplementarität von Demokratie und Marktwirtschaft besteht in den etablierten Demokratien jedenfalls kein Zweifel – sofern sich die Demokratien der Aufgabe gewachsen zeigen, die sozialen Spannungen der kapitalistischen Entwicklung sozialstaatlich aufzufangen.

Viel unsicherer ist es nach den Beobachtungen im vergangenen Jahrhundert, ob eine autoritär gelenkte Marktwirtschaft auf längere Dauer möglich ist – Marktwirtschaft also ohne politische Demokratie. Dies ist das Modell einiger fernöstlicher Gesellschaften. Doch die autoritär-technokratische Prätorianerherrschaft in Südkorea ist bereits gescheitert und hat der weltweit üblichen Verbindung von Demokratie und Marktwirtschaft Platz gemacht. Welche Zukunft das politisch autoritäre System in China hat, dessen Funktionäre den kapitalistischen Tiger reiten, bleibt abzuwarten.

---

[71] Hermann van der Wee, Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980, München 1984, S. 587.

[72] Vgl. Edward Luttwak, Turbo-Capitalism, Winners and Losers in the Global Economy, London 1998, S. 37.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was war wirklich neu am 20. Jahrhundert?

Historiker, die Antennen hatten, haben schon früh erkannt, wohin die Reise ging. Henry Adams prognostizierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts, jeder Amerikaner, der das Jahr 2000 erlebe, werde „unbegrenzte Energien" beherrschen können: „Er würde in komplizierten Kategorien denken können, die einem früheren Geist unvorstellbar waren... Für ihn würde das 19. Jahrhundert auf derselben kindischen Ebene liegen wie das vierte Jahrhundert."[73] Das ist eingetreten, und die Ergebnisse dienen heute selbst dem bescheidensten Feuilletonisten zur täglichen Nahrung.

In dieser Perspektive wird das Zusammenwirken von moderner Industrie, moderner Naturwissenschaft und moderner Technik als dominanter Faktor des 20. Jahrhunderts begriffen. Das macht sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkt bemerkbar, gewinnt durch die Weltkriege des 20. Jahrhunderts sowie den Kalten Krieg zusätzliche Dynamik und prägt seit langem die Struktur der globalen Systeme.

Es waren nicht nur Historiker, sondern vor allem auch Soziologen und Philosophen, die anfangs den Blick auf diese Grundtendenz gelenkt haben. Von Werner Sombart war schon die Rede. Max Webers diesbezügliche Beobachtungen sind allbekannt. Später machten im deutschen Sprachbereich beispielsweise die Heidelberger Professoren Alfred Weber und Karl Jaspers in der Jahrhundertmitte darauf aufmerksam, daß im 20. Jahrhundert ein universalgeschichtlicher Umbruch alles unwiderruflich verändert. Man befinde sich, ließ Alfred Weber 1946 unter dem Titel „Abschied von der bisherigen Geschichte" wissen, „seit den naturwissenschaftlichen Entdekkungen und technischen Umwälzungen der neuesten Zeit nicht mehr auf unserer lieben, vertrauten, so weit ausgedehnten, unendliche Räume und Abwechslung gewährenden alten Erde, sondern auf einem neuen Stern"[74]. Der Vorgang der Globalisierung durch Ausbreitung der naturwissenschaftlich-technischen Zivilisation des Abendlandes wurde durchaus schon genau diagnostiziert, auch wenn der Begriff noch nicht existiert.

Auch Karl Jaspers diagnostizierte „das wissenschaftlich-technische Zeitalter, dessen Umschmelzung wir heute an uns erfahren", und stellte fest: „Es gab bisher noch keine Weltgeschichte, sondern nur ein Aggregat von Lokalgeschichten." Diese konnten als bloßes „Sichversammeln der Menschen zur Aktion der Weltgeschichte" verstanden werden. Die eigentliche Weltgeschichte beginne jetzt erst: „Wir fangen gerade an."[75]

Arnold Gehlen, um noch einen dritten Kultursoziologen zu nennen, hat wenig später das neue, globale System als „Superstruktur" analysiert, wobei Industrie, Technik und Naturwissenschaft einander gegenseitig voraussetzen. Auch er konsta-

[73] Adams, Die Erziehung des Henry Adams, S. 178.
[74] Alfred Weber, Abschied von der bisherigen Geschichte, Bern 1946, S. 11.
[75] Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Frankfurt a. M. 1956, S. 34f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tierte im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert Umwälzungen, die man an Tiefgang nur mit der „neolithischen Revolution" vergleichen könne[76].

Ähnlich dachte Arnold Toynbee in England. Er war neben vielem anderen auch Vorläufer einer biosphärischen Geschichtsbetrachtung. In seinem letzten Werk aus dem Jahr 1975, das den bezeichnenden Titel „Menschheit und Mutter Erde" trägt, arbeitet er einen Grundzug zeitgenössischer Geschichte heraus: „den Widerspruch zwischen der politischen Zersplitterung der Ökumene in souveräne Lokalstaaten und ihrer faktischen Verschmelzung durch Technologie und Wirtschaft"[77].

Naturgemäß hat die zünftige Geschichtswissenschaft, auch die Politische Wissenschaft, diese Zusammenhänge nur zögerlich aufgegriffen, wenn überhaupt. Wissenschaft ist primär spezialisierte Forschung. Somit schienen die Phänomene der technisch-wissenschaftlich-ökonomischen Globalisierung allenfalls von seiten historischer oder politologischer Teildisziplinen erfaßbar, etwa: Wirtschaftsgeschichte und politische Ökonomie, Technikgeschichte, Geschichte der Naturwissenschaft, Geschichte der internationalen Beziehungen.

Auch die perspektivenreiche „Oxford History of the Twentieth Century" vermag diesen vielleicht wichtigsten Aspekt der Geschichte des 20. Jahrhunderts nur mittels Buchbindersynthese zu erfassen. 27 konzeptuell unverbundene, jeweils sehr lesenswerte Analysen unterschiedlicher Autoren stehen nebeneinander, wobei immerhin ein knappes Drittel der Beiträge mehr oder weniger ausschließlich diese globalen Tendenzen behandelt, etwa „Demography and Urbanization", „Physics in the Twentieth Century", „The Expansion of Knowledge", „The Growth of a World Economy", „The Growth of a Global Culture", „The Visual Arts". Alan Ryan präzisiert dort den Gesamtvorgang wie folgt: „The central fact of the twentieth century is that the modern Western world has swept the rest of the world into its economic, technological, and, less straight forwardly, cultural orbit."[78]

Wann und wie die deutsche Zeitgeschichtsforschung diese Zentralthematik mit angemessenen Analysekonzepten und Methoden ins Zentrum ihrer Arbeiten rücken wird, läßt sich nicht absehen. Das Neue, um dessen Verständnis sie sich bisher vorrangig müht, sind – wie eben skizziert – die totalitären Bewegungen und Regime des 20. Jahrhunderts. Diese Phänomene sind gewiß neuartig: Sie stellen in der Tat einen Bruch mit dem legitimistischen und liberal-bürgerlichen 19. Jahrhundert dar, sie sind auch ein tiefer Einbruch in der Geschichte abendländischer Zivilisiertheit, die sich in Europa seit den Greueln der westeuropäischen Religionskriege und des Dreißigjährigen Krieges zunehmend konsolidiert hatte.

In universalgeschichtlicher Sicht freilich können die Weltkriege des 20. Jahrhunderts, auch der Kalte Krieg, als Variationen wohlbekannter Hegemonialkämpfe be-

[76] Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter. Soziopsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Hamburg 1957, S. 23.

[77] Arnold Toynbee, Menschheit und Mutter Erde. Die Geschichte der großen Zivilisationen, Düsseldorf 1979, Erstausgabe 1976, S. 497.

[78] Alan Ryan, The Growth of a Global Culture, in: The Oxford History of the Twentieth Century, S. 64.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

griffen werden. Selbst zu den politischen Säkularreligionen des Jahrhunderts mit ihren fürchterlichen Führern und Verbrechen finden sich in vergangenen Epochen durchaus historische Analogien, naturgemäß auf begrenzterem Raum, mit zahlenmäßig weniger Opfern und ohne die Verführungs-, Kontroll- und Vernichtungsinstrumente der Gegenwart.

Auch die Kooperations-, Bündnis- und Blocksysteme, wie sie seit der Jahrhundertmitte im atlantischen Raum oder im Ostblock entstanden, sind zwar schon im Vergleich mit den Anfängen des Jahrhunderts und erst recht mit dem 19. Jahrhundert neuartig. Sie fallen aber dennoch in die wohlbekannte Kategorie der kooperativen Verbindung von Staaten und Gesellschaften bzw. der an Varianten reichen Hegemonialsysteme[79].

Eine völlige Neuerung sind allerdings die seit den fünfziger Jahren auf- und ausgebauten europäischen Integrationssysteme. Wer sie jedoch mit dem Deutschen Bund oder dem Deutschen Zollverein vergleicht, mit denen die Regierungen zwischen 1815 und der Reichsgründung durch Bismarck experimentiert haben, kann auch hier einige Analogien erkennen. In universalgeschichtlicher Perspektive ganz neu ist also wohl tatsächlich in erster Linie die technisch-naturwissenschaftlich-ökonomische Globalisierung.

Lauter Abschiede?

Das 20. Jahrhundert brachte nicht bloß das Ende der europäischen Imperien. Derzeit nimmt überhaupt die Neigung zu, es als ein Jahrhundert der Abschiede zu begreifen. Dabei wird vielfach der Verfall von Werten und Selbstverständlichkeiten diagnostiziert, welche die Gesellschaften, so meint man, zusammenhalten. Lauter Erosionen: der christlichen Daseinsgestaltung, der bürgerlichen Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, der sozialen Solidarität, des Bürgersinns, der Zivilisiertheit, des Selbstbehauptungswillens der westlichen Staaten und der westlichen Zivilisation – solche und andere zeitkritische Klagen und Befürchtungen aus verschiedensten politischen Lagern hatten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Konjunktur. Der Zeitgeschichtsforschung fällt es nicht schwer, das 20. Jahrhundert als eine Epoche periodisch auftretenden Krisenbewußtseins mit entsprechender Zeitkritik zu begreifen. Aber selbst wer dem permanenten Krisengerede mit gebotener Skepsis begegnet, muß immerhin konstatieren: „Wo viel Rauch ist, da ist auch Feuer." Doch es sei dahingestellt, ob das Jahrhundert in der Tat ein langgezogener, von den Umständen erzwungener Abschied von unterschiedlichsten Werten ist, die allesamt dazu beitrugen, die westlichen und die nicht-westlichen Gesellschaften zusammenzuhalten.

[79] Vergleicht man in dieser Hinsicht die jeweils analytisch fruchtbaren Theorien von Heinrich Triepal, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Stuttgart [2]1943, oder Georg Schwarzenberger, Power Politics. A Study of International Society, London [2]1951, mit den neuesten Studien von Werner Link, Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1988, so zeigt sich, daß die globalen Strukturen nach wie vor wohlbekannte Konfigurationen aufweisen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jedenfalls ist es nicht überraschend, daß Befürchtungen, wie sie das ganze Jahrhundert begleiteten, auch in den bilanzierenden Monographien des eben durchschrittenen Fin-de-siècle wieder auftauchen. Ralf Dahrendorf, keiner von den Ängstlichen, gibt in der „Oxford History of the Twentieth Century" erneut der Sorge Ausdruck, der von der Globalisierung erzwungene gesellschaftliche Wandel könne die „Ligaturen" der Zivilgesellschaft überstrapazieren. Daneben, so schreibt er, drohen weiterhin die wohlbekannten Übel des Nationalismus und der religiösen Intoleranz[80]. Ein Historiker, der auf seine Weise bilanziert, der Amerikaner Gabriel Jackson, weist darauf hin, daß den weitgehend säkularisierten Gesellschaften des ausgehenden 20. Jahrhunderts „jedes transzendente Legitimationsprinzip und jede transzendental begründete Einschränkung einer rein menschlichen Macht fehlt"[81].

Francis Fukuyama diagnostiziert in einer komparativ angelegten Studie zur Krise der sozialen Daseinsführung, daß bislang religiöse und säkular fundierte Wertesysteme gleicherweise erodieren, auch in den gefestigten liberalen Gesellschaften der angelsächsischen Demokratien: Die Familien zerfallen, die Verbrechensrate nimmt zu, und das Vertrauen in der Gesellschaft schwindet. Die liberale Demokratie erscheine zwar am Ende des 20. Jahrhunderts als alternativlose Institution für technologisch fortgeschrittene Gesellschaften, doch deren kulturelle Basis sei gefährdet: „the rate of technological change can often exceed the rate of social adjustment"[82].

Dies alles wird in den Dimensionen dynamischer Gesellschaften registriert, deren Werte, Moden und life-styles natürlich rascheren Veränderungen unterliegen als die politischen Institutionen. Demgegenüber stellen nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus die meisten Beobachter fest, daß die demokratischen Verfassungsstaaten jetzt sehr viel unangefochtener sind als je seit 1919. Ihre Defizite sind zwar bekannt, aber dessenungeachtet scheinen sie allen anderen modernen Systemen überlegen. Zunehmend machen aber nun Politologen, Historiker, Soziologen und Ökonomen darauf aufmerksam, daß das Jahrhundert in Europa (vielleicht sogar früher oder später weltweit) zu guter Letzt noch eine weitere Überraschung bereithält: die Auflösung des modernen Staates.

Während die Zeitgeschichtsschreibung, vor allem in Deutschland, durchaus zu Recht nicht genug davon bekommt, in stets neuen Analysen die Gefahren des nationalstaatlichen Chauvinismus ins historische Bewußtsein zu rufen, beginnt sich der Staat der Neuzeit davonzumachen. Martin van Creveld, ein israelischer Historiker, legt eben eine Monographie vor, deren These bereits im Titel formuliert ist: „Aufstieg und Untergang des modernen Staates"[83]. In differenzierter Analyse skizziert er den Aufstieg des Staates seit dem 14. Jahrhundert. Das 20. Jahrhundert läßt in seiner Sicht

[80] Vgl. Ralf Dahrendorf, Towards the Twenty-First Century, in: The Oxford History of the Twentieth Century, S. 334–343.

[81] Jackson, Zivilisation und Barbarei, S. 517.

[82] Francis Fukuyama, The Great Disruption. Human Nature and the Reconstitution of Social Order, New York 1999, S. 282.

[83] Vgl. Martin C. van Creveld, Aufstieg und Untergang des modernen Staates, München 1999.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine gegenläufige Entwicklung erkennen – bis 1945 Aufstieg des Staates, der in den totalitären Religionen vergöttlicht wird. Doch als die totalen Staaten in Deutschland und in Italien zerschmettert sind, bedeutet dies noch nicht das Ende des modernen Staates. Ganz im Gegenteil. Das abendländische Staatsmodell findet im Zeichen der Dekolonisierung weltweite Verbreitung. Darauf sei aber ab 1975 recht abrupt, ganz unerwartet und mehr oder weniger weltweit der Niedergang des Staates in Gang gekommen.

Dafür gebe es eine ganze Reihe von Gründen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts drohen keine großen Kriege mehr. Der überlastete Wohlfahrtsstaat wird als unfinanzierbar erkannt und vorerst in den angelsächsischen Demokratien kräftig zurückgestutzt. Die Technologie wird international. Die innere Sicherheit erodiert in den kaum mehr kontrollierbaren Gesellschaften, in denen der Staat – wie in der Dritten Welt schon lange – nur ein sehr unvollständiges Gewaltmonopol besitzt. Selbst in den stabilen Zivilgesellschaften wirkt beim Verfall der inneren Sicherheit vieles zusammen: die offenen Grenzen, der weitgehende Grundrechtsschutz, die Gewaltbereitschaft zahlreicher Individuen und Gruppen, das Vorhandensein nicht erfaßbarer Waffen und die hochgradige Mobilität der Individuen. Zudem, so van Creveld, befinde sich auch der Glaube an die Würde, Vortrefflichkeit und Nützlichkeit des eigenen Staates in einem galoppierenden Schwundprozeß. Es falle dem heutigen Staat zusehends schwer, an die Loyalität seiner Bürger zu appellieren, und die Bereitschaft, für den Staat zu kämpfen oder zu sterben, sei weltweit rückläufig.

Auf ähnliche Befunde macht der Freiburger Historiker Wolfgang Reinhard aufmerksam. Seine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas markiert gleichfalls die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts als Phase des Umschlags. Auch er beobachtet wachsende Entfremdung der Bürger aufgrund eines „Zuviels" an Staat. Das staatliche Machtmonopol werde zugunsten intermediärer Instanzen und subsidiärer Verbände aufgelöst. Gleichzeitig erfolge in Europa eine Souveränitätsabgabe an die überstaatliche Europäische Union, die weder reiner Bundesstaat noch reiner Staatenbund ist, sondern „eine Mischung aus beiden"[84].

Zu den Historikern, die am Ende des 20. Jahrhunderts, das den totalen Staat erfand, das Ende des Staates feststellen, gehört auch der amerikanische Historiker des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges John Lukacs. Das totale Verschwinden der Grenzen im Schengen-Europa sei von denkbar weitreichender Bedeutung: „A state that has no control over its borders is not only a weak state, it is no state at all."[85] Voller Sorge registriert er die Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens in kleinere Einheiten mit der Konsequenz von Volksgruppenkriegen. Nationen, nationalistisch oder nicht, werde es noch lange geben, aber was wird aus dem Staat[86]?

---

[84] Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatenwelt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 533.

[85] Lukacs, The End of the Twentieth Century, S. 264.

[86] Vgl. Ebenda, S. 244.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Realistische Analytiker wie Daniel Yergin sind allerdings der Meinung, wenn der Kampf zwischen der Welt als Marktplatz und den Regierungen für bestimmte Völker inakzeptabel wird, so sei eben erneut ein Gegenschlag zu erwarten: „The state would again step forward to expand its role as protector of the citizen against the power of private interests, whether exercised through monopoly, wanton behavior, fraud and deception, or exploitation and direct harm."[87] Doch was, wenn in dem Staat, der den Bürger zu schützen vorgibt, Korruption und Mafia regieren?

Jedenfalls gehört die Frage, ob der moderne Staat heute zumindest in Europa vielleicht fast abrupt zu Ende geht, zu den erregendsten Themen beim Rückblick auf das Jahrhundert des „totalen Staates". Die Frage verbindet sich mit der Unsicherheit darüber, wozu sich die Europäische Union entwickeln wird.

Was läßt dieser rasche Durchgang durch den Urwald historischer Fragen erkennen?

1) Das Thema der Zeitgeschichtsforschung ist „die Epoche der Mitlebenden" (Hans Rothfels)[88], somit die des eben abgeschlossenen 20. Jahrhunderts. Dabei tun die zünftigen Zeithistoriker gut daran, sich ins Gewand der Bescheidenheit zu kleiden, wenn sie die Gesamtheit dieses Jahrhunderts in den Blick bekommen möchten. Der Urwald voller Fragen ist so ausgedehnt, daß sich Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen an der Erforschung versucht haben und versuchen müssen – Geschichtsphilosophen und Kultursoziologen, Ökonomen, Wirtschaftshistoriker und Verfassungsrechtler, Kunsthistoriker, Literaturwissenschaftler und viele andere.
2) Dabei zeigt sich, daß die Entwicklungen der jüngsten Geschichte nur partiell verständlich wären, wollte man allein den Zeitraum des 20. Jahrhunderts im engeren Sinn ins Auge fassen. Viele maßgeblichen Entwicklungen führen mehr oder weniger weit ins 19. Jahrhundert zurück. Zugleich spricht aber auch viel dafür, das Neue und das historisch Wiederkehrende in universalgeschichtlicher Perspektive zu erfassen. Somit sind Zweifel daran angebracht, ob allein die Zeitgeschichte mit ihrem zeitlich eingeschränkten Fragehorizont die Fragen an das Jahrhundert angemessen formulieren, geschweige denn allein beantworten kann.
3) Je nach der eigenen wissenschaftlichen Herkunft neigen die Zeitgeschichtsforscher zwar dazu, von der Prämisse auszugehen, „die Politik ist das Schicksal". In der Tat betreffen viele der hier zu untersuchenden Fragen die politische Geschichte. Aber jede vertiefte Beschäftigung mit den epochalen Fragen des 20. Jahrhunderts läßt erkennen, daß alle Teildisziplinen gefordert sind: die politische Geschichte einschließlich der Diplomatiegeschichte, Wirtschaftsgeschichte und Sozi-

[87] Daniel Yergin, The Commanding Heights. The Battle between Government and the Marketplace that is Remaking the Modern World, New York 1998, S. 390.

[88] So Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, S. 2, und Waldemar Besson, Periodisierung, Zeitgeschichte, in: Waldemar Besson (Hrsg.), Geschichte, Frankfurt a. M. 1961, S. 264.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

algeschichte, die Verfassungsgeschichte, die Militärgeschichte, die Geschichte der Ideologien und Mentalitäten, nicht zuletzt die Technikgeschichte[89].

4) Geht man von den Fragestellungen der politischen Geschichte aus, so herrscht zwischen den Forschern nicht allzu viel Streit hinsichtlich der großen Zäsuren 1914 und 1989. Zwar insistiert man beim Blick auf Europa und Japan mit einem gewissen Recht auf dem Zäsurenjahr 1945. Doch in globaler Sicht behindert die Betonung dieses Einschnitts eher die Erkenntnis.

Für den Indischen Subkontinent beispielsweise ist 1947 das eigentliche Zäsurenjahr. China weist völlig andere Einschnitte auf, so in der zweiten Jahrhunderthälfte den Beginn der Volksrepublik China nach dem Ende des Bürgerkrieges 1949 und das Jahr 1978 (Beginn der Epoche Deng Xiaoping). Für Frankreich ist die kritische Umgestaltung in den Anfängen de Gaulles 1958 bis 1962 mindestens ebenso wichtig wie das Jahr der Befreiung 1944, während das europäische Epochenjahr 1945 relativ belanglos ist. Auch in der Geschichte Großbritanniens sind die frühen sechziger Jahre, in denen die Dekolonisierung fast abgeschlossen ist und die Hinwendung zur Europäischen Gemeinschaft zwingend wird, ebenso wichtig wie das Jahr 1945 mit dem V-Day und dem Wahlsieg der Labour Party. In der Sowjetunion ist das Zäsurenjahr 1953 wohl noch von größerer Bedeutung als das Jahr 1945. Dasselbe gilt für die USA.

Überhaupt spricht manches dafür, die Bedeutung der frühen fünfziger Jahre im Gesamtverlauf des Jahrhunderts stärker als bisher zu betonen. Erst damals hat die Katastrophenepoche zumindest in Europa einen vorläufigen Abschluß gefunden. Zugleich beginnen erst jetzt alle Beteiligten voll zu erkennen, daß die beispiellose Rüstungsdynamik der Kernwaffen und der modernen Trägersysteme für die machtpolitischen und ideologischen Konflikte fundamental neue Bedingungen schafft.

Und wie steht es mit den weiter zurückliegenden Zäsuren in den katastrophalen dreißiger und vierziger Jahren? Vor allem auch dort zeigt sich die „Beschleunigung historischer Abläufe" (Gerhard Schulz). Soll man für diesen Zeitraum die Jahre 1930, 1933/34 oder 1936, nennen? Soll man 1939 oder 1941 als die wichtigsten Zäsurenjahre betrachten[90]? Besonders die Jahre 1936 bis 1953 (von der Rheinlandbesetzung bis zu Stalins Tod und dem Waffenstillstand in Korea) gehören zu jenen historischen Beschleunigungsphasen, während derer sich in einem oder in zwei Jahren mehr verändert als sonst in Jahrzehnten.

5) Die Diskussion über die Zäsurenjahre läßt schon erkennen, worin die Forschung die wichtigsten Achsen des Jahrhunderts erkennt. Faßt man die Gesamtheit der Abläufe ins Auge, so sind verschiedene Hauptdeterminanten unstrittig:

---

[89] Siehe dazu Gerhard Schulz, Einführung in die Zeitgeschichte, Darmstadt 1997, S. 123f. Zur Technikgeschichte siehe Hans-Joachim Braun/Walter Kaiser, Propyläen-Technikgeschichte, Bd. 5: Energiewirtschaft, Automatisierung, Information seit 1914, Berlin 1992.

[90] Dafür plädiert mit durchaus erwägenswerten Argumenten John Lukacs, Die Entmachtung Europas. Der letzte europäische Krieg 1939–1941, Stuttgart 1978.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

- die mühsame Verarbeitung der Katastrophe des Ersten Weltkrieges mit allen ihren Spätfolgen zwischen 1919 und 1945 (auf dem Balkan wirken die Spätfolgen der verunglückten Friedensschlüsse von 1919 bis heute nach);
- das Ringen zwischen totalitären und demokratischen Ordnungsvorstellungen;
- die Freiheitsbewegungen in den europäischen Überseeimperien und der Aufbau neuer Staaten;
- die Konzentrations- und Zerfallsprozesse im Staatensystem;
- die periodischen Erschütterungen der internationalen Ordnung durch unterschiedliche Erscheinungsformen des Nationalismus, häufig verbunden mit Militarismus und Imperialismus.

Das ist bereits eine ganze Anzahl von „Achsen", wobei die Determinanten in der Dimension der technologisch-ökonomischen Superstruktur noch ganz unberücksichtigt sind. Muß man also nicht doch formulieren: Es ist unmöglich, in den sehr widersprüchlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts so etwas wie ein durchgängiges Hauptthema zu erkennen, so wünschenswert das aus den jeweiligen politischen Blickwinkeln in volkspädagogischer Hinsicht auch erscheinen mag? Doch die Aufgabe aller Geschichtsschreibung, auch der Zeitgeschichte, ist und bleibt die Differenzierung. Nuancierung, nicht plakative Versimpelung ist somit geboten.

6) Wenn es um die Bestimmung der allgemeinen Aufgaben moderner Zeitgeschichtsforschung geht, macht sich die Feststellung gut und sie ist auch richtig, die Zeitgeschichte könne nur, mit Hans Rothfels zu sprechen, aus der „universalen Konstellation" heraus begriffen werden[91]. In der Forschungspraxis dominiert aber dann doch – vielleicht unvermeidlicherweise – die nationalgeschichtliche Perspektive. So konzentriert sich die amerikanische Zeitgeschichtsforschung bis heute neben den großen innenpolitischen Fragen auf die Hauptthemen amerikanischer Weltpolitik: Außenpolitik der USA in der westlichen Hemisphäre (ein großes Dauerthema seit Gründung der Republik), Politik gegenüber Europa seit Beginn des Jahrhunderts und im pazifischen Raum seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, Weltkriegsgeschichte, Ost-West-Konflikt und globale Außenwirtschaftspolitik.

In den größeren europäischen Ländern wird zwar wie auch in den USA alles und jedes erforscht. Dabei konzentriert sich die Forschung aber doch vor allem auf die dramatischen, vielfach traumatischen Erfahrungen der eigenen Nationalgeschichte. In Großbritannien ist dies das Thema „Imperial Sunset"[92] oder, weniger freundlich formuliert, „The Collapse of British Power."[93] „Decline" ist auch ein Hauptthema vieler Arbeiten zur britischen Innenpolitik, zugleich damit aber die mit Selbstbewußtsein analysierte Frage, weshalb Großbritannien anders als

[91] Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, S. 2, 4.

[92] So der nostalgische Titel der sehr nüchternen Monographie von Max Beloff, Imperial Sunset, Bd. 1: Britain's Liberal Empire 1897–1921, London 1961.

[93] Correlli Barnett, The Collapse of British Power, London 1976.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland, Spanien oder Frankreich die Krise der dreißiger und der frühen vierziger Jahre mit intakten parlamentarischen Institutionen gemeistert hat. In Frankreich kehrt die breit ausgefächerte historische Reflexion doch immer wieder zum Ersten Weltkrieg, seiner Vorgeschichte und seinen Fernwirkungen sowie zur Vorgeschichte und zu den Nachwirkungen einerseits von Vichy, andererseits der Résistance mit den Geschichtsmythen des Gaullismus und der kommunistischen Partei zurück. Die russische Historiographie arbeitet seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zögernd die leninistische und stalinistische Vergangenheit auf. Die traumatischen Themen der deutschen Zeitgeschichtsforschung sind hinlänglich bekannt.

Der Blick auf das Jahrhundert als Ganzes stellt demgegenüber eine nützliche Korrektur der notwendigen, partiell aber auch sterilen Diskussion über die jeweiligen nationalen Sonderwege, Erfolgsgeschichten oder Katastrophen dar. Allein der Vergleich der jeweiligen nationalgeschichtlichen Besonderheiten untereinander und zugleich das Studium der epochalen Entwicklungen in regionalem und globalem Rahmen lassen erkennen, wo tatsächlich die interessantesten Forschungsfragen liegen.

7) Natürlich tritt auch in globaler Perspektive weltweit sehr viel grundlegend Neues ins Blickfeld. Bewegte Epochen sind so, nicht erst im 20. Jahrhundert. Zugleich allerdings sieht man sich doch auch an die geschichtstheoretischen Betrachtungen Goethes in dem berühmten Gespräch mit dem Historiker Heinrich Luden erinnert: „Und wenn Sie nun auch alle Quellen zu klären und zu durchforschen vermöchten: was würden Sie finden? Nichts anderes als eine große Wahrheit, die längst entdeckt ist, und deren Bestätigung man nicht weit zu suchen braucht; die Wahrheit nämlich, daß es zu allen Zeiten und in allen Ländern miserabel gewesen ist. Die Menschen haben sich untereinander gequält und gemartert... Nur wenigen ist es bequem und erfreulich geworden."[94]

Beim Blick auf das 20. Jahrhundert zeigt sich allerdings, daß diese pessimistische Feststellung nur noch partiell zutrifft. Die Menschen in den industriellen Demokratien sind alles in allem eindeutig besser gefahren als der große Rest der Menschheit. Im übrigen aber kehrt viel universalgeschichtlich Bekanntes doch wieder, wenngleich in globaler Ausdehnung und in vielfach titanischer Übersteigerung, wozu auch der Titanismus des Bösen gehört.

8) Fundamental neu und universalgeschichtlich einmalig ist jedenfalls die tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaft, der Lebensformen und des Bewußtseins in globalem Rahmen. Der britische Universalhistoriker J. M. Roberts, dessen eben erschienene Monographie die bislang beste Synthese darstellt, formuliert somit eine weithin skeptische Schlußfolgerung, wenn er feststellt: „nearly 100 years of more rapid, more sweeping, and more important change in human lives and prospects than there has ever been"[95]. Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Paradoxie.

---

[94] Goethes Gespräche, hrsg. von Flodoard Freiherr von Biedermann, Leipzig 1909, 1. Bd., S. 434f.

[95] Roberts, Twentieth Century, S. XVIII.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In dem Jahrhundert, als sich das Abendland, genauer gesagt: Europa, machtpolitisch auf den eigenen Kontinent zurückgezogen hat, erzielten die technisch-naturwissenschaftlich-ökonomischen Auswirkungen des abendländischen Geistes, aber auch das spezifisch moderne Konzept europäisch-abendländischer Menschenrechte eine beispiellose weltweite Tiefenwirkung.

Somit verdient auch die Deutung von J. M. Roberts Beachtung, der den Gesamtvorgang in einer 1985 veröffentlichten Studie „The Triumph of the West" wie folgt interpretiert hat: „Die Wirkungen des Abendlandes auf die übrige Welt sind unauslöschlich. Die Geschichte ist durch das Abendland verändert worden, das aus der Welt *eine* Welt gemacht hat... Was klar zu sein scheint, ist, daß die Geschichte der westlich-abendländischen Kultur heute die Geschichte der Menschheit ist, daß ihr Einfluß so verbreitet ist, daß alle Gegensätze und Widersprüche bedeutungslos geworden sind."[96]

Wie man weiß, wird diese Auffassung unter Verweis auf Dignität und Schöpferkraft der zeitgenössischen nichtabendländischen Zivilisationen vielfach auch bestritten. Offenbar ist dies eines der großen Themen künftiger Weltpolitik, somit auch künftiger Forschung. Auch hier gilt: So wie erst die geschichtlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts die einigermaßen gerechte Bewertung der Tendenzen des 19. Jahrhunderts erlaubt haben, wird das 21. Jahrhundert neue, vielleicht die richtigen Fragen an das 20. Jahrhundert zu richten erlauben.

Denn die Zeitgeschichtsforschung muß ihre Erkenntnisse wieder und wieder selbstkritisch im Licht einer Frage formulieren, die Barbara Tuchman einstmals mit der ihr eigenen Burschikosität aufgeworfen hat: „Sollte – oder vielleicht auch kann – man über Geschichte schon schreiben, während sie noch qualmt?"[97] Wie zu erwarten, gab Barbara Tuchman eine bejahende Antwort. Es ist und bleibt nun einmal das Vorrecht der Zeitgeschichtsforscher, gewissermaßen die ersten Humusschichten historischer Erkenntnis abzutragen. Sie sollten sich aber beim Rückblick auf das 20. Jahrhundert häufiger als allgemein üblich doch die zweifelnde Frage stellen: Vermögen wir wirklich schon alles auch nur halbwegs richtig zu erkennen? Hat Goethe, wie eingangs zitiert, nicht doch recht, wenn er feststellt, „je tiefer man ernstlich eindringt, desto schwierigere Probleme tun sich hervor"?

[96] J. M. Roberts, Der Triumph des Abendlandes. Eine neue Deutung der Weltgeschichte, Düsseldorf 1986, S. 433f.

[97] Barbara Tuchman, In Geschichte denken. Essays, Düsseldorf 1982 (Erstausgabe 1964), S. 31.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PHILIPP HEYDE

FRANKREICH UND DAS ENDE DER REPARATIONEN

Das Scheitern der französischen Stabilisierungskonzepte in der Weltwirtschaftskrise 1930–1932

On ne fait pas la paix sans la confiance.
(Aristide Briand am 8. November 1929)[1]

I.

Im August 1931 schrieb der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, an einen Freund, er sei „zufrieden damit, was in Frankreich und im Ausland geschieht: Niemals waren wir in einer stärkeren Situation"[2]. Doch kaum ein Jahr später mußte die Dritte Republik eine schwere diplomatische Niederlage hinnehmen: Im Juli 1932 willigte Ministerpräsident Édouard Herriot auf der Konferenz von Lausanne in das faktische Ende der deutschen Reparationszahlungen ein. Ein zentraler Bestandteil des Versailler Vertrags ging verloren, weitere tiefgreifende Revisionen auf Frankreichs Kosten sollten folgen.

Diese erstaunliche Niederlage des mächtigen Frankreich wird gemeinhin mit der Weltwirtschaftskrise erklärt, die seine internationale Stellung geschwächt und Deutschlands Befreiung von den Reparationsverpflichtungen erzwungen habe[3]. Doch die Depression war kein rein ökonomisches Phänomen. Spätestens seit dem

[1] Annales de la Chambre des Députés, Débats parlementaires, Session Extraordinaire (künftig: Ann. Chambre, Sess. Extr.), 1929, S. 87.

[2] Auguste Bréal, Philippe Berthelot, Paris 1937, S. 223; ähnlich, wenngleich weniger erfreut, formulierte der Staatssekretär im deutschen Finanzministerium, Hans Schäffer, am 23. 12. 1932: „Frankreich ist phantastisch stark. England, Italien und [...] Belgien versuchen immer wieder, eine selbständige Politik zu machen, und scheitern immer wieder daran, daß sie finanziell auf die Franzosen angewiesen sind [...] oder sich vor ihnen fürchten", in: Archiv Institut für Zeitgeschichte, München (künftig: IfZ), ED 93/16, Bl. 1235; vgl. aber Stephen A. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976, der das Ende der französischen Vorherrschaft bereits auf 1924 datiert.

[3] Vgl. Haim Shamir, Economic Crisis and French Foreign Policy 1930–1936, Leiden 1989; ähnlich Dominique Borne/Henri Dubief, La crise des années 30 1929–1938, Paris ²1989: „Die Krise liquidiert die Reparationen", S. 47.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frühjahr 1931 wurde die internationale Politik durch eine allgemeine Vertrauenskrise belastet, die die internationalen Finanzmärkte wiederholt zu panikartigen Kreditabzugswellen veranlaßte[4]. Die Vertrauenskrise hatte ihre Ursache nicht zuletzt in der Sorge um die politische Stabilität in Europa, die wiederum durch das Mißtrauen der Finanzmärkte vertieft wurde. Ökonomische und politische Destabilisierung verstärkten einander wechselseitig, so daß man von einer einzigen „Weltkrise von Wirtschaft und Politik" sprechen muß[5]. Mithin darf das Ende der Reparationen nicht lediglich auf die ökonomischen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden. Es war vielmehr auch politisch bedingt: Frankreich gelang es nicht, seine Konzepte zur Stabilisierung des internationalen Systems durchzusetzen. Gleichzeitig wehrte sich Paris lange gegen die Stabilisierungskonzepte der anderen Großmächte, vertiefte dadurch die Vertrauenskrise, verschärfte die wirtschaftliche Depression und behinderte die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs. Um diese Hypothese zu untermauern, soll im folgenden untersucht werden, welche Stabilisierungskonzepte Frankreich von 1930 bis 1932 verfolgte und warum es ihm nicht gelang, sich mit seinen Verhandlungspartnern auf eine gemeinsame Strategie zu einigen[6].

II.

Zunächst sind jedoch einige Bemerkungen zur Rechtsgrundlage der Reparationspolitik in den Jahren 1930 bis 1932 vorauszuschicken: dem Youngplan. Das nach dem provisorischen Dawesplan vermeintlich endgültige Reparationskonzept war im Frühjahr 1929 von einem internationalen Expertenkomitee erstellt worden. Obwohl das Gremium eigentlich unabhängig sein sollte, hatte die Regierung den französischen Sachverständigen Jean Parmentier in einer ausführlichen Instruktion auf Ziel-

[4] Zum Begriff der Vertrauenskrise, der bei Zeitgenossen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte, vgl. z. B. die Ansprache des britischen Premierministers Ramsay MacDonald vom 20. 7. 1931, in: Documents of British Foreign Policy 1919–1939 (künftig: DBFP), 2/II, S. 436–442; anonyme Note aus dem französischen Finanzministerium vom 18. 9. 1931, in: Archives économiques et financières, Paris (künftig: AEF), B 31 716; Temps vom 26. 9. 1931, in: Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin) R 2501/2823; Der Basler Reparationsbericht: Das Gutachten des Beneduce-Ausschusses. Bericht des Beratenden Sonderausschusses Dezember 1931, Frankfurt a. M. 1932, S. 26 f.

[5] Theo Balderston, The Origins and Course of the German Economic Crisis, November 1923 to May 1932, Berlin 1993, S. 129, 172 f. und 182; Otto Büsch/Peter-Christian Witt, Krise der Weltwirtschaft – Weltkrise von Wirtschaft und Politik, in: Dies. (Hrsg.), Internationale Zusammenhänge der Weltwirtschaftskrise, Berlin 1994, S. 15 (Zitat) – 26.

[6] Dieser Aufsatz behandelt hauptsächlich die Stabilisierungskonzepte, die sich auf das Reparationsproblem bezogen; zu ähnlichen Ergebnissen kann man auch bezüglich der Abrüstungsfrage und zur Stabilisierung der Staaten Südosteuropas gelangen, vgl. z. B. Jacques Bariéty, Der Tardieu-Plan zur Sanierung des Donauraums, Februar–Mai 1932, in: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1980, S. 361–387; Maurice Vaïsse, Sécurité d'abord. La politique française en matière de désarmement, 9 décembre 1930–17 avril 1934, Paris 1981.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorgaben festgelegt, über die sich Ministerpräsident Raymond Poincaré bereits im Herbst 1928 mit dem britischen Schatzkanzler Winston Churchill verständigt hatte[7]. Die Deutschen fügten sich den Vorstellungen ihrer Gläubiger, weil man ihnen dafür den vorzeitigen Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland versprach und weil zum anderen im Falle einer Ablehnung schwere Finanzprobleme drohten: Während einer Krise der Expertenberatungen hatte das Reich durch Kapitalflucht und Kreditkündigungen Devisen im Wert von über 600 Mio. RM verloren. Nach längeren Verhandlungen auf zwei Konferenzen in Den Haag im August 1929 und im Januar 1930 trat der Youngplan am 17. Mai 1930 in Kraft[8]. Er sah vor, daß Deutschland bis 1988 Reparationen in einer jährlichen Durchschnittshöhe von rund zwei Milliarden RM leistete. Diese teils in Sachlieferungen, zumeist aber in Gold oder Devisen zu zahlende Summe war zweigeteilt: Die sog. ungeschützte Annuität von etwas mehr als einem Drittel diente zur Wiedergutmachung der – hauptsächlich französischen – Kriegsschäden und mußte unter allen Umständen bezahlt werden; die übrigen zwei Drittel verwandten die Gläubigermächte zur Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden, die sie im Weltkrieg vor allem bei der amerikanischen Regierung aufgenommen hatten. Dieser Teil der Reparationen sollte bei einer Senkung der Kriegsschulden vermindert werden, und bei Zahlungsschwierigkeiten war vorgesehen, seinen Transfer in Devisen für zwei Jahre aufzuschieben. In diesem Fall hatte Frankreich einen Garantiefonds einzurichten, mit dem etwaige Finanzschwierigkeiten kleinerer Reparationsgläubiger überwunden werden sollten. Außerdem bestand die Absicht, einen Beratenden Sonderausschuß internationaler Experten einzuberufen, der Möglichkeiten zur Überwindung der Krise vorzuschlagen hatte[9].

Das wichtigste Ziel, das die Franzosen mit dem Youngplan verfolgten, war finanzielle Sicherheit. Deshalb hatten sie jede Revisionsmöglichkeit ausgeschlossen und großen Wert darauf gelegt, daß die Reparationen mobilisierbar gemacht wurden. Das heißt, Reparationsbonds konnten wie eine normale Reichsanleihe auf den Markt gegeben werden. Im Mai 1930 wurden in der sog. Younganleihe Reparationen im Wert von 840 Mio. RM kommerzialisiert. Ein Mitarbeiter im französischen Finanzministerium stellte zufrieden fest, die Reparationen seien nun mit den interalliierten

---

[7] Aufzeichnung über Poincarés Verhandlungen mit Churchill vom Oktober 1928 und „Indications données aux futurs experts français sur les vues du gouvernement" vom 27. 12. 1928, in: AEF, B 32 210; DBFP, 1a/V, Dok. Nr. 182, Anm. 2; Martin Gilbert (Hrsg.), Companion, Teil 1, zu: Ders., Winston S. Churchill, Bd. 5, London 1979, S. 1358ff.

[8] Zur Entstehung des Youngplans aus deutscher Sicht vgl. Martin Vogt (Hrsg.), Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, Boppard 1970; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 428–507; Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931, München 1987, S. 34–84 und 96–124; zur Kreditkrise vom Frühjahr 1929 vgl. Gerd Hardach, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976, S. 112f.; Balderston, Economic Crisis, S. 139 und 157f.

[9] Vgl. Eduard Heilfron/Paul Nassen (Hrsg.), Der Neue Plan, Berlin 1931; zum Problem der interalliierten Schulden vgl. Denise Artaud, La question des dettes interalliées et la réconstruction de l'Europe, 2 Bde., Paris 1978.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schulden verkoppelt, was die Amerikaner bislang stets abgelehnt hatten. Wichtiger noch, durch die Mobilisierungsmöglichkeit seien die Reparationen auch mit den Privatschulden rechtlich gleichgeordnet und das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte in Deutschlands Fähigkeit, diese zu bedienen, eng mit pünktlichen Reparationszahlungen verbunden: „Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung würde daher ganz besonders seinen Auslandskredit betreffen." Dadurch sei auch die Solidarität mit den anderen Gläubigermächten wie Großbritannien gewährleistet, die wegen ihrer Privatkredite stark am Schutz der deutschen Zahlungsfähigkeit interessiert waren[10]. Auf Grund der so erreichten finanziellen Sicherheit schien es auch möglich, sich der übrigen Reparationsgarantien zu begeben. Neben finanziellen Pfändern und der Rheinlandbesetzung betraf das die im Versailler Vertrag festgeschriebenen Sanktionsrechte. Der Verzicht konnte freilich nur in gewundenen Formulierungen ausgesprochen werden, die man in mühsamen Verhandlungen mit den Deutschen gefunden hatte. Denn die liberalkonservativen Kabinette, in denen Außenminister Briand als Linksaußen saß, waren von der Unterstützung der nationalistischen Union Républicaine Démocratique (URD) abhängig, während die linksbürgerlichen Radikalsozialisten, die Briands Friedenspolitik regelmäßig zujubelten, in der Kammer aus innenpolitischen Gründen gegen ihn stimmten[11]. Für die Franzosen bedeuteten die endgültige Festsetzung der Reparationen und die Rheinlandräumung die „Generalbereinigung des Krieges": Die aus dem Weltkrieg herrührenden Probleme schienen gelöst oder, wie das Saarproblem, über das gleichzeitig Verhandlungen begannen, einer Lösung nahe. Von dieser Grundlage aus glaubte man, die Annäherungspolitik an Deutschland weiter vorantreiben zu können[12]. Berühmtestes Beispiel ist Briands

[10] Materialsammlung des Finanzministeriums für Minister Paul Reynaud zur Vorbereitung auf die Ratifizierung des Youngplans in der Kammer (hier das Zitat), in: AEF, B 32 210; vgl. die Reden Reynauds und des über die Verkopplung von Reparationszahlungen und deutschem Auslandskredit gleichfalls erfreuten Abgeordneten Gaston Bergery von den oppositionellen Radikalsozialisten vom 27. 3. 1930, in: Annales de la Chambre des Députés, Débats parlementaires, Session Ordinaire (künftig: Ann. Chambre, Sess. Ord.) 1930/2, S. 1184ff. und 1190–1196; Rede des Ministerpräsidenten André Tardieu vom 1. 6. 1930, in: Ders., L'épreuve du pouvoir, Paris 1931, S. 43ff.; zur Verbindung von Reparationen und interalliierten Schulden, die ein französischer Parlamentsbeschluß vom Juli 1929 festgeschrieben hatte, die die Amerikaner aber nach wie vor leugneten, vgl. Ann. Chambre, Sess. Ord. 1929/II, S. 937ff.; Melvyn P. Leffler, The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security 1919–1933, Chapel Hill 1979, S. 67f., 74, 135, 181.

[11] Zum Sanktionsstreit vgl. Christian Baechler, Une difficile négociation franco-allemande aux conférences de La Haye. Le règlement de la question des sanctions 1929–1930, in: Revue d'Allemagne 12 (1980), S. 238–260; Knipping, Ende, S. 112–119; vgl. die bewußt zweideutig gehaltene Rede Tardieus vom 5. 4. 1930, in: Annales du Sénat, Débats parlementaires (künftig: Ann. Sénat), 1930, S. 960–964; zur URD vgl. Hermann Weinreis, Liberale oder autoritäre Demokratie. Regimekritik und Regimekonsens der französischen Rechten zur Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus in Deutschland 1928–1934, Göttingen/Zürich 1987; zu den Radikalsozialisten vgl. Serge Berstein, Histoire du parti radical, Paris 1982.

[12] Briands Kammerrede vom 4. 12. 1928, in: Ann. Chambre, Sess. Extr. 1928, S. 647 (Zitat); vgl. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, Dok. Nr. 28; Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918 bis 1945 (künftig: ADAP), Serie B, Bd. XI, Dok. Nr. 150, Serie B, Bd. XII,

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Plan einer europäischen Union, den er am 17. Mai 1930 veröffentlichte, eben dem Tag, an dem der Youngplan in Kraft trat[13]. Doch auch Ministerpräsident André Tardieu und seine konservativen Kabinettskollegen traten 1929/30 mit einer Fülle unterschiedlicher Vorschläge für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen an Deutschland heran[14]. Ein Grund für diese Initiativen war die Sicherheitslücke gegenüber dem Reich, die den Franzosen Sorgen machte, seit die USA 1920 den Versailler Vertrag und das damit verbundene Garantieabkommen nicht ratifiziert hatten. Nachdem 1923 der Versuch gescheitert war, Frankreichs Überlegenheit im Alleingang zu sichern, war es das wichtigste Ziel seiner Außenpolitik geworden, das an Bevölkerungszahl, Wirtschaftspotential und damit langfristig auch an militärischer Schlagkraft überlegene Reich durch Konzessionen zu pazifizieren[15].

Das Konzept, mit Youngplan und Rheinlandräumung den Weg frei zu machen für eine engere Zusammenarbeit mit dem Nachbarn und damit für eine dauerhafte Stabilisierung Europas, schlug im Frühjahr 1930 fehl: Statt der erhofften Dankbarkeit für die Rheinlandräumung kam es in Deutschland zu einem erschreckenden Aufschwung des Nationalismus. Dies zeigte sich etwa in der Antwort auf Briands Europaplan: Die neue Reichsregierung unter dem rechtskatholischen Kanzler Heinrich Brüning verlangte als Voraussetzung für seine Mitarbeit kaum verhohlen tiefgreifende Revisionen des Friedensvertrags[16]. Nicht zuletzt auf Grund der Empörung über

---

Nr. 21, Serie B, Bd. XIV, Nr. 14; Ferdinand Siebert, Aristide Briand 1867–1932, Zürich/Stuttgart 1973, S. 498; vgl. auch den enttäuschten Rückblick des Finanzattachés in Berlin auf die Entwicklung seit der Rheinlandräumung, „die doch den Beginn einer Ära des Vertrauens und der gegenseitigen Hilfe bedeuten sollte", vom 27. 3. 1931, in: AEF, B 31 478; zu den ergebnislos verlaufenden Saarverhandlungen vgl. Knipping, Ende, S. 74–84 und 124–131.

[13] Vgl. Jacques Bariéty, Idée européenne et relations franco-allemandes, in: Bulletin de la Faculté des Lettres Strasbourg 66 (1968), S. 571–584; Edward D. Keeton, Briand's Locarno Diplomacy. French Economics, Politics, and Diplomacy 1925–1929, New York ²1987, S. 298–325; Cornelia Navari, The Origins of the Briand Plan, in: Diplomacy and Statecraft 3 (1992), S. 74–104.

[14] Vgl. z. B. ADAP, Serie B, Bd. IX, Dok. Nr. 263, Serie B, Bd. XI, Dok. Nr. 8 und 198, Serie B, Bd. XIV, Dok. Nr. 6, 56 und 226; Akten der Reichskanzlei, Kabinett Müller, Dok. Nr. 160, Anm. 8; DBFP, 1a/VII, Dok. Nr. 246; Tardieu, Épreuve, S. 47; Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Ost-Orientierung nach dem 1. Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 111–118.

[15] Vgl. Berthelots Brief an Briand vom 9. 1. 1923: „Wenn es uns [. . .] nicht gelingt, bei der Schaffung einer deutschen Republik zu helfen, die dem Krieg ablehnend gegenübersteht, sind wir verdammt", in: Georges Suarez, Briand, Bd. 5, Paris 1941, S. 429f.; vgl. auch Briands Reden vor dem Auswärtigen Ausschuß vom 1. 12. 1925, in: Ebenda, Bd. 6, Paris 1952, S. 479, und vor der Kammer vom 4. 11. 1931, in: Ann. Chambre, Sess. Extr. 1930, S. 106f.; ADAP, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 229; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 89; zur demographischen Unterlegenheit und den aus ihr resultierenden Sicherheitssorgen vgl. André Tardieu, La Paix, Paris 1921, S. 167f., 179; Fernand Braudel/Ernest Labrousse (Hrsg.), Histoire économique et sociale de la France, Bd. 4/II, Paris 1980, S. 598–605 und 633–639; Clemens A. Wurm, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1979, S. 19–23.

[16] Vgl. Walter Lipgens, Europäische Einigungsidee und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: Historische Zeitschrift 203 (1966), S. 327–353; allgemein zum „Wettersturz des Sommers 1930" vgl. Knipping, Ende, S. 141–161.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den allgemein für unerfüllbar gehaltenen Youngplan wurden auch in der deutschen Öffentlichkeit zunehmend Revisionsforderungen erhoben. Im Wahlkampf und nach den Erdrutschgewinnen der NSDAP bei der Reichstagswahl vom September 1930 stieß die Regierung ins gleiche Horn, um den Rechtsradikalen den Wind aus den Segeln zu nehmen[17]. Nachdem im Frühjahr 1930 die Wirtschaftskrise Deutschland erfaßt hatte, wuchs die Neigung, die Reparationen für sämtliche ökonomische und finanzielle Probleme verantwortlich zu machen. Der Druck auf die Regierung nahm beinahe stetig zu, die Erfüllung des Youngplans bald wieder aufzukündigen[18].

In Paris fürchtete man, daß Brüning nachgeben und den Transferaufschub erklären würde. Dies hätte, wie Jean-Jacques Bizot, der Sous-directeur in der Zentralstelle des Finanzministeriums, errechnete, nicht nur finanzielle Verluste von umgerechnet knapp einer Milliarde RM zur Folge gehabt, sondern auch erhebliche Schwierigkeiten bei den interalliierten Schulden: Das Kriegsschuldenabkommen mit den USA erlaubte nämlich anders als der Youngplan einen Transferaufschub nur für die Zins-, nicht aber für die Tilgungszahlungen. Zudem erschien es Bizot unwahrscheinlich, daß das Reich nach Ablauf der Aufschubfrist die gestundeten Devisen zuzüglich zu den Normalannuitäten würde transferieren können. Im Außenministerium kam man zu dem gleichen Schluß: Die eigentliche Reparationskrise sei erst nach Ende des Transferaufschubs zu erwarten, und „diese Krise wird sich kaum anders lösen lassen als durch eine erneute Generalbereinigung" – das heißt eine Revision des gerade erst verabschiedeten Youngplans[19]. Auch innenpolitisch geriet die Regierung Tardieu durch den Kursschwenk der deutschen Außenpolitik in Unannehmlichkeiten: Die Rechtspresse, die an sich die Regierung unterstützte, polemisierte scharf gegen

[17] Vgl. die Zeitungsausschnittssammlungen der Reichsbank, in: BA Berlin, R 2501/2813 und 2501/2814, mit reichhaltigem Material; vgl. auch Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Brüning I und II, Dok. Nr. 104; ADAP, Serie B, Bd. XV, Dok. Nr. 216; DBFP, 2/I, Dok. Nr. 318, 320, 329 und 332; zum Wahlkampf vgl. z. B. die Berichte des Geschäftsträgers Pierre Guerlet vom 19. 8. und 3. 9. 1930, in: Ministère des Affaires Étrangères, Archives, Paris (künftig: MAE), Z/Allemagne 674; David Hackett, The Nazi Party in the Reichstag Election of 1930, Diss. Madison 1971, S. 264–331.

[18] Vgl. z. B. Margeries Telegramm vom 23. 10.1930, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 453; zahlreiche Eingaben aus der Bevölkerung, von Landesregierungen, Vereinen und Verbänden, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (künftig: PA AA), R 35 333 – R 35 335; Brief des württembergischen Ministerpräsidenten Eugen Bolz an die Reichsregierung vom 1. 12.1930, in: BA Berlin, R 3101/15 056; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 146 und 161; Hermann Pünder, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932, hrsg. v. Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 63; vgl. auch die Broschüren zweier deutschnationaler Publizisten: Reinhold Quaatz, Handelspolitik und Tributpolitik, Berlin 1930, und Eduard Stadtler, Schafft es Brüning, Berlin 1931, S. 21 und 44.

[19] Bizots Noten vom 15. 10. und 28. 11.1930, in: AEF, B 32 275 und B 32 276; Note der handelspolitischen Abteilung am Quai d'Orsay vom 14. 11. 1930, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 454 (Zitat); vgl. die besorgte Anfrage des Finanzministeriums beim Finanzattaché in Berlin vom 29. 8.1930, in: AEF, B 31 477; anonyme Aufzeichnungen vom 20. 10. 1930 über die Folgen eines Transferstops, in: Ebenda, B 32 276; Telegramm des Finanzattachés Emanuel Mönick aus Washington vom März 1931, in: Ebenda, B 32 275.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Briand, dessen Politik sie für den neuen deutschen Revisionismus verantwortlich machte. Anfang November 1930 konnte Tardieu in der Deputiertenkammer seine Mehrheit nur dadurch bei der Stange halten, daß er den deutschen „ärgerlichen Geschichten" eine schroffe Abfuhr erteilte: Eine Revision der Verträge bedeute „zuerst den Krieg und dann [. . .] die Revolution"[20].

Doch schon wenige Wochen später erklärte er im Senat, die deutsch-französischen Probleme ließen sich durch öffentliche Polemik nicht lösen. Tardieu und Briand vermieden in ihren Gesprächen mit den Deutschen jede Schärfe, ja der Außenminister verhinderte im Januar 1931 sogar, daß Botschafter Pierre de Margerie eine bereits ausgearbeitete offizielle Warnung vor einem Revisionsversuch in Berlin überbrachte, die die Briten angeregt hatten[21]. Tardieu setzte wie sein Nachfolger Pierre Laval weiterhin auf das Konzept, Europa durch wirtschaftliche und finanzielle Interessenverflechtung und Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland dauerhaft zu stabilisieren[22].

Einer der Gründe dafür war die Berichterstattung des Finanzattachés in Berlin, Louis Gaillet-Billotteau. In seinen täglichen Dossiers hatte er erkannt, daß Brüning keineswegs auf eine möglichst rasche Revision aus war: Zwar sei er aus innenpolitischen Gründen in ständiger Versuchung, doch die Schädigung des deutschen Aus-

[20] Ann. Chambre, Sess. Extr. 1930, S. 25–137 (Zitate, S. 114 und 117); vgl. Tardieu, Épreuve, S. 185–207; Hoeschs Telegramme vom 6. bis 15. 11. und 23. 11. 1930, in: PA AA, R 28 251; ADAP, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 22; zur Reaktion der Öffentlichkeit auf die deutschen Revisionsforderungen vgl. z. B. Ami du peuple vom 21. 6. 1930 und weiteres Pressematerial, in: BA Berlin, R 2501/2813,1 und R 2501/2814; Telegramme des Pariser Botschaftsrats Kurt Rieth vom 23. 9. und 11. 10. 1930, in: PA AA, R 28 251; ADAP, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 13; DBFP, 2/I, Dok. Nr. 313 und 322; Adolf Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930–1933, Diss. Bonn 1969, S. 49f. und 83f.

[21] Vgl. Ann. Sénat, S. 165–176; Tardieu, Épreuve, S. 227–282; Telegramm des Botschafters in London Aimé de Fleuriau vom 3. 12. und Brief Finanzminister Louis Germain-Martins vom 27. 12. 1930, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 454; Aufzeichnung über sein Gespräch mit Hoesch vom 31. 12.1930 und Briands Brief ans Finanzministerium vom 12. 1. 1931, in: Ebenda und 455; Hoeschs Telegramm vom selben Tag, in: PA AA, R 35 334; Brief des Staatssekretärs in der Wilhelmstraße Bernhard Wilhelm von Bülow vom 26. 9. 1930, in: Ebenda, R 35 332; ADAP, Serie B, Bd. XV, Dok. Nr. 206 und 221, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 22, 24, 47 und 188; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 227.

[22] Zu den zahlreichen Ansätzen zu industrieller Zusammenarbeit, Umwandlung von Reparationen in Sachlieferungen oder Finanzhilfe im Herbst und Winter vgl. z. B. Margeries Bericht vom 19. 11. und Brief des Sachlieferungskommissars de Peyster vom 5. 12. 1930, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 454; Bericht Pierre Arnals von der handelspolitischen Abteilung des Außenministeriums vom 4. 10. 1930 und weiteres Material, in: AEF, B 31 468; Schreiben des Chefs der Zentralstelle des Finanzministeriums, Charles Farnier, vom 8. 10. 1930, in: Ebenda, B 31 477; Handakten des Chefs der handelspolitischen Abteilung in der Wilhelmstraße Karl Ritter, in: PA AA, R 105 618; Hoesch Telegramm vom 13. 12. 1931, in: Ebenda, R 28 252; Bülows Übersicht für Hindenburg vom 30. 3. 1931, in: BA Berlin, R 601/19 798; Knipping, Ende, S. 168–175; Ulrich Nocken, Das internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen 1924–1931; in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Konstellationen internationaler Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten, Bochum 1984, S. 192–195.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

landskredits, die von einem Transferaufschub zu erwarten war, lasse den Kanzler einstweilen vor einem Revisionsversuch zurückschrecken. Die erneuten massiven Kreditabzüge, mit denen die Finanzmärkte auf das Reichstagswahlergebnis reagiert hatten, waren in der Tat eine mehr als deutliche Warnung gewesen[23]. Zweitens meldete der Finanzattaché, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht, wie Brüning in der Öffentlichkeit behauptete, in erster Linie zur Vorbereitung der Reparationsrevision diente. Sie sei vielmehr ein geeignetes Mittel zur Überwindung der Haushalts- und Wirtschaftskrise, die Gaillet-Billotteau für eine durch die Finanzpolitik der zwanziger Jahre verstärkte, ansonsten aber normale, „vorübergehende Depression" hielt[24]. Drittens würde nach der neoklassischen Volkswirtschaftslehre „das Spiel der ökonomischen Gesetze dahin tendieren, automatisch ein Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz herzustellen". Zahlungsschwierigkeiten, die zur Erklärung des Transferaufschubs berechtigten, seien praktisch ausgeschlossen[25]. Schließlich habe die deutsche Privatwirtschaft ein großes Bedürfnis nach Auslandskrediten, woraus Gaillet-Billotteau den Schluß zog, Brüning werde „für den Augenblick alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, um nicht auf den Transferaufschub zurückgreifen zu müssen". Damit dessen Minderheitsregierung nicht aus innenpolitischen Gründen zu Entscheidungen gezwungen würde, „die sie nicht wünscht", drängte Gaillet-Billotteau darauf, sie durch Finanzhilfe zu stabilisieren. Das könne „das etwas zerbrechliche Leben des Youngplans verlängern und es uns erlauben, den Augenblick abzuwarten, wo die Vereinigten Staaten bereit wären zu verhandeln"[26].

---

[23] Auch zum folgenden vgl. Gaillet-Billotteaus Berichte von Juli 1930 bis März 1931, in: MAE, Z/Allemagne 770–775, und ebenda, RC/B-Délibérations internationales 455, sowie in: AEF, B 31 477 und 31 478; zur Ratlosigkeit, mit der die Regierung Brüning dem Dilemma gegenüberstand, aus innenpolitischen Gründen die Revision des Youngplans angehen, sie aus kreditpolitischen Gründen aber vermeiden zu müssen, vgl. Schäffer-Tagebuch vom 19. 10. 1930, in: IfZ, ED 93/9, Bl. 256–260; anonyme Vortragsnotiz vom Januar 1931, in: BA Berlin, R 43 I/506; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 130, 134, 153 und 239; ausführlich dazu Philipp Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn 1998, S. 103–121; zur Kreditkrise vom September und Oktober 1930 vgl. Hardach, Weltmarktorientierung, S. 120f.; Balderston, Economic Crisis, S. 160–165.

[24] Gaillet-Billotteaus Berichte vom 9. und 23. 10. sowie vom 20. 11. 1930 (Zitat), in: AEF, B 31 477, und vom 15. 1. 1931, in: MAE, Z/Allemagne 770. Auch in der französischen Öffentlichkeit war die These verbreitet, die deutschen Schwierigkeiten würden nicht von einer die gesetzmäßigen Konjunkturschwankungen übersteigenden Depression, sondern vielmehr von der falschen Finanzpolitik von Brünings Vorgängern herrühren. Vgl. Ami du Peuple vom 21. 6. 1930, in: BA Berlin, R 2501/2813, 1; G. Foessel, ‚Le Temps' et les réparations dès élections de 1930 à la conférence de Lausanne, in: Bulletin de la Faculté des Lettres Strasbourg 66 (1968), S. 585f.

[25] Gaillet-Billotteaus Berichte vom 31. 12. 1930 und vom 14. 2. 1931 (Zitat), in: MAE RC/B-Délibérations internationales 455; zum doktrinären Beharren der Franzosen auf dem Say'schen Theorem und anderen Dogmen der Neoklassik vgl. die Polemik des jungen Finanzattachés in London Jacques Rueff, Mr. Keynes' Views on the Transfer Problem, in: Economic Journal 39 (1929), S. 368–399; Artaud, Dettes, Bd. 2, S. 879ff.; Michel Margairaz, L'état et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952, Paris 1991, Bd. 1, S. 30–33.

[26] Gaillet-Billotteaus Berichte vom 31. 8. (hier die ersten beiden Zitate), 20. 11. 1930, 15. und 19. 1. und 6., 7. und 12. 2. 1931 (hier das dritte Zitat), in: AEF, B 31 478.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kapitalexport nach Deutschland lag auch aus einem anderen Grund nahe: Wegen der guten französischen Konjunkturlage und der Unterbewertung des Franc strömte Fluchtkapital in Milliardenhöhe ins Land, das die Banque de France benutzte, um ihre Edelmetallreserven zu vergrößern. Sie strebte nämlich einen reinen Goldstandard statt des üblichen Golddevisenstandards an. Weil durch diese Thesaurierungspolitik das ohnehin überbewertete Pfund Sterling unter Dauerdruck geriet, forderten die Briten, Frankreich solle seine Währungspolitik ändern, die sie für die Ursache der ungleichgewichtigen Weltgoldverteilung und damit der Weltwirtschaftskrise hielten[27]. Eine Senkung des Diskontsatzes und persönliche Kontakte zwischen Bizot und dem Finanzberater der britischen Regierung, Sir Frederick Leith-Ross, Anfang 1931 verbesserten zwar das Klima vorübergehend, doch eine grundsätzliche Einigung über die Regeln des Goldstandardspiels gelang nicht[28]. In dieser Situation projektierte Robert Coulondre, der Sous-Directeur der handelspolitischen Abteilung am Quai d'Orsay, eine mehrstufige Wirtschafts- und Finanzhilfe für Deutschland, die schrittweise von einer Ausweitung der Reparationssachlieferungen über die Einführung deutscher Aktien an der Pariser Börse bis zu langfristigen Anleihen gehen sollte. Um den französischen Kapitalrentnern, die seit der sowjetischen Weigerung, die Anleihen aus der Zarenzeit zu bedienen, äußerst vorsichtig waren, das nötige Vertrauen einzuflößen, müsse allerdings „das Reich seinerseits die Politik der Zusammenarbeit praktizieren, die es von uns erwartet": Nötig sei insbesondere „ein formeller Verzicht auf eine [. . .] Demarche, die in kürzerer Frist das normale Funktionieren des Youngplans in Frage stellt". Durch die Verknüpfung von Finanzhilfe und deutschem Revisionsverzicht, die Tardieu ähnlich schon im Oktober 1930 formuliert hatte, sollten die psychologischen Voraussetzungen für einen Kapitalexport geschaffen und es zweitens ermöglicht werden, den Forderungen der Briten nachzukommen; drittens würde eine Beruhigung des deutschen Revisionismus auch das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte erhöhen und dadurch eine zentrale Ursache der Weltwirtschaftskrise beseitigen; schließlich würde die französische Regierung damit die Finanzhilfe auch in der Öffentlichkeit rechtfertigen können, wo weiterhin gegen neue Zugeständnisse an Deutschland polemisiert wurde[29].

---

[27] Vgl. Bizots Aufzeichnung vom 24. 12. 1930, in: Ebenda, B 32 275; vgl. auch Barry Eichengreen, The Bank of France and the Sterilization of Gold, in: Ders., Elusive Stability. Essays in the History of international Finance, Cambridge 1990, S. 93–99; Kenneth Mouré, Managing the Franc Poincaré. Economic Understanding and Political Constraint in the French Monetary Policy 1928–1936, Cambridge 1991, S. 50–58.

[28] Material hierzu in: AEF, B 12 644; MAE, Y 218, und RC/B-Délibérations internationales 455; Jacques Rueff, De l'aube au crépuscule, Paris 1977, S. 75 f.; Mouré, Franc Poincaré, S. 58–65.

[29] Coulondres Aufzeichnung mit Berthelots Kommentar vom 5. und 12. 3. 1931, in: MAE, RC/C-Allemagne 69 (Zitate), vgl. Gaillet-Billotteaus Bericht vom 14. 2. 1931, in: Ebenda, RC/B-Délibérations internationales 455; Vermerk des stellvertretenden Generalsekretärs des Völkerbundes, Joseph Avenol, vom 2. 1. 1931, in: AEF, B 31 851; ADAP, Serie B, Bd. XVI, Dok. Nr. 92; Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/I, S. 579–585, 1393–1427 und 1441 f.; zum Problem der russischen Anleihen s. Braudel/Labrousse, Histoire économique, S. 735 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Coulondres Stabilisierungskonzept war indes wenig aussichtsreich: Selbst der verständigungswillige deutsche Botschafter Leopold von Hoesch verwahrte sich gegen die damit verbundenen „Zumutungen", die für Brüning innenpolitisch schwerlich zu verkraften waren[30]. Doch noch bevor Gespräche darüber in Gang kamen, machten die Franzosen Ende März 1931 einen Rückzieher. Grund war die überraschende Veröffentlichung des Projekts einer deutsch-österreichischen Zollunion, das von den Franzosen als Vorbereitung des Anschlusses und als ökonomischer Hebel verstanden wurde, um ihr Bündnissystem in Zentraleuropa aufzubrechen[31]. Entsprechend hoch schlugen die Wogen der Empörung, und wieder hatten sie innenpolitische Schwierigkeiten für die Regierung zur Folge: Weil Briand noch am 3. März geäußert hatte, die Gefahr des Anschlusses wäre nicht mehr akut, schoß sich die rechte Presse auf ihn ein. Am 7. und 8. Mai wurde er in der Kammer von Abgeordneten der Regierungsmehrheit heftig attackiert, und wenige Tage später scheiterte er bei der Wahl zum Staatspräsidenten. Briand und sein Ministerium verloren in der Folge die Initiative in der Deutschlandpolitik, die von nun an vom Ministerpräsidenten, von Finanzminister Pierre-Étienne Flandin und nicht zuletzt vom Unterstaatssekretär für Wirtschaft, André François-Poncet, gestaltet wurde[32].

Von diesem stammte denn auch die französische Strategie gegen die Zollunion: Er erstellte einen „plan constructif", der durch Handelspräferenzen für die Staaten Mitteleuropas und eine Kartellierung ihrer Industrien das deutsch-österreichische Projekt überflüssig machen sollte. Außerdem meinte der Unterstaatssekretär, auf einen Wink seiner Regierung könnten leicht kurzfristige Kredite von rund einer Milliarde RM abgezogen werden: „Dies ist jedoch nur eine Drohung. Wir können Deutschland zu verstehen geben, daß ihm Frankreich eine unendlich wirkungsvollere Finanzhilfe gewähren könnte, wenn es auf sein Projekt verzichtet und an unsere Seite zurückkommt."

Angesichts der immensen Vorteile, die eine weitere Zusammenarbeit bot, würden die Deutschen schon bald wieder auf die „Stimme der Weisheit" hören: François-Poncet wollte also Frankreichs Finanzstärke instrumentalisieren, um bei der Schaffung der Voraussetzungen für die engere Zusammenarbeit nachzuhelfen, die er an-

[30] Bülows Aufzeichnung vom 16. 3. 1931, in: PA AA, R 30 181; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 10, 15 und 20 (Zitat).

[31] Hoeschs Telegramm vom 26. 3. 1931, in: BA Berlin, R 3101/15 113; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 23, 25 und 32; zum Zollunionsprojekt vgl. Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis 1931, Cambridge/Mass. 1962, S. 40–82; Norman McClure Johnson, The German-Austrian Customs Union Project in German Diplomacy, Diss. Chapel Hill 1974; Siegfried Beer, Der „unmoralische" Anschluß. Britische Österreichpolitik zwischen Containment und Appeasement 1931–1934, Wien/Köln/Graz 1988, S. 21–65.

[32] Hoeschs Telegramme vom 24. 3., 14. und 26. 4. und vom 9. 5. 1931, in: BA Berlin, R 43 I/114, und in: PA AA, R 28 254; Temps vom 5. 5. 1931, in: BA Berlin, R 2501/2821; Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/I, S. 1413 ff., /II, S. 12–66, 41–55, 369, 375 f. und Anhang, S. 3–8; ADAP, Serie B, Bd. XV, Dok. Nr. 167, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 37, 64, 84 und 98, Serie B, Bd. XVII. Dok. Nr. 32, Anm. 3, Dok. Nr. 47, 50, 64, 71, 84 und 130; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 16; Documenti Diplomatici Italiani (künftig: DDI), 7/X, Nr. 286 und 385; Louis Loucheur, Carnets secrets 1908–1932, Brüssel 1962, S. 171 f.; Siebert, Briand, S. 587 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strebte[33]. Tatsächlich gelang es, das Zollunionsprojekt mit eben den finanzdiplomatischen Methoden zu kippen, die der Unterstaatssekretär für Wirtschaft skizziert hatte, wenn sie auch nicht gegen Deutschland, sondern gegen Österreich angewandt wurden: Nachdem die Alpenrepublik im Mai 1931 in eine schwere Banken- und Währungskrise geraten war, machte Frankreich, das allein noch zu Kreditvergabe in der Lage war, jede Hilfe von einem Verzicht auf die Zollunion abhängig. Am 3. September 1931 verlasen der österreichische Außenminister Johannes Schober und sein deutscher Kollege in Genf von François-Poncet entworfene Erklärungen, sie würden ihr Projekt nicht weiter verfolgen[34].

Gegenüber Deutschland aber versagten die finanzdiplomatischen Mittel: Zum einen waren die meisten kurzfristigen französischen Kredite schon im Herbst aus Deutschland abgezogen worden[35], zum anderen konnte Brüning keine Finanzhilfe mehr annehmen: In der deutschen Öffentlichkeit wurde im Frühjahr 1931 vehement gegen neue „Morphiumspritzen" polemisiert: Auslandskredite würden nur dazu dienen, den verhaßten Youngplan weiterlaufen zu lassen, dessen Revision in der Öffentlichkeit jetzt nahezu einhellig verlangt wurde[36]. Brüning entschloß sich daher, vorsichtig die Revision anzugehen[37]. Anfang Juni 1931 reiste er nach England, um bei Premierminister Ramsay MacDonald erste Sondierungen zu führen[38]; gleichzeitig

---

[33] „Mémoire sur l'Anschluss économique" vom 16. 5. 1931, in: AEF, B 31 469 (Zitate); François-Poncets Kammerrede vom 5. 6. 1931, in: Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/II, S. 198–201; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 31 und 35; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 126; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender (1931), Berlin 1932, S. 363 f.; Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances 1926–1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988, S. 198 ff.

[34] Curtius' Telegramm vom 2. 9. 1931, in: BA Berlin, R 43 I/315; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 461, 504 und 511; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 153 und 186, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 105, 141, 165, 167 ff. und 175; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 59, Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 573 ff.; Aurel Schubert, The Credit-Anstalt Crisis of 1931, Diss. Univ. of South Carolina 1985; Bennett, Financial Crisis, S. 100–112 und 295–304; Beer, Anschluß, S. 65–99. Kurz darauf erklärte auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag das Zollunionsprojekt für völkerrechtlich unzulässig, vgl. ebenda, S. 301 f.

[35] Ritter schätzte nach den Abzügen vom Herbst 1930 die Gesamtzahl der französischen kurzfristigen Direktkredite auf nur 200–300 Mio. RM. Vgl. Schreiben an die Botschaft in Paris vom 8. 12. 1930, in: PA AA, R 28 252.

[36] Vgl. Der Tag vom 23. und 27. 5. 1931 (Zitat); Der deutsche Volkswirt vom 29. 5. 1931 und weitere Zeitungsausschnitte, in: BA Berlin, R 2501/2822; Gaillet-Billotteaus Berichte vom 20. 4., 12. 5. und 1. 6. 1931, in: MAE, Z/Allemagne 772; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 150; Papers relating to the Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1931, Vol. I, S. 2 ff.

[37] Zur äußerst zögerlichen Entscheidungsfindung in der Reichsregierung vgl. z. B. Schäffer-Tagebuch vom 6. 3. und 1., 6., 7., 11. und 30. 5., in: IfZ, ED 93/10, Bl. 73 f., 133, 140–145 und 177–181; Telegramm Bülows an die Botschaft in Washington vom 28. 5. 1931, in: PA AA, R 35 341; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 255, 291 und 316; Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1980, Dok. Nr. 202 und 210, Anm. 10, Nr. 217 und 221; Heyde, Ende der Reparationen, S. 160–181.

[38] Vgl. DBFP, 2/II, Dok. Nr. 51; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 169–172; FRUS 1931, Vol. I, S. 6 f. und 11–14; Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne. Erlebnisse des Chefdolmet-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

veröffentlichte die Reichsregierung einen Aufruf, in dem sie die Reparationen, dem rechtsradikalen Sprachgebrauch folgend, als „Tribute" bezeichnete und die Grenze der Belastbarkeit für erreicht erklärte[39]. Dieser Aufruf löste auf den durch die österreichische Krise verunsicherten Finanzmärkten eine Panik aus: Innerhalb von etwas mehr als einer Woche verlor die Reichsbank über 700 Mio. RM an Währungsreserven. Nun rückte eine echte Zahlungskrise und damit der Transferaufschub bedenklich nahe, den Brüning doch eigentlich umgehen wollte[40].

Schon im Mai hatte Gaillet-Billotteau gemeldet, daß „das Reich nur sehr schwer darauf verzichten wird, die gegenwärtige Krise zur Zerstörung des Youngplans zu benutzen"[41]. Bizot strich noch einmal die Gefahren eines Transferaufschubs heraus und mahnte, sich rechtzeitig mit den anderen Gläubigermächten auf eine gemeinsame Politik zu einigen[42]. Das erwies sich indes als unmöglich, da sich in England und Italien die Überzeugung durchzusetzen begann, daß der Youngplan nicht mehr erfüllbar sei. Zudem waren Briten und Amerikaner über Frankreichs Österreichpolitik entsetzt, die sie für nackte Erpressung hielten. Auch der Währungsstreit mit London trug dazu bei, daß die Briten weniger denn je zur Zusammenarbeit mit Paris geneigt waren. In dem Moment, wo Frankreich auf die Kooperation der Siegermächte gegen die unmittelbar bevorstehende Reparationskrise angewiesen war, stand es weitgehend allein da[43].

Am Quai d'Orsay sah man noch eine andere Gefahr: Da Brüning darauf verzichtete, den Transferaufschub zu erklären, fragte sich Rechtsberater Jacques Lyon, ob er die Schutzbestimmungen des Youngplans nicht absichtlich unbenutzt ließ und „auf

---

schers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn ²1954, S. 202–214; Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 278–285.

[39] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 120f.; zur vornehmlich innenpolitischen Funktion des Aufrufs vgl. Schäffer-Tagebuch vom 7. 5. 1931, in: IfZ, ED 93/10, Bl. 136–145; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 291.

[40] Vgl. Hardach, Weltmarktorientierung, S. 126–131; Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924–1933, Frankfurt a. M. 1985, S. 186f., vermutet, daß die Abzüge in erster Linie von Paris ausgegangen seien, wo der Devisenhändler Fritz Mannheimer die Lage bewußt schwarz gemalt habe, um gegen die Reichsmark zu spekulieren; das erscheint unwahrscheinlich: Hoesch berichtete, Mannheimers Informationen seien in Paris vielmehr mit „großem Verständnis für die Schwierigkeiten in Deutschland" aufgenommen worden. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 337; auch die Frankfurter Zeitung hielt am 6. und 8. 6. „Pariser Machenschaften" für unwahrscheinlich, da die Kursverluste gegenüber dem Pfund Sterling deutlich größer waren als dem Franc gegenüber.

[41] Gaillet-Billotteaus Berichte von März bis Juni 1931, in: AEF, B 31 478 (Zitat vom 7. 5.), und MAE, Z/Allemagne 771 und 772; Margeries Berichte in: Ebenda, RC/B-Délibérations internationales 455 und 456.

[42] Bizots Aufzeichnungen vom 7. und 9. 5. 1931; in: AEF, B 32 276; vgl. das Memorandum des Rechtsberaters am Quai d'Orsay, Jacques Lyon, vom 7. 6. 1931, in: MAE, PA 40/Lyon 3.

[43] Vgl. z. B. Rueffs Telegramm vom 12. 6. 1931, in: AEF, B 31 728; Telegramm des Botschafters in Washington Paul Claudel vom 19. 6. 1931, in: MAE, Amérique/États-Unis 354; Ritters Aufzeichnung vom 15. 6. 1931, in: BA Berlin, R 3101/14 502; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 85f; FRUS 1931, Vol. I, S. 24–27.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Katastrophe setzt"; ohne eine Entlastung könne es geschehen, daß Deutschland auf Dauer zahlungsunfähig würde. Daher rieten Coulondre und Berthelot den Deutschen am 11. und 15. Juni zum Transferaufschub, den aber auch sie am liebsten vermieden hätten[44]. Die einzige Alternative schien eine Wiederaufnahme des Coulondreplans zu sein, weswegen die Franzosen im Juni erneut eine Ausdehnung der Reparationssachlieferungen und andere Hilfsmaßnahmen sondierten. Auf Grund der negativen deutschen Haltung führte dies aber nicht weiter[45]. Zudem war die französische Öffentlichkeit über die offen revisionistische Sprache des Tributaufrufs so entrüstet, daß die Regierung Laval Finanzhilfe mit politischen Bedingungen hätte verknüpfen müssen, und die waren für den angeschlagenen Reichskanzler weniger akzeptabel denn je[46].

In dieser bedrohlichen Lage veröffentlichte der amerikanische Präsident Herbert Hoover am 20. Juni 1931 den Vorschlag, Reparationen und interalliierte Schulden für ein Jahr aufzuschieben. Damit wollte er Deutschlands Fähigkeit retten, seine privaten Auslandskredite zu bedienen, eine Revision der interalliierten Schuldenabkommen verhüten, die bei einem Zusammenbruch des Youngplans in Mitleidenschaft gezogen würden, und den globalen Märkten einen Vertrauens- und Konjunkturimpuls geben. Tatsächlich schnellten die Aktienkurse weltweit in die Höhe[47]. Auch in Paris haussierte die Börse, doch die Regierung war entsetzt: Der amerikanische Vorschlag lief ja auf einen Aufschub auch der ungeschützten Annuität hinaus, die vom Transferaufschub doch explizit ausgeschlossen war. Im Finanzministerium analysierte man daher das amerikanische Stabilisierungskonzept als „allzu simplen Vorschlag [. . .], der mit den existierenden Verträgen unvereinbar und zudem geeignet ist, einen schweren Präzedenzfall [. . .] auch für die Privatschulden zu schaffen".

---

[44] Lyons Memoranden vom 7. und 15. 6. 1931 (Zitat), in: MAE, PA 40/Lyon 3; Vermerk vom 15. 6. 1931, in: Ebenda, RC/B-Délibérations internationales 456; Hoeschs Telegramm vom selben Tag, in: PA AA, R 28 254; Schäffers Aufzeichnung vom 1. 6. 1931, in: Ebenda, R 29 504; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Nr. 179, 182 und 187.

[45] Vgl. Gaillet-Billotteaus Bericht vom 7. 5. 1931, in: AEF, B 31 478; Schäffer-Tagebuch vom 11. 6. 1931, in: IfZ, ED 93/11, Bl. 208f.; Aufzeichnung von Bülows Bürochef Erich Kordt vom selben Tag, in: PA AA, R 28 163; Aufzeichnung des deutschen Sachlieferungskommissars Litter vom 12. 6. 1931 und weiteres Material, in: BA Berlin, R 3101/15 113; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 147 und 185.

[46] Vgl. Zitatensammlung der Reichsbank vom 9. 5. 1931, in: BA Berlin, R 2501/6737; Bericht der Presseabteilung von Mitte Juni 1931, in: Ebenda, R 43 I/506; Hoeschs Telegramme vom 15. 6. 1931, in: PA AA, R 28 254; Margeries Telegramme vom 9. und 20. 6. 1931, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 456; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 194; Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931, S. 240–244 und 365–379; vgl. die drohenden Reden Flandins und François-Poncets in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 365f., und Frankfurter Zeitung vom 19. 6. 1931.

[47] Vgl. FRUS 1931, Vol. I, S. 1–37; Public Papers of the Presidents of the United States, Herbert Hoover, Bd. 2, Washington 1976, S. 321–327 und 657–670; Leffler, Elusive Quest, S. 234–240; Bruce Kent, The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations 1919–1932, Oxford ²1991, S. 343ff.; zur Börsenhausse vgl. Der deutsche Volkswirt vom 23. 6. 1931 und weiteres Material, in: BA Berlin, R 2501/2824.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Vertrauen der Finanzmärkte sei vielmehr nur durch strikte Achtung der geschlossenen Verträgen zu stärken[48]. Auch war absehbar, daß das revisionistisch orientierte Reich nach Ablauf des Feierjahrs den Transferaufschub doch noch erklären werde, was für den französischen Haushalt weitere Mindereinnahmen und die Belastung des Garantiefonds bedeute[49]. Trotzdem entdeckte man in Paris an Hoovers Vorschlag auch positive Seiten: Die Absicht, Brüning zu stützen, wurde im Außenministerium ebenso begrüßt wie die Tatsache, daß die USA endlich die Verbindung von Reparationen und Kriegsschulden anerkannten; schließlich hofften die Ministerialbeamten, den durch den Hoovervorschlag geschaffenen Verhandlungsbedarf nutzen zu können, um von Deutschland Gegenleistungen zu erhalten und endlich die vertrauensstörenden Revisionsforderungen zu stoppen[50].

François-Poncet und Briand scheinen sogar die Aussicht auf eine Reparationsrevision begrüßt zu haben, in der Hoffnung, daß diese dann auch von Deutschland als endgültig anerkannt und die enge Zusammenarbeit, die sie anstrebten, endlich möglich würde[51]. In den Kabinettsberatungen am 23. und 24. Juni konnten sie sich indes nicht durchsetzen: Die vom Finanzministerium entworfene Antwort auf den Hoovervorschlag verlangte, daß dem Youngplan insofern Genüge getan werden müsse, als Deutschland die ungeschützte Annuität auch während des Feierjahres zahlte. Dieses Geld solle für Kredite an die Länder in Südosteuropa verwandt werden, deren Finanzlage auf Grund des Scheiterns von François-Poncets „plan constructif" immer bedrohlicher wurde. Zudem bezweckten die Franzosen, durch diese von Deutschland zu finanzierende Kredithilfe um den teuren Garantiefonds herumzukommen. Des weiteren forderten sie, daß die Sachlieferungen weiterlaufen, Deutschland die gestundeten Summen nicht zur Aufrüstung verwenden und sie nach Ablauf des Feierjahrs sofort zurückzahlen sollte[52].

Die Haltung war vor allem in der Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs begründet, die über diese zweite unliebsame Überraschung nach dem Zollunionsprojekt hellauf empört war. Hoesch meldete nach Berlin, „seit [dem] Waffenstillstand sei [das] französische Parlament nicht in derartiger Aufregung gewesen"[53]. Die

---

[48] Aufzeichnungen aus dem Finanzministerium vom 20. (Zitat), 21. und 23. 6. 1931, in: AEF, B 32 234; zum Topos „Pacta sunt servanda" vgl. z. B. Les Annales vom 30. 9. 1930, in: BA Berlin, R 2501/2814.

[49] Vgl. Parmentiers Note vom 23. 6. 1931, in: AEF, B 32 234; Memorandum Lyons vom 22. 6. 1931, in: MAE, PA 40/Lyon 3; vgl. Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/II, S. 543.

[50] Vgl. Memorandum Lyons vom 22. 6. 1931, in: MAE, PA 40/Lyon 3; Coulondres Vermerk vom 20. 6. 1931, in: Ebenda, RC/B-Délibérations internationales 456; Note Avenols vom 21. 6. und Aufzeichnungen aus dem Finanzministerium vom 20., 21. und 23. 6. 1931, in: AEF, B 32 234; DDI, 7/X, Nr. 351.

[51] Vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Emil Wiehl vom 26. 6. 1931, in: PA AA, R 28 164; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 203 und 207.

[52] Vgl. Schäffer-Tagebuch vom 15. 2. 1932, in: IfZ, ED 93/18, Bl. 222f.; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 200 und 203; FRUS 1931, Vol. I, S. 55, 57ff. und 62–65; zum Scheitern des „plan constructif" vgl. ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 155 und 175; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, S. 569–572.

[53] Brief des Leiters der Völkerbundabteilung am Quai d'Orsay, René Massigli, vom 25. 6. 1931, in: MAE, PA-AP/217-Massigli 100; Meldungen der deutschen Botschaft in Paris vom 22. 6. bis 2. 7.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abgeordnetenkammer brachte Laval am 26./27. Juni in arge Bedrängnis: Sämtliche Interpellanten kritisierten, daß er von Deutschland keine politischen Gegenleistungen für das Feierjahr verlangte. Dies war jedoch unmöglich, da man nicht mit den Deutschen, sondern mit den Amerikanern zu verhandeln hatte, die sich eine Verquickung ihres Vorschlags mit politischen Gegenforderungen rundweg verbaten. Etwa sechzig Deputierte der Regierungsparteien stimmten gegen Laval, der nun keine Mehrheit mehr hatte. Gerettet wurde er nur durch die Sozialisten, die trotz aller Bedenken den Hoovervorschlag nicht vereiteln wollten und geschlossen für das konservative Kabinett votierten[54].

Bei den Verhandlungen mit den Amerikanern, die vom 27. Juni bis zum 6. Juli 1931 in Paris stattfanden, prallten zwei unterschiedliche Stabilisierungskonzepte aufeinander: Die Amerikaner strebten eine Wiederherstellung des Vertrauens durch eine rasche und vollständige Reparationsentlastung des weltweit größten Nettoschuldners Deutschland an; die Franzosen suchten dasselbe Ziel zu erreichen, indem sie auf Einhaltung der Verträge beharrten[55]. Mit diesem Konzept, das allzu deutlich auch von ihren Budgetinteressen diktiert war, standen sie international aber weitgehend allein da: Bis auf Jugoslawien stimmten alle anderen Reparationsgläubiger dem Hoovervorschlag zu[56]. Trotz ihrer schwachen Verhandlungsposition sahen sich Laval und Finanzminister Flandin außerstande, Konzessionen zu machen, da sie fürchteten, von der immer noch tagenden Kammer gestürzt zu werden. Erst am 4. Juli gelang es dem Regierungschef, das Parlament in die Sommerferien zu schicken[57]. Nun konnte

---

1931, in: PA AA, R 35 344 und R 35 345; die Pressespiegel in der Frankfurter Zeitung vom 21. 6. 1931 und im Temps vom 25. 6. 1931, in: BA Berlin, R 2501/2864; weitere Pressestimmen, in: Ebenda und /2824; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 202 (Zitat); DBFP, 2/II, Dok. Nr. 81; Hamilton Fish Armstrong, France and the Hoover Plan, in: Foreign Affairs 10 (1931), S. 23–33.

[54] Vgl. Hoeschs Telegramme vom 27. und 28. 6. 1931, in: BA Berlin, R 3101/14 502; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 90 f.; FRUS 1931, Vol. I, S. 82 ff.; Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/II, S. 682–735; zur taktisch günstigen Objektrolle der Deutschen im Streit um das Hooverjahr vgl. Bülows Weisung an die Botschaft in Washington vom 27. 6. 1931, in: PA AA, R 105 770; anonyme Note vom 29. 6. 1931, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 69; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 91; ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 203; FRUS 1931, Vol. I, S. 50 f.; die Angelsachsen drängten die Deutschen lediglich zu einer freiwilligen Geste, mit der Laval die Zustimmung zum Feierjahr erleichtert werden sollte, vgl. die zusammenfassende Auflistung „Forderungen deutscher Konzessionen auf politischem Gebiet anläßlich der Verhandlungen über Deutschland zu gewährende Wirtschaftserleichterungen", in: PA AA, R 35 350.

[55] Zu den Verhandlungen vgl. die zahlreichen Formelentwürfe des Pariser Finanzministeriums, in: AEF, B 32 234; Berichterstattung der deutschen Botschaften in Paris und Washington, in: PA AA, R 28 164 und R 35 344 – R 35 346; FRUS 1931, Vol. I, S. 85–164; Bennett, Financial Crisis, S. 174–178.

[56] Vgl. FRUS 1931, Vol. I, S. 175–230; Parmentiers Telegrammwechsel mit amerikanischen Bankiers, in: AEF, B 32 234; Charles G. Dawes, Journal as an Ambassador to Great Britain, London 1939, S. 354 f.; Bizots Aufzeichnungen über seine erfolglose Londonreise vom 29. und 30. 6. 1931, in: AEF, B 32 234; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 100 f. und 103, Anm. 3.

[57] Dabei kam es sogar zu einer handfesten Rangelei, vgl. Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/II, S. 892–989.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er nachgeben. Erleichtert wurde ihm dies durch eine Erklärung der Reichsregierung, sie würde die Reparationsersparnis des Hooverjahres nur zu rein wirtschaftlichen Zwecken verwenden[58]. Außerdem hatte Hoover gedroht, er werde seinen ursprünglichen Vorschlag den Gläubigerstaaten einzeln vorlegen, was die französische Isolierung empfindlich verstärkt hätte[59]. Am 8. Juli einigte man sich darauf, daß das Reich die ungeschützte Annuität pro forma zahlen, sie aber umgehend zurückgeliehen bekommen sollte; die gestundeten Summen sollten von 1933 bis 1943 getilgt, alle übrigen Fragen einem Expertenkomitee übertragen werden[60].

Die Einigung kam zu spät. Bereits Ende Juni hatten die Devisenabzüge aus Deutschland wieder eingesetzt, das erneut Währungsreserven von einer halben Milliarde RM verlor. Am 13. Juli wurde die gesetzliche Gold- und Devisendeckung der Reichsmark von 40 % des Notenumlaufs unterschritten. Alle Banken schlossen für mehrere Tage ihre Schalter, der Devisenverkehr wurde genehmigungspflichtig, was einem allgemeinen Auslandsmoratorium gleichkam. Deutschland war zahlungsunfähig, die Reichsmark war keine konvertible Währung mehr[61]. Die Franzosen hofften nun, die Deutschen würden endlich bereit sein, sich zugunsten der dringend benötigten Kredithilfe auf politische Voraussetzungen einzulassen. Als Reichsbankpräsident Hans Luther kurz vor dem Bankenkollaps in Paris um Finanzhilfe nachsuchte, erfuhr er, „daß die Bank von Frankreich nichts tun könne, was den privaten Bankiers nicht genehm sei. Die privaten Bankiers aber hingen vom Publikum ab, und das Publikum sehe den politischen Zustand Deutschland gegenüber nicht als hinreichend hergestellt an."

Flandin riet, Deutschland solle analog zu dem Hoovermoratorium ein politisches Moratorium erklären, das heißt zeitweise auf jeden Schritt verzichten, der die Stabilität des Kontinents und das Vertrauen der Finanzmärkte weiter beeinträchtigen könne[62]. Dieses statische Stabilisierungskonzept, das auch von Kriegsminister André Maginot und dem Großteil der Öffentlichkeit geteilt wurde[63], war in der Regierung umstritten. Insbesondere im Außenministerium war bekannt, daß sich Brüning aus innenpolitischen Gründen niemals auf demütigende Bedingungen einlassen konnte.

---

[58] Vgl. Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 362 und 364; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 142; Temps vom 7. 7. 1931, in: BA Berlin, R 2501/2867.

[59] Vgl. FRUS 1932, Vol. I, S. 150–157 und 161 f.; Public Papers, Hoover, S. 672 f.

[60] Vgl. FRUS 1932, Vol. I, S. 162; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 148; zum Expertenkomitee, das am 3. 8. 1931 seine Arbeit beendete, vgl. Rueffs Telegramme, in: AEF, B 12 652; Telegramme aus der deutschen Botschaft in London, in: BA Berlin, R 3101/14 503.

[61] Vgl. Hardach, Weltmarktorientierung, S. 131–143; Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler, Berlin/New York 1992, S. 395–405; Balderston, Economic Crisis, S. 139 und 173–179.

[62] Schäffer-Tagebuch vom 11. 7. 1931, in: IfZ, ED 93/11, Bl. 344 f.; Hans Schäffer, Marcus Wallenberg und die deutsche Bankenkrise, Manuskript vom Oktober 1938, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, Nachlaß Dietrich 308, Bl. 20 ff.; Maurer/Wengst, Politik und Wirtschaft, Dok. Nr. 256, S. 741 (Zitat); ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 27; Hans Luther, Vor dem Abgrund. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten 1930–1933, Berlin 1964, S. 186 ff.

[63] Vgl. Oeuvre vom 10. 7. und Temps vom 11. 7. 1931, in: Ebenda; „Forderungen deutscher Konzessionen . . .", in: PA AA, R 35 350; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 183; Georges Castellan, Le réarmement clandestin du Reich 1930–1935 vu par le 2e Bureau de l'État-Major français, Paris 1954, S. 537.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der stellvertretende Generalsekretär des Völkerbunds, Joseph Avenol, schrieb an einen Mitarbeiter Briands: „Man kann das Wohlverhalten Deutschlands nicht auf dem Weg über dessen Unbeweglichkeit erreichen; es kann allein aus dem Empfinden seiner eigenen Entwicklung erwachsen." Ein Freund pflichtete ihm bei: „Was die Frage des politischen Moratoriums betrifft, so mache ich mir über diese Formel nicht mehr Illusionen als Sie."

Die Beamten des Außenministeriums boten den Deutschen daher Finanzhilfe ohne oder mit nur minimalen politischen Gegenleistungen an[64]. Lyon entwickelte ein Konzept für eine dynamische Stabilisierung: Man solle den Deutschen einen Sofortkredit von umgerechnet 2,1 Mrd. RM gewähren, der später in eine internationale Anleihe umzuwandeln sei. Deren Verzinsung und Tilgung würde die deutsche Zahlungsbilanz überlasten, so daß die USA einsehen müßten, daß eine Senkung der Kriegschulden und damit auch der Reparationen unumgänglich werde. Zusätzlich zu deren Verringerung auf ein „nicht mehr reduzierbares Minimum" schlug der Rechtsberater des Quai d'Orsay eine rasche Lösung der Saarfrage und eine deutsch-französische Zusammenarbeit in den Kolonien vor. Dadurch würde es den Deutschen möglich werden, den so gemilderten Friedensvertrag endlich zu akzeptieren, was eine Rückkehr des Vertrauens der Finanzmärkte nach sich ziehen würde[65]. Im Finanzministerium wurde Lyons Kreditplan jedoch im Sinne des statischen Stabilisierungskonzepts umgearbeitet: Bizot strich sämtliche politischen Anreize für Deutschland heraus und formulierte als Bedingung für die Finanzhilfe ein zehnjähriges politisches Moratorium einschließlich eines Verzichts auf die Revision des Youngplans. Mit diesem Konzept setzte sich Flandin im Kabinett gegen Briand durch[66]. Dies lag auch daran, daß sich der britische Außenminister Arthur Henderson, der am 14. Juli in Paris eingetroffen war, gleichfalls für ein politisches Moratorium Deutschlands ausgesprochen hatte, um das Mißtrauen der Finanzmärkte möglichst rasch zu überwinden[67].

---

[64] Avenols Brief vom 19. 7. 1931, in: MAE, PA-AP/217-Massigli 91 (Zitat); Vaïsse, Sécurité, S. 111 (hier das zweite Zitat); Hoeschs Meldungen vom 8., 12. und 13. 7. 1931, in: PA AA, R 28 255, R 28 173 und R 35 348; Aufzeichnung über den Parisaufenthalt Leo Simons vom 11. 7. 1931, in: Ebenda, R 29 502; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 16 und 34.

[65] Lyons Noten vom 7., 13., 16. (Zitat), 17. und 19. 7. 1931, in: MAE, PA 40/Lyon 3, und ebenda, RC/B-Délibérations internationales 457; bereits 1928 hatte Coulondre die Hoffnung geäußert, daß die Reparationsfrage einmal aus ihrer „amerikanischen" in eine „europäische" Phase übergehen würde, in der die interalliierten Schulden die Reparationen nicht mehr verteuerten. Vgl. ADAP, Serie B, Bd. XVII, Dok. Nr. 179; zu François-Poncets Überlegungen, der sich im Juli 1931 nach einer Wiederherstellung des beiderseitigen Vertrauens sogar eine französische Hilfe bei der Revision des Korridors vorstellen konnte, vgl. ebenda, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 22.

[66] Vgl. DBFP, 2/II, Dok. Nr. 193 f., 199, 205, 210 f.; FRUS 1931, Vol. I, S. 265 ff. und 270 f.; daß Bizot der Verfasser des Planes war, erfuhren die Deutschen später von Berthelot, vgl. Hoeschs Telegramm vom 29. 7. 1931, in: PA AA, R 28 255. Auch Polen drängte seit Luthers Parisreise, Frankreich solle Deutschland auf ein politisches Moratorium von zwölf Jahren verpflichten. Vgl. Wandycz, Twilight, S. 205 f.

[67] Vgl. DBFP, 2/II, Dok. Nr. 193 f. und 208; Bennett, Financial Crisis, S. 249–261; David Carlton, MacDonald versus Henderson. The Foreign Policy of the Second Labour Government 1929–1931, London 1971, S. 200–209.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch in der Annahme, die Angelsachsen stünden auf ihrer Seite[68], sollten sich die Franzosen täuschen. Henderson hatte sich mit seinem Vorschlag nämlich in diametralen Widerspruch zu seinen Kabinettskollegen begeben, die eine Zementierung des Status quo als Mittel, die Vertrauenskrise zu überwinden, entschieden ablehnten[69]. Auch finanziell war London nicht in der Lage, sich an der Milliardenhilfe zu beteiligen, denn unmittelbar nach der deutschen Finanzkatastrophe war das Mißtrauen der Finanzmärkte auf Großbritannien übergesprungen[70]. Auch die Amerikaner waren gegen den Plan. Außenminister Henry L. Stimson, der gleichfalls in Paris eingetroffen war, ließ seine Gastgeber jedoch bewußt darüber im unklaren. Es kam ihm in erster Linie auf einen harmonischen Verlauf der internationalen Gipfeltreffen an, die für den 18. und den 20. Juli in Paris und London geplant waren. Die USA setzten weiterhin auf ein Stabilisierungskonzept mit rein finanziellen oder lediglich symbolischen Mitteln, wie es schon Hoovers Moratoriumsvorschlag zugrunde gelegen hatte[71]. Auf dem Pariser Gipfeltreffen am 18. und 19. Juli scheiterte der französische Anleiheplan sehr rasch: Stimson erklärte kategorisch, solange die nach Deutschland gegebenen Kredite nicht gesichert seien, komme eine neue Kreditvergabe nicht in Frage. Brüning, der auf Grund der freundlichen Haltung des Quai d'Orsay nach Paris gekommen war, mußte feststellen, daß die Franzosen nun doch Bedingungen verlangten, die er nicht erfüllen konnte. Deutsche und Franzosen berieten lange, ob sich nicht eine Kompromißformel finden ließe, die die öffentlichen Meinungen beider Länder akzeptieren könnten. Schließlich zog Laval den ganzen Anleiheplan überraschend zurück: „Würde er anders handeln, würde die gesamte französische öffentliche Meinung über ihn herfallen und ihm vorwerfen, er habe für ein dürftiges Papier ohne klare Garantien vier Milliarden Franken [...] französischer Ersparnisse an Deutschland geopfert. Um die Existenz der französischen Regierung würde es damit geschehen sein. Auch würde Reichskanzler Brüning, wenn er die französischen Forderungen [...] erfülle, nach seiner Rückkehr gestürzt werden."[72]

---

[68] Auf Grund der schiefen Berichterstattung ihres Botschafters in Washington glaubten die Franzosen, daß auch die USA ihr Stabilisierungskonzept unterstützen würden. Vgl. Claudels Telegramme vom 12., 14. und 17. 7. 1931, in: MAE, Amérique/États-Unis 354; Lucille Garbagnati (Hrsg.), Claudel aux États-Unis 1927–1932, Paris 1982, S. 257 f.

[69] Vgl. DBFP, 2/II, Dok. Nr. 208; FRUS 1931, Vol. I, S. 260, 265 und 268; David Marquand, Ramsay MacDonald, London 1977, S. 606 f.; Klaus Jaitner, Deutschland, Brüning und die Formulierung der britischen Außenpolitik, Mai 1930 bis Juni 1932, in: VfZ 28 (1980), S. 466 f.; zu den tiefen außenpolitischen Gegensätzen innerhalb des britischen Kabinetts vgl. Ben Pimlott (Hrsg.), The Political Diary of Hugh Dalton, London 1986, S. 149; Carlton, MacDonald, S. 222 f.; Thomas Keene, The Foreign Office and the Making of British Foreign Policy 1929–1935, Diss. Elmory 1976, S. 102 ff.

[70] Vgl. Diane Kunz, The Battle for Britain's Gold Standard in 1931, London 1987, S. 77–80; Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression 1919–1939, New York 1992, S. 279 ff.

[71] Vgl. FRUS 1931, Vol. I, S. 278 ff., 315 und 318; Dawes, Journal, S. 361–367; Bennett, Financial Crisis, S. 258–261.

[72] Tagebuch über Brünings Parisaufenthalt, in: PA AA, R 28 174; weiteres Material, in: Ebenda, R 35 350 und R 35 351; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 67 (Zitat) und 68; Akten der Reichskanz-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da eine Anleihe somit ausgeschlossen war, konnte Stimson auf der anschließenden Londoner Finanzkonferenz das amerikanische Stabilisierungskonzept durchsetzen, auf das er sich in der Zwischenzeit mit MacDonald geeinigt hatte: Den Banken wurde empfohlen, mit ihren deutschen Gläubigern Stillhalteabkommen über die kurzfristigen Privatschulden abzuschließen, und die unangenehme Frage von Finanzhilfe für Deutschland wurde auf ein weiteres Expertengremium abgeschoben. Um das Vertrauen der Finanzmärkte zu stärken, bekundeten die versammelten Politiker gleichzeitig ihre Harmonie[73]. Die Wirklichkeit aber sah anders aus: Die Franzosen, denen man schon die Schuld daran gegeben hatte, daß der vertrauenspsychologische Effekt des Hoovervorschlags „weitgehend verpufft" war[74], waren nun endgültig in den Ruf egoistischer Finanzerpresser geraten: Henderson stand mit seinem Bekenntnis, er sei „rasend wütend auf die Franzosen", nicht allein. Sechs Wochen nach der Londoner Konferenz veröffentlichte eine englische Zeitung eine Karikatur von Briand und Laval als „Al Capones von Europa", die mit ihren als Mafiaschlägern dargestellten Banken jedes fremde Eindringen in ihr „Territorium" brutal verhinderten. Die Isolierung, in die Frankreich im Sommer 1931 geriet, hatte ihre Ursache neben der gegenüber Deutschland und Österreich angewandten Finanzdiplomatie vor allem in den zunehmenden Devisenabzügen aus England. Der – wenngleich unbegründete – Verdacht war verbreitet, Paris würde seine Finanzstärke nun zu politischem Druck auf London einsetzen[75].

---

lei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 398 und 408; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 219; DDI, 7/X, Dok. Nr. 413; FRUS 1931, Vol. I, S. 286–297 und 316 f.; Schmidt, Statist, S. 220–224; Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott. Die Geschichte der deutschen Finanzpolitik von 1920 bis 1945, Göttingen/Frankfurt a. M./Zürich 1974, S. 77 ff.; Brüning, Memoiren, S. 327–336; Bennett, Financial Crisis, S. 263–274; französische Archivalien zu den Verhandlungen des Sommers 1931 konnten nicht gefunden werden, weil die Serien Y und RC/B-Délibérations internationales im MAE kriegsbedingte Lücken aufweisen.

[73] Vgl. Tagebuch über den Ablauf der Londoner Konferenz, in: PA AA., R 28 174; Schäffer-Tagebuch vom 20. bis 23. 7. 1931, in: IfZ, ED 93/12, Bl. 394–433; Schmidt, Statist, S. 224 ff.; Brüning, Memoiren, S. 337–342; Bennett, Financial Crisis, S. 274–279; dem Ziel der Vertrauensstärkung durch Harmoniedemonstration dienten auch die anschließenden Besuche von Stimson und MacDonald in Berlin und eine Romreise Brünings. Vgl. Schmidt, Statist, S. 226 f.; Brüning, Memoiren, S. 343 ff. und 354–361.

[74] Vgl. z. B. den Bericht von Berthelots Stellvertreter André de Laboulaye ans Finanzministerium vom 8. 7. 1931, in: AEF, B 32 234; Schäffer, Wallenberg, in: BA Koblenz, Nachlaß Dietrich 308, Bl. 14; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 177; Frankfurter Zeitung vom 4. 7. 1931 (Zitat); Brüning, Memoiren, S. 299; Theodore G. Joslin, Hoover off the Record, New York ²1971, S. 105; Marquand, MacDonald, S. 605; Kent, Spoils of War, S. 346 ff.

[75] Vgl. z. B. das Telegramm des Geschäftsträgers in London Jules Cambon vom 30. 7. 1931, in: MAE, Z/Grande-Bretagne 323; Claudels Telegramm vom 20. 8. 1931, in: Ebenda, Amérique/États-Unis 359; DDI, 7/X, Nr. 413 (Hendersonzitat); Evening Standard vom 8. 9. 1931, in: AEF, B 31 728 (hier die übrigen Zitate); Schäffer-Tagebuch vom 3. 8. 1931, in: IfZ, ED 93/13, Bl. 525; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 82; Dawes, Journal, S. 372; Nancy Harrison Hooker (Hrsg.), The Moffat Papers, Cambridge/Mass. 1956, S. 47; Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1947, S. 193; Pimlott, Dalton, S. 149; Marquand, MacDonald, S. 608.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die französische Isolation machte sich im August auch in dem in London beschlossenen Expertenkomitee bemerkbar. Hier versuchten die Angelsachsen, die Reparationsfrage mit dem Argument aufzurollen, die Überforderung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch den Youngplan schrecke potentielle Kreditgeber ab. Nur mit der Drohung seiner Abreise konnte der französische Sachverständige Émile Moreau diesen Frontalangriff auf den Youngplan abwehren. Der britische Experte Sir Walter Layton fand für den Abschlußbericht eine Kompromißformulierung: Das Vertrauen in politische Stabilität sei ebenso Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Kreditvergabe nach Deutschland wie die Senkung der Reparationen, die allerdings nur verklausuliert angesprochen wurde[76].

Damit konnte Moreau einigermaßen zufrieden sein, denn es entsprach dem dynamischen Stabilisierungskonzept, auf das Laval und François-Poncet nun setzten: Sie wollten durch einen Staatsbesuch in Berlin zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen beitragen, wie sie bereits seit Brünings Parisreise spürbar geworden war, und so die Voraussetzung dafür schaffen, Deutschland auch ohne demütigende Bedingungen zu helfen[77]. Bereits am 13. August 1931 hatte François-Poncet eine gemeinsame Wirtschaftskommission vorgeschlagen, die Hilfsmaßnahmen und eine Interessenverflechtung zwischen den Volkswirtschaften beider Länder organisieren sollte. Die Reparationen sollten durch Firmenbeteiligungen, Zollsenkungen oder durch Sachlieferungen abgegolten und somit von den deutschen Währungsproblemen abgekoppelt werden. All das sei aber nur ein erster Schritt: „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann zwar bis zu einem gewissen Maß die politische Atmosphäre entspannen; sie kann aber das große Ziel nur erreichen, wenn mit ihr auch die politische Entspannung einhergeht." Um diese Entspannung zu fördern und die Voraussetzungen für die weitergehende Interessenverflechtung zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen, entschloß sich François-Poncet, seine politische Karriere aufzugeben und als Botschafter nach Berlin zu gehen[78].

Gegen dieses Stabilisierungskonzept erhob sich Widerstand von mehreren Seiten. Zum einen erwarteten die meisten Minister weiterhin politische Gegenleistungen

[76] Vgl. Material zu den Beratungen des Kreditausschusses, in: BA Berlin, R 43 I/315 und R 3101/15 109; PA AA, R 34 733; Schäffer-Tagebuch vom 10.–19. 8. 1931, in: IfZ, ED 93/13, Bl. 597–668; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 128, 150 und 163; DBFP, 2/II, S. 485–494; Das Basler Gutachten über die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1931; Bennett, Financial Crisis, S. 286–290; Susanne Wegerhoff, Die Stillhalteabkommen 1931–1933. Internationale Versuche zur Privatschuldenregelung unter den Bedingungen des Reparations- und des Kriegsschuldensystems, Diss. München 1982, S. 113–121.

[77] Vgl. Lyons Note vom 26. 8. 1931, in: MAE, PA 40/Lyon 3; Schäffer-Tagebuch vom 24. 7. 1931, in: IfZ, ED 93/12, Bl. 434; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 69 f., 77, 93, 95, 98, 151 und 176; zum folgenden vgl. Fernand l'Huillier, Dialogues franco-allemandes 1925–1933, Paris 1971, S. 111 ff.

[78] François-Poncets ausführliche Note vom 13. 8. 1931 (Zitat), und weiteres Material in: MAE, RC/C-Allemagne 69; Lavals Projekt für die gemeinsame Wirtschaftskommission, in: Ebenda, PA 40/Léger 6; vgl. auch DDI, 7/XI, Nr. 19 und 29; François-Poncets politischer Ziehvater Tardieu riet ihm ab, nach Berlin zu gehen: „Wollen Sie der Benedetti des nächsten Krieges werden?". In: Armand Bérard, Un Ambassadeur se souvient, Bd. 1, Paris 1976, S. 95 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Finanzhilfe. Man nahm aber an, daß das Reich quasi freiwillig ein politisches Moratorium erklären würde, um dem französischen Kapitalmarkt das erforderliche Vertrauen einzuflößen. Zum andern wandte sich Frankreichs Industrie gegen eine Ausweitung der Sachlieferungen, in denen sie eine unerwünschte Konkurrenz sah. Zwar waren auch Flandins Mitarbeiter überzeugt, daß die Reparationen revidiert werden müßten, sie machten jedoch zwei Einschränkungen: Deutschland dürfe die Reparationsentlastung nicht dazu verwenden, seine wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber Frankreich auszubauen, und es müsse weiterhin die ungeschützte Annuität bezahlen. Das heißt, die begrenzte Revision des Youngplans sollte durch eine parallele Senkung auch der interalliierten Schulden finanziert werden[79]. Um Hoover hierzu zu bewegen, plante Laval, auch Washington einen Besuch abzustatten. Dabei wollte er auch eine Anbindung der USA an ein zu schaffendes europäisches Sicherheitssystem erreichen, um dadurch Stabilität und Vertrauen zu schaffen[80].

Noch bevor der Ministerpräsident zu seinen Staatsbesuchen aufbrach, erschütterte ein weiteres Währungsdesaster das internationale Finanzsystem: Auf Grund seiner Devisenverluste seit der deutschen Bankenkrise ging Großbritannien am 21. September vom Golddevisenstandard ab. Frankreich hatte dies durch Finanzhilfen zu verhüten versucht, doch das Mißtrauen der Briten führte dazu, daß sie diese Kredite zu spät annahmen. Der Kursverfall des Pfunds nach der Freigabe des Wechselkurses verbesserte die britische Handelsbilanz, und das Vertrauen in Englands Auslandskredit kehrte zurück[81]. Für die Franzosen aber war das britische Ausscheren aus dem internationalen Währungssystem eine schwere Niederlage: Gaillet-Billotteau klagte, dadurch „sei ihnen [. . .] alles zerschlagen worden". Abgesehen von den Milliardenverlusten für ihren Außenhandel und die Sterlingguthaben der Banque de France waren die politischen Folgen für das französische Stabilisierungskonzept besonders gravierend: Großbritannien demonstrierte, daß es auch ohne Gold ging, so daß dieser

[79] Vgl. Bizots Note vom 13. 8. und anonyme Memoranden vom 18. und 30. 9. 1931, in: AEF, B 31 716; Flandins Presseerklärung vom 17. 8. 1931, in: Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 2 (1931), Berlin 1932, S. 279f.; Massiglis Telegramm über eine Flandinrede vom 23. 9. 1931, in: MAE, Y 219; Telegramm des Gesandten in Genf, Adolf Müller, vom 26. 8. 1931, in: PA AA, R 28 255; Litters Telegramm vom 7. 9. 1931, in: Ebenda, R 35 354; Luthers Meldung vom 26. 9. 1931, in: Ebenda, R 28 256; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 208; DDI, 7/XI, Nr. 19; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 266f.; Castellan, Réarmement, S. 536f.; die These, die Reparationen dürften nicht gestrichen werden, weil Deutschland sonst einen unbilligen Wirtschaftsvorteil erhielte, war neben der Achtung vor den Verträgen das wichtigste Argument der französischen Reparationspolitik. Vgl. z. B. die Kammerrede des URD-Deputierten Louis Nicolle vom 26. 6. 1931, in: Ann. Chambre, Sess. Ord. 1931/II, S. 704ff.; Bizots Vermerk vom 31. 3. 1932, in: AEF, B 32 241; Dossier des Reichswirtschaftsministeriums „Pläne und Stimmen des Auslands zur Reparationsfrage" von Ende Mai 1932, in: BA Berlin, R 43 I/337; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 134.

[80] Vgl. Aufzeichnung vom 23. 9. 1931, in: MAE, Amérique/États-Unis 359; anonyme Note vom 18. 9. und „Schéma Bizot" vom 9. 10. 1931, in: AEF, B 31 716; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 266f. und 276; FRUS 1931, Vol. I, S. 523ff. und 531f. sowie Vol. II, S. 238ff. und 244–251; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 183 und 206.

[81] Vgl. das Memorandum der Banque de France vom 26. 1. 1932, in: AEF, B 31 729; Kunz, Battle, S. 77–139; Mouré, Franc Poincaré, S. 66–70.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trumpf der Pariser Finanzdiplomatie politisch entwertet wurde[82]. Obendrein steigerte sich die Entfremdung der ehemaligen Ententepartner: Wegen eines Zusatzzolls, mit dem Frankreich die Auswirkungen der Pfundabwertung auf seinen Außenhandel ausgleichen wollte, kam es zu einem ernsten Konflikt[83]. Gravierender war noch, daß die Briten nun immer deutlicher für eine weitgehende Senkung der Reparationen eintraten. In der Annahme, eine Ursache für ihre Währungsschwierigkeiten sei das politische Schuldensystem gewesen, wollten sie den Kurs des Pfunds erst wieder ans Gold koppeln, wenn die vertrauensstörende Reparationsfrage vom Tisch wäre – ein schwerer Schlag für die Franzosen, die an einer Stabilisierung sowohl des internationalen Finanzsystems als auch der Reparationen interessiert waren[84].

Auch gegenüber Deutschland versagte das französische Stabilisierungskonzept: Weil der Ministerpräsident seinen Gastgebern nichts Substantielles anbieten durfte, brachte sein Berlin-Besuch am 27. September lediglich eine vorübergehende Klimaverbesserung[85]. Die gemeinsame Wirtschaftskommission wurde von den Franzosen schließlich dazu benutzt, durch Vereinbarung von Einfuhrkontingenten ihre Handelsbilanz zu verbessern – reparationspolitisch ein absurdes Vorgehen, denn wenn Deutschland seinen Exportüberschuß verlor, konnte es die zum Reparationstransfer benötigten Devisen nicht mehr verdienen[86]. Zudem verlangten die Deutschen seit dem Oktober immer kompromißloser die „Endlösung der Reparationsfrage" – das heißt, die vollständige und definitive Streichung aller Reparationen[87]. Wegen der auf Grund der Pfundabwertung absehbaren Verschlechterung ihrer Handelsbilanz erklärten sie es für unmöglich, sowohl Reparationen als auch die Privatschulden zurückzuzahlen, für die auf Empfehlung der Londoner Konferenz im August ein sechsmonatiges Stillhalteabkommen abgeschlossen worden war. Diese Kredite müßten

---

[82] Vgl. Brief des Gouverneurs der Banque de France an Flandin vom 6. 10. 1931 und weiteres Material, in: MAE, Z/Grande-Bretagne 323; Ann. Chambre, Sess. Extr. 1931, S. 610–646; Aufzeichnung Schäffers vom 21. 9. 1931, in: PA AA, R 29 504 (Zitat); Alfred Sauvy, Histoire économique de la France entre les deux guerres, Paris ²1984, Bd. 2, S. 141 f.

[83] Vgl. Fleuriaus Telegramm vom 19. 11. 1931, in: AEF, B 31 728; Shamir, Economic Crisis, S. 85 ff. und 126 f.

[84] Vgl. Rueffs ausführliche Presseberichte, in: AEF, B 12 628; Fleuriaus Telegramme vom 18. und 19. 11. sowie vom 10. und 16. 12. 1931, in: Ebenda, B 31 728; Telegramme des deutschen Botschafters in London, Konstantin Freiherr von Neurath, vom 23. 10., 10. 11. und 15. 12. 1931, in: PA AA, R 35 356, R 28 229 und R 28 167; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 260, 266 ff. und 301.

[85] Vgl. François-Poncets Berichte vom 27. und 28. 9. 1931 sowie vom 5. 10. 1931, in: MAE, RC/C-Allemagne 69, und PA 40/Léger 6; weiteres Material, in: PA AA, R 28 256; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 489 ff.; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 213 f.; Schmidt, Statist, S. 231 f.; Brüning, Memoiren, S. 410–414; Bérard, Ambassadeur, Bd. 1, S. 102–105.

[86] Ausführliches Material hierzu in: BA Berlin, R 2501/1378 und /1379; PA AA, R 28 256 und R 28 257; MAE, RC/C-Allemagne 69; Bericht Lavals vom 2. 6. 1932, in: Ebenda, PA-AP 220-Plaisant 37; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 515 f. und 519.

[87] Vgl. z. B. François-Poncets Meldungen vom 30. 10. und 26. 11. 1931, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 457, und Z/Allemagne 761; Hülses Brief an Luther vom 27. 11. 1931, in: PA AA, R 35 359; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 284; Maurer/Wengst, Politik und Wirtschaft, Dok. Nr. 320 und 346 (Zitat).

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Priorität vor den Reparationen haben, da ihre Tilgung Voraussetzung für die Wiederherstellung ihres Auslandskredits sei[88]. Die Kursverschärfung hatte auch innenpolitische Gründe: Im Oktober war Brünings Kabinett in eine Regierungskrise geraten, die den Kanzler noch stärker von der Unterstützung des Reichspräsidenten und der Rechten abhängig machte. Von nun an versuchte er sich verstärkt als intransigenter Revisionspolitiker zu profilieren[89]. Botschafter François-Poncet verfolgte diese Entwicklung mit berechtigter Sorge. Als im November die NSDAP bei den hessischen Landtagswahlen mit Abstand stärkste Partei geworden war, mußte er das Scheitern seines Stabilisierungskonzeptes eingestehen: Am 26. November 1931 meldete er, Brüning sei für Frankreich gewiß günstiger als etwa Hitler oder Hugenberg, doch sei es absehbar, „daß er es nicht schaffen wird, die Widersprüche zu überwinden": Bei nächster Gelegenheit werde ihn der Reichspräsident durch einen Mann der Rechten ersetzen. Von nun an sahen François-Poncet und die meisten Franzosen keinen Grund mehr, reparationspolitische Konzessionen zu machen, um die Weimarer Republik zu stabilisieren[90].

Der zweite Teil von Lavals Doppelstrategie scheiterte auf ähnlich verheerende Weise. Dabei hatte es erst so ausgesehen, als würde die Washington-Reise des Ministerpräsidenten vom 22. bis 26. Oktober ein Erfolg: Zwar hatte Hoover jedes Engagement für die Sicherheit Europas abgelehnt, doch hatte sich Laval rasch mit ihm darauf einigen können, daß der Youngplan für die Dauer der Weltwirtschaftskrise revidiert werden sollte. Bizot, der als Dolmetscher fungierte, berichtete nach seiner Rückkehr zufrieden, Hoover habe dabei zugesichert: „Wir sind bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und Ihnen bei dieser Regelung zu helfen ... Wir sind geneigt, eine Senkung der interalliierten Schulden ins Auge zu fassen." Die These, Reparationen und Kriegsschulden hätten nichts miteinander zu tun – „und dieser Punkt ist sehr wichtig" –, sei von den Amerikanern nicht wiederholt worden. Sie schienen die

[88] Vgl. Brief von Finanzminister Hermann Dietrich ans Wirtschaftsministerium vom 14. 10. 1931, in: BA Berlin, R 3101/15 057; weiteres Material, in: Ebenda, R 43 I/316; BA Koblenz, Nachlaß Dietrich 91; Schäffer-Tagebuch vom 17. und 29. 10. 1931, in: IfZ, ED 93/14, Bl. 927, 930 und 960ff.; ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 223 und 226 und Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 4, 17 und 70; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 522, 525 und 528; Maurer/Wengst, Politik und Wirtschaft, Dok. Nr. 345f. und 351; Wegerhoff, Stillhalteabkommen, S. 98–138.

[89] So teilte Staatssekretär Bülow dem Botschafter in Washington mit, daß „wir weniger aus wirtschaftlichen als aus politischen und psychologischen Gründen gern jetzt bzw. im nächsten Jahr die Reparationen endgültig loswerden oder auf ein Mindestmaß reduzieren möchten". Vgl. ADAP, Serie B, Bd. XVIII, Dok. Nr. 226; zur Krise der Regierung Brüning im Oktober 1931 vgl. Schulz, Brüning, S. 502ff. und 548–563.

[90] François-Poncets Berichte, z. B. vom 22., 23. und 29. 10. 1931, in: MAE, Y 61; seine Briefe an Briand vom 26. 11. (Zitat) und 24. 12. 1931, in: Ebenda, Z/Allemagne 761; vgl. Gaillet-Billotteaus Berichte, in: Ebenda, 774; zur resignierenden Wirkung, die der unaufhaltsam scheinende Aufstieg der NSDAP auf die französische Öffentlichkeit ausübte, vgl. das Telegramm von Hoeschs Mitarbeiter Roland Forster vom 7. 10. 1931, in: PA AA, R 28 166; Schäffer-Tagebuch vom 26. 11. 1931, in: IfZ, ED 93/15, Bl. 1089ff.; Ann. Chambre, Sess. Extr. 1931, S. 64, 147f., 269; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 98 und 105; Kimmel, Aufstieg, S. 89–100.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbindung zwischen Reparationen und Kriegsschulden endgültig anerkannt zu haben[91].

In Wirklichkeit hatte Hoover lediglich eine unverbindliche Absichtserklärung gegeben und den amerikanischen Standpunkt nur nicht eigens herausgestrichen[92]. Doch im Vertrauen auf die Solidarität der USA, der er sicher sein zu dürfen glaubte, forderte Laval Anfang November Deutschland auf, den Beratenden Sonderausschuß einzuberufen. Dieses Expertengremium sollte Vorschläge für eine zeitweise Anpassung des Youngplans an die Weltwirtschaftskrise erarbeiten, die anschließend auf einer Regierungskonferenz umgesetzt würden. In ihren Verhandlungen mit den Deutschen wehrten sich Laval und Flandin lange dagegen, daß der Sonderausschuß auch Deutschlands Privatverschuldung untersuchen dürfe, um zu verhindern, daß dieser die Priorität vor den Reparationen eingeräumt würde. Schließlich gaben sie nach: Die Experten durften das Problem der Stillhaltekredite mit behandeln[93]. In Paris hatte man nämlich mittlerweile einen Plan entwickelt, um die These zu entkräften, Deutschland könne nur entweder Reparationen oder seine Privatschulden bezahlen: Die Summe der stillgehaltenen Kredite sollte durch Ausscheidung von Mehrfachzählungen und Spekulationsgeschäften soweit verringert werden, daß die verbleibenden Kredite und auch die Reparationen aus den deutschen Handelsbilanzgewinnen bezahlbar würden[94]. Bei den kurz darauf beginnenden Verhandlungen über eine Verlängerung des Stillhalteabkommens scheiterte dieser Plan jedoch am Widerspruch der Angelsachsen: Die Stimme der Franzosen, die nur über fünf Prozent der Stillhaltekredite verfügten, war unter Deutschlands Gläubigern zu schwach, um eine Privatschuldenregelung durchzusetzen, die auch ihr Recht auf Reparationseinnahmen berücksichtigte[95].

Kurz nach Lavals Rückkehr aus Amerika hatte das Finanzministerium Richtlinien für die angestrebte Reparationsregelung erstellt: Um im Rahmen der bestehenden

---

[91] Claudels Berichte, in: AEF, B 31 716, und in: MAE, Amérique/États-Unis 360, und Y 61; Lavals „Note sur le problème des dettes" vom März 1933, in: Ebenda, PA 40/Laval 4; Aufzeichnung Coulondres über Bizots Bericht über die Reise vom 7. 11. 1931, in: Ebenda, RC/B-Délibérations internationales 458 (Zitate); Leffler, Elusive Quest, S. 265ff.

[92] Vgl. die Richtigstellung Stimsons gegenüber Claudel vom 3. 12. 1931, in: MAE, Amérique/États-Unis 354; FRUS 1931, Vol. I, S. 352ff.

[93] Vgl. Vermerk Coulondres vom 19. 11. 1931, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 458; Hoeschs Telegramm vom 14. 11. 1931 in: PA AA, R 28 167; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 540, 548, 551ff., 557 und 561; Maurer/Wengst, Politik und Wirtschaft, Dok. Nr. 361f.; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 33, 36, 39f., 44f., 56, 63f. und 66f.; Franz Knipping, Der Anfang vom Ende der Reparationen. Die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses im November 1931, in: Becker/Hildebrand, Weltwirtschaftskrise, S. 211–236.

[94] Vgl. „Au sujet des pourparlers franco-allemands" vom 5. 10. 1931, in: AEF, B 12 652; Bericht des Deutsch-Französischen Studienkomitees ans Auswärtige Amt von Ende November 1931, in: PA AA, R 28 167; Hülses Brief an Luther vom 18. 11. 1931, in: Ebenda, R 35 358; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 56.

[95] Zu den Verhandlungen, die am 23. 1. 1932 zu einer Verlängerung der Stillhalteabkommen führten, vgl. Wegerhoff, Stillhalteabkommen, S. 182–207; James, Reichsbank, S. 227–238 und 256–260.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verträge zu bleiben, müsse die ungeschützte Annuität weiter bezahlt werden. Hierfür solle das Reich Schuldverschreibungen der Reichsbahn übergeben, deren Finanzlage gesund sei; der Dienst an diesen Schuldverschreibungen könne auch in Sachlieferungen erfolgen. Die übrigen Reparationen sollten ebenso wie die interalliierten Schulden für zwei Jahre gestundet werden – einen längeren Aufschub erlaubte der Youngplan nicht. Laval befürwortete zwar eine weitergehende Entlastung Deutschlands, doch bald würde die Kammer wieder zusammentreten, wo bei größeren Konzessionen erneut Schwierigkeiten zu befürchten standen[96]. Daher übernahm er den engen Standpunkt Flandins und erläuterte den Deputierten am 26. November, man werde nur soviel an Reparationen stunden, wie die USA an interalliierten Schulden nachließen – ganz wie es der Youngplan bestimmte, der prinzipiell in Kraft bleiben sollte. Eine Priorität der deutschen Privatverschuldung vor den Reparationen lehnte er kategorisch ab. Seine Politik würde nicht nationalegoistischen Interessen dienen, sondern der Wiederherstellung der Ordnung in Europa und der Verteidigung der abendländischen Zivilisation. Die Rückkehr zu einem weitgehend statischen Stabilisierungskonzept, das in Form eines Memorandums kurz darauf auch den anderen Gläubigermächten mitgeteilt wurde, sicherte Laval wieder eine Mehrheit im Parlament[97]. Außenpolitisch war dies dagegen völlig kontraproduktiv: Insbesondere die Amerikaner zeigten sich verärgert darüber, daß Laval das Arbeitsergebnis des Sonderausschusses präjudizieren und ihnen die Kosten für eine Wiederherstellung des deutschen Auslandskredits aufbürden wollte[98]. Die Stimmung im amerikanischen Kongreß, wo die Isolationisten schon zuvor an Einfluß gewonnen hatten, kippte nun vollends um. Am 19. und 22. Dezember votierten beide Häuser des Parlaments mit großer Mehrheit gegen eine auch nur temporäre Revision der Kriegsschuldenabkommen[99]. Lavals Hoffnung, durch französisch-amerikanische Solidarität in der Schuldenfrage und eine Reparationsrevision ohne Verminderung der französischen Nettoeinnahmen das europäische Finanzsystem stabilisieren zu können, war wie eine Seifenblase zerplatzt.

Dies war umso fataler, als der Revisionsprozeß bereits begonnen hatte: Am 8. Dezember 1931 hatte der Beratende Sonderausschuß in Basel seine Arbeit aufgenommen. Hier war der französische Teilnehmer Charles Rist weitgehend isoliert – nicht

[96] Vgl. Note aus Flandins Cabinet du Ministre vom 5. 11. 1931, in: AEF, B 12 652; Hülses Brief vom 18. 11. 1931, in: PA AA, R 35 358; vgl. Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 552; Maurer/Wengst, Politik und Wirtschaft, Dok. Nr. 361 f.; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 39 und 68.

[97] Vgl. Ann. Chambre, Sess. Extr. 1931, S. 207–252; Hoeschs Telegramme vom 26. und 27. 11. 1931, in: PA AA, R 28 167.

[98] Vgl. Claudels Telegramme vom 6. und 7. 11. und vom 3. 12. 1931, in: MAE, Amérique/États-Unis 354; Telegramm des deutschen Botschafters in Washington Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron vom 9. 11. 1931, in: BA Berlin, R 3101/14 504; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 89; FRUS 1931, Vol. I, S. 352ff.

[99] Vgl. Claudels Telegramme vom 11.–23. 12. 1931, in: MAE, Amérique/États-Unis 302 und 354; Prittwitz' Telegramme vom 13.–22. 12. 1931, in: PA AA, R 28 167; weiteres Material in: Ebenda, R 35 362; FRUS 1931, Vol. I, S. 248 f.; Leffler, Elusive Quest, S. 267–270.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einmal sein belgischer Kollege unterstützte ihn mehr. Die Meinungsführung lag wieder bei dem Engländer Layton, der die Vertrauenskrise durch eine möglichst rasche und definitive Klärung der Frage überwinden wollte, wieviel Reparationen Deutschland künftig würde bezahlen müssen: Als Kompromiß in dem vertrauenstörenden deutsch-französischen Dauerstreit schlug er vor, die Reparationen durch Anrechtsscheine auf den Reingewinn der Reichsbahn abzugelten. Zahlungen sollten aber nur fällig werden, wenn die Reichsbahn sie auch leisten könne. Der deutsche Sachverständige Carl Melchior, der die These vertrat, daß allein eine Reparationsstreichung die Vertrauenskrise überwinden könne, war sich mit Rist in der Ablehnung des Laytonvorschlags einig. Beide setzten aus diametral entgegengesetzten Motiven durch, daß der Abschlußbericht des Sonderausschusses keine konkreten Empfehlungen enthielt. Wie der deutsche Wirtschaftsjournalist Gustav Stolper enttäuscht feststellte, bestand er statt dessen lediglich aus „einer Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten oder zweideutigen Formeln, bei denen der Vordersatz Deutschland, der Nachsatz Frankreich befriedigen sollte."[100]

Die heillose Blockierung des Entscheidungsprozesses hatte innenpolitische Gründe: In Frankreich und mehreren deutschen Ländern standen im Frühjahr 1932 Wahlen an; vorher wollten weder Laval noch Brüning ihren Standpunkt aufgeben. Schon während der Sonderausschußberatungen verabredeten die Franzosen daher mit dem Reichskanzler, zunächst nur eine Zwischenlösung zu vereinbaren und die Entscheidung über einen endgültigen Reparationskompromiß zu verschieben[101]. Um aus ihrer Isolierung herauszukommen, versuchten sie gleichzeitig, mit den Briten eine gemeinsame Position zu finden. Bei Gesprächen Bizots mit Leith-Ross, der am 18. Dezember und am 9. Januar nach Paris kam, erwies sich dies aber als unmöglich: Leith-Ross trat für eine prinzipielle Streichung der Reparationen ein mit dem Ziel, Deutschlands Fähigkeit wiederherzustellen, seine Privatschulden zu bezahlen. Allenfalls komme ein Reparationsmoratorium von mindestens fünf Jahren in Frage. Auch die Kriegsschuldenverhandlungen mit Washington wollten die Briten nicht gemeinsam führen, weil ihre Chancen auf amerikanische Konzessionen wegen der eigenen Währungsschwierigkeiten deutlich größer waren als die der Franzosen; man wolle Paris lediglich auf dem laufenden halten[102].

---

[100] Vgl. die Berichte des französischen Generalkonsuls in Basel Perron, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 459 und 460; Melchiors Telegrammwechsel mit Berlin, in: BA Berlin R 3101/15 137 – /15 139 und R 2501/6174; Wegerhoff, Stillhalteabkommen, S. 175–178 (Zitat, S. 177).

[101] Vgl. „Résumé de l'entretien avec M. le Dr. Bruening" vom 18. und François-Poncets Telegramm vom 20. 12. 1931, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 460; Vermerk Luthers vom 21. 12. 1931, in: BA Koblenz, Nachlaß Luther 367; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 129 und 132; Akten der Reichskanzlei, Kabinette Brüning, Dok. Nr. 611.

[102] Vgl. Berthelots Telegramm vom 8. 12. 1931, anonyme Aufzeichnungen vom 18.–20. 12. 1931 und weiteres Material, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 459 und 460; anonyme Aufzeichnung vom 9. 1. 1932, in: Ebenda 462; Leith-Ross' Aufzeichnung vom 19. 12. 1931 und „Note sur la position française au regard des réparations et les pourparlers franco-britanniques" vom 29. 3. 1932, in: AEF, B 32 241; DBFP, 2/II, Dok. Nr. 319; zur Entwicklung der britischen Reparationspolitik vgl. Rueffs Telegramme vom 2.–6. 1. 1932, in: AEF, B 32 241; Fleuriaus Telegramme vom

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um gegen die USA und das nicht minder kompromißunwillige Deutschland eine „gemeinsame Front" mit Großbritannien schließen zu können, waren also erhebliche Abstriche bei den französischen Reparationsforderungen unumgänglich. Schon am 7. Dezember hatte Lyon vorgeschlagen, selbst eine Streichung der Reparationen ins Auge zu fassen. Soweit wollten seine Kollegen zwar nicht gehen, doch rieten auch Coulondre und seine Mitarbeiter immer dringender, auf die Forderung zu verzichten, der Youngplan müsse pro forma in Kraft bleiben. Selbst Laval und Bizot anerkannten Anfang Januar 1932, daß eine definitive Revision notwendig war[103]. Flandin fand dagegen den Zeitpunkt für ein Abgehen vom Youngplan „schlecht gewählt". Ein französischer Bankier hörte gar von ihm, wichtiger, als noch „irgendeinen Pfennig Reparationen" zu kassieren, sei – wegen der bevorstehenden Wahlen – das Prinzip der Achtung vor den Verträgen. Daher beschloß das Kabinett, weiterhin prinzipiell am Youngplan festzuhalten; zur Entlastung Deutschlands komme nur eine Zwischenlösung nach dem Reichsbahnplan vom November in Frage[104]. Diese Linie, die allein innenpolitisch motiviert war, bekräftigte Laval am 19. und 22. Januar 1932 erneut vor der Kammer[105].

In der Zwischenzeit hatte sich der Streit mit den Deutschen zugespitzt: Gegenüber Vertretern der Gläubigerstaaten und in einem Interview vom 9. Januar hatte Brüning nämlich offiziell verkündet, das Reich könne die Reparationszahlungen nicht wieder

16. 12. 1931 und 8. 1. 1932 und weiteres Material, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 459–461; Kunz, Battle, S. 163f.; Neil Forbes, London Banks, the German Standstill Agreement, and ‚Economic Appeasement' in the 1930s, in: Economic History Revue 40 (1975), S. 571–577.

[103] Vgl. Lyons Vorschlag vom 7. 12. 1931 (Zitat), in: MAE, PA 40/Lyon 3; sein Vermerk vom 22. und Louis de Sartiges' „Note pour le ministre" vom 18. 12. 1931, in: Ebenda, RC/B-Délibérations internationales 459; anonymes, undatiertes Memorandum von Anfang Januar und Coulondres Aufzeichnung vom 7. 1. 1932, in: Ebenda 461; Hoeschs Telegramm über ein Gespräch mit Coulondre vom 1. 1. 1932, in: PA AA; R 28 167; Telegramm des Untergeneralsekretärs des Völkerbunds Albert Dufour-Feronce vom 9. 1. 1932 über ein Gespräch mit Avenol, der sich für die Streichung der Reparationen aussprach, in: Ebenda, R 35 365; Hülses Brief vom 4. 1. 1932, in: BA Koblenz, Nachlaß Pünder 92; am 3. 1. 1932 hatte auch eine der wichtigsten Zeitungen der französischen Linksopposition zu einem reparationspolitischen „coup d'éponge final", einem endgültigen „Schwamm drüber", geraten, mit dem Frankreich aus seiner bedenklichen Isolation herausfinden könne. Vgl. Henri Lerner, La Dêpeche. Journal de la démocratie. Contribution à l'histoire du radicalisme sous la troisième République, Toulouse 1978, Bd. 2, S. 840–943.

[104] Coulondres Aufzeichnungen vom 7. und 15. 1. sowie Vermerk vom 7. 1. 1932 über einen Anruf Bizots (Zitat), in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 461 und 462; Hülses Brief vom 4. 1. 1932, in: BA Koblenz, Nachlaß Pünder 92 (hier das zweite Zitat); vgl. FRUS 1932, Vol. I, S. 650f.; Hoeschs Telegramm vom 13. 1. 1932, wonach Berthelot ihm bedauernd erklärt habe, „Frankreich sei, soviel sich auch zugunsten [einer] Beseitigung [des] Reparations- und Schuldenproblems anführen lasse, hierfür noch [!] nicht reif", in: PA AA, R 28 168; ähnlich äußerte sich auch einen Monat später François-Poncet. Vgl. Schäffer-Tagebuch vom 15. 2. 1932, in: IfZ, ED 93/18, Bl. 222f.

[105] Vgl. Ann. Chambre, Sess. Ord. 1932/I, S. 10f., 72ff. und 84–87; Hoeschs Telegramme vom 22. und 28. 1. 1932, in: PA AA; R 28 168; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 193; die innenpolitische Lage war besonders heikel, weil Briand, der dem Kabinett immer auch einige Stimmen aus dem linksbürgerlichen Lager eingetragen hatte, am 12. 1. 1932 ausgeschieden war. Vgl. Hoeschs Telegramme vom 9. und 12. 1. 1932, in: Ebenda, R 28 257; Siebert, Briand, S. 624–632.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufnehmen[106]. Am 19. Januar lehnte er auch eine Verlängerung des Hooverjahres ab, was die Briten vorgeschlagen hatten[107]. Die französische Öffentlichkeit schäumte vor Wut über diese schroffe Intransigenz, und Hoesch konstatierte eine regelrechte „Krieg-in-Sicht-Stimmung"[108]. Daraufhin sagten die Briten die Reparationskonferenz vorerst ab, zu der sie drei Wochen zuvor nach Lausanne geladen hatten: Nach den Selbstfestlegungen Lavals und Brünings erschien ihnen ein vertrauenstiftender Kompromiß im Streit um die Reparationen unwahrscheinlich[109].

Die Frage, ob und wieviel Reparationen Deutschland nach Ablauf des Feierjahres würde zahlen müssen, blieb offen, und in der Folge vertiefte sich die Vertrauenskrise: Von Januar bis Juni verlor Deutschland trotz des Stillhalteabkommens rund eine weitere halbe Milliarde RM, die Notendeckung aus Eigenmitteln der Reichsbank sank auf katastrophal niedrige 10,5 Prozent[110]. Weil die Reparationskonferenz nicht einfach ausfallen konnte, war eine Formel nötig, mit der sie auf den Juni 1932 vertagt werden konnte. Diese Formel versuchten die Briten gemeinsam mit den Franzosen auszuarbeiten: Durch Betonung freundschaftlicher Zusammenarbeit und durch vage Aussichten auf eine auch sicherheitspolitische Kooperation wollten sie sie dazu brin-

---

[106] Vgl. François-Poncets Telegramm vom 6. und Coulondres Aufzeichnung vom 15. 1. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 461; Telegramm des deutschen Gesandten in Brüssel Hugo Graf Lerchenfeld vom 11. 1. 1932, in: PA AA, R 28 168; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 10, 16 und 22; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 163 und 168; FRUS 1932, Vol. I, S. 638f.; Pünder, Reichskanzlei, S. 111f.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender (1932), Berlin 1933, S. 5ff.

[107] Vgl. zwei Telegramme Neuraths vom 18. 1. 1932, in: PA AA, R 28 168; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 40–44, 49 und 51; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 178 und 198.

[108] Vgl. die Presseausschnitte, in: BA Berlin, R 2501/2873 und /2874; Telegramme der deutschen Botschaft in Paris vom 9.–24. 1. 1932, in: PA AA, R 28 168; ein Interview Herriots vom 16. 1. 1932, in: Ebenda, R 35 366; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 30, 50 und 67; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 177 und 206 (Zitat).

[109] Berthelots Rundschreiben vom 21. 1. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 463; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 201; diese Verschiebung der Konferenz kam den französischen Wünschen entgegen: schon zwei Wochen zuvor hatte man sich am Quai d'Orsay gefragt: „Wenn die Konferenz von Lausanne von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist, wäre es dann nicht besser, sie schlicht und einfach auf einen Termin nach den Wahlen in Frankreich und Preußen zu verschieben?" Vgl. Vermerk vom 7. 1. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 461; Berthelots Brief an Laval vom 22. 12. 1931, in: Ebenda 460. In Berlin, wo man noch am 4. 1. 1932 etwas leichtfertig gemeint hatte, die Januarkonferenz sei „eigentlich gar nicht so wichtig" (IfZ, ED 93/17, Bl. 2–7), machte man sich nach der britischen Absage große Sorgen, in schuldhafte Zahlungsversäumnis zu geraten, wenn die Reparationsfrage nach Ablauf des Hooverjahrs am 1. 7. 1932 noch immer nicht geregelt wäre. Vgl. Schäffers Vermerk vom 24. 1. 1932, in: PA AA, R 29 504; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 216, 224 und 226; Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr, in: VfZ 2 (1955), S. 420.

[110] Vgl. die Materialsammlung über Devisenreserven, Geldumlauf, Zahlungsbilanz und Verschuldung, die die Reichsbank am 11. 6. 1932 zusammenstellte, in: BA Berlin, R 2501/6741; Gaillet-Billotteaus Berichte von Januar bis Mai 1932, in: AEF, B 31 479; Balderston, Economic Crisis, S. 139; die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 1932 ist auch auf die deutliche Verschlechterung der Handelsbilanz zurückzuführen, vgl. ebenda, S. 122–125.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen, den Youngplan endgültig abzuschreiben. Schon im Dezember 1931 hatte MacDonald an den neuen Außenminister John Simon geschrieben: „Der Samthandschuh mit starken Muskeln dahinter ist in der Diplomatie wesentlich effektiver als der Knüppel."[111]

Nachdem sie zwei Wochen vergeblich mit den Franzosen über die Vertagungsformel verhandelt hatten, ließen die Briten diese Muskeln spielen: Am 6. Februar 1932 legten sie einen Entwurf vor, „zu dem keine weitere Verbesserung akzeptiert werden kann". Wenige Tage zuvor hatten MacDonald und Finanzminister Neville Chamberlain in öffentlichen Reden die Streichung der Reparationen gefordert und so demonstriert, wie isoliert Paris ohne Einigung mit London dastehen würde. Nun gab Laval nach: Er akzeptierte, daß die Lausanner Konferenz eine dauerhafte Reparationsregelung finden müsse und nicht bloß eine Zwischenlösung für zwei Jahre, was er bislang gefordert hatte; er sagte auch die Abschaffung des Sonderzolls zu und kam drittens auch einer weiteren englischen Forderung nach: Bis zur Konferenz versprach er, alles zu vermeiden, was zu weiteren internationalen Spannungen führen könne. Erneute reparationspolitische Prinzipienerklärungen waren damit ausgeschlossen. Als Gegenleistung stellten ihm die Briten für die Zeit nach den Parlamentswahlen Beratungen über eine gemeinsame Haltung auf der Reparationskonferenz in Aussicht[112].

Mit der Vertagungsformel vom 12. Februar 1932 willigte Frankreich faktisch ein, daß der Youngplan nicht wieder in Kraft treten würde. Grund hierfür war die Furcht vor Deutschland, seiner Wirtschaftskraft und dem aufkommenden Nationalsozialismus, dem Paris auf keinen Fall isoliert gegenüberstehen wollte. In einer Lageanalyse vom 23. Februar 1932 kam selbst Flandins Mitarbeiterstab zu dem Ergebnis, daß man über keine Mittel verfügte, die zahlungsunwilligen Deutschen zu ausreichenden Reparationszahlungen zu zwingen. Eine allgemeine Streichung aller politischen Schulden stelle mithin kein großes finanzielles Risiko dar und biete die Möglichkeit, „die internationale Situation zu verbessern [. . .], unter der Bedingung, daß sie kein isolierter Akt bleibt, sondern die Basis einer konstruktiven französisch-britischen Zusammenarbeit". Frankreich war zu einer Revision bereit, doch diesmal nicht, um eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland, sondern um den Schulterschluß mit den Briten gegen das gefährliche Reich zu ermöglichen[113].

---

[111] MacDonalds Brief an Laval vom 17. 12. 1931, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 459; David Dutton, Simon. A Political Biographie of Sir John Simon, London 1992, S. 154 (Zitat); zur Entschlossenheit, die Stabilisierung des internationalen Systems in die Hand zu nehmen, vgl. MacDonalds stolzes Wort vom Mai 1932: „Europa braucht sowohl psychologische als auch politische und finanzpolitische Führung, und wir werden sie geben müssen", in: Marquand, MacDonald, S. 719.

[112] Vgl. ausführliches Material, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 463–465, und AEF, B 12 652 und B 32 241; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 46–48, 54 f., 57–66, 69–73, 76 (Zitat), 80, 82 f. und 85–91; zu MacDonalds und Chamberlains Reden vgl. Rueffs Telegramme vom 30. 1. und 3. 2. 1932, in: AEF, B 12 628.

[113] „Hypothèse de l'annulation générale" vom 23. 2. 1932 (Zitat), in: AEF, B 12 652; „Rémarques sur le problème des réparations" vom 1. 4. 1932, gleichfalls aus Flandins Cabinet du ministre. In: Ebenda, B 32 241; vgl. Lyons Brief an Berthelot vom 25. und die Note der handelspolitischen Ab-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kurz nach den französischen Parlamentswahlen trafen sich am 13. Mai 1932 die Pariser Reparationsexperten, um die Beratungen mit den Briten vorzubereiten. Weil sie erfahren hatten, daß die Vereinigten Staaten eine Streichung der interalliierten Schulden weiterhin ablehnten, konnten sie auch keine Annullierung der Reparationen empfehlen; dafür rieten sie, Deutschlands Reparationsverpflichtung definitiv auf rund 500 Millionen RM jährlich zu senken, eine Summe, „von der man in keiner Weise behaupten kann, daß sie seine Zahlungsfähigkeit überschreite und die erst nach einer Übergangsperiode von etwa zwei Jahren eingetrieben würde". Wie man das Geld aufteilen würde und ob für Frankreich nach Zahlung der Kriegsschulden noch ein Nettoüberschuß bleiben würde, wollten die französischen Experten offenlassen[114]. Tardieu, der im Februar wieder Regierungschef geworden war, wies ihren betont bescheidenen Vorschlag jedoch zurück: „Er scheint mir beinahe vollständig von den Verträgen abzusehen und um eines problematischen Ergebnisses willen die Grundlage unseres Rechts erneut in Frage zu stellen. [. . .] Den Nettoüberschuß aufzugeben ist unmöglich." Wie man die Achtung vor Frankreichs vertraglich gesichertem Reparationsanspruch durchsetzen könne, sagte Tardieu indes nicht. Seine Stellungnahme verhinderte, daß in den Sondierungsgesprächen mit den Briten, die kurz zuvor begonnen hatten, eine gemeinsame Linie gefunden werden konnte[115].

Tardieus Rückkehr zu unrealistisch hohen Forderungen war eigentlich erstaunlich, hatte er sich in den Monaten zuvor in der Kammer und in Gesprächen mit Brüning doch betont verständigungsbereit gezeigt[116]. Der Kanzler jedoch hatte am 11. Mai jedem Kompromiß eine Absage erteilt, als er im Reichstag erklärte, die Voraussetzungen für weitere Reparationszahlungen seien gar nicht gegeben[117]. Zudem hatten die

---

teilung vom 28. 1. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 464; Berthelots Erläuterungen vom 11. 2. 1932, der allerdings immer noch die Hoffnung hegte, durch Konzessionen einen Modus vivendi mit Deutschland finden zu können, in: DBFP, 2/III, Dok. Nr. 89.

[114] „Résumé d'un échange de vues entre MM. Coulondre, Georges Picot, JJ. Bizot, Maxime Robert en vue d'un programm de la Conférence de Lausanne (Réparations)", in: MAE, SDN/I-R 1946 (Zitat); zur amerikanischen Haltung vgl. Bizots Vermerk über ein Telephonat mit Mönick vom 24. 3. 1932 sowie dessen Telegramme vom 1., 3., 4. und 7. 4. 1932, in: AEF, B 32 241; FRUS 1932, Vol. I, S. 673ff.

[115] Tardieus „Observations sur la note du 13 mai" vom 16. 5. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 467 (Zitat); Material zur britisch-französischen Kontaktaufnahme von Ende April, in: Ebenda 466.

[116] Vgl. Ann. Chambre, 1932/I, S. 648f.; Ann. Sénat, Sess. Ord. 1932, S. 545–549; Bülows Schreiben vom 10. 2. und sein Brief an Hoesch vom 22. 4. 1932, in: PA AA, R 35 370, und R 29 516; zu dem von Tardieu unterstützten Versuch französischer, belgischer und deutscher Industrieller, einen Kompromiß in der Reparationsfrage zu finden, vgl. Parmentiers Aufzeichnung vom 29. und 30. 4. 1932, in: AEF, B 32 241; Jacques Bariéty/Charles Bloch, Une tentative du réconciliation franco-allemande et son échec 1932–1933, in: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine 16 (1968), S. 433–452.

[117] Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender (1932), S. 79–87; zur Enttäuschung, die diese Rede in Frankreich auslöste, vgl. François-Poncets Telegramme vom 12. und 13. 5. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 467; Herriots Tagebuch vom 11. und 15. 5. 1932, in: Ebenda, PA-AP/89-Herriot 26; Temps vom 12. und 13. 5. 1932 und weitere Presseausschnitte,

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parlamentswahlen am 8. Mai einen Sieg des Linkskartells aus Radikalsozialisten und Sozialisten ergeben, die traditionell zu größeren Konzessionen an Deutschland bereit waren[118]. Um seinem Nachfolger diese Konzessionen zu erschweren, torpedierte Tardieu in seinen letzten Wochen im Amt alle Vorbereitungen für einen Reparationskompromiß[119].

Doch die von den Experten vorgeschlagene Politik konnte er nur verzögern, nicht mehr verhindern. Herriot, der Tardieu am 4. Juni ablöste, vertraute den Deutschen zwar ähnlich wenig wie sein Vorgänger[120], kehrte aber sogleich zu der Englandorientierung zurück, die dieser unterbrochen hatte. Damit hatte Herriot schon einmal gute Erfahrungen gemacht: Während seiner ersten Amtszeit als Regierungschef hatte er 1924 vertrauensvoll mit MacDonald kooperiert, und damals hatte Frankreich für reparationspolitische Nachgiebigkeit eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien erhalten, die ein Jahr später in den Vertrag von Locarno mündete. Die Aussichten, daß sich dieser Erfolg wiederholen ließ, schienen realistisch[121].

Bereits am 11. Juni empfing Herriot MacDonald in Paris, der ihm schon zuvor seine Bereitschaft signalisiert hatte, eine „vollständige Entente mit Frankreich" abzuschließen. Der französische Ministerpräsident willigte ein, daß das Reich für die Zeit der Konferenz von sämtlichen Reparationszahlungen befreit bleiben sollte. Die These, Frankreich könne nur insoweit auf Reparationen verzichten, als auch die Amerikaner einen analogen Schuldennachlaß gewährten, war damit aufgegeben[122]. Auf der Reparationskonferenz selbst, die am 16. Juni 1932 zusammentrat[123], ließ

---

in: BA Berlin, R 2501/2876; ADAP, Serie B, Bd. XX, Dok. Nr. 86; zudem hatten die kurz zuvor veröffentlichten Auszüge aus Stresemanns Nachlaß in Frankreich den Eindruck erweckt, sein Verständigungswille sei nur ein heuchlerischer Trick gewesen, vgl. Herriots Tagebuch vom 22. 5. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 26.

118 Vgl. ADAP, Serie B, Bd. XX, Dok. Nr. 79.

119 Vgl. Tardieus Telegramm an François-Poncet vom 15. 5. 1932, in: MAE, RC/B-Délibérations internationales 467; Bérard, Ambassadeur, Bd. 1, S. 137; ADAP, Serie B, Bd. XX, Dok. Nr. 86.

120 Vgl. z. B. seine Kammerrede vom 21. 1. 1932, in: Ann. Chambre, Sess. Ord. 1932/I, S. 57–61, sowie sein Tagebuch vom 22. 5. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 26; FRUS 1932, Vol. I, S. 132–139.

121 Vgl. Wurm, Sicherheitspolitik, S. 101–114, 194–224 und 251–360; Vincent Pitts, France and the German Problem. Politics and Economics in the Locarno Period 1924–1929, New York ²1987, S. 3–101; vgl., mit wesentlich negativerer Wertung Herriots, Schuker, Predominance, S. 232–282.

122 Herriots Tagebuch vom 25. 5. (Zitat) – 12. 6. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 26; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 125 f. und 134 f.; Édouard Herriot, Jadis, Bd. 2, Paris 1952, S. 294–318; die Briten versuchten auch, die Franzosen durch ein politisches Moratorium Deutschlands für die Streichung der Reparationen geneigt zu machen, doch daran hatte Herriot kein Interesse mehr. Vgl. sein Tagebuch vom 11. und 12. 6. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 26; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 105, 111, 128 und 133 f.; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 126 und 130.

123 Zur Konferenz vgl. Herriots Tagebuch vom 16. 6.–8. 7. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 26 und 27; weiteres Material in: Ebenda, SDN/I-R 1946, und Y 62–65; Herriot, Jadis, Bd. 2, S. 320–350; Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott, S. 119–135; Heyde, Ende der Reparationen, S. 402–446.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herriot Brünings Nachfolger Franz von Papen rasch abblitzen, der ihm eine Streichung der Reparationen und die prinzipielle militärische Gleichberechtigung mit vagen Angeboten einer Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion abzuhandeln versuchte[124]. Er orientierte sich vielmehr weiterhin an den Briten und akzeptierte auch deren Vorschlag, daß Deutschland die Restzahlung an Reparationen nur dann leisten solle, wenn sich der deutsche Auslandskredit erholt hätte – also vielleicht nie[125]. Doch dafür erhielt Herriot die Zusage, daß das Lausanner Abkommen erst ratifiziert würde, wenn man sich bei den anschließenden Verhandlungen mit Amerika geeinigt hätte, die die Briten jetzt gemeinsam zu führen versprachen; Herriot meinte, das sei „der wichtigste Punkt für uns"[126].

Bei der Verfolgung seines Ziels, die Briten zu einer auch sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu bewegen, ging der französische Ministerpräsident recht geschickt vor: Schon am 4. Juli hatte er die Zustimmung seiner Ministerkollegen erhalten, daß notfalls auch eine Restsumme von nur drei Milliarden RM ausreichen würde[127]. Diese Konzession machte Herriot seinen britischen Verhandlungspartnern aber erst am 7. Juli, als London darauf verzichtete, Papen durch politische Anreize[128] zur Unterschrift unter ein Zahlungsversprechen zu bewegen und statt dessen zusagte, sich in Zukunft gemeinsam mit Frankreich gegen weitere deutsche Revisionsversuche zu

---

[124] Vgl. Herriots zornige Reaktion auf Papens Angebot einer „vollständigen Bereinigung" der deutsch-französischen Beziehungen einschließlich einer antibolschewistischen „Geheimallianz": „Ich verstehe sehr gut, daß was er eigentlich will, die [militärische] Gleichberechtigung ist", Tagebucheintragung vom 29. 6. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 27.

[125] Vgl. Bizots Protokolle vom 29. 6.–1. 7. 1932, in: AEF, B 32 242; Laboulayes Telegramm vom selben Tag, in: MAE, Y 63; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 154–162; ähnliches hatte Coulondre bereits am 10. 6. 1932 vorgeschlagen, vgl. ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 128, Anm. 5.

[126] Bizots Protokoll vom selben Tag, in: AEF, B 32 242 (Zitat); vgl. auch Herriots Tagebuch vom 1. und 2. 7. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 27; Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (künftig: DDF), Série I, Bd. I, Dok. Nr. 1 und 267; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 163 f. und 172.

[127] Vgl. Herriots Tagebuch vom 4. 7. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 27; bei dieser Gelegenheit hatte Herriot die Minister auch davon abgebracht, gegen die zahlungsunwilligen Deutschen das im Youngplan vorgesehene Schiedsgericht anzurufen: „Einer [Anrufung des] Schiedsgerichts ziehe ich immer noch eine Einigung vor, wenn die großen Linien des englischen Projekts beibehalten werden". In: Ebenda; zu den Diskussionen darüber vgl. Herriots Tagebuch vom 29. 6. 1932 und Lyons undatiertes „Projet d'arbitrage", in: Ebenda.

[128] Dabei ging es vor allem um den Artikel 231 des Versailler Vertrags: Weil schon im November 1931 zwei französische Historiker nachgewiesen hatten, daß dieser in Wahrheit keine Aussage über Deutschlands Schuld am Weltkrieg traf, sondern lediglich über seine zivilrechtliche Verantwortung für die dabei angerichteten Schäden, wäre ein Verzicht durchaus möglich gewesen; nach längeren Diskussionen beschlossen die Franzosen aber, ihn beizubehalten, um den Eindruck zu vermeiden, Frankreich würde eine Mitschuld am Kriegsausbruch 1914 zugeben. Vgl. Camille Bloch/Pierre Renouvin, L'art. 231 du Traité de Versailles, in: Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale 10 (1932), S. 1–24; Lyons „Projet de déclaration" vom 2. 7., die Aufzeichnungen seines Kollegen Jules Basdevant vom 1. und 5. 7. 1932 und weiteres Material, in: MAE, Y 65; Vermerk des Finanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk vom 28. 6. 1932, in: PA AA, R 28 171; DDF, Série I, Bd. I, Dok. Nr. 46, Anhang 4; ADAP, Serie B, Bd. XX, Dok. Nr. 185 f.; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 172 und 175 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wehren[129]. Damit waren es die Deutschen, die isoliert waren, und weil der diplomatisch wenig versierte Papen bereits zugegeben hatte, daß eine deutsche Zahlung nicht ausgeschlossen sei, mußte er nachgeben. Am 9. Juli 1932 wurde das Lausanner Abkommen unterzeichnet, das Deutschland mit einer Restzahlung von drei Milliarden Goldmark belastete, die fällig werden würde, wenn sich sein Auslandskredit erholt hätte[130].

Das bedeutete zwar das faktische Ende der Reparationen, denn weder verbesserte sich der deutsche Auslandskredit, noch willigten die USA in eine Senkung der Kriegsschulden ein, so daß das Abkommen nie ratifiziert wurde[131]. Als Gegenleistung schloß Großbritannien aber am 13. Juli einen Vertrauenspakt mit Frankreich: Beide Staaten wollten sich künftig über Handels- und Abrüstungspolitik sowie alle europäischen Fragen konsultieren, „die den gleichen Ursprung hätten wie die, die in Lausanne gerade so glücklich geregelt wurden". Dieses Abkommen war für Herriot der „Haupterfolg" der Konferenz – mit seinem Reparationsverzicht glaubte er eine neue Entente cordiale und damit deutlich mehr Sicherheit gegenüber Deutschland ausgehandelt zu haben. Am 16. Juli stimmte deshalb selbst die Rechtsopposition in der Kammer seiner Verhandlungsführung zu[132].

Für die Briten war der Vertrauenspakt jedoch nur eine „unschuldige Vereinbarung zusammenzuarbeiten" und eben keine „wie immer geartete Art Allianz". Sie luden die europäischen Staaten und selbst Deutschland zum Beitritt ein, und auch in der Sicherheitspolitik setzten sie ihre Vermittlungsbemühungen zwischen Deutschland und Frankreich fort. Um nicht erneut in Isolation zu geraten, mußte Herriot am 11. Dezember 1932 schließlich sogar Deutschlands Recht auf militärische Gleichberechtigung anerkennen[133]. Dieser Mißerfolg war jedoch nicht Herriots

[129] Vgl. MacDonalds Brief an Herriot vom 5. 7. und dessen Tagebuch vom 7. 7. 1932, in: MAE, PA-AP/89-Herriot 27; „Communication téléphonique de Lausanne" vom 8. 7. 1932, in: MAE, Y 63 DBFP, 2/III, Dok. Nr. 184; Herriot, Jadis, Bd. 2, S. 647; Feiling, Chamberlain S. 201 f.

[130] Vgl. Luthers Aufzeichnungen vom 8. 7. 1932, in: BA Koblenz, Nachlaß Luther 344; DBFP, 2/III, Dok. Nr. 183, 188 und S. 595–601; in Deutschland wurde das Abkommen weithin als schwere Niederlage Papens gewertet. Vgl. z. B. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett von Papen, Nr. 56; Manfred Zahn, Öffentliche Meinung und Presse während der Kanzlerschaft von Papens, Diss. Münster 1953, S. 94ff.

[131] Vgl. Jean-Baptiste Duroselle, La Décadence, Paris 1979, S. 50–53; Leffler, Elusive Quest, S. 292ff. und 305–359; weil Frankreich unter britischem Druck niemals erklärte, daß es das Lausanner Abkommen nicht ratifizieren würde, ist das zu Beginn der Konferenz verhängte Moratorium bis heute in Kraft.

[132] DBFP, 2/III, Dok. Nr. 189f.; DDF, Série I, Bd. I, Dok. Nr. 16 (hier das erste Zitat), 26, Anm. 2 und 33; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 9. und 12. 7. 1932 (hier das zweite Zitat); Bérard, Ambassadeur, Bd. 1, S. 149; ADAP, Serie B, Bd. XIX, Dok. Nr. 228; schon am 7. 7. 1932 hatte Herriot dem italienischen Außenminister Dino Grandi erläutert, die Wiederherstellung der „Entente cordiale" werde das wichtigste Ergebnis der Konferenz sein. Vgl. DDI, 7/XIII, Nr. 143.

[133] DDF, Série I, Bd. I, Dok. Nr. 17 (Zitate); Duroselle, Décadence, S. 36–43; Vaïsse, Sécurité, S. 280–291; auch bei den Verhandlungen mit den Amerikanern hielten sich die Briten bald nicht mehr an ihre in Lausanne mündlich gegebenen Zusagen. Vgl. anonymes Protokoll vom 2. 7. 1932, in: AEF, B 32 242; DDF, Série I, Bd. I, Dok. Nr. 235.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schuld[134]: Er hatte das Lausanner Abkommen ja nicht nur wegen seines Vertrauens auf MacDonald unterzeichnet. Vielmehr hatte er Ballast abgeworfen, denn daß Deutschland so oder so keine Reparationen mehr zahlen würde, war ihm längst ebenso klar geworden wie den meisten seiner Experten[135]. Dadurch hatte er sein Land aus der gefährlichen Isolation herausgeführt, in die es durch die gescheiterten Stabilisierungskonzepte seiner Vorgänger geraten war. Daß das Lausanner Abkommen nicht der erhoffte Beginn einer britisch-französischen Zusammenarbeit gegen weitere Revisionen war, hatte Herriot nicht voraussehen können.

III.

Wie läßt sich nun das Scheitern der französischen Stabilisierungskonzepte in der Weltwirtschaftskrise erklären? Einer der wichtigsten Gründe war sicher, daß die Deutschen ihre Kooperation verweigerten. Nach der Rheinlandräumung gingen sie vom geduldigen Kurs Stresemanns ab und unterminierten durch nationalistische Rhetorik und letztlich kontraproduktive Intransigenz ungewollt nicht nur ihren eigenen Auslandskredit, sondern auch das gesamte europäische Finanzsystem[136]. Ein weiterer Faktor war die Politik der USA: Nachdem sie im Sommer 1931 ihr Konzept einer Wiederherstellung des Vertrauens durch Moratorien und Stillhalteabkommen gegen das Konzept der Franzosen durchgesetzt hatten, zogen sich die Amerikaner immer mehr von ihrer Verantwortung für eine Stabilisierung Europas zurück. Die stärkste Macht der Welt, die auch am meisten vom Funktionieren des internationalen Systems der Zwischenkriegszeit profitiert hatte, ließ die zerstrittenen Europäer mit ihren Problemen weitgehend allein[137]. Auch die Briten übernahmen keine wirkliche Verantwortung: Sie waren vor allem an der Stabilität des ostasiatischen Raums interessiert, die seit dem Herbst 1931 durch die japanischen Expansionen bedroht war. Daher versuchten sie Europa durch immer neue Zugeständnisse Frankreichs gegenüber dem immer neue Forderungen stellenden Deutschen Reich möglichst ruhig zu halten[138].

---

[134] Vgl. Duroselle, Décadence, S. 31 f. und 34 ff.; Jacques Néré, The Foreign Policy of France from 1914 to 1945, London 1976, S. 106 f.; Shamir, Economic Crisis, S. 167 ff.

[135] So hatte Herriot etwa am 5. 7. 1932 erklärt: „Sie werden auf keinen Fall bezahlen. Es ist erwiesen, daß eine deutsche Unterschrift nichts wert ist." Bizots Protokoll, in: AEF, B 32 242; zum Bewußtsein, die Deutschen nicht zu Zahlungen zwingen zu können, vgl. „Hypothèse de l'annulation générale" vom 23. 2. 1932, in: AEF, B 12 652.

[136] Vgl. Bennett, Financial Crisis, S. 306 ff.

[137] Zur Diskussion über die zentrale Rolle einer verantwortlichen Hegemonialmacht für die Stabilität eines internationalen Systems vgl. Charles P. Kindleberger, Manias, Panics, and Crashes, London 1978, S. 182–209; Barry Eichengreen, Hegemonic Stability Theories of the International Monetary System, in: Ders., Elusive Stability, S. 271–311; Kurt Hübner, Stabilität und Hegemonie, in: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland am Scheideweg, Marburg o. J., S. 59–66.

[138] Vgl. Gustav Schmidt, Strategie und Außenpolitik des „Troubled Giant", in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 12 (1973), S. 200–220; auch der Versuch, ihre Privatkredite durch das Opfer der Reparationen zu retten, schlug fehl. Die Tilgung dieser Schulden wurde erst mit dem Londoner

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob die Franzosen für eine Stabilisierung Europas, die auch ihre Interessen angemessen berücksichtigte, überhaupt einen realistischen Handlungsspielraum hatten. Doch trugen auch sie selbst dazu bei, daß ihre Stabilisierungskonzepte scheiterten. Sie hatten nämlich keinen inneren Konsens darüber erzielt, ob sie die prekären Verhältnisse in Europa durch Beharren auf dem Status quo oder durch kontrollierte Revisionen stabilisieren sollten. Auf dem Höhepunkt der Krise rivalisierten ein statisches und ein dynamisches Konzept offen miteinander. Frankreichs Außenpolitik hatte ihre konzeptuelle Geschlossenheit verloren, so daß im November 1931 ein Oppositionsabgeordneter höhnen konnte, es gebe drei Verantwortliche für die Außenpolitik: Briand für die Völkerbundspolitik, Laval für die Reisen und Flandin für die Regelung bzw. Nichtregelung der finanziellen Fragen[139]. Schließlich erwiesen sich beide Konzepte als undurchführbar: Weiteres Festhalten am alten Kurs würde Frankreichs Isolation vertiefen und Wasser auf die Mühlen der deutschen Rechtsradikalen leiten, deren Aufstieg aber auch durch Nachgiebigkeit nicht mehr zu verhindern war; weitere Konzessionen mußten daher einer kommenden Regierung Hitler oder Hugenberg zugute kommen.

Zudem waren die Durchsetzungschancen der französischen Stabilisierungskonzepte dadurch gemindert worden, daß sie die Interessen der anderen Großmächte zu wenig reflektierten. So erscheint die Annahme, mit Rheinlandräumung und Youngplan seien die Kriegsfolgen auch für Deutschland generell bereinigt, milde formuliert, gewagt. Auch die Vorstellung, die finanzielle Sicherheit und die reparationspolitische Solidarität der Briten werde dadurch gewährleistet, daß Deutschlands Entschädigungszahlungen mit dessen Auslandskredit verknüpft waren, erwies sich sehr rasch als Irrtum. Ähnlich unrealistisch war Lyons Annahme vom Juli 1931, die Amerikaner würden die interalliierten Schulden senken, damit Deutschland die geplante Anleihe zurückzahlen könne. Flandins Idee eines politischen Moratoriums ignorierte völlig die innenpolitischen Rahmenbedingungen der Regierung Brüning. Schließlich forderten Laval und Tardieu, bei der Youngplanrevision müsse Frankreichs Recht auf einen Nettoüberschuß an Reparationseinnahmen über die interalliierten Schuldenzahlungen gewahrt bleiben, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie das durchzusetzen wäre[140].

Schuldenabkommen vom 27. 2. 1953 geregelt. Vgl. Forbes, London Banks, S. 578–587; Hermann Josef Abs, Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens 1953, S. 203–267.

[139] Vgl. Ann. Chambre, Sess. Extr. 1931, S. 145; vgl. auch die Rede des sozialistischen Parteichefs Léon Blum vom 19. 1. 1932, wonach Frankreich zwei „Deutschlandpolitiken" gleichzeitig verfolge, nämlich die Annäherungspolitik Briands und die Eindämmungspolitik Maginots, in: Ebenda, Sess. Ord. 1932/I, S. 21.

[140] Vielleicht das krasseste Beispiel für die Realitätsblindheit der französischen Konzepte ist der Youngplan selbst: Ohne Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und ohne jede Revisionsmöglichkeit wurde allein im Vertrauen auf die Gleichgewichtsgesetze der nationalökonomischen Neoklassik erwartet, Deutschland werde bis 1988 jährlich rund siebzehn Prozent des Reichshaushalts von 1929 transferieren. Vgl. z. B. John Maynard Keynes, The German Transfer Problem, in: Economic Journal 39 (1929), S. 1–7; Kent, Spoils of War, S. 302.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß ihre Konzepte von derart wirklichkeitsfremden Annahmen ausgingen, ist auf den starken Einfluß zurückzuführen, den die Innenpolitik auf sie ausübte: Hier ist zum einen die Ausschaltung Briands mitsamt seinem Ministerium aus dem außenpolitischen Entscheidungsprozeß zu nennen, die in der Stimmung der Öffentlichkeit und kabinettsinternen Rivalitäten begründet war. Mit dem Einfluß des Quai d'Orsay ging der Außenpolitik auch dessen internationale Perspektive verloren. Wichtiger war noch, daß die Stimmung in Öffentlichkeit und Parlament während der Beratungen über den Hoovervorschlag und bei den Verhandlungen über die Vertagung der Lausanner Konferenz die Regierung daran hinderte, die Konzessionen zu machen, zu denen sie eigentlich schon bereit war. Ein weiteres Beispiel ist die Verschiebung der endgültigen Entscheidung über Deutschlands künftige Reparationsbelastung auf die Zeit nach den Parlamentswahlen. Die durch diesen Populismus bewirkten Verzögerungen im internationalen Entscheidungsprozeß vertieften die Vertrauenskrise und damit die deutsche Zahlungsunfähigkeit, was die Chancen auf eine Wiederaufnahme der Reparationsleistungen weiter sinken ließ. Ein zweiter Grund für die Wirklichkeitsfremdheit der französischen Stabilisierungskonzepte war die traditionelle Überzeugung, was gut für Frankreich sei, sei auch gut für alle anderen. Diese Identifizierung ihrer eigenen mit transnationalen und internationalen Interessen, wie sie etwa Laval am 26. November 1931 verkündete, erschwerte es den Franzosen, andere Interessenlagen wahrzunehmen und einen Kompromiß vorzubereiten[141]. Zusammen mit ihrer Finanzstärke und dem Gebrauch, den sie gegenüber Österreich und Deutschland davon machten, trug dies dazu bei, daß ihre Stabilisierungspolitik im Ausland als heuchlerische Hegemonialpolitik mißverstanden wurde – selten war Frankreich international so unbeliebt wie während der Weltwirtschaftskrise[142].

Frankreich war isoliert. Daß es seine Finanzstärke im Alleingang aber nicht einsetzen konnte, lag an einem Versäumnis der zwanziger Jahre: Auf Grund der hohen Besteuerung und der Genehmigungspflicht von Kapitalexport sowie der traditionellen Übervorsicht des französischen Kapitals waren nur wenig Anleihen und Kredite nach Deutschland gegeben worden[143]. Als die Regierung ab 1929 zu größerer Kreditvergabe bereit war, mußte sie zunächst einmal die psychologischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß ihr Kapitalmarkt die geplanten Anleihen auch aufnahm. Das miß-

[141] Die These der angeblichen „Identität der kollektiven und der französischen Interessen" war seit 1919 ein beliebter Topos der französischen Argumentation; so Tardieu, La Paix, S. 181f. Vgl. Ann. Chambre, Sess. Ord. 1932/I, S. 56–61; Stanley Hoffmann, Paradoxes of the French Political Community, in: Ders. u. a., In Search of France. The Economy, Society, and Political System in the Twentieth Century, New York ²1965, S. 18ff.

[142] Vgl. z. B. die Liste frankreichfeindlicher Urteile aus MacDonalds Tagebuch bei R. A. C. Parker, Probleme der britischen Außenpolitik während der Weltwirtschaftskrise, in: Becker/Hildebrand, Weltwirtschaftskrise, S. 13; DDI, 7/XI, Nr. 100; Garbagnati, Claudel, S. 276ff.

[143] Zu den Problemen des französischen Kapitalmarkts vgl. Alois Stabinger, Die französische Währungspolitik von der Stabilisierung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1928–1939, Zürich 1946, S. 25–35; Mouré, Franc Poincaré, S. 136–140; im Herbst 1931 erkannten die Franzosen zudem, daß ihre Goldvorräte letztlich zum größten Teil auf ausländischem Fluchtkapital beruhten, das rasch wieder abgezogen werden konnte. Vgl. Ann. Chambre, Sess. Extr. 1931, S. 64.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lang jedoch, weil diese Voraussetzungen in Deutschland als demütigende Bedingungen verstanden wurden. Statt ihren Reichtum zu benutzen, um den deutschen Revisionisten die Argumente zu nehmen und die Weimarer Republik zu stabilisieren, an deren Scheitern sie wahrlich kein Interesse haben konnten, blieben die Franzosen sozusagen auf ihm sitzen. Nachdem es dann im Herbst 1931 absehbar war, daß in nächster Zeit die Rechtsradikalen in Deutschland an die Macht kommen würden, schienen Alleingänge gegenüber dem demographisch, ökonomisch und potentiell auch militärisch überlegenen Reich nicht mehr sinnvoll. Frankreich gab nun seine Stabilisierungskonzepte auf und zahlte in Lausanne einen bitteren Preis für die Überwindung seiner gefährlichen Isolation und die Kooperation mit den Briten. Diese Zusammenarbeit aber hieß letztlich Appeasement[144].

[144] Einzige Ausnahme bildete die Politik, die Außenminister Louis Barthou 1934 versuchte. Vgl. Duroselle, Décadence, S. 87–121; grundsätzlich zur Englandorientierung der französischen Außenpolitik in den dreißiger Jahren vgl. François Bedarida, La ‚gouvernante anglaise', in: René Rémond/Janine Bourdin (Hrsg.), Édouard Daladier, Paris 1977, S. 228–240.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WOLF GRUNER

DIE NS-JUDENVERFOLGUNG UND DIE KOMMUNEN

Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941[1]

1. Einleitung

„von der abschiebung der juden aus dem reichsgebiet werden jüdische mischlinge und (vorläufig) die in mischehe lebenden juden nicht betroffen. ferner werden alle über 70 jahre alten und kranke juden nicht abgeschoben. 25000 juden werden nach minsk, 25000 nach riga und 20000 juden und 5000 zigeuner nach litzmannstadt verbracht. Die abschiebung erfolgt nach keinem besonderen verfahren. [...] aus berlin werden 11000, aus hannover 11000[2], wien 10000, prag 10000, münchen 2000–3000 (nähere auskunft kann die dortige polizei-leitstelle geben) abgeschoben. die transporte nach litzmannstadt rollen bereits, die transporte nach minsk beginnen am 4., nach riga am 13. 11. am 4. dezember soll der transport von 75000 juden durchgeführt sein. [...] Die aktion ist vom führer genehmigt, die orte, wohin die juden abgeschoben werden, sind von ihm selbst bestimmt worden."[3]

Bei diesem Fernschreiben handelt es sich aus verschiedenen Gründen um eine bedeutende Quelle. Deutlich wird: Hitler war bis in die Details an den Entscheidungen über die Deportationen maßgeblich beteiligt. Und: die Deportation der in Mischehe lebenden Juden war nur aufgeschoben. Bemerkenswert ist hier aber vor allem der Adressat des Fernschreibens: Karl Fiehler, Oberbürgermeister von München, hatte am 28. Oktober 1941 um Informationen über die „Evakuierung der Juden aus den Reichsstädten" gebeten[4]. Noch am selben Tag erreichte ihn die hier zitierte, als streng

[1] Dieser Text basiert auf Forschungen zur Verfolgung der Juden in den Kommunen, zum Ausschluß der Juden aus der öffentlichen Wohlfahrt und zum Zwangseinsatz in der NS-Zeit. Angeregt hat diesen Artikel Prof. Ulrich Herbert, dem ich ebenso dankbar bin für seine Hinweise wie Prof. Yehuda Bauer, Prof. Kurt Pätzold, Prof. Uwe-Jens Heuer, Marcus Funck, Andreas Sander, Dr. Stefanie Schüler-Springorum und Jürgen Gruner.

[2] Muß heißen 1100, denn in der Stadt gab es nach der Volkszählung von 1939 nur 2457, im Regierungsbezirk nur 3107, in der Provinz insgesamt 5789 Juden. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 552, Berlin (ohne Jahr), Heft 4.

[3] Landesarchiv Berlin (künftig: LA Berlin), Rep. 142/7, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol. Fernschreiben (FS) Zeitler Deutscher Gemeindetag (DGT) Berlin an Fiehler, München, am 28. 10. 1941.

[4] „1.) In welchem Ausmaß werden die Juden und jüdischen Mischlinge hiervon betroffen (auch die sog. Privilegierten Mischlinge)? 2.) Wohin werden die evakuierten Juden verbracht? 3.) In wel-

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertraulich deklarierte Antwort mit den Informationen aus dem Reichsinnenministerium.

Wieso erhielt ein Stadtoberhaupt einen solchen Einblick in die Planung der Judenverfolgung? Fiehler zählte zwar zur NS-Prominenz, als Teilnehmer beim gescheiterten Hitler-Putsch vom November 1923 gehörte er zu den „Alten Kämpfern", zum Zeitpunkt der Deportationen war er Reichsleiter der NSDAP und SS-Gruppenführer[5]. Das Fernschreiben erreichte ihn aber weder aus Hitlers Umgebung noch über die Parteikanzlei der NSDAP noch über Himmler oder das Reichssicherheitshauptamt, sondern: über den Deutschen Gemeindetag[6]. Dieser Weg verweist auf andere Zusammenhänge: Fiehler erhielt die Informationen in seiner Funktion als Stadtoberhaupt (auch aus München sollte ja deportiert werden) und als Vorsitzender des kommunalen Spitzenverbands. Beides führt uns zur bislang vernachlässigten Frage nach der Rolle der deutschen Städte und Gemeinden, ihrer Bürgermeister und Verwaltungen bei der Verfolgung der deutschen Juden.

Die Bedeutung der lokalen Ebene ist dabei häufig unterschätzt worden[7]; die Rede ist meist nur von einigen Ausschreitungen und Boykotten, welche die NS-Führung zu neuen Gesetzesmaßnahmen getrieben hätten. Die antijüdische Politik in den Städten und Gemeinden läßt sich aber keinesfalls auf Aktionen der Parteibasis reduzieren[8]. Wie bereits ein erster Blick in die unzähligen Lokalstudien ergibt, haben seit 1933 die Kommunen ganze Kataloge örtlicher Maßnahmen entwickelt, die – den Bestimmungen auf Reichsebene zum Teil Jahre vorauseilend – die Teilnahme jüdischer Einwohner am städtischen Leben ebenso einschränkten wie deren Gewerbe- und Berufsausübung[9]. Gemeindeverwaltungen engagierten sich in der „Judenpolitik" über

---

cher Weise ist das Verfahren geregelt? 4.) In welchem Umfange und in welchem Zeitraum sollen die Maßnahmen durchgeführt werden?", in: LA Berlin, Rep. 142/7, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol. Vermerk Dr. Schlempp vom 28. 10. 1941.

[5] Vgl. Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 2 Pers. (ehem. BDC), SSO: Karl Fiehler, 31. 8. 1895. Ferner Helmuth M. Hanko, Kommunalpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung" 1933–1935. Zwischen „revolutionärer" Umgestaltung und Verwaltungskontinuität, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Anton Grossmann, München/Wien 1981, S. 329–442.

[6] Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol. FS Zeitler an Fiehler am 28. 10. 1941.

[7] Die Forschung verwies immer wieder auf die politischen Differenzen zwischen „revolutionärer" SA und der sich etablierenden NS-Führung. NSDAP wie auch Behörden setzten sich aber auf allen Ebenen durchaus personell heterogen zusammen. Zuletzt benutzte Longerich dieses Erklärungsmuster, allerdings modifiziert: Er beschreibt drei Gewaltwellen, die, maßgeblich von der NSDAP betrieben, kampagnenartig dazu gedient hätten, die Stimmung der Bevölkerung antisemitisch zu formieren und die Einführung neuer Gesetze vorzubereiten; Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.

[8] Maßnahmen städtischer Verwaltungen als aktives Element antijüdischer staatlicher Politik hat für die Anfangsphase der Diktatur erstmals angesprochen: Horst Matzerath, Bürokratie und Judenverfolgung, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung, Hamburg 1992, S. 105–129.

[9] Vgl. Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1963; Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945, München 1967; Hans-Joachim Fliedner, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945, 2 Bde, Stuttgart u. a. 1971; Günther von Ro-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den vollen Zeitraum der NS-Diktatur, bis hin zur Verwertung des Vermögens der Deportierten[10]. Die akademische Forschung hat bis auf wenige Ausnahmen dieses Feld Bürgerinitiativen oder Archivaren überlassen, höchstens nutzte man deren Studien als Beispiele für ein lokales Vorpreschen, ohne diese Beobachtung vergleichend zu analysieren[11]. Hier hätte sich gezeigt, wie intensiv die Städte untereinander in der Frage der Verfolgung miteinander kommunizierten. Teilweise wurden die städtischen Initiativen durch den Deutschen Gemeindetag sogar systematisch koordiniert[12]. Als innenpolitischer Faktor in der NS-Zeit ist dieser kommunale Spitzenverband bisher unterschätzt worden[13]. Das gilt auch für seine Rolle bei der Vorbereitung und beim Vollzug antijüdischer Maßnahmen. Schon deshalb läßt sich die NS-Verfolgungspolitik ohne Einbeziehung der lokalen Ebene nicht wirklich analysieren. Während viele ältere Darstellungen bestenfalls über den „Boykott" 1933, die Gesetzgebung, das Pogrom 1938 und die Deportationen berichten, war über den Alltag der Verfolgten erst seit den achtziger Jahren genaueres zu erfahren[14], über die konkrete Umsetzung der antijüdischen Politik vor Ort, etwa über die „Arisierung" des Vermögens, gar erst in den neunzigern[15]. Solche Defizite können auch erklären, warum

---

den, Geschichte der Duisburger Juden, 2 Bde, Duisburg 1986; Josef Werner, Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, 2. überarb. und erw. Aufl., Karlsruhe 1990; Wolf Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt, Berlin 1996.

[10] Vgl. z. B. Wolf Gruner, Der Deutsche Gemeindetag und die Koordinierung antijüdischer Kommunalpolitik im NS-Staat. Zum Marktverbot jüdischer Händler und der „Verwertung jüdischen Eigentums", in: Archiv für Kommunalwissenschaften (künftig: AfK) 37 (1988), II. Halbjahresband, S. 261–291; ders., Die Grundstücke der „Reichsfeinde". Ein Überblick zur „Arisierung" von Immobilien durch Städte und Gemeinden 1938–1945, in: Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, hrsg. von Irmtrud Wojak und Peter Hayes, Frankfurt a. M./New York (erscheint 2000).

[11] Vgl. zuletzt Saul Friedländer, Nazi Germany and the Jews, Bd. 1: The Years of Persecution, 1933–1939, New York 1997, der drei Studien aus Frankfurt a. M., Stuttgart und München heranzieht; Longerich bietet in seiner Studie ergänzend zur Schilderung zentraler Politik neuerdings eine Fülle von lokalen Beispielen, von Gewaltaktionen wie von Behördenmaßnahmen, ohne diese allerdings systematisch zu analysieren. Vgl. Longerich, Politik.

[12] Zu dessen Rolle bei der Ausgrenzung vgl. Wolf Gruner, Die öffentliche Fürsorge und die deutschen Juden 1933–1942. Zur antijüdischen Politik der Städte, des Deutschen Gemeindetages und des Reichsinnenministeriums, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 597–616.

[13] Matzerath meint u. a., der DGT sei durch das Reichsministerium des Innern (RMdI) lahmgelegt worden. Vgl. Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1970, S. 218 und 434. Ähnlich schon Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln-Opladen 1960, S. 459.

[14] Vgl. Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 3: 1918–1945, Stuttgart 1982; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1987; Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. Unter Mitarbeit von Volker Dahm u. a., München 1988.

[15] Bis vor kurzem existierten nur Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen u. a. 1966, sowie Barkai, Boykott. Erst jetzt erscheinen Studien zu einzelnen Städten sowie bestimmten Branchen, u. a. Barbara Händler-Lachmann/Thomas Wer-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Erscheinen der Tagebücher Victor Klemperers auch wissenschaftlich solches Aufsehen in Deutschland erregen konnte[16]. Dabei war Klemperer Akademiker und lebte in einer sog. Mischehe, so daß sein Schicksal weder politisch noch sozial der Mehrheit der deutschen Juden entsprach[17].

Veränderungen in der Verfolgung der Juden werden häufig mit der stereotypen Formel „Radikalisierung" beschrieben. Man sollte diesen Prozeß jedoch als ein offenes historisches Geschehen begreifen, dessen Wirkungsmechanismen im konkreten sozialen und politischen Kontext ebenso differenziert zu untersuchen sind wie die Alternativen, die sich dem NS-Staat jeweils boten. Die NS-Führung verfolgte unter Hitler ab 1933 das langfristige Ziel der Vertreibung der jüdischen Deutschen[18], doch unterhalb dieser Vorgabe bot sich den beteiligten Instanzen auf der zentralen und erst recht auf der lokalen Ebene ein großer Handlungsspielraum. Nicht nur die Umsetzung[19], auch die Planung der „Judenpolitik" wurde wesentlich durch die Beteiligten geprägt. Ministerien, die Behörde des „Stellvertreters des Führers" oder die Sicherheitspolizei vertraten eigene, von spezifischen politischen, sozialen oder ökonomischen Intentionen beeinflußte Perspektiven[20], wobei sich ihr Einfluß während der Jahre veränderte.

---

ther, Vergessene Geschäfte – Verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus, Marburg 1992; Frank Bajohr, „Arisierung" in Hamburg. Die Verdrängung jüdischer Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997; Angela Verse-Herrmann, Die „Arisierungen" in der Land- und Forstwirtschaft 1938–1942, Stuttgart 1997.

[16] Der Rezeptionstenor lautet, die Tagebücher erlaubten uns „erstmals den ganzen Zeitraum des Schreckens mit dem Blick des Opfers" zu sehen, in: Hannes Heer (Hrsg.), „Im Herzen der Finsternis". Viktor Klemperer als Chronist der NS-Zeit, Berlin 1997, S. 7. Die Einschätzung stimmt weder formal noch inhaltlich. Die detaillierten Notizen des Dresdner Philologen zeigen – vor allem bis 1938 – nur einen begrenzten Ausschnitt der Verfolgungsrealität. Zudem bilden sie keineswegs die erste Überlieferung. Vgl. z. B. Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933–1940, Berlin 1975; Else Behrend-Rosenfeld, Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, Köln u. a. ³1979; Als Jude in Breslau 1941. Aus den Tagebüchern von Studienrat a. D. Dr. Willy Israel Cohn, hrsg. von Joseph Walk, Gerlingen 1984. Auf keinen dieser Titel wird in dem folgenden Artikel verwiesen: Susanne zur Nieden, Aus dem vergessenen Alltag der Tyrannei. Die Aufzeichnungen Victor Klemperers im Vergleich zur zeitgenössischen Tagebuchliteratur, in: Heer, Finsternis, S. 110–121.

[17] Er wurde erst 1942 zur Zwangsarbeit verpflichtet, als viele Dresdner Juden bereits zur Ermordung in den Osten deportiert wurden. Vgl. Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, 2 Bde, hrsg. v. Walter Nowojski u. Mitarb. v. Hadwig Klemperer, Berlin ²1995.

[18] Ich verwende hier bewußt den Begriff „jüdische Deutsche", um nicht bis heute die ausgrenzende Sicht der Nazis zu tradieren, daß Juden in keinem Fall Deutsche waren bzw. sein könnten. Zudem lassen sich unter diesen Begriff auch Personen fassen, die erst durch die NS-Rassekategorien zu Juden gemacht wurden, gleichwohl immer als Opfer der Verfolgungsmaßnahmen mitbedacht werden müssen.

[19] Dies belegt für die „Arisierung" in Hamburg anschaulich Frank Bajohr, The Beneficiaries of „Aryanization": Hamburg as a Case Study, in: Yad Vashem Studies XXVI, Jerusalem 1998, S. 175.

[20] Vgl. Wolf Gruner, „Lesen brauchen sie nicht zu können . . ." Die Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt vom Mai 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 305–341.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das gilt, grosso modo, auch für die lokale Ebene, etwa für das Verhältnis der Kommunen zur SA, zu NSDAP oder Gestapo. Gerade Stadt- und Gemeindeverwaltungen ergänzten seit 1933 die antijüdische Reichspolitik, man kann sogar sagen, ersetzten diese in Zeiten außenpolitischer Rücksichtnahme des Regimes durch vielfältige Initiativen. Als nach dem Novemberpogrom jedoch die Politik der Vertreibung nicht mehr realisierbar schien, verständigte sich die NS-Führung in einer bisher kaum analysierten, fundamentalen Neuorientierung auf ein Programm der strukturellen Abschottung der deutschen Juden von der übrigen Gesellschaft. Vor allem die Phase ab 1939 wurde, zugespitzt formuliert, zuvor meist nur als ein Wartesaal für die Opfer bis zu deren Abtransport wahrgenommen, ohne das dahinterstehende Konzept zu erforschen, das die Deportationen erst ermöglichte. Die Zentralisierung der Verfolgung veränderte die Rolle der Kommunen, die jede Initiative bei der „Judenpolitik" verloren und nun vor allem Reichsbeschlüsse umzusetzen hatten, wobei sie aber auch – wie noch zu zeigen sein wird – neue Handlungsspielräume gewinnen konnten. Die Politik der Kommunen und Gemeinden trug aber nicht nur zur Dynamisierung der Verfolgung während der dreißiger Jahre bei, ihre Maßnahmen waren unverzichtbar für die Konstruktion einer getrennten „jüdisch-arischen" Alltagswelt im NS-Staat. Zu den gemeindlichen Aufgaben zählten die Unterhaltung von Kindergärten, Spiel- und Sportplätzen, Schulen, Bädern, Krankenhäusern, Altersheimen, Friedhöfen, Wohnungen, Markthallen, Theatern, Büchereien, Museen sowie der Wohlfahrt. Oberbürgermeister Fiehler brachte in einer Rede die Funktion der Städte „im neuen Deutschland" auf die Formel: „Die Gemeinde [. . .] betreut den Menschen von der Wiege bis zur Bahre."[21] Und alle kommunalen Maßnahmen, so Fiehler 1937 in einer Rede, sollten stets der „Förderung und der Erhaltung der Art unseres deutschen Volkes" dienen[22].

2. 1933 bis 1934: Diskriminierung und Ausgrenzung

a) Die zentrale Ebene

Als die NSDAP nach ihren Wahlerfolgen 1932 in die Nähe der Macht rückte, konkretisierte der spätere Ministerpräsident Göring, was der jüdische Teil der deutschen Bevölkerung von einer NS-Regierung zu erwarten hätte: Deklassierung als „Fremde", Entfernung aus allen Staatsstellungen, aus dem Kultur- und Bildungswesen, zudem als neue Forderung ein Eheverbot zwischen Juden und Nichtjuden. Wirtschaftlich könnten sie danach als „Fremde" in Deutschland ungestört ihren Geschäften nachgehen[23]. Grundsätzlich korrespondierte dies mit Hitlers Ansichten,

[21] Rede vom September 1938, in: Die Nationalsozialistische Gemeinde 6 (1938), S. 203.
[22] Rede vom 28. 5. 1937, in: Ebenda 5 (1937), S. 363.
[23] Nach der Münchner Wochenschau vom 11. 6. 1932, ref. bei Uwe-Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 26f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der eine „planmäßige gesetzliche Bekämpfung" favorisierte. Als angebliche Verursacher des Niedergangs der deutschen Nation seit 1918 sollten alle Juden von der künftigen Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden. Im Kontrast zu Görings letzter, sicher taktischen Behauptung stand Hitlers frühe Aussage, letztes Ziel sei „unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt"[24].

Nach der Machtergreifung 1933 verfügten Hitler und Göring über die Mittel, ihre rassistischen Vorstellungen zu verwirklichen. Die künftig unter Fremdenrecht fallenden deutschen Juden sollten etwa ihr Wohnrecht nur noch so lange behalten, wie sie sich den Gesetzen des Staates fügten[25]. Das Programm hieß also von Beginn an Vertreibung, und dafür sollte die systematische politische Entrechtung die Voraussetzungen schaffen[26].

Zwar waren Antisemitismus und völkisches Denken über die Anhänger der NSDAP hinaus auch in der staatlichen Verwaltung, von der Ministerialelite bis zu leitenden Kommunalbeamten, zu finden[27], doch stellte sich die Frage, ob die bei diversen Gruppen der Bevölkerung mehr oder weniger stark ausgeprägten Vorurteile für eine Unterstützung eines derartigen Ziels ausreichten. Nachdem der sich etablierende NS-Staat aber binnen weniger Wochen alle politischen Gegenkräfte ausgeschaltet hatte, ließ Hitler schon am 9. März 1933 Reichsinnenminister Wilhelm Frick mitteilen, daß mit der „Vorbereitung einer bewußt völkischen Gesetzgebung begonnen werden kann"[28].

---

[24] Brief an Adolf Gemlich vom 16. 9. 1919, in: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 89f. Vgl. auch Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969, S. 60–61.

[25] Vgl. Gottfried Feder, „Die Juden" (1933), in: Kurt Pätzold (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933–1942, Leipzig 1983, S. 62, Dok. Nr. 20; oder Denkschrift zur „Judenfrage" (April 1933) von Gercke (RMdI), in: Ders., Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen Imperialismus 1933–1935, Berlin 1975, S. 139.

[26] Diese Auffassung vertreten auch Philippe Burrin, Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord, Frankfurt a. M. 1993, S. 12; Susanne Heim, „Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein". Die Zwangsemigration der Juden 1933–1938, in: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik (künftig: BzNSGSP) 11 (1993), S. 48–81. Longerich setzt 1935 und Friedländer 1936 als Beginn der Vertreibung an. Vgl. Longerich, Politik, S. 68, Friedländer, Nazi Germany, S. 225. Nach Rürup gewann das Konzept erst allmählich Konturen: Reinhard Rürup, Das Ende der Emanzipation. Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung" bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Arnold Paucker (Hrsg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943, Tübingen 1986, S. 103.

[27] Zu den Prägungen der rechten Intelligenz nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, 2. durchges. Aufl., Bonn 1996.

[28] Lammers an Frick vom 9. 3. 1933, zit. nach: Norbert Kampe, „Endlösung" durch Auswanderung? Zu den widersprüchlichen Zielvorstellungen antisemitischer Politik bis 1941, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München u. a. 1989, S. 837; Martin Tarrab-Maslaton, Rechtliche Strukturen der Diskriminierung der Juden im Dritten Reich, Berlin 1993, S. 26–28.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei Wochen später eröffnete die NS-Führung eine Pressekampagne gegen jüdische Juristen und Ärzte[29]. Wenn in der zweiten Märzhälfte in Berlin, Breslau, Chemnitz, Dresden, Frankfurt a. M., Görlitz, Gleiwitz, Leipzig, Münster und Wiesbaden öffentliche Einrichtungen, denen man einen hohen „Judenanteil" vorwarf, wie Börse, Amtsgerichte und Universitäten, von SA- und SS-Trupps gestürmt wurden, so geschah das nicht spontan, sondern vor diesem Hintergrund[30]. In anderen Orten wurden Geschäfte jüdischer Inhaber boykottiert[31]. Dieses Vorgehen wurde zugleich von einer ganzen Reihe von Kommunen mit antijüdischen Maßnahmen, z. B. gegen jüdische Beamte, flankiert[32], auf die noch einzugehen sein wird. Die Kritik des Auslands an diesen bewußt provozierten Vorgängen nutzte die NSDAP-Führung als Vorwand, um in der Presse am 28. März 1933 zunächst die Einführung einer antijüdischen Quote in Arzt-, Rechtsanwalts- und Hochschulberufen zur „Abwehr der Hetze" zu fordern und kurz darauf zu einem Boykott „jüdischer" Geschäfte, Warenhäuser, Kanzleien und Arztpraxen aufzurufen[33]. Mit dem zentral organisierten, landesweiten Boykott vom 1. April 1933 wurde die antijüdische Politik öffentlich zum staatlichen Programm erklärt. Hinter den Kulissen entwarfen bereits einige hohe Ministerial-, Polizei- und Kommunalbeamte, darunter der neue Staatskommissar für Berlin, Dr. Julius Lippert, ein Gesetz, um das „deutsche Volk zu säubern". Ein „legales" Vorgehen, nun ohne Gewalt, sollte internationalem Protest vorbeugen. Im Gesetzesentwurf vom 6. April fanden sich erklärte Positionen der NSDAP, wie die Forderung nach Berufsverboten in leitenden Positionen des Staates, ein Heiratsverbot und die Annullierung von Einbürgerungen, die von neuen Vorschlägen ergänzt wurden, wie dem Verbot außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und Nichtjuden oder der rigorosen Ausweisung staatenloser und ausländischer Juden. Über all das weit noch hinausgehend, sollten deutsche Juden durch ein J hinter dem Namen gekennzeichnet, in einem „Judenregister" erfaßt und Zwangsmitglieder in einem staatlich überwachten „Verband der Juden in Deutschland" werden[34]. Ohne daß dieser Entwurf je Gesetzeskraft erlangte, finden sich in ihm Methoden, welche die Verfolgungspolitik bis 1938, und noch danach, prägen sollten[35].

---

[29] Vgl. Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 18., 25. und 28. 3. 1933. Für die lokale Presse vgl. z. B. Gregor Zahnow, Judenverfolgung in Münster, Münster 1993, S. 33.

[30] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 17–21; Roland Otto, Verfolgung der Juden in Görlitz unter der faschistischen Diktatur 1933–1945, Görlitz 1990, S. 25; Pätzold, Faschismus, S. 45; Zahnow, Judenverfolgung in Münster, S. 34; Friedländer, Nazi Germany, S. 29; Longerich, Politik, S. 38.

[31] Vgl. viele Beispiele im Rheinland für die Phase vom 10. bis 29. 3. 1933 bei Kurt Düwell, Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942, Bonn 1968, S. 84f.

[32] Vgl. Matzerath, Bürokratie, S. 110.

[33] Vgl. Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 28. und 30. 3. 1933.

[34] Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur, Berlin 1983, S. 234–236; vgl. auch Adam, Judenpolitik, S. 33–38.

[35] Vgl. Longerich, Politik, S. 47. Dagegen schreibt Adam, daß in der Folgezeit keine Realisierung des Programms stattfand, da die NS-Maßnahmen dies widerlegen würden. Vgl. ebenda, S. 37. Rürup meint, obwohl einzelne Punkte realisiert wurden, habe der Plan keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung gehabt. Vgl. Rürup, Ende, S. 104.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anstelle eines solch umfassenden antijüdischen Konzepts befürwortete Hitler jedoch zunächst offenbar die Taktik der Einzelschritte, um außenpolitischen Interventionen vorzubeugen[36]. Am 5. April verkündete die Reichsregierung das erste explizit antijüdische Gesetz, ein Verbot des rituellen „Schächtens"[37]. Zwei Tage später erschienen das viel zitierte „Berufsbeamtengesetz"[38] und das Verbot zur Neuzulassung von Rechtsanwälten jüdischer Herkunft[39]. Die Beschränkungen des „Berufsbeamtengesetzes" galten auch für die politischen Gegner der Nationalsozialisten. Aber eine diesem Gesetz folgende Verordnung definierte erstmals den Begriff „Nichtarier"[40]. Mit diesem Konstrukt wurde die Trennungslinie festgelegt, zwischen der Gruppe der auszugrenzenden „Juden" und der Gruppe der „arischen Volksgenossen".

Bald folgten weitere Ausbildungs- sowie Berufsbeschränkungen. Das ist nicht mit Orientierungslosigkeit in der „Judenpolitik" zu verwechseln[41]. Im Gegenteil, in den Augen der NS-Führung schien die jüdische Emigrationswelle die Politik der Verfolgungen zu bestätigen. In der staatlichen Verwaltung regte sich wenig Protest. Im Juli 1933 arbeiteten die Beamten im Reichsinnenministerium schon an einem „Reichsangehörigengesetz", das dem zwei Jahre später in Nürnberg verabschiedeten Reichsbürgergesetz entsprach[42]. Im Justizministerium drängte man darauf, Eheschließungen von „Ariern" und „Nichtariern" gesetzlich zu beschränken[43]. Ein Ausbürgerungsgesetz wurde erlassen, das sich besonders gegen die sogenannten Ostjuden richtete[44].

Angesichts der noch nicht vollständig durchgeführten Etablierung des NS-Systems, der Furcht vor volkswirtschaftlichen Problemen und der Kritik des Auslandes bremste die NS-Führung bald allerdings selbst die eigene Politik[45]. Hitler bezeichne-

---

[36] Mehrere Punkte des Entwurfs, wie der des „Juden-Verbandes", schienen 1933 geeignet, einen Minderheiten-Status zu suggerieren, der Interventionen des kritisch zur deutschen Judenverfolgung stehenden Völkerbunds auslösen konnte; vgl. Denkschrift Achim Gercke in: Pätzold, Faschismus, S. 139. Vgl. auch Außenminister Neurath an Hindenburg vom 19. 6. 1933, in: Pätzold, Verfolgung, S. 56f., Dok. Nr. 13.

[37] „Gesetz über das Schächten von Tieren" mit Wirkung zum 1. Mai 1933, in: Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe), 6. 4. 1933. Vgl. Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt am 21./22. 4. 1933, in: RGBl. I, 1933 S. 203 und 212.

[38] Vgl. „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", in: RGBl. I, 1933, S. 175; Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgew. Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

[39] Vgl. „Gesetz über Zulassung zur Rechtsanwaltschaft", in: RGBl. I, 1933, S. 188.

[40] Vgl. RGBl. I, 1933, S. 195. Vgl. dagegen die gängige Auffassung, der „Arierparagraph" bilde das antijüdische Herz des Gesetzes, zuletzt Friedländer, Nazi Germany, S. 137.

[41] Vgl. Kampe, „Endlösung", S. 839.

[42] Vgl. Pätzold, Verfolgung, S. 66; Adam, Judenpolitik, S. 82–84.

[43] Vgl. Pätzold, Faschismus, S. 141.

[44] Vgl. „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit", in: RGBl. I, 1933, S. 480.

[45] Vgl. dazu die Ausführungen zur Vorbereitung von Goebbels' Rede auf dem Reichsparteitag im September 1933, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te am 28. September vor den Reichsstatthaltern die „Judenfrage" als ursächlich für Deutschlands außenpolitische Isolierung. Die „schrittweise [...] Verschärfung in der Behandlung der Juden", z. B. durch ein Staatsbürgerrecht, werde deshalb zurückgestellt, Exzesse hätten zu unterbleiben[46]. Diese taktische Korrektur bezog sich auf lokale Ausschreitungen sowie Behinderungen in der Privatwirtschaft[47].

Weniger bekannt ist, daß diese Korrektur auch auf die Aktivitäten in den Kommunen zielte. Deren antijüdische Maßnahmen hatten im Sommer 1933 ein solches Ausmaß angenommen, daß sich Martin Bormann vom Stab des Stellvertreters des Führers gezwungen sah, deshalb zu intervenieren[48]. Der „Arierparagraph" des „Berufsbeamtengesetzes" hatte sich gerade in den Kommunen als probates Instrument herausgestellt, um bei neuen Verfolgungsmaßnahmen den zeitraubenden Dienstweg umgehen zu können. Je mehr diese Methode in den Städten Verbreitung fand, desto mehr erzeugte dies auch einen öffentlichen Anpassungsdruck. Wer sich dem Regime als loyal präsentieren wollte, ob Verbände, Vereine, Kirchen, diskriminierte nun Juden auf vielfältige Weise. Die ungesteuerte Anwendung des „Arierparagraphen" kritisierte später auch Reichsinnenminister Frick. Im Erlaß vom 17. Januar 1934 machte er den Reichs- und Landesbehörden zugleich aber deutlich, daß er Initiativen für „eine Sonderbehandlung von Nichtariern" keineswegs blockieren wollte[49]. Damit wurde die Verfolgung bewußt auf die lokale Ebene verlagert.

All das reichte aber nicht aus, um die jüdische und arische Welt völlig voneinander abzugrenzen[50]. Die vielfältigen, persönlichen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Beziehungen, welche die hunderttausende jüdischen Deutschen mit ihrer Gesellschaft verbanden, ließen sich so allenfalls partiell, in bestimmten Bereichen bzw. für bestimmte Gruppen, auflösen. Am 16. August 1934 verbot Rudolf Heß deshalb allen Mitgliedern der NSDAP den privaten wie geschäftlichen Verkehr mit Juden in der Öffentlichkeit. Daß man diese Partei-Anordnung in Zeitungen verbreitete, war ein Signal für die übrige Bevölkerung[51].

Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Bd. 2, 1. 1. 1931–31. 12. 1936, München u. a. 1987, Einträge vom 25. 8., S. 461, und 1. 9. 1933, S. 463.

[46] Zit. nach Longerich, Politik, S. 49, sowie Pätzold, Faschismus, S. 122.

[47] Vgl. Pätzold, Verfolgung, S. 58, Dok. Nr. 15: Reichswirtschaftsministerium (RWM) an Industrie- und Handelstag am 8. 9. 1933; BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 12, Bl. 29 und 32; Reichsarbeitsministerium (RArbM) an den Industrie- und Handelstag am 8. 11. 1933, sowie Erlaß des RArbM vom 24. 11. 1933.

[48] Vgl. Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, hrsg. von Hans Mommsen und Susanne Willems, Düsseldorf 1988, S. 429, Dok. 2: Anordnung (künftig: AO) Bormann vom 12. 9. 1933.

[49] Das Ministerium wollte aber frühzeitig an der Planung beteiligt werden. Vgl. Pätzold, Verfolgung, S. 70, Dok. Nr. 25: Runderlaß vom 17. 1. 1934.

[50] Vgl. die Meinung Gerckes, daß antijüdische Gesetze zum Bewußtsein über eine „Volksgemeinschaft des Blutes" erziehen sollten, zit. nach: Friedländer, Nazi Germany, S. 28.

[51] Vgl. Fränkische Tageszeitung vom 21. 9. 1934.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf der Reichsebene dominierte bis zum Ende des Jahres 1934 zunächst der Erlaß gesetzlicher Berufs- und Ausbildungsbeschränkungen. Über die Konstruktion des Begriffs „Nichtarier" war 1933 die Gruppe der zu Verfolgenden – noch ohne staatsbürgerliche Konsequenzen – erst vage definiert worden. Erste Opfer waren jüdische Deutsche in der staatlichen Verwaltung, aber auch in freien und akademischen Berufen. Die erste Phase der Judenverfolgung läßt sich mit dem Begriff der politischen Diskriminierung charakterisieren, wobei viele Reichsmaßnahmen gleichermaßen politische Gegner betrafen. In den Städten und Gemeinden bestimmten aber bereits Maßnahmen anderer Qualität den Alltag der Verfolgten.

b) Die lokale Ebene

Einen Tag nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 wehten auf vielen deutschen Rathäusern bereits Hakenkreuzfahnen. In einer Reihe von Kommunen, besonders den großen Städten, setzte man die Oberbürgermeister ab oder ernannte Staatskommissare. Stadtparlamente wurden aufgelöst, in Preußen neu gewählt[52]. Einige der neuen Stadtoberhäupter gehörten zu den „Alten Kämpfern" Hitlers, wie in München Karl Fiehler, andere waren Parteimitglieder der ersten Stunde, wie Dr. Friedrich Krebs in Frankfurt/Main, Jurist und lokaler Parteifunktionär seit 1922[53], oder in Berlin Dr. Lippert, in den zwanziger Jahren SA-Führer, dann Redakteur des nationalsozialistischen Parteiblatts „Der Angriff"[54]. Manche, wie der neue Oberbürgermeister von Königsberg, waren reine Fachbeamte[55]. Die aggressive, aber keineswegs flächendeckende Personalpolitik manifestierte sich in Entlassungen von Beamten, während die im Amt Verbleibenden sich oft an die neuen Verhältnisse anpaßten, so daß die Interessen der NSDAP innerhalb der Kommunalverwaltung oft so viel Durchsetzungskraft entfalteten, daß ein Druck der NSDAP-Ortsgruppe von außen kaum noch nötig war[56]. Diese für die Verfolgungsentwicklung wichtige Tatsache ist bisher nicht systematisch untersucht worden.

---

[52] Bleiben in Städten über 200000 Einwohner von 28 nur vier Oberbürgermeister bis zum Sommer 1933 im Amt, so sind es in allen Kommunen über 20000 Einwohner von 252 noch 96. Nach den preußischen Gemeindewahlen vom 12. März verschoben sich die Majoritäten zugunsten der NSDAP, in den nichtpreußischen Kommunen glich man die Zusammensetzung dem Ergebnis der Reichstagswahl an. Vgl. Matzerath, Selbstverwaltung, S. 63–82. Vgl. auch Jeremy Noakes, Oberbürgermeister und Gauleiter. City Government between Party and State, in: Der „Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 197–201.

[53] Vgl. BA Berlin, R 2 Pers. (ehem. BDC), PK: Krebs, Friedrich.

[54] Vgl. BA Berlin, R 2 Pers. (ehem. BDC), SA: Lippert, Julius. Vgl. auch Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 261–276.

[55] Vgl. Matzerath, Selbstverwaltung, S. 81.

[56] Matzerath sieht dagegen in der lokalen NSDAP das entscheidende Moment. Vgl. ebenda, S. 305 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die antijüdische Pressekampagne vom März 1933 führte eben nicht nur dazu, daß Universitäten oder Gerichte gestürmt wurden, sondern zu vielfältigen kommunalen Maßnahmen. Berlin, Frankfurt/Main, Remscheid, Mülheim an der Ruhr und Münster suspendierten alle jüdischen Kommunalbeamten, entließen jüdische Angestellte oder die in städtischen Diensten tätigen Juristen und Ärzte. Die Bürgermeister konnten sich dabei auf das NSDAP-Programm berufen, das Juden öffentliche Ämter verbot, gleichgültig ob im Reich, den Ländern oder den Gemeinden[57]. Den verbleibenden Stadtdienern untersagte man dienstliche Beziehungen zu jüdischen Firmen oder den privaten Einkauf in solchen Geschäften[58]. Wie Köln und Essen ordnete München an, städtische „Aufträge an nichtdeutsche Firmen nicht mehr zu erteilen"[59]. Das alles passierte – noch unkoordiniert –, bevor der Boykott ausgerufen bzw. das „Berufsbeamtengesetz" erlassen war. Mit dem landesweiten Boykott vom 1. April 1933 versuchte die NS-Führung, städtische Behördeninitiativen und lokale Gewaltakte zu synchronisieren. Die ersten antijüdischen Reichsgesetze schienen das städtische Vorauseilen zu bestätigen. Gedeckt durch das „Berufsbeamtengesetz", wandelten viele Kommunen ihre Beurlaubungen jüdischer Beamter nun in Entlassungen um, andere Städte wandten dieses bereits auf Angestellte bzw. Arbeiter in den Gemeinden an. Im Laufe der nächsten Monate verboten mit Hilfe des „Arierparagraphen" auch Berlin, Wuppertal und Remscheid die Vergabe kommunaler Aufträge an Firmen jüdischer Inhaber[60], Kassel sowie mehrere sächsische Städte bereits das Auftreten „jüdischer" Händler auf Messen und Märkten[61].

Im Frühsommer 1933 untersagte eine Reihe von Städten Juden die Benutzung öffentlicher Schwimmbäder, im Mai Tübingen, im Juni Plauen, Nürnberg und Erlangen folgten[62]. München verwehrte ihnen Mitte August den Besuch aller Schwimm-

[57] Vgl. Programm von 1920, in: Walter Hofer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, überarb. Neuausgabe Frankfurt a. M. 1988, S. 28–31.

[58] Vgl. Gerhard Bennertz, Die Geschichte der Jüdischen Kultusgemeinde in Mülheim a. d. Ruhr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Grundriß, in: Zeitschrift des Geschichtsvereins Mülheim a. d. Ruhr 58 (1983), S. 24; Armin Breidenbach, Judenverfolgung in Remscheid 1933–1945, Berlin 1990, S. 9; Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 17–21; Wolfgang Wippermann, Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, Bd. I: Die nationalsozialistische Judenverfolgung, Frankfurt a. M. 1986, S. 157 f.; Zahnow, Judenverfolgung in Münster, S. 37 f.

[59] AO vom 24. 3. 1933, zit. nach: Hanke, Juden in München, S. 100. Zu Köln vgl. Matzerath, Bürokratie, S. 110; zu Essen Dirk van Laak, Die Mitwirkenden bei der „Arisierung". Dargestellt am Beispiel der westfälisch-rheinischen Industrieregion 1933–1940, in: Büttner, Die Deutschen und die Judenverfolgung, S. 236.

[60] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 22 f.; Karl Schleunes, The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy towards German Jews 1933–39, London 1972, S. 99; Breidenbach, Judenverfolgung in Remscheid, S. 9.

[61] Vgl. Wilhelm Frenz, Nationalsozialistische Kommunalpolitik am Beispiel Kassel, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde Kassel 1933–1945, Bd. 2: Studien, hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfrid Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 100; sowie Yad Vashem (künftig: YV) Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 365 (721/1/2/54), Bl. 27, Heinsen an Centralverein (CV) am 15. 4. 1933.

[62] Zu Tübingen vgl. Benigna Schönhagen, Tübingen unter dem Hakenkreuz, Stuttgart 1991, S. 124; zu Plauen vgl. YV, 051/OSOBI, Nr. 206 (721/1/261), Bl. 5, Juni-Bericht CV/Landesverband Mit-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anstalten der Stadt[63], kurz darauf sperrte Berlin das Strandbad Wannsee[64]. Diese Verbote hatten exemplarische Bedeutung, denn sie bildeten die erste Maßnahme, die alle jüdischen Deutschen unterschiedslos, ob Beamter oder Arbeiter, Kind oder Großmutter, Mann oder Frau, Einwohner oder Tourist, und öffentlich, durch sichtbar angebrachte Schilder, stigmatisierte.

Der Magistrat der Stadt Preußisch-Friedland, der auf Anregung der NSDAP-Ortsgruppe eine getrennte Besuchszeit im Stadtbad festsetzen wollte, hatte im Gegensatz zu den anderen Kommunen erst den Deutschen Gemeindetag um Auskunft gebeten, „ob ein entsprechender Beschluß der städtischen Körperschaften rechtlich zulässig ist. Sind ihnen ähnliche Fälle aus anderen Städten schon bekannt?"[65] Der Geschäftsführer des Deutschen Gemeindetags, im Mai 1933 durch die Gleichschaltung der bisherigen kommunalen Spitzenverbände gebildet, sah „kein rechtliches Hindernis gegenüber einem derartigen Beschluß der Stadtverwaltung. Als Eigentümerin der Badeanstalt steht ihr das Recht zu, die Besuchszeiten zu regeln und für einzelne Gruppen besondere Besuchszeiten festzusetzen, wie dies nicht nur vielfach für die einzelnen Geschlechter, sondern auch für Schulen und Vereine geschieht."[66] Damit segnete der Deutsche Gemeindetag das von keinem Gesetz gedeckte und ohne Gegenstück in der Reichspolitik dastehende Vorhaben ab, alle deutschen Juden aus einer öffentlichen Einrichtung auszuschließen.

Als im Sommer 1933 die antijüdische Politik etwas gebremst wurde, befahl Bormann, von Gesetzen ungedeckte Lokalmaßnahmen, speziell kommunale Verbote des Besuches öffentlicher Bäder, des Betretens bestimmter Ortschaften oder des Handels auf Märkten, aufzuheben[67]. Allerdings fruchtete dieses Dekret vom 12. September 1933 wenig, weil manche Städte es zu Recht als ein taktisches verstanden. Weder wurden alle Bestimmungen aufgehoben noch neue unterlassen. Ansbach verhängte beispielsweise einige Wochen später ein Zuzugsverbot und eine Aufenthaltsbeschränkung für Juden. Daraufhin forderte die Regierung Ober- und Mittelfrankens zwar, die Bestimmungen zurückzuziehen, stieß die Stadtverwaltung aber zugleich mit der Nase auf „legale" Methoden: Ausnahmen seien auf der Grundlage von sicherheits- und armenpolizeilichen Vorschriften, notfalls auch infolge der „örtlichen Verpflegungs-, Wirtschafts- oder Wohnungsverhältnisse" zulässig[68]. Der Bayerische

---

teldeutschland in Leipzig an CV/Zentrale Berlin am 6. 7. 1933; zu Erlangen und Nürnberg: Bayerische Staatszeitung vom 5. 8. 1933. Ein erster allgemeiner Hinweis auf diese Vorgänge findet sich bei Pätzold, Faschismus, S. 158.

[63] Vgl. Hanke, Juden in München, S. 104. Hanke nahm noch an, daß München damit die erste Stadt war, die „Menschen zu minderer Qualität" abgestempelt hätte.

[64] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 29.

[65] BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 2: Schreiben Magistrat vom 6. 7. 1933.

[66] Ebenda, Bl. 8: DGT (Hopf) an Magistrat Pr. Friedland am 26. 7. 1933.

[67] Vgl. Mommsen/Willems, Herrschaftsalltag, S. 429, Dok. 2: AO Bormann an die Gauleitungen vom 12. 9. 1933.

[68] YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 86, Bl. 20, Regierung Oberfranken/KdI an Stadtrat von Ansbach am 4. 12. 1933.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gemeindetag vereinbarte sogar mit der Reichsleitung der NSDAP, alle seine Mitglieder zu informieren, daß bei einer befürchteten Störung der öffentlichen Ordnung jüdische Bewerber auf Marktplätzen nicht zugelassen werden bräuchten[69]. Das Innenministerium Thüringen erteilte Anweisungen mit ähnlichem Tenor[70] und bot damit den dortigen Stadtverwaltungen Freiraum für ein informelles Vorgehen[71].

Strittig waren also weniger die gesetzlich ungedeckten Ausgrenzungsbestimmungen als die Wahl der Mittel. Die Maßnahmen einzelner Gemeinden erfolgten mindestens seit Sommer 1933 weder so spontan noch so isoliert, wie es bislang erschien. Hierzu trug neben der direkten Kommunikation der Städte untereinander die wachsende Koordination durch den Deutschen Gemeindetag bzw. dessen Regionalstellen bei. Neben dem DGT-Vorsitzenden Fiehler hatten viele Parteiaktivisten die Posten der ehrenamtlichen Vorsitzenden der Regionalverbände inne, etwa Oberbürgermeister Liebel (Nürnberg) im Bayerischen, Staatskommissar Erich Kunz (Dresden) im Sächsischen und der Berliner Staatskommissar Lippert im Preußischen Gemeindetag[72]. Dagegen handelte es sich beim Geschäftsführer der Berliner Zentrale, Dr. Kurt Jeserich, dessen Stellvertreter Ralf Zeitler wie auch bei den sechs Leitern der Fachabteilungen nicht um Parteiaktivisten. Nur Zeitler (1932) sowie zwei Beigeordnete (1933) traten überhaupt in die NSDAP ein. Mit Ausnahme von Jeserich hatten alle Beamte der Berliner Geschäftsstelle ihre Erfahrungen in den alten kommunalen Spitzenverbänden gesammelt[73]. Um so mehr verwundern freilich deren wachsende antijüdischen Aktivitäten. Die Berliner Zentrale veranstaltete Umfragen und verbreitete deren Ergebnisse, womit Städte über antijüdische Initiativen, zum Beispiel über die Beschränkungen kommunaler Sporteinrichtungen bei der Überlassung an jüdische Vereine[74], oft erst informiert und zur Nachahmung aufgerufen wurden. Darüber hinaus sammelten die Beamten im Deutschen Gemeindetag lokale Pläne und diskutierten diese mit Reichsbehörden[75]. Eine Initiative in Frankfurt/Main vom Sommer 1933, die „Beschulung jüdischer Kinder" den „Zeitverhältnissen" anzupassen, also

---

[69] Vgl. ebenda, Nr. 85, Bl. 63, Rundschreiben vom 11. 10. 1933. Der RWM-Runderlaß vom 25. 9. 1933 über die Gleichbehandlung jüdischer Unternehmer wurde dem Bayerischen Gemeindetag vom dortigen Wirtschaftsministerium mit der Einschränkung weitergereicht, daß die Polizei Sicherheitsmaßnahmen auf den Märkten weiterhin treffen könnte. Vgl. ebenda, Bl. 64, Rundschreiben Bayerischer Gemeindetag vom 18. 12. 1933.

[70] Vgl. Pätzold, Verfolgung, S. 59, Dok. Nr. 16: Erlaß vom 31. 10. 1933.

[71] Selten wurden Maßnahmen zurückgenommen. So stoppte die Stadt Erfurt nach dem Erlaß über die Gleichbehandlung in der Wirtschaft die Praxis des Wohlfahrtsamtes, dessen Bestellscheine über die den Armen bewilligten Sachleistungen mit dem Vermerk zu versehen „Nur in arischen Geschäften". Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 4-1-4/Nr. 36, unfol., Wohlfahrtsamt Erfurt an DGT Berlin am 18. 1. 1934.

[72] Vgl. BA Berlin, R 2 Research (ehem. BDC), O. 850, Bl. 8–10, Bericht Oberste Leitung der NSDAP-Parteiorganisation/Kommunalpolitische Abteilung an Organisationsamt (September 1933).

[73] Vgl. ebenda, R 2 Pers. (ehem. BDC), Parteikorrespondenz, Kurt Jeserich: Geheime Denkschrift „Deutscher Gemeindetag" (ca. 1938); Matzerath, Selbstverwaltung, S. 192.

[74] Vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2051, Bl. 6, Umfrage des DGT/Abt. III vom 19. 9. 1934.

[75] Vgl. ausführlich Gruner, Der Deutsche Gemeindetag, sowie ders., Fürsorge.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese von nichtjüdischen Kindern zu trennen[76], wurde vom Deutschen Gemeindetag 1934 als „Frage der grundsätzlichen Neuregelung" dem preußischen Unterrichtsministerium unterbreitet[77]. Diese eher informell angelegte Strategie hatte gravierende Folgen: In der Hauptstadt Berlin waren am Ende des Jahres 1934 Juden bereits von der Vergabe öffentlicher Aufträge, von juristischen Vertretungen, aus Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften, von Pfleg- und Vormundschaften sowie als Ärzte von der städtisch-medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Öffentliche Räume wurden nicht mehr an Juden vermietet, Subventionen jüdischer sozialer Einrichtungen gestrichen, außerdem Benutzungsbeschränkungen in städtischen Einrichtungen eingeführt[78]. Die Auswirkungen einer solchen Kommunalpolitik lassen sich etwa am Schulwesen demonstrieren. Die Zahl jüdischer Kinder an Berliner öffentlichen Schulen sank von 12746 im Jahr 1933 auf 6477 im Frühjahr 1935, an jüdischen Schulen verdoppelte sie sich in dieser Zeit dagegen auf 4000[79].

Vor allem die Trennung der Juden von den Nichtjuden in städtischen Einrichtungen belastete die persönlichen Beziehungen im Alltag, lange vor den Nürnberger Gesetzen. Die Vielzahl lokaler Bestimmungen, darunter Berufs- und Gewerbebehinderungen, konterkariert die bisherige Auffassung, daß der Verfolgungsprozeß auf Reichsebene seit 1934 spürbar abgenommen hätte. Lokale Diskriminierungen waren seltener durch Partei oder SA, vielmehr durch Stadt- und Gemeindeverwaltungen initiiert, ein Moment in der antijüdischen Verfolgung, das bislang unterschätzt wurde. Auf kommunaler Ebene ist die Phase 1933/34 von einem informellen, von Reichsgesetzen ungedeckten System zunehmender Ausgrenzung bestimmt, das von zentraler staatlicher Seite allerdings toleriert oder gar gefördert wurde.

3. 1935 bis 1937: Ausgrenzung und Separierung

a) Die zentrale Ebene

Zu Beginn des Jahres 1935 befand sich das NS-System innenpolitisch nach seiner Konsolidierung und außenpolitisch nach dem Erfolg bei der Volksabstimmung im Saargebiet in einer zunehmend gefestigten Position. Im Gegensatz dazu schien die NS-Führung auf dem Feld der „Judenpolitik" immer weniger erfolgreich. 1934 hatten „nur"

[76] YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 92, Bl. 9, Preuß. Gemeindetag an Magistrat Frankfurt a. M. am 21. 7. 1933.

[77] Obwohl kein Gesetz erlassen wurde, propagierte der DGT die Forderung auch in „Der Gemeindetag" vom 15. 4. 1935, in: YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 92, Bl. 11, DGT Berlin an Magistrat Frankfurt a. M. am 9. 9. 1933, sowie ebenda, Bl. 20f., DGT an Preuß. Minister für Wissenschaft am 17. 10. und Antwort vom 29. 10. 1934.

[78] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 22–33.

[79] Vgl. Wolf Gruner, Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933–1945, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, Tabelle 2, S. 257.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch 23 000 Juden gegenüber 37 000 im Jahr 1933 das Land verlassen[80]. Wie um diesen Eindruck noch zuzuspitzen, ließ das Reichsinnenministerium eine Schätzung kursieren, welche die Gesamtzahl der noch im Reich lebenden „Rassejuden" und „Mischlinge" mit 1,5 Millionen extrem übertrieb[81]. Aber nicht nur das Ziel der Vertreibung schien im Frühjahr 1935 in Gefahr, auch das „informelle System" der Judenverfolgung geriet in eine Sackgasse. Aufgrund der seit Ende 1934 zunehmenden Ausschreitungen und Boykottaktionen häuften sich Konflikte zwischen SA und Polizei, Kommunen und Reich[82].

Diese „Probleme" löste die NS-Führung mit einer Neubestimmung des politischen Kurses und einer Forcierung der antijüdischen Gesetzgebung. Im Mai und Juni 1935 wurden Juden per Gesetz vom Wehr- sowie Reichsarbeitsdienst ausgeschlossen[83]. In dieser Phase berieten die Ministerien neue antijüdische Regelungen auf wirtschaftlichem Gebiet[84], aber auch eine systematische „Rassengesetzgebung"[85]. Gesetze, um „Mischehen" zu verbieten und außerehelichen Geschlechtsverkehr unter Strafe zu stellen, waren im Juli auch vom Geheimen Staatspolizeiamt, das sich in dieser Phase erstmals intensiv in die Planungen einmischte, sowie von Martin Bormann für den Stellvertreter des Führers gefordert worden[86].

Im Juli 1935 startete eine zentrale Medienkampagne, bei der vor allem über „Provokationen" jüdischer Deutscher[87], über jüdische „Rasseschänder"[88] und über Juden als Verbrecher berichtet wurde[89]. Alle Beziehungen zwischen Nichtjuden

---

[80] Vgl. Friedländer, Nazi Germany, S. 62.

[81] Vgl. BA, Abt. Potsdam, 49.01 RMWiss, Nr. 11787, Bl. 4 und Rückseite, Pfundtner, Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern (RuPrMdI) an Adjutantur der Wehrmacht am 3. 4. in RMdI-Rundschreiben vom 23. 4. 1935. Eine ähnliche Zahl wurde auch publiziert in: Das Archiv, 1935, S. 435. Das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitete am 13. 6. 1935 eine Zahl von 2,5 Mio Nichtariern im Deutschen Reich. Vgl. hierzu Düwell, Rheingebiete, S. 59f.

[82] Vgl. David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung" und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 49. Zum Gegensatz Polizei-Partei vgl. Herbert, Best, S. 210. Rudolf Heß hatte im April 1935 sein Kontaktverbot mit Juden für Parteigenossen erneuert. Zugleich warnte er vor Terror, da das die Partei in einen Gegensatz zur Polizei brächte. Vgl. Mommsen/Willems, Herrschaftsalltag, S. 430f., Dok. 4: AO StdF vom 11. 4. 1935.

[83] Vgl. RGBl. I, 1935, S. 609 und 769.

[84] Am 21. 5. 1935 beriet man im RMdI Maßnahmen „zur Einschränkung des jüdischen Einflusses", u. a. durch Änderung der Reichsgewerbeordnung und des Einzelhandelsgesetzes. Zit. nach: Pätzold, Faschismus, S. 245.

[85] Über ein „Rasseschutzgesetz" hatten seit längerer Zeit Beratungen stattgefunden. Vorläufiges Ergebnis war die Anweisung Fricks vom 27. 7. 1935 an die Standesämter, Eheschließungen zwischen „Volljuden" und „Vollariern" bis auf weiteres zu stoppen. Vgl. BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZB 1, Nr. 637, Bl. 34f., Preuß. Gestapo an Reichsjustizministerium (RJM) am 25. 7. 1935; ebenda, Nr. 600, Bl. 10, Runderlaß RuPrMdI vom 27. 7. 1935.

[86] Vgl. ebenda, Nr. 637, Bl. 34f., Preuß. Gestapo an RJM am 25. 7. 1935; ebenda, Nr. 600, Bl. 9, Abschrift Schreiben StdF vom 2. 8. 1935 an Gestapa.

[87] Mehrtägige polemische Berichte über Krawalle am Berliner Kurfürstendamm, in: Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 15., 17., 19., 20. und 22. 7. 1935.

[88] Vgl. ebenda vom 19., 27. und 29. 7. 1935.

[89] Vgl. Niederdeutscher Beobachter vom 18. 7. 1935; Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 21., 22. 7. und 8. 8. 1935.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Juden, die sich bislang nicht hatten verbieten lassen, sollten dadurch stigmatisiert werden. Zu diesem Zweck band man kommunale Ausgrenzungsaktionen ebenfalls in diese Pressekampagne ein. Beginnend mit einer Meldung über Benutzungsbeschränkungen für Juden in Breslauer städtischen Bädern, wurden in rascher Folge Nachrichten aus anderen Orten lanciert[90]. Die Reichsführung SS forderte weit schärfere Maßnahmen. Anfang August hieß es in deren Organ „Das Schwarze Korps", jeder „Volksgenosse" könne künftig einen Juden auch unter Anwendung von Gewalt festnehmen, wenn der sich „unter Mißbrauch seines Gastrechts mit einer deutschen Frau in der Öffentlichkeit sehen läßt" oder in einem „Tanzlokal anmaßend Gliederverrenkungen vornimmt" oder „sich in deutschen Bädern lärmend und auffällig benimmt"[91]. Da die NSDAP-Propagandaleitung diesen Artikel sofort im ganzen Reich verbreitete, mußten der Bevölkerung Juden fortan als vogelfrei erscheinen[92].

Die Medienoffensive[93] provozierte nun nicht nur den Boykott vieler jüdischer Geschäfte[94], sondern auch neue antijüdische Bestimmungen in den Kommunen. Die NS-Führung wurde also keineswegs durch den Druck der Straße gezwungen, härtere Gesetze einzuführen[95], sondern hatte sich auf den angeblichen „Volkswillen" berufen, um die Vertreibung zu beschleunigen[96].

Mitte August forderte der Sicherheitsdienst der SS eine einheitliche Linie bei den Ministerien für die „Behandlung der Judenfrage" und neue „wirksame" Gesetze[97]. Reichsminister, Stellvertreter des Führers und Sicherheitspolizei waren sich aber längst einig[98]. Auf der am 20. August stattfindenden Chefbesprechung beim Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht erläuterte Innenminister Frick die in Vorberei-

[90] Vgl. ebenda vom 19., 20., 24. und 27. 7. 1935.

[91] Als Begründung hieß es, solches Verhalten von Juden errege öffentliches Ärgernis und gefährde „dadurch den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung". In: Das Schwarze Korps, Folge 23 vom 7. 8. 1935.

[92] Vgl. BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA VI, Nr. 3852 A. 12, unfol., Rundschreiben Hugo Fischer (stellv. Reichspropagandaleiter) vom 8. 8. 1935 mit dem Artikel aus „Das Schwarze Korps" vom 7. 8. 1935.

[93] Vgl. z. B. Reinhard Wulfmeyer, Vom „Boykott-Tag" zur „Reichskristallnacht". Stufen der Judenverfolgung in Lippe 1933–1939, in: Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld 1988, S. 215.

[94] Vgl. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (künftig: Sopade), 1935, Frankfurt a. M. 1980, S. 800–812 und 920–937.

[95] Vgl. Friedländer, Nazi Germany, S. 137.

[96] Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Eintrag vom 15. 7. 1935, S. 493: „Telegramm aus Berlin. Judendemonstration gegen einen antisemitischen Film. Nun ist Schluß beim Führer. [. . .] Nun wird es wohl bald schnackeln." Der SS-Sicherheitsdienst registrierte im August zutreffend, daß der Emigrationsdruck allgemein verstärkt werde. Vgl. Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935–1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 69f., Dok. 2: Lagebericht des SD-Referat J 1/6 vom 17. 8. 1935.

[97] Etwa über Staatsangehörigkeit, jüdischen Zuzug sowie die Kennzeichnung arischer Geschäfte und Unternehmen, in: Ebenda, S. 70.

[98] Vgl. Barkai, Boykott, S. 69–73; Longerich, Politik, S. 99.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung befindlichen Gesetze. Zur Vereinheitlichung des Vorgehens im Reich sollten die oft über die zentralen Vorstellungen hinausreichenden, an Zahl rasch wachsenden Initiativen der Kommunen künftig kontrolliert und in direktem Kontakt mit dem Stellvertreter des Führers koordiniert werden[99]. Um die Vertreibung zu forcieren, forderte Reinhard Heydrich für das Geheime Staatspolizeiamt ein schnelles Verbot von „Mischehen", die Bestrafung der „Rassenschande", ein Ausnahmerecht für Juden, die Beschränkung ihrer Freizügigkeit und ein Zuzugsverbot für Großstädte[100].

Einen Monat später, am 15. September 1935, wurden die lange diskutierten „Rassengesetze"[101] auf dem Nürnberger Reichsparteitag verabschiedet. Sie beschränkten die Staatsbürgerrechte für jüdische Deutsche, verboten deren Eheschließung und sexuelle Beziehungen mit Nichtjuden[102]. Hitler kündigte allerdings noch in Nürnberg an, daß, sollte „die innerdeutsche und internationale Hetze ihren Fortgang nehmen, [. . .] eine neue Überprüfung der Lage stattfinden" werde[103]. Eine Verordnung gegen die Neuzulassung „jüdischer Geschäfte", ein „Gesetz über die Kennzeichnung von Ladengeschäften" sowie eines „über die Niederlassung von Juden", um Gemeinden unter 20000 Einwohnern „judenfrei" zu machen, wurden von Innenminister Frick und Wirtschaftsminister Schacht nur wenige Tage später diskutiert[104]. Hitlers Vorstellungen stimmten mit diesen Plänen prinzipiell überein, doch vertagte er deren Realisierung, denn alle staatlichen Handlungen seien zuerst den Bedürfnissen der „Wehrhaftmachung" unterzuordnen. Außerdem müßten den Juden vorerst Erwerbsmöglichkeiten belassen werden, damit sie nicht der Allgemeinheit zur Last fielen[105].

---

[99] Vgl. Justizminister Gürtner hatte kritisiert, daß sich Gemeinden „über Anordnungen der Regierung hinwegsetzten". In: Mommsen/Willems, Herrschaftsalltag, S. 444, Dok. Nr. 12: Sitzung vom 20. 8. 1935. Wildt meint dagegen in Anlehnung an den von ihm zitierten Gestapa-Bericht, die Konferenz hätte sich im Dickicht der Erörterung solcher Details verloren. Vgl. Wildt, Judenpolitik, S. 23. Vgl. ausführlich zur Sitzung Longerich, Politik, S. 98f.

[100] Vgl. Mommsen/Willems, Herrschaftsalltag, S. 442–444, Dok. Nr. 12: Sitzung vom 20. 8. 1935. Heydrich-Schilderung nach Gestapa-Bericht in: Wildt, Judenpolitik, S. 23f. Vgl. zu Konferenz und Gestapa: Herbert, Best, S. 210.

[101] Noch immer taucht in der Literatur die von Lösener (RMdI) nach dem Krieg in Umlauf gesetzte Legende auf, die Nürnberger Gesetze wären in letzter Minute formuliert worden. Vgl. Bernhard Lösener, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ 9 (1961), S. 264–313, zuletzt bei Burrin, Hitler und die Juden, S. 46. Vgl. Kritik dieses Topos schon vor Jahren bei Rürup, Ende, S. 111f.; zuletzt Wildt, Judenpolitik, S. 24, bzw. Friedländer, Nazi Germany, S. 146–148.

[102] Vgl. „Reichsbürgergesetz" und „Blutschutzgesetz" vom 15. 9. 1935, in: RGBl. I, 1935, S. 1146.

[103] Pätzold, Verfolgung, S. 112, Dok. Nr. 68: Rede in Nürnberg am 15. 9. 1935.

[104] Über eine Verordnung sollte außerdem das Verbot der Ausbildung jüdischer Lehrlinge durch „arische" Handwerker durchgesetzt werden. Zit. nach: Pätzold, Faschismus, S. 279. Vgl. auch Longerich, Politik, S. 112.

[105] Burrin, Hitler und die Juden, S. 47f. Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen der Nürnberger Gesetze war offenbar geplant, wenigstens einen Teil der antijüdischen Vorhaben auf wirtschaftlichem Gebiet über diese zu realisieren. Dies kündigten Frick Mitte Oktober und Schacht Anfang November öffentlich an. Vgl. Pätzold, Faschismus, S. 276. Ende November wurde dies von Hitler offensichtlich persönlich blockiert. Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 146.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wegen der geplanten Remilitarisierung des Rheinlands konzentrierte sich die NS-Führung besonders auf die Außenpolitik, außerdem war 1936 das Olympiadejahr[106]. Dennoch schwächte das die Verfolgung aber kaum ab, wie meist behauptet wird. Auch wenn die NS-Führung bereits zum Jahresende 1935 offiziell antijüdische „Einzelaktionen" als nicht von der Regierung oder der Parteiführung ausgehende Maßnahmen definiert und verboten hatte[107], wurden kommunale Initiativen überall im Land geduldet, ja sogar gefördert: In einem Rundschreiben betonte der Regierungspräsident in Potsdam im Frühjahr 1936, das Verbot solle in den Kommunen „eine notwendig gewordene Lösung von Einzelfragen natürlich nicht ausschließen. [...] Ich ersuche aber, [...] meine Zustimmung einzuholen. Eine [...] Veröffentlichung etwa genehmigter Beschlüsse hat zu unterbleiben."[108] Durch den Erlaß der Nürnberger Gesetze scheinbar legitimiert, schlossen immer mehr Gemeinden Juden von städtischen Einrichtungen aus. Da dies aber in scheinbarem Widerspruch zur offiziellen Politik stand, hatte der Deutsche Gemeindetag schon Ende 1935/Anfang 1936 eine Eingabe an das Reichsministerium des Innern gerichtet, „in der um eine Klarstellung der verschiedenen mit dem Judenproblem zusammenhängenden Fragen" für die Kommunen und Gemeinden gebeten wurde; u. a. ging es um die Benutzung von städtischen Bädern, Sportplätzen, Bibliotheken und Krankenhäusern[109]. Im Reichsinnenministerium arbeitete man einen umfassenden Erlaß aus, der es den Städten erlauben sollte, Juden aus öffentlichen Einrichtungen fernzuhalten. Offenbar bat aber der „Stellvertreter des Führers, dem der Entwurf zur Stellungnahme vorgelegt worden war", im Frühjahr 1936, „vorerst von einer zentralen Regelung [...] Abstand zu nehmen, da das Judenproblem für eine solche Lösung im Augenblick noch nicht reif" sei[110]. Eine von der NS-Führung angeordnete, prinzipielle Separierung war innen- und außenpolitisch offensichtlich noch nicht durchsetzbar. Anders lag der Fall mit Blick auf die lokale Politik, denn informellen Schritten der Gemeinden wollte man sich keineswegs verweigern. Damit verlagerte man den Schwerpunkt der „Judenpolitik" wieder auf die kommunale Ebene.

---

[106] Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Einträge vom 27. 11. 1935, S. 544, und 29. 2. bis 28. 3. 1936, S. 575–593.

[107] Das Gestapa erweiterte diese Interpretation auf Anordnungen der politischen Polizei. Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (künftig: BLHA) Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol, Nr. 1919, Bl. 291, Runderlaß-Gestapa vom 19. 12. 1935.

[108] Ebenda, Bl. 307 f., Rundverfügung des Regierungspräsidenten in Potsdam vom 3. 3. 1936.

[109] Diese Eingabe konnte ich bisher nicht auffinden, Inhalt und Zeitpunkt ergeben sich aus diversen Verweisen: BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 33 und Rückseite, DGT/Abt. I an OB Stuttgart am 3. 3. 1936; LA Berlin, Rep. 142/7, 3-10-11/Nr. 72, unfol., DGT/Abt. III an DGT Schleswig-Holstein am 25. 3. 1936; BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA VI, Nr. 3852 A. 12, Bl. 3 f., DGT Berlin an DGT Sachsen am 3. 7. 1936.

[110] LA Berlin, Rep. 142/7, 4-10-2/Nr. 13, unfol., DGT/Abt. I an Abt. IV am 17. 2. 1937. Zum Zeitpunkt: Ungefähr seit April 1936 heißt es beim DGT in Verweisen auf die Eingabe, es seien kurzfristig keine zentralen Richtlinien zu erwarten; vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2051, Bl. 35 und Rückseite, DGT/Abt. I an DGT-Rheinland am 8. 4. 1936.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ab Herbst 1936 kam es im Zusammenhang mit der durch den Vierjahresplan offen organisierten Kriegsvorbereitung zu neuen Überlegungen bei der NS-Führung[111]. Die zuständigen Staatssekretäre verständigten sich in Vorbereitung einer Ministerkonferenz darauf, künftig die gesamte „Judenpolitik" dem Vertreibungsziel unterzuordnen. Erstmals diskutierte man über die Möglichkeit einer zwangsweisen Emigration sowie über separate jüdische Organisationsstrukturen auf sozialem, kulturellem und religiösem Gebiet. Obwohl einige Stimmen vor weiterer Verarmung der Juden aufgrund dieser Repressionen warnten, wurden weitere Berufs- und Tätigkeitsbeschränkungen sowie wirtschaftliche Maßnahmen vorbereitet[112].

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Sicherheitsdienst der SS kaum eine konzeptionelle Rolle in der Judenverfolgung gespielt. Erst nachdem Reinhard Heydrich zum Chef der Sicherheitspolizei und des SD avancierte, begann eine planmäßige „Bekämpfung des Judentums"[113]. Die eigene Rolle sah man im SD-Judenreferat darin, „Staat und Partei das absolut stichhaltige Material" zu liefern, auf dessen Basis „gesetzgeberische und polizeiliche Maßnahmen" erfolgen könnten[114]. Seit 1936 observierte der SD bei seiner Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Lage der verfolgten Juden[115] offensichtlich auch die kommunalen Ausgrenzungsaktivitäten mit Interesse[116]. Heydrich vertrat Anfang 1937 gegenüber Rudolf Heß – anläßlich eines Erlasses über die Zulassung getrennter „jüdischer" Gaststätten und deren Kennzeichnung[117] – explizit die Auffassung, daß damit „in Anlehnung an die Nürnberger Gesetze eine weitere Möglichkeit" geschaffen werde, „das Judentum in ein Ghetto zurückzudrängen, es von dem Besuch deutscher Lokale zurückzuhalten und schärfer als bisher von Deutschblütigen zu trennen"[118].

Einen Stillstand gab es also weder in den zentralen Planungen noch in der Praxis. Die Phase bis zum Sommer 1937 war auf der Reichsebene von einer über die bisherige Diskriminierung hinausgehenden rechtlichen Ausgrenzung gekennzeichnet: Mit den Nürnberger Gesetzen konstituierte die NS-Regierung eine rassistisch geteilte

---

111 Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Einträge vom 21. 10. 1936–4. 12. 1936, S. 702–745.

112 Es handelte sich um Berufs- und Gewerbeverbote, das Verbot der Beziehungen der öffentlichen Hand zu Geschäften jüdischer Inhaber und die Forderung nach Kennzeichnungen jüdischer Geschäfte und Betriebe. Vgl. Mommsen/Willems, Herrschaftsalltag, S. 445–452, Dok. Nr. 13: Vermerk Stuckart (RMdI) über Sitzung am 29. 9. 1936. Als Frick später Hitler die Pläne „über die Fortführung der Judengesetzgebung" darlegte, wies der aber an, vorrangig ein „Judensondersteuer"-Gesetz für das Jahr 1937 beschleunigt vorzubereiten; Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes (künftig: AdP), hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Teil I, Bd. 2 – Microfiches –, München u. a. 1983, Nr. 10322499: Stuckart (RMdI) an Reinhardt, Reichsfinanzministerium (RFM) am 18. 12. 1936.

113 Herbert, Best, S. 203–211.

114 Wildt, Judenpolitik, S. 108–110, Dok. Nr. 11: Vermerk Wisliceny vom 7. 4. 1937.

115 Vgl. Herbert, Best, S. 211.

116 In der SD-Überlieferung finden sich z. B. Abschriften einer Diskussion der Stadt Plauen und des DGT-Sachsen aus dem Sommer 1936. Vgl. BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA VI, Nr. 3852 A. 12, Bl. 1–5.

117 Der Erlaß enthielt die RFSS-Zustimmung; BA Koblenz, NS 25, Nr. 836, Bl. 2, RuPrWM-Erlaß vom 11. 12. 1936.

118 Ebenda, Nr. 836, Bl. 4, Heydrich an StdF am 1. 2. 1937.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesellschaft. Neben neuen Gewerbe- und Ausbildungsbeschränkungen gab es erste Berufsverbote. In vielen Kommunen hatte man inzwischen die Separierung der jüdischen Einwohner im öffentlichen Leben in Angriff genommen und war damit nicht nur den Reichsbehörden, sondern sogar der Parteiführung einen Schritt voraus.

b) Die lokale Ebene

Die seit dem Frühjahr 1935 rasch zunehmenden Ausschreitungen von SA, SS und Parteianhängern gegen „nichtarische" Geschäfte und Warenhäuser, häufig provoziert durch die Neubelebung der antijüdischen Propaganda in den Ortsgruppen der NSDAP[119], wurden flankiert, ja quasi „legalisiert" durch neue kommunale Initiativen zur Trennung von Juden und Nichtjuden in öffentlichen Einrichtungen. Ein wichtiges Element bildeten weitere Verbote zur Benutzung städtischer Bäder.

Den Deutschen Gemeindetag erreichten in dieser Frage diverse Anfragen interessierter Kommunen. Dessen Geschäftsstelle informierte etwa Ludwigshafen über einzelne vorliegende städtische Verbote aus dem Jahr 1933, sah aber von eigenen Empfehlungen ab, da die Angelegenheit rein örtlich beurteilt werden müsse[120]. Als in den folgenden Wochen permanent Mitteilungen über den Ausschluß von Stadtbädern eingingen[121], prüfte der Deutsche Gemeindetag im Juli 1935, ob dem Reichsinnenministerium ein Erlaß einheitlicher Richtlinien vorgeschlagen werden solle[122]. Zur selben Zeit wurden diese Initiativen abgestimmt mit dem neuen Konzept der Judenverfolgung auf Reichsebene. Der Völkische Beobachter meldete am 19. Juli, daß Breslaus Oberbürgermeister Dr. Fridrich jüdischen Deutschen die Benutzung von mehreren Wald- und Strandbädern verboten und getrennte Liegeflächen in den übrigen städtischen Bädern ausgewiesen habe[123]. Nach dieser Zeitungsnotiz wurde beispielsweise in Stettin schon am 20. Juli ein Verbot für zwei Badeanstalten verhängt[124], danach in Berlin und Leipzig die Benutzung aller Bäder untersagt[125] und in München

[119] Vgl. YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 205 (721/1/258), Bl. 22–24, CV Nordwestdeutschland an CV/Zentrale Berlin am 22. 3. 1935; ebenda, Bl. 128–133, CV an RMdI am 24. 7. 1935; ebenda, Bl. 17–19, CV an Gestapa am 30. 7. 1935. Vgl. auch Sopade, 1935, S. 800; Pätzold, Faschismus, S. 217–219.

[120] Vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 10, DGT/Abt. III (Schlüter) an OB Ludwigshafen am 22. 5. 1935.

[121] Vgl. ebenda, Bl. 12, OB Trier/Stadtamt für Leibesübungen an DGT/Abt. III am 6. 7. 1935; ebenda, Bl. 14, Städt. Badverwaltung Bad Landeck an DGT Berlin am 12. 7. 1935; Mainzer Anzeiger vom 15. 7. 1935.

[122] Vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 18, DGT/Abt. III Berlin an Städt. Badverwaltung Bad Landeck am 15. 7. 1935.

[123] Vgl. Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 19. 7. 1935.

[124] BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 33, OB Stettin (Stadtbaurat) an DGT Berlin am 3. 12. 1935.

[125] Zuvor galt seit 1933 nur ein Verbot im Strandbad Wannsee. Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 35. In Leipzig wurde Ende Juli die Benutzung der städtischen Sommerbäder und der Hallenbäder verboten. Vgl. Juden in Leipzig. Eine Dokumentation zur Ausstellung anläßlich des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht vom 5. 11.–17. 12. 1988, bearb. von Manfred Unger und Hubert Lang, Leipzig 1988, S. 16.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das seit 1933 existierende allgemeine Verbot öffentlich bekräftigt[126]. Der Völkische Beobachter informierte alle paar Tage über neue Verbote[127]. Lokalzeitungen berichteten über „Erfolge" in Dresden, Stuttgart und Solingen und forderten vehement zur Nachahmung auf[128].

Auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters von Hannover nahm der Deutsche Gemeindetag schließlich Mitte August 1935 grundsätzlich Stellung: Im Sinne des § 17 der zu Beginn des Jahres eingeführten Deutschen Gemeindeordnung seien Badeanstalten öffentliche Einrichtungen, deshalb genössen alle Einwohner ohne Unterschied der Rassen- und Religionszugehörigkeit das Benutzungsrecht. Damit seien zwar einem grundsätzlichen Ausschluß Grenzen gesetzt, „wohl aber ist es für zulässig zu erachten, daß z. B. die Juden auf die Benutzung bestimmter Badeanstalten zu bestimmten Tageszeiten beschränkt werden"[129]. In dieser von Medien und Partei[130] aufgeheizten Atmosphäre erließen im August zahlreiche Lokalverwaltungen, darunter die Stadt Münster, die Gemeinden Straußberg und Dallgow bei Berlin, Gauting in Bayern, gleich ganze Kataloge von Ausgrenzungsbestimmungen, die nicht nur Juden die Benutzung diverser öffentlicher Einrichtungen oder ihre geschäftliche oder private Freizügigkeit beschränkten, sondern nun „Ariern" den persönlichen und geschäftlichen Verkehr mit ihnen verboten[131]. Einige dieser lokalen Anordnungen, wie das Verbot des Grundstückshandels oder des Aufenthalts in einzelnen Ortschaften, sprengten den zentral gesetzten Verfolgungsrahmen. Nachdem schon auf der Ministerkonferenz bei Schacht am 20. August das Thema eine Rolle gespielt hatte, wies Innenminister Frick am 3. September die Kommunalabteilung seines Ministeriums an, „besonders krasse Fälle [. . .] einer beschleunigten Nachprüfung" zu unterziehen[132]. Noch im selben Monat verständigte sich Frick mit dem Wirtschaftsminister, daß alle diskriminierenden lokalen Maßnahmen abgeschafft werden sollten, darunter auch Besuchsverbote für Theater und Schwimmbäder[133].

---

[126] Das wurde auf der Sitzung des Stadtrates am 23. 7. beschlossen. Vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 25, Bekanntmachung OB München vom 24. 7. 1935; vgl. zur Sitzung Hanke, Juden in München, S. 126.

[127] So z. B. in Allenstein, Bremen und Chemnitz. Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 20., 24. und 27. 7. 1935.

[128] Vgl. Stuttgarter NS-Kurier vom 22. 7. 1935; Rheinische Landeszeitung vom 9. 8. 1935, Abdruck bei Breidenbach, Judenverfolgung in Remscheid, S. 10. Im sächsischen „Freiheitskampf" hieß es am 24. 7. 1935, daß bereits seit dem 27. Juni Dresdner Freibäder „judenfrei" seien; zit. nach Heike Liebsch, „Ein Tier ist nicht rechtloser und gehetzter", in: Heer, Finsternis, S. 86.

[129] BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 31–32, DGT/Abt. I an OB Hannover am 13. 8. 1935.

[130] Krausnick verweist auf eine interne Anweisung des NSDAP-Hauptamts für Kommunalpolitik. Vgl. Helmut Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, München ^{6}1994, S. 578.

[131] Vgl. Zahnow, Judenverfolgung in Münster, S. 49; BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A I Pol, Nr. 1919, Bl. 14, Bekanntmachung Dallgow vom 22. 8. 1935; ebenda, Bl. 127, Landrat Kreis Oberbarnim an Regierungspräsidenten Potsdam am 27. 8. 1935; YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 45, Bl. 33, Bekanntmachung Gauting vom 6. 9. 1935. Eine lange Liste ähnlicher kommunaler Maßnahmen in: Sopade, 1935, S. 921–937.

[132] Brief Frick an Schacht vom 3. 9. 1935, zit. nach Pätzold, Faschismus, S. 245.

[133] Ref. nach Pätzold, Faschismus, S. 279f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl eben solche Bestimmungen seit 1933 sowieso untersagt waren, folgte dem keine Bekräftigung des damaligen Verbots von Bormann, im Gegenteil: Oberbürgermeister und NSDAP-Reichsleiter Fiehler hatte auf dem Nürnberger Parteitag ausdrücklich die neuen Rassegesetze als Richtschnur künftigen kommunalpolitischen Handelns begrüßt[134]. Parallel dazu erschien in der Zeitschrift „Die Nationalsozialistische Gemeinde" ein grundlegender Aufsatz zur „Judenfrage in der Gemeindepolitik". Darin vertrat der stellvertretende Geschäftsführer des von Fiehler geleiteten NSDAP-Hauptamts Kommunalpolitik offen folgende Position: „Während die Ausschaltung des Juden aus dem staatlichen und kulturellen Leben teilweise schon erfolgreich durchgeführt ist, bleibt auf zahlreichen anderen Gebieten noch manches Problem in dieser Richtung zu lösen. Hierbei erwächst vor allem der Gemeindepolitik eine wichtige Aufgabe. [...] Eine im nationalsozialistischen Sinne getätigte Anwendung und Auslegung [der] Gesetzesvorschriften vermag vor allem in der Judenfrage in weitestem Umfange jene Lücken zu schließen, die bei einer rein formalistischen Handhabung des Gesetzes einer Bereinigung scheinbar im Wege stehen." Als Beispiel nahm der Artikel die Badeverbote. Gegen diese seien selbst „aus dem Kreise der im Gemeindeleben führenden Parteigenossen wegen fehlender Rechtsgrundlagen ernste Bedenken erhoben worden". Zwar hätten nach Paragraph 17 der Deutschen Gemeindeordnung alle Einwohner Anspruch auf die Benutzung öffentlicher Anstalten, doch nach Ziffer 2 des Paragraphen sollten deren Satzungen nur „grundsätzlich" gleiche Rechte vorsehen. Da Gemeinden die Benutzung ihrer Anlagen selbständig regeln könnten, bedürfe es keiner weiteren „Begründung, daß in dieser Beziehung eine Sonderbehandlung der Juden [...] gesetzlich einwandfrei möglich und zulässig sei". Grundsätzlich seien kaum Fälle vorstellbar, wo der „allmählichen Bereinigung der Judenfrage ernstliche gesetzliche Hindernisse im Wege stehen"[135].

Der hier von parteiamtlicher Seite geforderten Ergänzung der zentralen Politik durch ein aktives informelles Handeln auf der kommunalen Ebene stellte sich auch das Reichsinnenministerium nicht in den Weg. Wie angesprochen, hatte der Deutsche Gemeindetag an Frick eine detaillierte Eingabe wegen der Benutzung öffentlicher Einrichtungen gerichtet. Ohne die von den Kommunen erwartete umfassende Regelung zu treffen, genehmigte das Ministerium offenbar im Mai 1936 zumindest Beschränkungen der Benutzung städtischer Bäder. In dem später in Berlin als „salomonisch" gepriesenen Erlaß hieß es[136], daß schikanöse Regelungen bei der „Absonderung" zu vermeiden seien, man könne Juden aber ein separates Bad zuweisen und sie vom Zugang zu den übrigen ausschließen, denn wenn Unterschiede bei Geschlecht und Alter gemacht werden könnten, sei dies auch beim „Unterschied der Rasse" billig[137]. Mit

[134] Rede vom 16. 9. 1935, in: Die Nationalsozialistische Gemeinde 3 (1935), S. 552–554.

[135] Ebenda, S. 520.

[136] Pätzold, Verfolgung, S. 137, Dok. Nr. 93, Protokoll der Berliner Ratsherren-Sitzung vom 3. 6. 1937.

[137] Paul Sauer (Bearb.), Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1943, Teil I, Stuttgart 1966, S. 87f., Dok. Nr. 71: RMdI-Erlaß (undat.) in Erlaß Badischer MdI vom 27. 5. 1936.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der internen, doppelten Rückendeckung durch Partei und Innenministerium, auf die immer explizit hingewiesen wurde, versicherte der Deutschen Gemeindetag nun allen anfragenden Kommunen, daß sie ungeachtet des Verbots von Einzelaktionen über die Nutzung ihrer Anlagen frei entscheiden könnten, und verwies auf beispielhafte neue Regelungen in Stettin und Frankfurt/Main[138]. Die gleiche Empfehlung gab man auch für den Ausschluß von Bibliotheken[139] und Sportstätten[140].

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, daß gerade in den Jahren 1936/37 immer mehr Kommunen antijüdische Bestimmungen auf immer neuen Gebieten erließen[141]. Nach Anfragen von Darmstadt und Nürnberg über die Möglichkeiten der Isolierung jüdischer Patienten in öffentlichen Krankenhäusern[142] erfuhr der Deutsche Gemeindetag beispielsweise durch eine Umfrage im Frühjahr 1937, daß in Köln und Breslau Juden nur noch bei akuter Lebensgefahr oder als Wohlfahrtspatienten aufgenommen, in anderen Hospitälern als Kranke isoliert würden[143]. Speziell diejenigen Juden, die aufgrund der zunehmenden Ausgrenzung in steigendem Maße auf die öffentliche Wohlfahrt angewiesen waren, wurden Opfer neuer Initiativen. In Nürnberg, Frankfurt/Main, Berlin, München, Hamburg und Leipzig kürzte man ihre Fürsorgeleistungen oder verlangte von ihnen Pflichtarbeit in separaten Kolonnen. Der Deutsche Gemeindetag diskutierte und propagierte in diesem Fall nicht nur lokale Maßnahmen, sondern koordinierte Forderungen nach deren gesetzlicher Deklassierung[144].

Auch Initiativen zur wirtschaftlichen Ausgrenzung begannen nun zuzunehmen. Städtische Anfragen zum Ausschluß jüdischer Händler von Märkten wurden vom Deutschen Gemeindetag ungeachtet der offiziellen Politik einer Gleichbehandlung in der Wirtschaft ebenfalls mit der Standardformel beantwortet, daß die Gemeinden frei seien, die Benutzung ihrer Einrichtungen zu regeln[145]. Kommunalbeamte verständigten sich auch direkt untereinander über getroffene Regelungen, so auf einer Tagung der Markthallendezernenten 1937 in Leipzig: „Königsberg läßt Juden nur im Verhältnis der Juden zur Einwohnerzahl zu. Berlin hat den Juden die Stände gekündigt, hat diese Kündigungen aber auf ministerielle Anweisung zurücknehmen

[138] Vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2060, Bl. 33 und Rückseite, DGT/Abt. I an OB Stuttgart am 3. 3. 1936.

[139] Vgl. BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA VI, Nr. 3852 A. 12, Bl. 3 f. und Rückseite, DGT Berlin an DGT-Landesdienststelle Sachsen am 29. 6. 1936.

[140] Vgl. BA Koblenz, R 36, Nr. 2051, Bl. 35 und Rückseite, DGT/Abt. I an DGT-Rheinland u. Hohenzollern am 8. 4. 1936.

[141] Vgl. dagegen Matzerath, der für die Phase von 1936 bis 1938 von einem Rückgang lokaler Maßnahmen und ihrer zunehmenden zentralen Unterbindung spricht, in: Ders., Bürokratie, S. 115.

[142] Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 3-10-11/Nr. 72, unfol., OB/Soziale Verwaltung Darmstadt an DGT Berlin am 16. 3. 1936; ebenda, OB Nürnberg an DGT Berlin am 8. 4. 1937.

[143] Vgl. ebenda, unfol., Ergebnis der Umfrage vom 14. 4. 1937; ebenda, OB Köln an DGT Berlin am 4. 6. 1937.

[144] Vgl. hierzu ausführlich Gruner, Fürsorge, S. 597–616.

[145] Vgl. hierzu ausführlich Gruner, Gemeindetag, S. 270 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müssen. Karlsruhe, Hannover und Hamburg haben keine Juden mehr auf dem Wochenmarkt."[146]

Eine Reihe von Städten führte – über die bisherige Heß-Anordnung für Parteimitglieder hinausgehend – in dieser Phase zudem für städtische Angestellte offizielle Verbote ein, jüdische Rechtsanwälte und Ärzte in Anspruch zu nehmen bzw. in Geschäften jüdischer Inhaber einzukaufen[147]. In Görlitz weitete der Oberbürgermeister ein erstes Kontaktverbot vom Dezember 1935 im Juli 1937 auf den Umgang mit allen jüdischen Deutschen aus[148]. Maßnahmen wie diese, aber auch die vielfältigen wirtschaftlichen Behinderungen auf städtischer Ebene mußten die jüdischen Gewerbetreibenden und Unternehmer immer stärker behindern. Durch „Arisierungen" oder „Geschäftsaufgaben" hatte sich seit 1933 die Zahl der Einzelhändler in Berlin um ein Drittel[149], in Marburg sogar um zwei Drittel reduziert[150].

Mit ihrer Politik der Separierung handelten die Kommunen damit oft sehr viel radikaler als die Reichsbehörden. Dabei fällt auf, daß in der Zeit bis zum Sommer 1937 das informelle System kommunaler Verfolgung nun auf Basis der „Rassengesetze" sehr viel stärker aufeinander abgestimmt wurde. Dessen vom Deutschen Gemeindetag koordinierte Dynamik sollte nicht ohne Einfluß auf die Reichspolitik bleiben.

4. Herbst 1937 bis Sommer 1938: Separierung und Gewalt

a) Die zentrale Ebene

Obwohl die Emigrantenzahlen in den alles andere als ruhigen Jahren nach den Nürnberger Gesetzen wieder angestiegen waren, lebten im Herbst 1937 noch über 350000 Juden in Deutschland[151]. Die rapide Verarmung der jüdischen Bevölkerung begann die Vertreibung immer stärker zu behindern. Hinzu kam, daß die mittlerweile ins Auge gefaßten Annexionen Österreichs und der ČSR mehr Juden in den deutschen Herrschaftsbereich führen würden, als seit 1933 vertrieben worden waren. Die von der NS-Führung angestrebte „judenfreie" Zukunft lag damit in weiter Ferne. Um die Vertreibung zu forcieren, favorisierte man in den Ministerien und bei der Sicherheitspolizei künftig vor allem drei Varianten der „Judenpolitik": 1. die systemati-

[146] Ebenda, S. 272. Andere Beispiele in: Longerich, Politik, S. 122f.

[147] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 36 und 42. Zu Frankfurt a. M. und Stuttgart vgl. Friedländer, Nazi Germany, S. 229–231, zu Duisburg von Roden, Duisburger Juden, Bd. II, S. 817. Das Münchner Kontaktverbot vom Dezember 1935 mußte, da es scheinbar oft übertreten wurde, im Frühjahr 1937 erneuert werden. Vgl. YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 49, Bl. 3, Verfügung OB München vom 10. 12. 1935; ebenda, Nr. 131, Bl. 2, Verfügung des stv. Bürgermeisters vom 11. 3. 1937.

[148] Vgl. Otto, Verfolgung der Juden in Görlitz, S. 38.

[149] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 45. Barkai spricht für Deutschland von einer Reduzierung um die Hälfte. Vgl. Barkai, Boykott, S. 122–124.

[150] Vgl. Händler-Lachmann/Werther, Vergessene Geschäfte, S. 129.

[151] Vgl. Anhang: Bevölkerungsstatistik, in: Benz, Juden in Deutschland, S. 733.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Reduktion der Lebensmöglichkeiten von Juden im NS-Staat, 2. eine kollektive, international organisierte Zwangsemigration, 3. Vertreibung mit Gewalt. Im Herbst 1937 reagierte die NS-Führung noch mit „traditionellen" Methoden auf die neue Situation. Die Emigration – speziell der „unbemittelten Juden" – sollte durch härtere innenpolitische Maßnahmen forciert werden[152]. Eine Reihe lange diskutierter Gesetzespläne wollte man deshalb bis zum Ende des Jahres beschleunigt abschließen. Das Wirtschaftsministerium, das Göring im Zuge der Personalveränderungen in Armee und Regierung kurzfristig übernommen hatte, leitete die Zentralisierung und Intensivierung der bisher weitgehend lokal praktizierten Verdrängung aus Wirtschaft und Gewerbe ein[153], das Innenministerium bereitete die Kennzeichnung der Juden mit Zwangsnamen, die Kennzeichnung ihrer Betriebe sowie Berufsverbote für Ärzte und Juristen vor[154], das Propagandaministerium entwarf in Hitlers Auftrag ein Besuchsverbot „deutsche[r] Theater- und Kulturveranstaltungen"[155].

Die potentielle Wirkung dieser Gesetze mochte zwar den Druck für den einzelnen erhöhen, das die Emigration behindernde Problem der Pauperisierung großer Teile der jüdischen Bevölkerung entschärfte es jedoch nicht, im Gegenteil. Anders als die Ministerien befürwortete der SD, seit Mitte 1937 von Heydrich mit der Strategiebildung beauftragt[156], die Ausrichtung der „gesamten Judenpolitik" auf die Emigration unbemittelter Juden[157]. Zugleich drängte man in einem Memorandum, das nach Heydrichs Kenntnisnahme bis zum Februar 1938 auch auf Görings Tisch gelangte, auf eine Zentralkonferenz, um das Handeln aufeinander abzustimmen, und zwar unter Federführung des SD[158]. An der Jahreswende 1937/1938 schlossen jedoch immer mehr Länder ihre Grenzen für verarmte Flüchtlinge. Goebbels kommentierte dies

---

[152] BA, Abt. Potsdam, 21.01. RFM, Nr. B 6269, Bl. 65–67, Vermerk (RuPrMdI) vom 28. 10. 1937 über die Konferenz vom 18. 10. 1937, an der Ministerien, der StdF und das Hauptamt Sicherheitspolizei teilnahmen.

[153] Vgl. Genschel, Verdrängung, S. 140–176.

[154] Vgl. BA Koblenz, R 18, Nr. 5519, Bl. 3, Schnellbrief RMdI (Entwurf) vom Januar 1938; RGBl. I, 1938, S. 9; AdP, Teil I, Bd. 1 – Microfiches –, Nr. 10113867/1-7, Pfundtner (RMdI) an Lammers am 18. 12. 1937.

[155] Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Bd. 3, Eintrag vom 26. 11. 1937, S. 346.

[156] Im Sommer 1937 hatte Heydrich die Aufgaben des Gestapa und des SD für ein rationelles Vorgehen voneinander abgegrenzt; ersteres, das bisher eigene antijüdische Konzepte entwickelt hatte, sollte nur noch exekutive Aufgaben übernehmen. Vgl. Wildt, Judenpolitik, S. 118–120, Dok. Nr. 14: AO vom 1. 7. 1937.

[157] Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien/Zürich 1993, S. 28.

[158] In dem Memorandum forderte der SD eine „Zentralkonferenz", auf der Ministerien, die Behörde für den Vierjahresplan, der SD sowie die Gestapo „feste Richtlinien für die vom Reich zu befolgende Politik in der Judenfrage festlegen" sollten. In: BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZB 1, Nr. 374, Bl. 2–24, Vermerk Hagen für II 1 mit Anlage: Memorandum vom 11. 12. 1937; ebenda, Nr. 104, Bl. 1–20, Bericht Ehrlinger (SD II 1) mit Anlage: Memorandum vom 13. 1. 1938; ebenda, Bl. 81, Hagen (SD II 112) an Gestapo-Devisenfahndungsstelle (Staffeldt) am 28. 1. 1938. Vgl. zum Führungsanspruch Herbert, Best, S. 212.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so: „Die Juden wollen an allen Grenzen emigrieren. Aber niemand will sie hereinlassen. Wohin mit dem Dreck?“[159] Ein Ausweg schienen die Gewaltaktionen zu sein. Himmler befahl denn auch Anfang Januar 1938 alle, also einige hundert, sowjetische Juden, aus Deutschland auszuweisen[160]. Im Februar war die Ausweisung rumänischer Juden geplant[161]. Doch bereits im März erhielt das Problem durch die Annexion Österreichs und die dort lebenden 200 000 Juden eine Dimension, die mit Terror allein nicht mehr zu lösen war. Ungeachtet aller Radikalisierungsschübe[162], mußte die NS-Führung jetzt grundsätzlich neue Verfolgungskonzeptionen entwickeln, denn die bisherige Politik der Vertreibung war augenscheinlich „gescheitert“.

Nach den Erfahrungen wilder „Arisierungen“ ging man in der NS-Führung verstärkt zur Koordinierung der Verfolgungspläne über, da nur noch eine zentralisierte Politik „Erfolg“ versprach. Um Vertreibung und Aufrüstung aufeinander abzustimmen, lud Göring Ende April zu einer Strategiesitzung ein. Er wollte „Auffassungen“ und „Wünsche“ der anderen Minister sowie der Partei-Spitze für das weitere Vorgehen erfahren und vor allem die angestrebte Verwertung jüdischen Vermögens diskutieren[163].

Propagandaminister und Gauleiter Goebbels ließ zur gleichen Zeit eine Konzeption zur Verfolgung der Berliner Juden erarbeiten, die auf Vorstellungen beruhen sollte, wie sie mit Hitler abgesprochen waren. Die bis Mitte Mai von der Berliner Stapoleitstelle fertiggestellten Pläne übertrafen in ihrer Radikalität alle auf Reichsebene damals diskutierten Vorschläge, teilweise sogar die von manchen Kommunen bisher betriebene Separierung. Neben einer sukzessiven Ghettoisierung der Berliner Juden und ihrer kompletten Isolierung im städtischen Leben forderte die Denkschrift die Aufhebung der „Schulpflicht für jüdische Kinder“, die Einführung einer „Kopfsteuer“ und die vollständige Abschaffung der Gewerbefreiheit für Juden. Von den radikalen Vorschlägen erhielten neben Goebbels und Heydrich bis Ende Juni auch Wirtschaftsminister Funk und Hitler Kenntnis. Obwohl die Denkschrift wegen ihrer Lokalperspektive und der Mißachtung der sozialen Folgen vom SS-Sicherheitsdienst heftig kritisiert wurde, leistete die erstmalige Verknüpfung von Radikalmaßnahmen auf der Reichsebene mit umfassender Isolierung auf städtischer Ebene einen wichti-

[159] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, Eintrag vom 6. 1. 1938, S. 392.

[160] Vgl. YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 69 (501/3/583), Bl. 102 und Rückseite, RFSS-Erlaß vom 5. 1. 1938 und Erlaß (Dr. Best) auf RFSS-Erlaß vom 5. 1. 1938. Die Ausweisungen wurden gegen ca. 500 Personen im Laufe des Januar im ganzen Land ausgeführt; ebenda, Nr. 398 (500/1/650), Bl. 10f., Vermerk SD II 1123 vom 8. 2. 1938. Vgl. auch Sybil Milton, Menschen zwischen den Grenzen. Die Polenausweisung 1938, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1990, S. 189f.

[161] Vgl. YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 398 (500/1/650), Bl. 10f., Vermerk SD II 1123 vom 8. 2. 1938.

[162] Vgl. Safrian, Eichmann-Männer, S. 28–36; Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938 bis 1945, Wien/München 1978.

[163] AdP, Teil I, Bd. 2 – Microfiches –, Nr. 20400487: Schnellbrief Görings vom 26. 4. 1938. Alles Vermögen, das Juden über 5000 RM besaßen, wurde im Vorgriff hierauf registriert; „VO über die Anmeldepflicht jüdischen Vermögens“ vom 26. 4. 1938, in: RGBl. I, 1938, S. 414.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Beitrag zur Neukonzeption antijüdischer Politik. In den Diskussionen beim Novemberpogrom wird dies noch deutlich werden[164].

Zunächst aber griff man wieder zum Mittel der Gewalt: Hitler selbst ordnete Ende Mai an, im „Reichsgebiet asoziale und kriminelle Juden" festzunehmen, so daß im Rahmen der „Asozialen-Aktion" über 2500 geringfügig Vorbestrafte in Konzentrationslager eingewiesen wurden[165]. Himmler und Heydrich versuchten, neue kollektive Ausweisungen ausländischer Juden zu organisieren[166], obwohl die Abschiebung sowjetischer Juden früh gescheitert war[167]. Diese Juden brachte man jetzt ebenfalls in Konzentrationslager[168]. Mit dem Fortgang der Vertreibung unzufrieden, provozierte Goebbels im Juni in Berlin mit einer Brandrede vor 300 Polizeioffizieren gewalttätige Aktionen[169].

Gewalt und Terror konnten das Grundproblem der antijüdischen Politik, die wachsenden Emigrationshemmnisse[170], aber gerade nicht lösen. Vielleicht war es diese Einsicht, die Hitler dazu brachte, die Gewalttätigkeiten in Berlin zu unterbinden[171]. Als einzige reale Perspektive blieb den Juden inzwischen die organisierte Kollektivemigration. Allerdings sei bisher kein Land für eine Masseneinwanderung gefunden, konstatierte Frick am 14. Juni in einem Göring, Himmler, Heß sowie Funk

---

[164] Gruner, Denkschrift, S. 305–341.

[165] YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 88 (500/1/261), Bl. 30, Vermerk SD-Judenreferat vom 8. 6. über Sitzung im Sicherheitshauptamt am 1. 6. 1938. Vgl. auch Wolf Gruner, Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943, Berlin 1997, S. 43.

[166] Diesmal gegen Juden rumänischer Staatsangehörigkeit. Ihre Aufenthaltserlaubnis sollte überprüft und die Betroffenen bei geringsten Verstößen ausgewiesen werden. Vgl. Stadtarchiv (künftig: StadtA) Leipzig, Kap. I, Nr. 122, Bl. 105, RFSS-Runderlaß vom 11. 5. 1938. Im SD gab es Überlegungen für eine Ausweisung polnischer Juden. Vgl. Wildt, Judenpolitik, S. 192, Dok. Nr. 30: Vortrag Hagen (SD II 112) am 9. 6. 1938.

[167] Der Polizei war es nicht möglich, die Betroffenen über die polnische oder tschechische Grenze abzuschieben. Vgl. YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 69 (501/3/583), Bl. 103, Vermerk vom 31. 1. 1938.

[168] Vgl. ebenda, Bl. 106 und Rückseite, Runderlaß Heydrich vom 28. 5. 1938; Abdruck in: Kennzeichen J, hrsg. von Helmut Eschwege, Berlin 1981, S. 111.

[169] Geschäfte jüdischer Inhaber wurden von SA, Hitlerjungen und Zivilisten beschmiert oder geplündert, alle jüdischen Veranstaltungen für einige Tage verboten. Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 51f. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, Einträge 11. und 22. 6. 1938, S. 452 und 463. Vgl. zu den Vorgängen ausführlich Longerich, Politik, S. 175–180.

[170] Der SD konstatierte im April/Mai 1938, „daß die Möglichkeiten für die Auswanderung sich im gleichen Maße vermindert haben wie der Auswanderungsdruck gestiegen ist". In: Wildt, Judenpolitik, S. 186, Dok. Nr. 29; vgl. auch Longerich, Politik, S. 181.

[171] Die Berliner Aktion wurde „am 22. 6. auf hohen Befehl abgebrochen". Auf „Befehl des Führers" ist im Original durchgestrichen, in: YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 88 (500/1/261), Bl. 40 und Rückseite, Hagen (SD II 112) an SD-OA Süd am 29. 6. 1938. Vgl. auch Erwähnung eines persönlichen Befehls des Führers, hier am 21. 6., aus Berchtesgaden, in: Wildt, Judenpolitik, S. 57. Goebbels mußte sich später auch vor den Ministern Funk und Ribbentrop verteidigen, die einen „legalen" Kurs favorisierten. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 3, Einträge vom 22. 6. u. 6. 7. 1938, S. 463 und 473.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zugestellten Memorandum[172]. Auf der internationalen Flüchtlingskonferenz in Evian erörterten die Teilnehmer zwar hypothetisch eine „territoriale Lösung" in einem Überseegebiet[173], doch im August schloß Finanzminister Schwerin von Krosigk für den NS-Staat diese Option aus Devisengründen kategorisch aus[174].

Die NS-Führung suchte deshalb wieder mit administrativen Mitteln, den Emigrationsdruck zu steigern. Durch die jetzt zentralgeleitete „Arisierung", aber auch durch Berufs- und Gewerbeverbote wurden Juden sukzessive der Möglichkeit eigenständigen Erwerbs beraubt. Erwerbslosigkeit, Verarmung und damit die Abhängigkeit von der staatlichen Fürsorge wuchsen unter den Verfolgten immer stärker an. Im August begann der SD zu resignieren: Eine rasche und vollständige Vertreibung wäre nun selbst mit deutschen Devisen und finanzieller Hilfe ausländischer Organisationen kaum noch möglich[175]. In Wien, wo die Verfolgung vom SD von Anfang an maßgeblich mitbestimmt wurde, begann dieser mit Gründung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung", durch Ausplünderung vermögender Flüchtender die Emigration verarmter Juden zu finanzieren[176].

Hatte sich die bisherige Vertreibungspolitik also selbst blockiert, so ergab sich mit der „Sudetenkrise" Anfang September 1938 eine grundlegend veränderte Rahmensituation, denn ein Krieg konnte binnen Tagen ausbrechen. Der SD plante deshalb, im Kriegsfall jüdische Funktionäre zu verhaften und die übrigen deutschen Juden in von der SS bewachte Arbeitslager einzuweisen[177], während Himmler die Möglichkeiten einer allgemeinen Ghettoisierung prüfen ließ[178].

Parallel wurden in den Ministerien ebenfalls Isolierungsvorhaben entwickelt. Diese gingen auf den ersten Blick nicht ganz so weit wie die Pläne der SS, doch waren sie nicht weniger radikal, da sie den Krieg als Begründung nicht brauchten: Offenbar unter dem Eindruck der Radikalisierung der Judenverfolgung nach dem Anschluß Österreichs diskutierte man in den Ministerien über einen „geschlossenen Arbeits-

---

[172] AdP, Teil I, Bd. 2 – Microfiches –, Nr. 20700228-37: Schreiben des RMdI vom 14. 6. 1938 (NG 3937). Vgl. Genschel, Verdrängung, S. 168f., sowie Adam, Judenpolitik, S. 181.

[173] Artikel „Keiner will sie haben" in: Völkischer Beobachter (Norddt. Ausgabe) vom 13. 7. 1938.

[174] Vgl. AdP, Teil I, Bd. 2 – Microfiches –, Nr. 20700222-27: RFM an Reichsminister, RFSS und StdF am 23. 8. 1938.

[175] Vgl. YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 47 (500/3/316), unfol., Lagebericht des SD-Judenreferats für August 1938, S. 9.

[176] Die Methode und deren im August geschaffene Institution, die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung", wollte der SD auch auf das Altreich übertragen, um dadurch mehr Einfluß auf Konzeption und Durchführung der Verfolgungspolitik zu erringen. Vgl. ausführlich dazu Safrian, Eichmann-Männer, S. 36–46.

[177] Sagte man zuerst, sie sollten in „besonderen Lagern" untergebracht werden, um sie „für Munitions- und sonstige Arbeiten" zu verwenden, hieß es zwei Wochen später präziser in SS-Lager. Vgl. YV Jerusalem, 051/OSOBI, Nr. 49 (500-3-318), Bl. 15–18, Vermerk SD II 112 (Hagen) für II 1 am 3. 9. 1938; ebenda, Nr. 92 (500/1/387), Bl. 37, Vermerk SD II 112 vom 16. 9. 1938; ebenda, Bl. 34, Verfügung SD II 112 an Gestapa vom 16. 9. 1938.

[178] Auf einer Sitzung im RJM zur Aufhebung des Mieterschutzes erfuhren Ministerialvertreter von diesem Plan. Vgl. BA, Abt. Potsdam, 46. 06, Nr. 157, Bl. 205–207, Protokoll der Besprechung vom 22. 9. 1938.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einsatz" jüdischer Erwerbsloser sowie ein Gesetz zur Räumung jüdischer Mieter[179]. Auf einer am 22. September im Justizministerium stattfindenden Sitzung waren sich alle Anwesenden darüber einig, den Mieterschutz für Juden jetzt aufzuheben. Diskutiert wurden nur noch die Methoden. Das Innenministerium, so informierte Ministerialrat Scheffler die Anwesenden, befürchte Probleme durch Massenobdachlosigkeit, die dann den Kommunen Probleme bereiten könnten. Der Vertreter des Stellvertreters des Führers wollte die Juden sich selbst überlassen, gegebenenfalls könne man die Kommunen beauftragen, Barackenlager zu bauen. Auch hier diskutierte man die Einrichtung eines Ghettos als Alternative[180].

Zusammenfassend läßt sich bilanzieren, daß von Herbst 1937 bis Sommer 1938 die antijüdische Politik auf Reichsebene zunehmend koordiniert wurde, was die Suche nach Alternativen stets mit einschloß, da sich das bisherige Vorgehen mehr und mehr selbst blockierte. Mit der verstärkten Separierung der Juden und ihrer geplanten Kennzeichnung durch Zwangsnamen erreichte man auf der Reichsebene nun rasch den faktischen Ausgrenzungsgrad in vielen Kommunen.

b) Die lokale Ebene

Die Kommunalverwaltungen hatten den lange begonnenen Prozeß der Separierung seit 1937 weiter intensiviert, wieder unter Mithilfe des Deutschen Gemeindetags. Dessen Vorsitzender, Karl Fiehler, hatte im Frühsommer in Königsberg eine explizit antijüdische Rede gehalten, die in dem Statement gipfelte: „Wenn da jemand erklärt [. . .], der Herrgott hat die Juden auch geschaffen, sie sind auch seine Kreatur, dann sage ich, [. . .] ich nehme das ohne weiteres an, wie ich ja auch annehme, daß das Ungeziefer als Kreatur Gottes besteht, die Wanzen, die Läuse und Flöhe. Das sind auch Kreaturen Gottes, aber der Herrgott hat nicht bestimmt, daß wir uns von diesem Ungeziefer fressen lassen sollen." Fiehler appellierte danach an die stürmisch applaudierenden Zuhörer, alle Maßnahmen in den Gemeinden künftig so zu treffen, „damit sie der Förderung und der Erhaltung der Art unseres deutschen Volkes dienen"[181].

Ein Beispiel hierfür ist das oft angesprochene, jedoch kaum untersuchte Verbot, öffentliche Parkbänke zu benutzen. Nachdem die Stadt Berlin im August 1937 in einem Park Bänke mit der Aufschrift „Für Juden verboten" versehen hatte[182], wollte Leipzig diese Maßnahme kopieren. Bürgermeister Haake fragte beim Deutschen Gemeindetag an, „ob es auch hier möglich wäre, unbeanstandet von seiten des Reiches

---

[179] Ebenda; sowie Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 47–49. Neben dem Zwangseinsatz von Erwerbslosen durch das Arbeitsamt fanden in Wien bereits umfangreiche „Umsiedlungsaktionen" jüdischer Mieter in bestimmte Bezirke statt; vgl. Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung österreichischer Juden im NS-Staat, Innsbruck/Wien (im Druck); Rosenkranz, Verfolgung, S. 173 f.

[180] Vgl. BA, Abt. Potsdam, 46. 06, Nr. 157, Bl. 205–207, Protokoll des Generalbauinspektors (Speer) über die Besprechung vom 22. 9. 1938.

[181] Rede vom 28. 5. 1937, in: Die NS-Gemeinde 5 (1937), S. 363.

[182] Der Angriff vom 18. 8. 1937.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine solche Maßnahme zu treffen"[183]. Etwas später bat Berlin selbst um Auskunft über die Rechtslage, weil man nun im ganzen Stadtgebiet so verfahren wollte[184]. Unabhängig davon, daß der Deutsche Gemeindetag die Berliner Stadtverwaltung ermunterte, wie geplant vorzugehen[185], startete man am 1. November noch eine Umfrage: „Einige Städte beabsichtigen, zur Behebung von auftretenden Mißständen nur eine bestimmte Anzahl von Bänken in öffentlichen Park- und Platzanlagen den Juden zur Benutzung freizugeben. Gemeinden, bei denen ebenfalls Mißstände in dieser Richtung aufgetreten sind, werden um Mitteilung gebeten, ob und wie sie die Benutzung der Bänke in öffentlichen Park- und Platzanlagen geregelt haben."[186] Parallel verhandelte der Gemeindetag mit dem Propagandaministerium über dieses Thema[187]. Die Umfrage, auf die 14 Städte antworteten, ergab, daß in den meisten keine Regelungen als notwendig erachtet wurden, weil es entweder keine Beschwerden gab oder weil kaum noch jüdische Deutsche öffentliche Parks besuchten. Nur in Berlin und Glogau war die Benutzung von Bänken beschränkt, in Gera und Königsberg waren einzelne Anlagen gesperrt[188].

Wenngleich sich in diesem einen Fall in vielen Orten kein Handlungsbedarf zeigte, wurde die Separierung jedoch auf anderen Gebieten überall forciert. Dies ist einerseits als Reaktion auf die allgemein verschärfte antijüdische Politik seit 1938 zu bewerten, andererseits aber auch als Folge der direkten Eingriffe von oben, welche die bisherige Praxis vereinheitlichten. Der sächsische Innenminister forderte beispielsweise Anfang Februar 1938, daß die „Bürgermeister, *soweit noch nicht geschehen*, den Juden auch die Benutzung der gemeindlichen Hallenbäder und Freibäder verbieten"[189]. In Leipzig beschloß daraufhin der Oberbürgermeister am 25. März – über die seit Sommer 1935 geltenden Beschränkungen hinaus –, Juden nun auch die Benutzung von Einzelbädern und medizinischen Bädern zu untersagen[190].

In der Messestadt Leipzig selbst galten mittlerweile über ein Dutzend antijüdische Bestimmungen, die Reichsmaßnahmen vorgriffen. Außer den bereits erwähnten Beschränkungen in städtischen Bädern sowie den Kürzungen in der städtischen Wohlfahrt zählte dazu das Verbot jeglicher Geschäftstätigkeit städtischer Stellen mit Juden, Land wurde an sie nicht mehr verpachtet, auf Schlachthöfen und in der Mittel-

---

[183] StadtA Leipzig, Kap. I, Nr. 122, Bl. 25 und Rückseite, Bgm. Leipzig an DGT Berlin am 27. 8. 1937.

[184] Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol., OB Berlin (i. V. Plath) an DGT am 1. 10. 1937.

[185] Vgl. ebenda, DGT/Abt. I (Schlempp) an OB Berlin am 25. 10. 1937.

[186] DGT-Nachrichtendienst vom 1. 11. 1937, in: StadtA Leipzig, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 43.

[187] Vgl. ebenda, Bl. 45, OB Berlin/Stadtplanungsamt (Pfeil) an OB Leipzig/Park- und Gartenamt am 24. 11. 1937.

[188] Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol., Ergebnis der DGT-Umfrage vom 1. 11. 1937, S. 1–3; siehe auch StadtA Leipzig, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 49–51.

[189] Ebenda, Nr. 122, Bl. 85, Sächs. MdI (Kunz) an die Kreishauptleute am 9. 2. 1938 (Hervorhebung durch Autor).

[190] Vgl. StadtA Leipzig, Kap. I, Nr. 122, Bl. 164, Beratung OB mit Stadträten und Stadtkämmerer am 25. 3. 1938.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Börse war die Tätigkeit jüdischer Händler untersagt, auf Messen und Märkten beschränkt. Juden durften das Leihhaus und die städtischen Bücherhallen nicht betreten, ihre Kinder nicht an der Kinderspeisung teilnehmen. Leipzigs Behörden bereiteten im Frühjahr 1938 die Isolierung jüdischer Schüler in einer geräumten katholischen Volksschule ebenso vor wie die Erfassung aller Geschäfte jüdischer Inhaber in stadteigenen Häusern sowie ein Verbot „jüdischer" Gaststätten[191]. Düsseldorf und Frankfurt/Main drängten in dieser Phase auf den Ausschluß jüdischer Einwohner von städtischen Zoos, Museen und Theatern[192].

Obwohl auch in der Reichshauptstadt in den zurückliegenden Monaten eine Fülle neuer antijüdischer Maßnahmen eingeführt worden war[193], betrachtete es Goebbels dennoch für nötig, die angesprochene Denkschrift ausarbeiten zu lassen, die auf die Einrichtung separater Anlagen, auf die Eröffnung „jüdischer" Theater, Kinos, Gaststätten, Bäder, Parks, Sportanlagen sowie Schulen hinauslief[194].

Wegen der Kritik an der Denkschrift und an den Krawallen vom Juni befahl Goebbels der Polizei dann aber, zuerst alle existierenden Gesetze gegenüber Juden auf repressive und schikanöse Weise anzuwenden[195]. Die Berliner Stadtverwaltung hatte inzwischen, ohne auf Resultate der Verhandlungen des Gemeindetages zu warten, direkt mit dem Propagandaministerium und dem Rassepolitischen Amt der NSDAP Kontakt aufgenommen. Nach deren Zustimmung ließ die Reichshauptstadt im Sommer in Bezirken mit einer hohen Konzentration jüdischer Einwohner jeweils einige Parkbänke mit „mattgelbem Farbanstrich" und der Aufschrift „Nur für Juden" kennzeichnen, ebenso verfuhr man bei Kinderspielplätzen. Ein unser Bild von der Verfolgung bis heute prägender Akt[196].

Erfassungs- und Kennzeichnungsmaßnahmen dienten vielen Städten in dieser Phase zur Trennung von Nichtjuden und Juden in Behörden, in der Wirtschaft, im städtischen Wohnungswesen – hier unterstützten Amtsgerichte in ihren Urteilen mehr und mehr den Isolierungsprozeß – oder im Wohlfahrts- und Gesundheitssektor[197]. Auch die Diskussion zur Isolierung jüdischer Krankenhauspatienten erreichte 1938 ein akutes Stadium. Der Deutsche Gemeindetag drängte noch einmal auf eine Entscheidung des Reichsinnenministeriums[198], infolge der inzwischen veränderten Ver-

---

[191] Vgl. ebenda, Bl. 66–69, NSDAP-Kreisleiter Wettengel an Gauleitung Sachsen am 15. 3. 1938.

[192] Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol., OB Düsseldorf an DGT Berlin am 7. 4. 1938; ebenda, OB Frankfurt a. M. an DGT Berlin am 29. 8. 1938.

[193] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 44–48.

[194] Vgl. Gruner, Denkschrift, S. 305–341.

[195] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 53. Vgl. das ähnliche Vorgehen der Frankfurter Polizei schon 1936, in: Dokumente Frankfurter Juden, VIII 5, S. 373–377: Polizeipräsident an OB am 18. 6. 1936.

[196] StadtA Leipzig, Kap. I, Nr. 122, Bl. 136 und Rückseite, OB/Stadtplanungsamt Berlin an OB/Park- und Gartenamt Leipzig am 20. 7. 1938; ebenda, Bl. 138, Park- und Gartenamt Leipzig an HVA Leipzig am 23. 9. 1938.

[197] Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 44–56; Hanke, Juden in München, S. 147–150, 197, 266.

[198] Vgl. LA Berlin, Rep. 142/7, 3-10-11/Nr. 72, unfol., Handschriftl. Vermerk vom 28. 2. 1938 auf Schreiben OP Ostpreußen an DGT Berlin am 13. 2. 1938, S. 2.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgungslage diesmal mit Erfolg: Am 2. Mai erhielt der Deutsche Gemeindetag das Placet für die Städte, selbstzahlende jüdische Patienten „zunächst an ein jüdisches Krankenhaus zu verweisen, wenn ein solches erreichbar ist und nicht unmittelbare Lebensgefahr besteht"[199]. Nur wenig später, am 22. Juni, ordnete Staatssekretär Hans Pfundtner darüber hinausgehend an, Juden „müssen von Kranken deutschen oder artverwandten Blutes räumlich getrennt untergebracht werden"[200].

Mehr noch als jüdische Kranke waren die Obdachlosen und Armen jüdischer Herkunft von diesen Isolierungs- und Zwangsmaßnahmen in den Kommunen betroffen[201]. Ungeachtet des Drängens verschiedener Städte und des Gemeindetags, hatte das Innenministerium 1938 vor, die gesetzliche Diskriminierung jüdischer Armer an eine langfristig geplante Reorganisation der öffentlichen Fürsorge zu koppeln. Angesichts der sprunghaft ansteigenden Zahl jüdischer Besitzloser wurde dieses Vorhaben aufgegeben. Unter Mitarbeit des Deutschen Gemeindetags entwarf das Ministerium bis August eine Verordnung, mit der jüdische Hilfsbedürftige von der Öffentlichen Wohlfahrt grundsätzlich ausgeschlossen werden sollten[202].

Alles in allem gaben die Kommunen nun sukzessive die Initiative in der Verfolgungspolitik an die Reichsebene ab. Deckten sich die ministeriellen Verfolgungsvorhaben im Sommer mit lokalen Praktiken, so gingen die Gewaltakte der Sicherheitspolizei und die neuentwickelten Zwangsarbeits- und Ghettoisierungspläne weit über die kommunalen Vorstellungen antijüdischer Politik hinaus und verwiesen insgesamt auf eine bevorstehende qualitative Neuorientierung.

5. 1939 bis 1941: Die Politik der Zwangsgemeinschaft

a) Die zentrale Ebene

Mit der Münchner Konferenz im September 1938, für das Deutsche Reich erneut ein großer außenpolitischer Erfolg, war der Ausbruch eines neuen europäischen Krieges nur für kurze Zeit abgewendet worden. In der Sicht der NS-Führung mußten bis zum kommenden Frühjahr, also bis zur geplanten Annexion des tschechischen Reststaates, möglichst viele Juden aus Deutschland vertrieben sein, denn ein Krieg mußte die bisherige Vertreibungspolitik definitiv beenden[203]. Am 14. Oktober 1938 fand

[199] Ebenda, RuPrMdI (i. A. Dr. Cropp) an DGT am 2. 5. 1938.

[200] BA Koblenz, R 36, Nr. 1842, Bl. 3 und Rückseite, RMdI/Abt. IV-Runderlaß (Pfundtner) vom 22. 6. 1938.

[201] Obdachlose Juden wurden durch die Wohlfahrtsämter in Köln und Leipzig im städtischen Asyl in extra Räumen einquartiert. In Chemnitz, Dresden, München und Nürnberg wurden sie gar nicht mehr versorgt, sondern an Jüdische Gemeinden verwiesen. Vgl. Gruner, Fürsorge, S. 605. In Berlin wurde die Kennzeichnung und getrennte Versorgung jüdischer Armer vorbereitet. Vgl. ders., Judenverfolgung in Berlin, S. 46 f.

[202] Vgl. Gruner, Fürsorge, S. 606.

[203] Vgl. Pätzold, Verfolgung, S. 144; Burrin, Hitler und die Juden, S. 35.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deshalb eine erste Konferenz zur Koordination von Judenverfolgung und Kriegsvorbereitung statt. Göring kündigte an, die „Judenfrage" jetzt mit allen Mitteln lösen zu wollen. Dabei sollten allerdings die Rüstungsinteressen vorgehen. Göring wollte deshalb keine Devisen zur Finanzierung einer Massenemigration bereitstellen. Damit war der einzig legale Weg einer raschen Vertreibung versperrt. Wenn die Austreibungspolitik versage, so Görings Fazit, müsse man eben „Ghettos in den einzelnen Großstädten" einrichten[204].

Einzige kurzfristige Alternative hierzu schien die Anwendung von offener Gewalt. Diese Option nahm Hitler, hierin offensichtlich von Goebbels und der Sicherheitspolizei unterstützt, noch einmal in radikalem Stil wahr. In einer Massenrazzia wurden 17000 polnische Juden in diversen Städten, etwa in Berlin und Leipzig, verhaftet und unter Zurücklassung ihres Eigentums über die Landesgrenze transportiert[205]. Hitler erkundigte sich genauestens bei der Sicherheitspolizei über den „Erfolg", d. h. die Zahl der „Abgeschobenen"[206]. Das Attentat auf einen deutschen Botschaftsangestellten genügte wenige Tage später, um den Terror nun auf alle deutschen Juden auszudehnen. Hitler selbst entschied am Abend des 9. November in München, daß diese jetzt „den Volkszorn zu verspüren bekommen". Dauerte das reichsweite Pogrom[207], die Zerstörungen und Morde, „nur" eine Nacht und einen Tag, so gingen die Verhaftungen, insgesamt ca. 20000 bis 30000, noch eine Woche weiter; die Einweisung in die Konzentrationslager sollte die Emigration erzwingen[208]. Es gelang der NS-Führung damit aber nicht, den selbstgeknüpften gordischen Knoten ihrer Verfolgungspolitik zu zerschlagen. Trotz einer nochmaligen Forcierung der Emigration blieben hunderttausende verarmte Juden im „Großdeutschen Reich" zurück.

Ungleich folgenreicher als dieser Vertreibungsversuch war die von der Forschung bisher wenig untersuchte fundamentale Neuorientierung der „Judenverfolgung" nach diesem Pogrom[209], die Göring jetzt im Auftrag Hitlers vornahm. Auf verschie-

---

[204] Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948 (künftig: IMT), Bd. XXVII, Dok. PS-1301, S. 160–164: Besprechung bei Göring am 14. 10. 1938.

[205] Zur Bedeutung der meist nur nebenbei erwähnten Razzia vgl. Herbert, Best, S. 217f.

[206] BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA 1, Nr. 7358, A. 3, unfol., FS der Gestapo Nürnberg-Fürth (Dr. Heigl) an den Inspekteur der Sipo München vom 8. 11. 1938.

[207] Zum Pogrom vgl. Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938, Frankfurt a. M. 1988; Kurt Pätzold/Irene Runge, Pogromnacht 1938, Berlin 1988; Dieter Obst, „Reichskristallnacht", Frankfurt a. M. u. a. 1991.

[208] Zu den direkten Anweisungen Hitlers vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, hrsg. von Elke Fröhlich, Bd. 6, München 1998, Eintrag vom 10. 11. 1938, S. 180. Zur enormen Bedeutung der Massenverhaftungen vgl. Herbert, Best, S. 219.

[209] Herbert betont besonders den Sieg von Sicherheitspolizei und SD in dieser Frage. Vgl. Herbert, Best, S. 224. Auch Wildt spricht von einer Wende, reduziert dies aber auf das SD-Konzept forcierter Vertreibung. Vgl. Wildt, Judenpolitik, S. 54–60. Bisher galten das Novemberpogrom und die nachfolgenden Beschlüsse in der Forschung zwar als Radikalisierung ohne Beispiel, aber meist eher als voluntaristische Tat, so zuletzt Dieter Pohl, Von der „Judenpolitik" zum Judenmord, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 17. Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denen Konferenzen im November und Dezember 1938 wurden die bereits von Ministerien oder der SS entworfenen, teilweise differierenden Verfolgungskonzeptionen diskutiert und koordiniert. Goebbels beschrieb die Situation wie folgt: „Jedenfalls wird jetzt tabula rasa gemacht."[210] Doch statt eines Vorschlags von Goebbels zur Separierung der Juden im Ausbildungs-, Freizeit- und Kultursektor, der auf der Berliner Denkschrift vom Frühjahr basierte, oder der Linie Görings, der vor allem an ihrer Ausschaltung auf wirtschaftlichem Gebiet und Vermögensenteignung interessiert war, setzte sich Heydrich mit einem sehr viel umfassenderen Konzept durch. Unter Beibehaltung des Ziels einer raschen Vertreibung verknüpfte er das Wiener Verfahren, durch geraubtes Vermögen reicher Juden die mittellosen aus dem Land zu schaffen, mit dem Plan, das Leben der zurückbleibenden, künftig dauerhaft pauperisierten Juden systematisch von dem der übrigen deutschen Gesellschaft zu trennen: Das betraf Wohnen, Ausbildung, Erwerb, Kultur, Eigentum und soziale Versorgung[211]. Einzelne Punkte des nun umfassenden Vorgehens hatte man in den Jahren zuvor bereits diskutiert[212]. Zwangsarbeit und Ghettoisierung, bisher nur für den Kriegsfall erwogen, integrierte man jetzt in das Konzept. Weil der umfassende Plan aber „eine organische Lösung" erforderte, wie Göring es formulierte, wurden einige von Hitler als außenpolitisch riskant angesehene Vorschläge, etwa die Kennzeichnung der Juden, fallengelassen, dafür andere moderatere Varianten gefunden. Zwangsarbeit sollte „nur" für alle erwerbslosen Juden eingeführt, die Ghettoisierung nicht in separaten Stadtvierteln, sondern in „Judenhäusern" realisiert werden[213]. Grundsätzlich galt also nach dem Pogrom eine Doppelstrategie: Forcierung der Emigration mit allen Mitteln und zwangsweise Reorganisation des Lebens der zurückbleibenden Juden in separaten Strukturen. Dieses neue Verfolgungskonzept richtete sich im Altreich noch gegen ca. 320000 jüdische Deutsche[214].

Kontroversen im Überblick, vollständig überarb. und erweiterte Neuausgabe, Reinbek 1995, S. 173, interpretiert es als letzten Versuch der radikalen Antisemiten, sich durchzusetzen. Andere Historiker betonen als Ziel die dem Pogrom folgende Verdrängung aus der Wirtschaft, so z. B. Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Bd. II, S. 578; Herbert, Best., S. 220.

[210] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 6, Eintrag vom 13. 11. 1938, S. 185.

[211] Vgl. dazu Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 57–59.

[212] Die Bildung eines Zwangsverbands, die Einrichtung separater Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

[213] IMT, Bd. XXVIII, Dok. PS-1816, S. 499–540: Stenographische Niederschrift von der Besprechung über die Judenfrage unter Vorsitz von Feldmarschall Göring im RLM am 12. 11. 1938; Susanne Heim/Götz Aly, Staatliche Ordnung und „organische Lösung", in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 382–383: Besprechung Görings „über die Judenfrage" mit den Gauleitern, Oberpräsidenten und Reichsstatthaltern am 6. 12. 1938 im Reichsluftfahrtministerium (RLM); BA Koblenz, R 18, Nr. 5519, Bl. 283, Notiz RMdI/Adjutantur vom 15. 12. 1938; sowie BzNSGSP 9 (1991), Dok. Nr. 1, S. 15–21, „Niederschrift ü. die Sitzung im RMdI am 16. 12. 1938 in Angelegenheit der Judenfrage". Vgl. ausführlicher dazu Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 55–63.

[214] Hitler hatte die zwangsweise Massenemigration nach Übersee als Variante noch nicht aufgegeben, doch fehlten dafür die Zustimmung des Auslands sowie die notwendige Finanzierung. Vgl. Hitler-Gespräche mit ausländischen Diplomaten Ende 1938/Anfang 1939 ref. bei Friedländer, Nazi Germany, S. 310.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da Göring inzwischen als zentrale Instanz für die Koordinierung der Verfolgungsmaßnahmen fungierte, sprach die Sicherheitspolizei mit ihm schon im November direkt ab, eine Zwangsorganisation für die Juden im Reich zu gründen[215], der zuerst die Bildung einer separaten jüdischen Fürsorge[216], dann auch eines Schulwesens übertragen werden sollte[217]. Auf der Basis dieser Entscheidung konnten bis Ende November neben der Zwangssteuer „Sühneabgabe" und den Wirtschaftsverordnungen bereits der Ausschluß der deutschen Juden aus dem öffentlichen Schulwesen[218] sowie – aufgrund des seit August vorliegenden Entwurfs – aus dem Wohlfahrtssystem[219] dekretiert werden.

Von Anfang Dezember datieren die bekannten Verordnungen zur Zwangsarisierung, zur Zwangsverwaltung des Vermögens und zum vollständigen Gewerbeverbot. Damit wurde die Mehrheit der deutschen Juden zwangsweise zur Beschäftigungslosigkeit, die vielen Mittellosen unter ihnen zur Abhängigkeit von der Wohlfahrt verurteilt. Nicht ohne Konsequenz erschien Ende Dezember daher der Erlaß über den Geschlossenen Arbeitseinsatz aller vom Staat sozialunterstützten Juden[220]. Kurz darauf kam die Anordnung zur Formierung eines separaten Kulturwesens[221]. Das bereits im Oktober diskutierte Vorhaben, den Mieterschutz vollständig aufzuheben, war bis zum Dezember 1938 ebenfalls in einem Gesetzentwurf fixiert worden[222]. Doch Hitler entschied, diesen noch nicht abzuschaffen, sondern „nur" zu lockern, um Massenexmittierungen und Obdachlosigkeit zu vermeiden[223]. Die juristischen Grundlagen für die geplante Wohnkonzentration folgten wegen der Neufassung des Gesetzes erst Monate später[224], lediglich aus technischen Gründen, ähnlich wie die der Zwangsorgani-

---

[215] Zur erst jüngst erneuerten These, daß die Reichsvereinigung eine Eigengründung der Vorgängerorganisation „Reichsvertretung" gewesen sei, vgl. dagegen Esriel Hildesheimer, Die Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994; Otto D. Kulka (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Tübingen 1997.

[216] Vgl. Schreiben Best an Auswärtiges Amt vom 15. 11. 1938, zit. bei Irmtrud Wojak, Exil in Chile. Die deutsch-jüdische Emigration während des Nationalsozialismus 1933–1945, Berlin 1994, S. 46.

[217] Vgl. BA, Abt. Potsdam, 49.01 RMWiss, Nr. 11787, Bl. 106–109 und Rückseite, Besprechung betr. Neuerteilung des Schulunterrichts an Juden am 1. 12. 1938.

[218] Vgl. ebenda, Bl. 96, RMWiss-Runderlaß vom 15. 11. 1938; Adam, Judenpolitik, S. 213.

[219] Vgl. RGBl. I, 1938, S. 1649, „VO über die öffentliche Fürsorge für Juden" vom 19. 11. 1938. Vgl. ausführlicher zu diesem Thema Gruner, Fürsorge, S. 605–610.

[220] Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 60–67.

[221] Vgl. Anordnung zur Gründung eines „Jüdischen Kulturbundes", in: Jüdisches Nachrichtenblatt (künftig: JNBl.), 1938, Nr. 11 vom 30. 12. 1938, S. 1.

[222] Vgl. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (künftig: ÖStA/AdR) Wien, Bürckel-Materie, Nr. 2330/1/1, unfol., Begründung zu Gesetzentwurf (1. Hälfte Dezember 1938), S. 1f.

[223] Vgl. ebenda, Vermerk Bürckel/Stab vom 5. 1. 1939. Die Entscheidung findet sich auch in Hitlers Erlaß vom 24. 12. 1938. Vgl. IMT, Bd. XXV, S. 131f.: Göring Schnellbrief vom 28. 12. 1938 mit Hitler-Weisung; Sauer, Dokumente, Teil II, S. 83f., Dok.-Nr. 339: Hitler-Weisung vom 24. 12. 1938.

[224] „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden" vom 30. 4. 1939, in: RGBl. I, 1939, S. 864.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sation „Reichsvereinigung“[225]. Gerade die letzten angeführten Fakten komplettieren das Bild einer planmäßigen Reglementierung aller Lebensbereiche der jüdischen Bevölkerung durch die NS-Führung seit Ende 1938, die man als Politik der Zwangsgemeinschaft bezeichnen könnte[226].

Nach zeitgenössischer Einschätzung kam Göring künftig „in der Judenfrage die Stellung eines Fachministers“ zu[227]. Seine Reichweite erstreckte sich nicht nur auf die Regierung, die Ministerien oder die Landesbehörden, sondern bis hinunter zu den Kommunen[228]. Hier ging es allerdings nicht um eine Integration der „Judenpolitik“ in die Vierjahresplanbehörde[229], eher läßt sich sein Part mit dem Begriff der Supervision beschreiben: Göring leitete nur an und kontrollierte, das ließ Ministerien und Behörden Freiraum für Initiativen. Denn das neue Verfolgungsprogramm wurde jetzt arbeitsteilig organisiert, ein bisher zu wenig analysierter, aber für deren Entwicklung folgenreicher Umstand. Das Reichswirtschaftsministerium war künftig für die „Arisierung“ verantwortlich, das Reichsfinanzministerium für die Verwaltung des enteigneten Vermögens, die Kommunen für die Wohnkonzentration und das Landwirtschaftsministerium ab Kriegsbeginn für die Gestaltung der Nahrungsmittelversorgung[230]. Weil das Sicherheitshauptamt die Vertreibung weiter forcieren sollte[231], kontrollierte es künftig Mittel und Arbeit der Zwangsorganisation „Reichsver-

---

[225] Die Zwangsorganisation wurde bis Anfang Februar 1939 geschaffen. Statt der bereits im Februar 1939 vorbereiteten Polizeiverordnung wurde eine „Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ für passender gehalten, deshalb erfolgte die Gründung der Reichsvereinigung am 4. 7. 1939 (10. VO zum RBG: RGBl. I, 1939, S. 1097). Vgl. dazu Wolf Gruner, Poverty and Persecution: The Reichsvereinigung, the Jewish Population, and the Anti-Jewish Policy in the Nazi-State, 1939–1945, in: Yad Vashem Studies, Bd. XXVII, Jerusalem 1999, S. 23–60.

[226] Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 58–62 und 334–335. Die bisher für diese Phase von der Forschung benutzten Begriffe wie Kasernierung, Ghettoisierung, soziale Deklassierung oder bürgerlicher Tod treffen immer nur Teilbereiche, nie das ganze Konzept dieser Politik. Auch das Ghettoisierungsmodell von Hilberg greift zu kurz, nicht nur wegen des Fehlens von Zwangsarbeit: „1. Unterbindung der sozialen Kontakte zwischen Juden und Deutschen, 2. Wohnungsbeschränkungen, 3. Reglementierungen der Bewegungsfreiheit, 4. Kennzeichnungsmaßnahmen, 5. Bildung eines jüdischen Verwaltungsapparates“; Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1990, Bd. I, S. 165.

[227] LA Berlin, Rep. 214, Acc. 794, Nr. 13, unfol., Verfügung OB vom 2. 1. 1939 mit Verfügung Görings vom 14. 12. 1938. Im Rundschreiben vom 14. Dezember forderte Göring alle Reichsbehörden auf, die „Einheitlichkeit in der Behandlung der Judenfrage“ bei allen nachgeordneten Instanzen zu gewährleisten. Alle Anweisungen, welche die „Judenfrage“ berührten, seien von seinem Einverständnis abhängig. Vgl. BA, Abt. Potsdam, 23.01 RRH, Nr. 8004, Bl. 105, Rundschreiben in RMdI-Runderlaß (Pfundtner) vom 23. 12. 1938.

[228] Die Stadt Berlin wollte künftig alle Initiativen, selbst für die „Absonderung von Juden bei der Benutzung von Sitzbänken und Kinderspielplätzen“, prinzipiell Göring vorlegen. Vgl. LA Berlin, Rep. 214, Acc. 794, Nr. 13, unfol., Verfügung OB vom 2. 1. 1939.

[229] So die Meinung von Susanne Heim; dies., Deutschland, S. 72f. Vgl. Kritik an Heim bereits bei Herbert, Best, S. 585, Fußnote 211.

[230] In Umrissen wird das arbeitsteilige Vorgehen skizziert von Frick auf der Sitzung vom 16. 12. 1938, in: BzNGSP 9 (1991), Dok. Nr. 1, S. 18.

[231] Heydrich leitete künftig die von Göring am 24. 1. 1939 gegründete „Reichszentrale für die jüdi-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einigung", damit zugleich auch den Aufbau des separaten jüdischen Fürsorge-, Kultur- und Ausbildungswesens.

Funktion und Folgen dieser Arbeitsteilung sollen hier am Beispiel des Geschlossenen Arbeitseinsatzes illustriert werden, der vom Reichsarbeitsministerium beaufsichtigt wurde. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1939, als im Zuge der Aufrüstung immer mehr Hilfsarbeitskräfte fehlten, wurden Tausende als erwerbslos gemeldete Juden in separaten Kolonnen zu physisch schwerster Arbeit herangezogen. Die Landesarbeitsämter organisierten ihren Einsatz bei Deichbaumaßnahmen in Niedersachsen, Talsperrenprojekten im Harz und in Thüringen oder beim Reichsstraßenbau, lokale Arbeitsämter ihre Beschäftigung bei kommunalen Straßen- und Tiefbauten, auf Müllplätzen oder in Parkanlagen[232]. So hatte beispielsweise der Bürgermeister der Stadt Kelkheim im Taunus, von verschiedenen Seiten auf die Möglichkeit des „Judeneinsatzes" aufmerksam gemacht, für den Bau einer Verbindungsstraße nach Frankfurt durch das Landesarbeitsamt Hessen 20 in Frankfurt/Main rekrutierte Männer im April zugewiesen bekommen. Für die strikt von der Kelkheimer Bevölkerung getrennt gehaltene „Judenkolonne" richtete die Stadt im Tanzsaal des Gasthofes „Taunusblick" ein Lager ein, bewacht vom Ortspolizisten, beliefert durch lokale Lebensmittelhändler, regelmäßig inspiziert durch die Ratsherren[233]. Im Rahmen des Geschlossenen Arbeitseinsatzes errichteten Kommunen, öffentliche Bauträger und Privatunternehmen im Altreich mindestens 38 solcher Arbeitslager. Im Sommer 1939 betrug die Zahl der Zwangsbeschäftigten bereits 20000[234].

Anfang September änderten sich die Rahmenbedingungen für die Verfolgung jedoch entscheidend. Seit Beginn des Krieges waren die meisten Grenzen gesperrt, damit war die Politik forcierter Vertreibung nicht mehr realisierbar[235]. Trotz aller Versuche nach dem Pogrom vom November 1938 hatte die NS-Führung ihr Ziel eines „judenfreien" Deutschlands nicht erreicht. Was sollte nun mit der Masse verarmter Juden im Krieg geschehen? Zwar hatte es vage Absprachen zur Einführung allgemeiner Zwangsarbeit zwischen Arbeitsministerium und Sicherheitspolizei für diesen Fall gegeben, von detaillierten Entwürfen konnte aber keine Rede sein[236].

Statt dessen konzentrierte die NS-Führung ihre Überlegungen nach wenigen Tagen darauf, Möglichkeiten einer kollektiven Deportation ins okkupierte Gebiet zu

---

sche Abwanderung". Vgl. BA Koblenz, R 14, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Nr. 301, Bl. 221, Göring an RMdI am 24. 1. 1939; ebenda, Bl. 219, Runderlaß Heydrichs vom 11. 2. 1939; Sauer, Dokumente, Teil II, S. 119f., Dok. Nr. 365.

232 Vgl. grundsätzlich zum folgenden Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz.

233 Stadtarchiv Kelkheim, Akte „Arbeitseinsatz einer jüdischen Arbeitskolonne", unfol.; vgl. Wolf Gruner, Terra Inkognita? Die Lager für den „jüdischen Arbeitseinsatz" 1938–1943 und die deutsche Bevölkerung, in: Büttner, Die Deutschen und die Judenverfolgung, S. 131–133.

234 Wolf Gruner, Die Arbeitslager für den Zwangseinsatz deutscher und nichtdeutscher Juden im Dritten Reich. Einleitung und 1. Kapitel, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 78, 1997, H. 8, S. 1–17; sowie ders., Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 102, 217–228.

235 Jetzt gab es nur noch geringe Quoten legaler Auswanderung sowie die vom SD unterstützte illegale Emigration (u. a. nach Palästina). Vgl. zusammenfassend Kershaw, NS-Staat, S. 173f.

236 Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 68–106.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

prüfen. Schon am 19. September beriet der Ministerrat für die Reichsverteidigung über „die Unterbringung in Deutschland lebender Juden"[237]. Zwei Tage später gab Heydrich der Sicherheitspolizei bekannt, daß Hitler die „Juden-Deportation" nach Osten genehmigt habe[238]. Anfang Oktober 1939 erteilte Hitler dann den konkreten Auftrag, zur „Einleitung der geplanten Gesamtaktion fürs erste 300000 minderbemittelte Juden aus dem großdeutschen Reichsgebiet nach Polen" umzusiedeln[239]. Aufgrund dieses weitreichenden Beschlusses wurde die Einführung der allgemeinen Zwangsarbeit, über die sich auch Hitler selbst die Entscheidung vorbehalten hatte, fallen gelassen. Doch schon Ende Oktober 1939 wurden die „Umsiedlungsvorbereitungen" unterbrochen, die ersten Transporte aus Wien eingestellt. Auch die Wiederaufnahme der Transporte, diesmal aus Pommern, stoppte Göring im März 1940, da die Kapazität des Generalgouvernements durch die Transporte aus den neuangegliederten Reichsteilen überfordert war[240]. Das bedeutete endgültig die Verschiebung der sog. Altreichsdeportationen auf das für Herbst 1940 erwartete Kriegsende.

In der Zwischenzeit sollte im „Altreich" die Arbeitsverwaltung den Geschlossenen Arbeitseinsatz fortführen. Das mit dem Transportstop entstandene Handlungsvakuum nutzte diese aber auf unerwartete Weise. Aufgrund des wachsenden Kräftemangels und der bevorstehenden Kriegsausweitung auf den Westen wurde ab April/Mai 1940 der Zwangseinsatz auf nichtunterstützte Männer und Frauen ausgeweitet. Außerdem verpflichteten die Arbeitsämter erstmals Juden in großer Zahl, aber befristet, als Hilfsarbeiter in die Industrie, da dort ein besonders empfindlicher Arbeitskräftemangel herrschte[241].

Bald begann sich abzuzeichnen, wie unrealistisch die Prognose eines Kriegsendes im Herbst gewesen war. Die Deportation der deutschen Juden, wohin auch immer,

---

[237] IMT, Bd. XXXI, S. 231f., Dok. PS-2852: Niederschrift über die Sitzung vom 19. 9. 1939; vgl. auch Safrian, Eichmann-Männer, S. 71. Zum Ergebnis, daß am 19. 9. der neue Beschluß gefaßt war, kommt aufgrund anderer Dokumente auch Pohl, Judenpolitik, S. 26.

[238] Diese sollte entweder in einen neu zu errichtenden fremdsprachigen Gau in Polen oder über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie erfolgen. Vgl. Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945), hrsg. von Werner Röhr u. a., Berlin 1989, S. 119, Dok. Nr. 12: RSHA-Aktennotiz vom 27. 9. 1939 über die Besprechung am 21. 9. 1939. Aufgrund dieser Entscheidung ließ die Gestapo eine auf ihre Anweisung seit Kriegsbeginn von der Reichsvereinigung durchgeführte Erfassung arbeitsfähiger Juden am 26. 9. auf die gesamte jüdische Bevölkerung im Altreich und deren Vermögen ausweiten. Vgl. ausführlich Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 107–112.

[239] Vgl. ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Karton 118, Nr. 2315/6, Bl. 99f., Denkschrift aus dem Stab Bürckel vom 11. 10. 1939. In einer Notiz Eichmanns heißt es ebenfalls, Hitler habe zunächst „die Umschichtung von 300000 unbemittelten Juden aus dem Altreich und aus der Ostmark angeordnet". In: YV Jerusalem, 051/Nr. 91, unfol., Besprechung am 9. 10. 1939. In der Wiener Stadtverwaltung rechnete man deshalb mit dem Abtransport von 65000 unbemittelten Juden. In: ÖStA/AdR, Büro-Bürckel, Karton Rot 30, unfol., Amtsbesprechung des Bürgermeisters am 26. 10. 1939, S. 8.

[240] Vgl. Safrian, Eichmann-Männer, S. 90f., sowie die Chronologie bei Götz Aly, „Endlösung" – Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 80–92.

[241] Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 133–151.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war damit in Frage gestellt. Hitler und das Reichssicherheitshauptamt griffen wieder zum Mittel der Gewalt und ließen kurzfristig tausende deutscher Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet Ende Oktober ins unbesetzte Frankreich deportieren[242]. Während der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion ordnete Hitler schließlich – unter Aufgabe der zwischenzeitlichen Nachkriegsplanungen – im Dezember 1940 an, mit dem Abtransport von 60000 Juden aus Wien „noch während des Krieges" zu beginnen[243]. Im Februar und März 1941 wurden deshalb tausende österreichischer Juden nach Polen deportiert[244]. Zugleich erhielt Heydrich offenbar schon zu diesem Zeitpunkt den Auftrag, die Zwangsaussiedlung aller Juden im deutschen Herrschaftsbereich vorzubereiten[245].

Im Reichsarbeitsministerium dagegen hatte man aus dem stagnierenden Verlauf des Krieges für die Verfolgung der Juden ganz andere Schlüsse gezogen. Seit Oktober 1940 waren durch die Arbeitsämter alle noch verfügbaren Jüdinnen und Juden – nun unbefristet – zwangsverpflichtet worden, vorrangig für die Rüstungsindustrie. Um den Mangel an qualifiziertem Personal auszugleichen, lernte man Juden plötzlich auf Facharbeiterpositionen an, eine Abkehr vom ursprünglichen Konzept eines ausschließlichen Hilfsarbeitereinsatzes, die nur aufgrund der arbeitsteiligen Verfolgungspolitik möglich wurde[246].

Nach den massiven Rekrutierungsaktionen war an der Jahreswende 1940/1941 die Mehrheit der arbeitsfähigen jüdischen Bevölkerung im „Altreich" zwangsbeschäftigt, rund 40000 Frauen und Männer. Da man sich im Reichssicherheitshauptamt um diese Entwicklung bisher nicht gekümmert hatte, war man von ihrem Umfang völlig überrascht. Die Ende Oktober 1940 erwogenen Pläne, wie in Polen üblich[247], nun auch in Deutschland binnen weniger Tage 10000 Juden für den Autobahnbau rekrutieren zu wollen, scheiterten hier am längst umfassend praktizierten Zwangseinsatz[248].

Nach Hitlers Entscheidung über den Abtransport aller Juden noch während des Krieges gab man die seit dem Pogrom geübte Aufgabenteilung in der Verfolgungspolitik sukzessive auf. Das Reichssicherheitshauptamt befahl der „Reichsvereinigung"

---

[242] Vgl. Erhard Wiehn (Hrsg.), Oktoberdeportation 1940, Konstanz 1990; siehe auch RSHA-Erlaß vom 30. 9. 1940, in: Lösener, Reichsministerium, S. 295; Aly, Endlösung, S. 185.

[243] Vgl. IMT, Bd. XXIX, S. 175, Dok. PS-1950: Lammers als Chef der Reichskanzlei an Reichsstatthalter Schirach in Wien vom 3. 12. 1940.

[244] Vgl. Central Zionist Archive Jerusalem, S. 26, Nr. 1191 g, unfol., Bericht IKG Wien 19. 5. 1938–1944/45, S. 34.

[245] Vgl. die neuen Fakten in: Aly, „Endlösung", S. 268–273.

[246] Allerdings verstieß dies nicht gegen die Konzeption der Zwangsgemeinschaft, denn sie wurden weiterhin unter Sonderrecht und in isolierten Abteilungen oder Schichten eingesetzt. Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 133–151, 165–167.

[247] Vgl. Wolf Gruner, Die Organisation von Zwangsarbeit für Juden in Deutschland und im Generalgouvernement 1939–1943: Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Die Festung Glatz und die Verfolgung in der NS-Zeit, hrsg. von der Stiftung „Topographie des Terrors", Berlin 1997, S. 46 f.

[248] Gerade noch 1500 Kräfte standen zur Verfügung. Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 165–167.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im März 1941, alle Mittel auf die Finanzierung der „Gesamtauswanderung der siedlungsfähigen jüdischen Bevölkerung" zu konzentrieren[249]. Konkret bedeutete das Personalreduzierung aller jüdischen Einrichtungen im Altreich. Ein Teil der von der Reichsvereinigung unterhaltenen Lager wurde geschlossen[250], die Entlassenen wurden den Arbeitsämtern direkt für den Zwangseinsatz überstellt. Die weit verbreitete Meinung, die Zwangsarbeit für deutsche Juden sei erst im März 1941 eingeführt worden[251], basiert wohl auf diesen Vorgängen. Infolge der erstmaligen Kooperation beider Behörden steigerte sich der Zwangseinsatz noch einmal auf bis zu 53 000 Personen (Juli 1941), der Alltag fast jeder jüdischen Familie war nun von Zwangsarbeit geprägt[252]. Auch bei der bisher von den Kommunen verantworteten Wohnkonzentration gab das Reichssicherheitshauptamt jetzt die strikte Arbeitsteilung auf und förderte nun die Internierung jüdischer Familien einzelner Landkreise oder Städte in Lagern. Trotzdem ging Goebbels die Separierung der Juden zu langsam voran[253], er wollte Hitler vorschlagen, „Judenläden" einzurichten, in der Hauptstadt Juden in Barackenlagern unterzubringen und schließlich auch alle Juden zu kennzeichnen[254]. Nach Hitlers Zustimmung am 19. August[255] entwarf das Reichssicherheitshauptamt eine Polizeiverordnung über ein „Judenabzeichen"[256]. Offenbar fiel in eben diesen Tagen die Entscheidung, die geplanten Deportationen in die besetzte Sowjetunion zu lenken[257]. Am 21. August erörterten Ministerialvertreter im Geheimen Staatspolizeiamt bereits die Transportmodalitäten[258].

Zwischen 1939 und 1941 hatte der NS-Staat eine von der Volksgemeinschaft isolierte Zwangsgemeinschaft der deutschen Juden errichtet. Wie am Zwangseinsatz zu sehen war, entstand trotz eines zentral ausgerichteten Verfolgungsprogramms zugleich neuer Spielraum für die verantwortlichen Behörden. Während das Reichsarbeitsministerium den Geschlossenen Arbeitseinsatz steuerte, wurde über die Gestal-

[249] BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 45, Bl. 26, Notiz 27/41 über RSHA-Vorladung vom 17. 3. 1941.

[250] Seit 1939 wurden ca. 50 Lager von der Reichsvereinigung unterhalten und von der Gestapo kontrolliert, deren Insassen unabhängig von den Arbeitsämtern in Land- und Forstwirtschaft und beim Straßenbau beschäftigt wurden. Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 107–132 und 233–245. Lagerliste in: Ders., Zu den Lagern der Reichsvereinigung (ab 1941 Arbeitslager) im Altreich, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 79, 1997, S. 3–17.

[251] Ausführlich hierzu Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 180 f.

[252] Vgl. ebenda, S. 178–194 und 245–249.

[253] Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 9: Eintrag vom 10. 6. 1941 S. 362; ebenda, Eintrag vom 1. 7. 1941, S. 416.

[254] Zur Sitzung am 15. August lud das Propagandaministerium die übrigen Ressorts, staatliche Dienststellen und Vertreter der NSDAP ein. Zwei Sitzungsberichte sind überliefert. Lösener, Reichsministerium, S. 302 f., Vermerk Löseners (RMdI) über Sitzung am 15. 8. 1941, und Pätzold, Verfolgung, S. 304, Dok. Nr. 278: Vermerk über die Sitzung am 15. 8. 1941 im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMfVP).

[255] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II, Bd. 1: Eintrag vom 20. 8. 1941, S. 278; vgl. Lösener, Reichsministerium, S. 305: Vermerk Löseners vom 20. 8. 1941.

[256] Lösener, Reichsministerium, S. 307.

[257] Vgl. Safrian, Eichmann-Männer, S. 109–111; Aly, Endlösung, S. 332–334.

[258] Debattiert wurden die Maßnahmen für „Halbjuden". Vgl. Lösener, Reichsministerium, S. 306.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung anderer für den Alltag der deutschen Juden wichtiger Verfolgungsbereiche, wie die Wohnkonzentration und Zwangsversorgung, in den Gemeinden entschieden.

b) Die lokale Ebene

In München hatte Oberbürgermeister Fiehler fünf Tage nach dem Pogrom von 1938 ein Rundschreiben an seine Verwaltung gerichtet: „Die Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben, insbesondere auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Sektor, wirft für die kommunale Verwaltung eine ganze Menge von Fragen und Zweifeln auf. Es muß zum Beispiel Klarheit geschaffen werden über die Behandlung der Juden in der Fürsorge, ihre Aufnahme in städtischen Krankenhäusern, ihre Zulassung zur Markthalle, die Behandlung auf schulischem Gebiet. An sich sind nach § 17 DGO die Einwohner und damit auch die Juden berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen zu benutzen. Es muß also bis zur Schaffung einer reichseinheitlichen Regelung ein Übergangszustand gefunden werden, der sich möglichst an die endgültige Regelung anpaßt. Ich gedenke beim Staatsministerium des Innern entsprechende Weisung einzuholen. Es ist deshalb notwendig, daß mir auf dem schnellsten Wege alle Schwierigkeiten, Zweifelsfragen und besonderen Verhältnisse mitgeteilt werden, die die Behandlung von Juden hinsichtlich der gemeindlichen Einrichtungen jeder Art betreffen."[259] Fiehler, offensichtlich über erste Resultate der Diskussion in Berlin unterrichtet, wollte damit in seiner Verwaltung alle bisherigen Erfahrungen, aber auch alle neuen Pläne in der Judenpolitik bündeln, um das neue Ziel einer umfassenden Separierung rasch auf städtischer Ebene durchsetzen zu können.

Mit Abschluß der Strategiedebatte innerhalb der NS-Führung Ende Dezember 1938 sanktionierte Hitler die seit 1933 von vielen Kommunen informell eingeführten antisemitischen Zugangsbeschränkungen: Ein „Judenbann" konnte jetzt für bestimmte Hotels und Gaststätten, jede Badeanstalt, einzelne öffentliche Plätze oder ganze Kurorte ausgesprochen werden[260]. Das neue Verfolgungsprogramm enthielt zudem eine Reihe von Maßnahmen, die speziell von den Kommunen umzusetzen waren. Mit der Verordnung zum Ausschluß der deutschen Juden aus der öffentlichen Wohlfahrt vom November 1938 sollte die staatliche Fürsorgepflicht auf jüdische Einrichtungen übertragen werden. Viele Stadtverwaltungen, etwa Breslau, Chemnitz, Düsseldorf, Köln und München, stellten auch sofort ihre Unterstützungszahlungen für die nach dem Gewerbeverbot rasch wachsende Zahl jüdischer Hilfsbedürftiger ein. Da die „Reichsvereinigung" zur Einrichtung eines separaten Fürsorgewesens verpflichtet war, beschleunigte deren formelle Gründung diesen Prozess. In manchen Städten scheiterte der Transfer aber an der mangelnden finanziellen Ausstattung der jüdischen Einrichtungen. Hatten sich gleichwohl bis Ende 1939 bereits fast alle Großstädte der Versorgung entledigt, so „gelang" das aufgrund der großen Zahl jüdischer Wohlfahrtsempfänger in der Reichshauptstadt erst Ende 1940. Diverse Kommunen forderten schon eine Ausweitung der

[259] YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 111 B, Bl. 150, Rundverfügung OB Fiehler vom 15. 11. 1938.
[260] Sauer, Dokumente, Teil II, Nr. 339, S. 83 f.: Hitler-Weisung vom 24. 12. 1938.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„jüdischen" Zwangsfürsorge auf Juden in „Mischehen" und/oder „Mischlinge". Diese vom Deutschen Gemeindetag 1941 offensiv vertretenen Pläne wurden bemerkenswerterweise vom Reichssicherheitshauptamt blockiert, das eine finanzielle Überlastung der von ihm kontrollierten jüdischen Einrichtungen zu vermeiden suchte. Ohne sie hätte das separate Wohlfahrts- und Schulwesen nicht mehr funktioniert[261].

Die Kommunen engagierten sich aber auch weiterhin bei der repressiven Gestaltung der Lebensbedingungen. Schon am 21. Februar 1939 gab der Deutsche Gemeindetag in seinem internen Nachrichtendienst bekannt, daß ein „allgemeiner Ausschluß der Juden vom Einkauf" unzulässig sei[262]. Damit reagierte der kommunale Spitzenverband auf bald nach dem Pogrom einsetzende städtische Initiativen. Im Sommer häuften sich solche Maßnahmen, insbesondere zur Einführung besonderer Einkaufszeiten für Juden[263]. Obwohl er selbst eigentlich einem flexiblen Ausschluß zuneigte, übermittelte der Deutsche Gemeindetag den anfragenden Kommunen die negative Haltung des Reichsinnenministeriums: Grundsätzlich sei ein Ausschluß von Juden vom Einkauf nicht zulässig, denn andernfalls müßten gesonderte Läden geschaffen werden. Dies sei zu diesem Zeitpunkt nicht beabsichtigt[264]. Schon wenig später, kurz nach Kriegsbeginn im September 1939, empfahl jedoch die Sicherheitspolizei separate Lebensmittelgeschäfte für Juden. Obwohl diese Richtlinie wegen angeblicher Realisierungsschwierigkeiten rasch zurückgezogen wurde[265], erschwerten in den Folgemonaten Maßnahmen vieler städtischer Ernährungs- und Wirtschaftsämter bzw. der Städte selbst jüdischen Einwohnern den Lebensmittelbezug. Wie so oft wurden auch diese lokalen Aktivitäten von zentraler Seite toleriert. Drei Grundtypen der Versorgungsbeschränkung lassen sich heute für die Jahre 1940/41 feststellen: Während Breslau, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Nürnberg und München einige Geschäfte „zuverlässiger Parteigenossen" für den Einkauf bestimmten, gründete man in Hamburg, Kassel, Leipzig und Stuttgart „Sonderverkaufsstellen für Juden"[266]. In Berlin, Dresden, Köln und Mannheim durften Juden nur zu bestimmten Stunden, dafür jedoch in allen Geschäften einkaufen[267]. Die dritte Variante ging offensichtlich

---

261 Gruner, Fürsorge, S. 607–610. Dieser Konflikt, der sich auch auf anderen Gebieten zeigte, spricht gegen die These von Matzerath, daß Bürgermeister und Landräte jetzt nur noch als Erfüllungsgehilfen der Gestapo agierten. Vgl. ders., Bürokratie, S. 118.

262 LA Berlin, Rep. 142/7, 4-10-2/Nr. 13, unfol., DGT/Abt. IV an Bgm. Bünde am 20. 6. 1939.

263 Vgl. ebenda, Bgm. Bünde an DGT Westfalen in Münster am 7. 6. 1939; ebenda, 1-2-6/Nr. 1, Bd. 2, unfol., DGT Sachsen an DGT Berlin am 23. 8. 1939.

264 Vgl. ebenda, Handschriftl. Entwurf DGT Berlin an DGT Sachsen vom 26. 8. auf Brief des DGT Sachsen vom 23. 8. 1939, und DGT/Abt. I an DGT Sachsen am 30. 8. 1939.

265 Vgl. Staatsarchiv (künftig: StA) Freiburg i. Br., Landeskommissär Konstanz, P. Nr. 680, unfol., Erlaß der Stapoleitstelle Karlsruhe vom 12. 9. 1939 laut AO von Werner Best; ebenda, P. Nr. 365, Nr. 243, unfol., Erlaß der Stapoleitstelle Karlsruhe vom 21. 9. 1939.

266 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Film-Nr. 52407-23, Bl. 201–205, Bericht RV (undatiert, ca. August 1941). Je nach den örtlichen Verhältnissen kooperierten dabei die Stadtverwaltungen mit der Gestapo oder der NSDAP-Kreisleitung, oft mit der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, für die Einrichtung von Extrageschäften mit lokalen Verbrauchergenossenschaften.

267 Vgl. Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 72 f.; Fliedner, Mannheim, Bd. II, S. 48; Klemperer, Ta-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Landwirtschaftsminister Darré zurück. Der hatte im März 1940 aufgrund der zuvor widersprüchlichen lokalen Praxis die Sonderversorgung der Juden mit Lebensmitteln neu geregelt, die Kennzeichnung ihrer Rationskarten veranlaßt und den Ernährungsämtern freigestellt, Einkaufszeiten festzulegen[268].

Seit der Neuorientierung der Verfolgung erstreckte sich die Aufgabe der Kommunen vor allem darauf, ihre jüdischen Mitbürger in bestimmten Wohnbereichen zu „ghettoisieren". Obwohl zu Beginn des Jahres 1939 zwischenzeitlich diskutiert wurde, die gesamte jüdische Bevölkerung in wenigen Großstädten zu konzentrieren[269], blieb es zunächst bei der von Hitler favorisierten „Zusammenlegung" in „Judenhäusern" innerhalb der jeweiligen Wohnorte. Dresden[270], Duisburg[271], Kassel[272], München[273] und Nürnberg[274] begannen mit den Vorbereitungen, Monate bevor das Gesetz vorlag. Die Ausweisung jüdischer Mieter, später auch die „Verwertung der Judenwohnungen"[275], waren sofort Themen im Deutschen Gemeindetag.

Das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden" legalisierte Ende April diese Initiativen, denn es übertrug allein den Kommunen die Autorität, Juden „gegebenenfalls zwangsweise" in bestimmten Häusern zu konzentrieren[276]. Nun setzten in vielen

---

gebücher 1933–1941, S. 549: Eintrag vom 30. 8. 1940; BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Film-Nr. 52407-23, Bl. 201–205: Bericht RV (ca. August 1941).

[268] Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Reg. Aachen, Nr. 14421, unfol., Erlaß vom 11. 3. 1940; vgl. Auszug bei Pätzold, Verfolgung, S. 261 f., Dok. Nr. 232.

[269] Das Judenreferat des SD hatte Ende Februar 1939 vorgeschlagen, sich an der „Umsiedlung" österreichischer Juden nach Wien zu orientieren; Vermerk Hagen SD-Judenreferat II 112 vom 28. 2. 39, in: Heim, Deutschland, S. 58. Im März diskutierte man im Deutschen Gemeindetag den Plan, die Juden vor allem in Berlin, Breslau, Frankfurt und Hamburg zu konzentrieren. Vgl. BA Koblenz, R 36 DGT, Nr. 899, unfol., Entwurf der Niederschrift über die 8. Tagung der Nordwestdt. Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege am 13. 3. 1939.

[270] In Dresden konnten seit Januar 1939 Mietverhältnisse ohne die üblichen Gründe aufgehoben werden. Vgl. Stadtarchiv Dresden, Fürsorgeamt, Nr. 514, Bl. 31, Deckblatt zum Rundschreiben vom 31. 12. 1938.

[271] Man diskutierte über eine „geschlossene Unterbringung der Juden im Stadtbezirk". Vgl. Stadtarchiv Duisburg, Best. 100 A, Nr. 106/3, unfol., Verwaltungsberatung vom 7. 3. 1939. Vgl. von Roden, Duisburger Juden, Bd. II, S. 856.

[272] Ab Beginn des Jahres 1939 versuchte die Stadt zunächst, alle zuziehenden Juden in Häuser mit jüdischen Inhabern einzuweisen. Vgl. Wolfgang Prinz, Die Judenverfolgung in Kassel, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde Kassel, S. 203.

[273] Vgl. YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 162, Bl. 126, SA-Brigadeführer Dziewas an Fiehler am 25. 2. 1939.

[274] Die Stadt hatte seit dem 12. 11. 1938 die Hausbesitzer aufgefordert, jüdischen Mietern bis 1. 12. 1938 zu kündigen. 250 Wohnungen wurden geräumt und Juden mit großen Wohnungen gezwungen, die exmittierten Familien aufzunehmen. Vgl. BA Koblenz, R 36 DGT, Nr. 902, unfol., 6. Tagung der Süddt. Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege am 27. 1. 1939 in Bad Dürkheim, S. 3.

[275] Ebenda; Stadtarchiv Freiburg i. Breisgau, C_4 VI/28, Nr. 1, unfol., Sitzung der Oberbürgermeister der Stadtkreise (DGT-Landesdienststelle Baden) am 27. 2. 1941, S. 9 f.

[276] RGBl. I, 1939, S. 864. Vgl. auch YV Jerusalem, MIDN, Nr. 201, Bl. 1–3, Rundschreiben Nr. 100/39 zu „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden", Anhang: Runderlaß des RArbM und RMdI vom 4. 5. 1939.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Städten planmäßige Exmittierungen ein. Obwohl Partei und Gestapo[277] de jure auf diesem Feld ausgeschaltet waren, gelang es ihnen de facto mancherorts Einfluß auf die Praxis zu gewinnen. In Düsseldorf[278] und Leipzig[279] kooperierten die Stadtverwaltungen bei der Einrichtung von „Judenhäusern" mit den NSDAP-Kreisleitungen, in Halle/Saale[280] mit dem Gau-Treuhänder und der Gestapo. In Berlin organisierte Generalbauinspektor Albert Speer die Entmietungsaktionen im Interesse der „Neugestaltung der Reichshauptstadt"[281].

Bis zum Ende des Jahres 1939 waren in manchen Kommunen bereits ganze Stadtteile geräumt. In Leipzig gab es danach 47[282], in Dresden 32 „Zwangswohngemeinschaften"[283]. Über die auch von den Stadtverwaltungen in Bielefeld, Emden, Duisburg und Ulm durchgeführte Konzentration in „Judenhäusern" hinausgreifend[284], plante in München bereits im Frühjahr 1940 die „Dienststelle des Beauftragten des Gauleiters für Arisierung", die dort sukzessive die Verfolgungsorganisation an sich zog, sämtliche Juden „in einem geräumten Kloster" auf dem Lande einzuquartieren[285]. In Jena wollten Stadtverwaltung und Partei im Sommer alle jüdischen Familien in „Judenbaracken in einer gut beobachtbaren Gegend" unterbringen[286].

War der Münchner Plan zuerst abgelehnt worden, so bekam er 1941 neue Bedeutung im Zuge der Deportationsvorbereitungen. Oberbürgermeister Fiehler hatte

---

[277] Vgl. Aussage Gestapo München: „Das Gesetz vom 30. 4. 1939 gibt der Geheimen Staatspolizei vorerst keine Handhabe, hier entscheidend einzugreifen. Es ist vielmehr die Aufgabe der Gemeindebehörde", in: YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 111 B, Bl. 482, Stapoleitstelle an OB/Gewerbeamt München am 13. 7. 1939.

[278] Stadtarchiv (künftig: StadtA) Düsseldorf, IV 459, Bl. 257, Berichtsvorlage des Wirtschaftsamtes Düsseldorf (ca. Mitte Juli 1939); ebenda, IV 12314, Bl. 35, Besprechung am 5. 7. 1939 zwischen Stadt und NSDAP-Kreisleitung.

[279] Leipziger Neueste Nachrichten vom 31. 10. 1939.

[280] Im September sollten die ersten Familien in „Judenhäuser" umziehen, außerdem „alle im Regierungsbezirk Merseburg ansässigen Juden" einquartiert werden. In: Dreihundert Jahre Juden in Halle. Leben-Leistung-Leiden-Lohn, hrsg. v. d. Jüdischen Gemeinde in Halle, Halle 1992, S. 171.

[281] Speer benannte die zu „säubernden" Stadtbezirke; später dirigierte seine Behörde mehrere Räumungsaktionen. Vgl. Gruner, Reichshauptstadt, S. 241–248; ausführlich dazu Susanne Willems, Stadtmodernisierung, Wohnungsmarkt und Judenverfolgung in Berlin 1938–1943, Diss. Bochum 1999.

[282] Vgl. Leipziger Neueste Nachrichten vom 31. 10. 1939.

[283] Nora Goldenbogen, „Man wird keinen von ihnen wiedersehen". Die Vernichtung der Dresdner Juden 1938–1945, in: Heer, Finsternis, S. 99f.

[284] Vgl. Joachim Meynert, Was vor der „Endlösung" geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933–1945, Münster 1988, S. 228; außerdem Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem, Inventar, Nr. 6334, Bl. 97–101, Liste der am 19. 4. 1940 in Emden wohnhaften Juden; von Roden, Duisburger Juden, S. 856–858; Heinz Keil, Dokumentation über die Verfolgungen der jüdischen Bürger von Ulm/Donau, Ulm 1961, S. 198, 206f.

[285] YV Jerusalem, MIDN, Nr. 113, Bl. 12, Vermerk Städt. Dezernat vom 30. 3. 1940, und Bl. 22, Beauftragter des Gauleiters an Bürgermeister Hadern am 4. 3. 1940.

[286] Der Plan für die ca. 30 Einwohner wurde 1941 realisiert. Vgl. BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA I, Nr. 7928, A. 4, unfol., Rechtsamt Jena an Stadtkämmerer Kanzler am 5. 9. 1940 und handschriftl. Bemerkung vom 16. 9. 1940; ebenda, Siegfried Singer an Rechtsamt am 4. 8. 1941.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon am 30. Januar 1941 sein Einverständnis zur Evakuierung aller Juden aus München, ja zur Räumung des ganzen „Traditionsgaues" gegeben[287]. Als im März die Reichsleitung der NSDAP zudem darauf drängte, die „Frage der Räumung der Judenwohnungen einer reicheinheitlichen Regelung" durch Beschlagnahme zuzuführen, und Druck auf Bürgermeister und Gemeinderäte auszuüben begann[288], wurde in München in einer konzertierten Aktion von Gauleitung und Stadt mit dem Bau eines Lagers begonnen[289]. Zunächst hatte das Reichssicherheitshauptamt noch gegen die Münchner und entsprechende Initiativen, etwa in Aachen oder Brandenburg, interveniert; statt Lager sollten „Judenhäuser" eingerichtet werden, um eine „Ghettoisierung" zu vermeiden[290]. Doch seit Ende Mai wurden diese Vorbehalte aufgegeben und viele jüdische Familien auf abgelegenen Zechen, in geräumten Klostergebäuden oder Reichsarbeitsdienstbaracken einquartiert. Bürgermeister und Landräte kooperierten dabei eifrig mit Partei- und Gestapodienststellen, weil lokale Interessen an Zwangsarbeit oder Wohnraum in dieser Phase mit den zentralen Zielen Kontrolle und Internierung zusammenfielen. In Deutschland wurden bis zum Herbst so tausende Familien in ca. 40 von der Gestapo kontrollierte Arbeits- und Wohnlager interniert[291]. Die kommunalen Maßnahmen zur Separierung bildeten eine wichtige Grundlage für die geplante Massendeportation.

6. Zusammenfassende Überlegungen

Während die Einsatzgruppen in der Sowjetunion Juden bereits zu Zehntausenden ermordeten, fand die Separierung der Verfolgten in Deutschland einen sichtbaren Abschluß durch die Einführung des „Judensterns" im September 1941. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten der noch ca. 160000 im „Altreich" lebenden jüdischen Deutschen in „Zwangswohngemeinschaften" konzentriert. Fast alle Arbeitsfähigen standen im Zwangseinsatz. Jüdische Deutsche unterlagen einem Sonderrecht, durften sich nicht mehr frei bewegen, waren von allen öffentlichen Einrichtungen ausgeschlossen, konnten Informationen nur noch durch die überwachte Reichsvereinigung oder das zensierte Nachrichtenblatt beziehen. Diese systematische Abschottung schuf seit Ende 1938 im Verein mit der durch sie verstärkten Entsolidarisierung der restlichen Bevölkerung auch die sozialen und organisatorischen Bedingungen für

[287] YV Jerusalem, M-1/DN, Nr. 119, Bl. 90, Vermerk des Städt. Wohnungsnachweises vom 30. 1. 1941.

[288] BA, ZwA Dahlwitz-Hoppegarten, ZA I, Nr. 7928, A. 4, unfol., NSDAP-Gau Thüringen/Kreisrechtsamt Jena an OB/Wohnungsamt vom 20. 3. 1941; StadtA Düsseldorf, IV 12314, Bl. 59, NSDAP-Gaurechtsamt (Dr. Wagner) an OB Düsseldorf am 7. 4. 1941.

[289] Vgl. Hanke, Juden in München, S. 282–284.

[290] BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 45, Bl. 13, Aktennotiz 30/41 über Vorladung ins RSHA vom 21. 3. 1941, und ebenda, Bl. 47, Aktennotiz 19/41 über Vorladung ins RSHA vom 8. 3. 1941.

[291] Vgl. Gruner, Geschlossener Arbeitseinsatz, S. 249–269. Lagerliste in: Ders., Zu den Arbeits- und Wohnlagern für deutsche Juden im Altreich (1941–1943/44), in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 80, 1997, S. 27–37.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Planung und Durchführung ihrer Deportation in den Osten und ihre dortige Vernichtung[292]. Einen bisher unterschätzten Beitrag hierzu leisteten die deutschen Stadtverwaltungen und Gemeindevorstände.

Das zentrale Ziel antijüdischer Politik war bis 1938 die Vertreibung. An der Konzipierung und Umsetzung der Verfolgungspolitik selbst waren seit 1933 vor allem die Reichsregierung und die Reichsleitung der NSDAP mit den ihnen nachgeordneten Instanzen, auf lokaler Ebene die Kommunalverwaltungen, die örtliche Parteiführung und die SA beteiligt. Nach dem ersten großen Boykott und den ersten antijüdischen Gesetzen wurden aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen seit Sommer 1933 viele antisemitische Aktivitäten bewußt an die regionale und lokale Ebene delegiert[293], was die Forschung immer wieder mit einem Abebben der Verfolgung verwechselt hat. Lokale Aktionen, ob Ausschreitungen oder Behördenakte, sind aber als Teil einer sehr viel umfassenderen staatlichen Verfolgung zu verstehen, da sie von zentraler Seite instrumentalisiert wurden[294]. Ministerien und der Deutsche Gemeindetag tolerierten, ja förderten informelle Ausgrenzungsinitiativen der Städte und Gemeinden, ob auf wirtschaftlichem Gebiet oder in öffentlichen Einrichtungen. Gerade in den Kommunen wurde die Ungleichheit von Juden und Nichtjuden zuerst institutionalisiert. Während Reichsmaßnahmen bis 1935 meist einzelne soziale oder politische Gruppen trafen, war es das Schild „Für Juden verboten" am Eingang der Schwimmbäder, das die deutschen Juden erstmals ohne Unterschied diskriminierte, eine öffentliche Ausgrenzung, die auf das Konto der eigenen Heimatstadt ging.

Aus dem seit Sommer 1933 praktizierten informellen System der Verfolgung ohne „rechtlichen" Rahmen resultierten immer häufiger Konflikte zwischen lokalen und zentralen Interessen, zwischen SA und Polizei. Im Sommer 1935 synchronisierte der NS-Staat mit einer beispiellosen Medienkampagne lokale antijüdische Ausschreitungen, kommunale Akte zur Separierung von Juden in öffentlichen Einrichtungen sowie zentrale antijüdische Gesetzesvorhaben. Auf letztere hatte erstmals Heydrich für das Geheime Staatspolizeiamt mit ganz eigenen radikalen Vorschlägen gedrängt. Mit den „Nürnberger Rassengesetzen" erreichte die antijüdische Politik dann im Herbst qualitativ eine neue Stufe. Durch die juristische Sanktionierung der Ungleichheit von Juden und Nichtjuden existierte nun eine „legale" Basis für die weiterhin stark informell funktionierende Verfolgung. Denn obwohl die NS-Führung Ende 1935 offiziell Einzelaktionen verbot, unterstützte sie zugleich intern eine Radikalisierung durch die Ortsbehörden. Hier handelte es sich nicht um ein Gegeneinander von lokaler und zentraler Ebene, sondern um ein dynamisches Wechselverhältnis! Seit 1936 finden sich immer mehr Beispiele für eine Koordinierung der Verfolgung, auf

---

[292] Zur Entwicklung in Deutschland und den besetzten Gebieten vgl. Ulrich Herbert (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a. M. 1998.

[293] Adams Auffassung, es habe in dieser Phase kein einheitliches Vorgehen in der Judenpolitik gegeben, da Regionalmaßnahmen überwogen, ist deshalb so nicht mehr haltbar. Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 74.

[294] Vgl. Rürup, Ende, S. 109.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

horizontaler Ebene unter den Städten oder den Regierungsinstanzen, aber auch in vertikaler Hinsicht zwischen Kommunen und Ministerien. Die institutionelle Schnittstelle bildete der Deutsche Gemeindetag, der vor allem die seit 1937 immer stärker auf Sanktionierung ihrer Maßnahmen durch Reichsgesetze drängenden Kommunen unterstützte.

Drei Faktoren veränderten seit Herbst 1937 die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der „Judenpolitik": Die Kriegserwartung, die Verdopplung der jüdischen Bevölkerung im deutschen Herrschaftsbereich durch die Annexion Österreichs im März 1938 und die rapide sinkenden Emigrationsmöglichkeiten. Diese waren vor allem verursacht durch die rasche Verarmung der jüdischen Bevölkerung aufgrund der wachsenden Repressionen. Ein Teufelskreis war die Folge: Die Maßnahmen der Reichsbehörden nahmen noch an Härte zu, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, auch wurde wieder stärker auf das Mittel des offenen Terrors zurückgegriffen. Zugleich versuchte man die differierenden Pläne der Ministerien, der NS-Führung und der Sicherheitspolizei stärker zu koordinieren. Um diese selbstgeschaffene Blockade in ihrer antisemitischen Politik zu durchbrechen, erwog die NS-Führung als Alternativen eine Kollektivmigration in ein Land außerhalb Europas, für die nichtvertreibbaren Juden die Separierung von der übrigen Gesellschaft. Gerade hier zeigt sich, daß kommunale Maßnahmen – zuvor der Reichspolitik meist einige Schritte voraus – sich im Sommer 1938 mit zentralen Positionen deckten. Einige lange von Kommunen geforderten antijüdischen Gesetze wurden nun vorbereitet. Doch angesichts eines möglichen Krieges diskutierten schon im September 1938 Sicherheitspolizei und SD, aber auch Ministerien über Ghettoisierung und Zwangsarbeit, so daß die Kommunen und Gemeinden ihre bisher „innovative" Rolle im Verfolgungsprozess an diese Ebene verloren. Als das Novemberpogrom von 1938 die Vertreibungshindernisse eher noch erhöhte, verständigte sich die NS-Führung auf eine historisch folgenschwere Neuorientierung der „Judenpolitik". Künftig galt die Doppelstrategie: Zwangsvertreibung und Separierung der Zurückbleibenden in einer Zwangsgemeinschaft. Unter der Leitung Görings waren das Reichssicherheitshauptamt für Emigration und den überwachten Aufbau getrennter „jüdischer" Einrichtungen, die Ministerien für Zwangseinsatz, Enteignung und Sonderversorgung und die Kommunen für die Schaffung von Zwangswohngemeinschaften zuständig.

Diese Arbeitsteilung hatte – wie gezeigt – auch Konsequenzen, die dem zentralen Separierungsziel zuwiderliefen. Da die Entscheidung vom Herbst 1939, die deutschen Juden ins besetzte Polen auszusiedeln, bis zum Sommer 1940 nicht realisiert wurde, nutzte die Reichsarbeitsverwaltung ihre Chance und organisierte flächendekkend im Reich deren Geschlossenen Arbeitseinsatz in der Industrie. Zählten bis dahin zu den Nutznießern der entrechteten Billigarbeitskräfte vor allem öffentliche Bauträger, wie Reichsautobahn[295] und Reichsbahn, Straßenbau-, Wasserbau- und

[295] Zum Einsatz polnischer Juden im „Altreich" 1941 beim Autobahnbau vgl. auch Wolf Gruner, Juden bauen die „Straßen des Führers". Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager für nichtdeutsche

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Forstämter, Stadtverwaltungen sowie unzählige private Bau- und Transportunternehmen, so nun sehr viele Rüstungsfirmen, insbesondere in der Elektro-, Chemie- und Metallbranche. Dies widerlegt im übrigen auch die undifferenzierte These, daß Zwangsarbeit für Juden immer Vernichtung bedeutet habe[296].

Nach dem Pogrom von 1938 hatten die Kommunen im Rahmen des neuen Verfolgungsprogramms die Wohnkonzentration jüdischer Einwohner, also die Einrichtung von „Judenhäusern", zu organisieren, manche noch vor Erlaß des entsprechenden Gesetzes, manche erst ein oder zwei Jahre später, so in Hannover[297]. Städtische Behörden behielten im Rahmen der Aufgabenteilung als nachgeordnete Verwaltungseinrichtungen zusätzlichen Gestaltungsspielraum bei der Durchsetzung zentraler Maßnahmen, etwa Ernährungsämter bei der Beschränkung der Lebensmittelversorgung oder Wohlfahrtsämter beim Ausschluß aus der Fürsorge. Kommunalverwaltungen trugen also intensiv zur Separierung der jüdischen Deutschen bei, einige gingen – oft im Verein mit Partei oder Gestapo – mit zusätzlichen Freizügigkeitsbeschränkungen in der Phase bis zu den Deportationen über zentrale Vorgaben erneut weit hinaus.

Generell kann die antijüdische Politik von Stadtverwaltungen und Gemeinden seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten damit weder als passive Ausführung zentraler Beschlüsse noch als spontane Aktivität abgehakt werden. Geschahen die ersten Initiativen noch relativ isoliert, so kam es spätestens seit der Bildung des Deutschen Gemeindetags im Frühsommer 1933 zu gegenseitiger Information und Abstimmung. Seit Sommer 1935, speziell nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze, drängten Kommunen und Gemeinden auf einen immer umfassenderen Ausschluß der Juden von öffentlichen, aber auch privatwirtschaftlichen Einrichtungen.

Verfolgungsinitiativen wurden unter Bürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten im Deutschen Gemeindetag und dessen diversen Fachausschüssen und Arbeitsgemeinschaften ausgiebig diskutiert. Der Deutsche Gemeindetag koordinierte diese informellen Bemühungen, konstruierte in vielen Fällen deren „Rechtmäßigkeit" angesichts des geltenden Verbots von Einzelaktionen und unterstützte sogar einige Kommunen gegen Interventionen von seiten der Reichsministerien. Die sich 1936/37 verstärkenden Forderungen nach entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen bündelte

---

Juden im Altreich 1940 bis 1943/44, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 789–808.

[296] Der Zwangseinsatz wurde in Deutschland und Polen zwar unter immer entwürdigenderen Bedingungen organisiert, bis 1942 jedoch in der Regel an den Arbeitsmarktbedürfnissen ausgerichtet. Vgl. Gruner, Organisation von Zwangsarbeit, S. 43–58. Goldhagen dagegen belegt seine These allein mit der Beschreibung von drei SS-Lagern zur Zeit des Massenmords. Daniel J. Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, München 1996, S. 335–382. Vgl. auch die Kritik von Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: VfZ 45 (1997), S. 30–32.

[297] Vgl. Marlies Buchholz, Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung und Verfolgung 1941 bis 1945, Hildesheim 1987.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Deutsche Gemeindetag und brachte sie in die zentrale Ausgrenzungsdiskussion ein, seit Sommer 1938 mit zunehmendem Erfolg. Nach dem Novemberpogrom verloren die Kommunen zwar ihre „innovative" Rolle durch das nun zentralisierte Verfolgungsprogramm und den Erlaß einer Reihe von antijüdischen Gesetzen und Verordnungen, die über die bisherige kommunale Politik weit hinausreichten. Ungeachtet dessen drängten manche Städte und der Gemeindetag bald auf eine Ausweitung oder Verschärfung einzelner Bestimmungen. Der Spitzenverband funktionierte also nicht nur als Ideen multiplizierendes und koordinierendes Organ auf der Ortsebene, sondern als funktionales „Relais" zwischen lokaler und zentraler Verfolgungsplanung. Die eigenständige Verfolgungspolitik der Städte und Gemeinden verschmolz immer wieder mit Planungen der Partei- und Ministerialbürokratie oder beeinflußte und radikalisierte diese. Speziell die in vielen Städten geübte Praxis des Ausschlusses von öffentlichen Einrichtungen bot der NS-Führung offensichtlich ein Vorbild für ihre Entscheidung zur Separierung der Juden nach dem Pogrom von 1938. Das Engagement städtischer Behörden konnte die NS-Führung zudem als „Druck der Bevölkerung" für die Radikalisierung des eigenen Vorgehens interpretieren. Die wechselseitige Dynamisierung lokaler und zentraler Verfolgungspolitik ist augenfällig.

Die Kommunen müssen deshalb sowohl als Ort, Träger und Triebkraft der Judenverfolgung verstanden und untersucht werden; ähnliches gilt anscheinend auch bei der Verfolgung von Sinti und Roma[298]. Insgesamt weisen diese Vorgänge auf die Frage, ob es spezielle Vorreiter gegeben hat. Mögen auf den ersten Blick Berlin und München, bei der Ausgrenzung aus der öffentlichen Fürsorge auch Nürnberg, Leipzig und Hamburg herausstechen[299], so können es beispielsweise auf wirtschaftlichem Gebiet ganz andere Gemeinden sein. Für eine Klassifizierung sind viel detailliertere Forschungen zum Vergleich der Verwaltungen und des Einflusses lokaler Milieus notwendig. In einigen Städten erklärt der Druck durch die lokale NSDAP konkrete Initiativen, in vielen wiederum nicht[300]. Da nach dem Pogrom keine Institution für die „Judenpolitik" allein zuständig war, zogen in einigen Orten städtische oder von der Partei installierte Sonderbehörden die lokale Verfolgungsorganisation teilweise oder ganz an sich, in Frankfurt/Main der „Beauftragte für das jüdische Wohlfahrtswesen"[301], in Leipzig das „Amt zur Förderung des Wohnungsbaus"[302], in München

[298] Vgl. hierzu Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage", Hamburg 1996.

[299] Vgl. Gruner, Fürsorge.

[300] Matzerath, der den Einfluß der NSDAP auf die Städte und das NSDAP-Hauptamt für Kommunalpolitik untersuchte, sieht das genau umgekehrt: „Träger und Motor dieser Entwicklung war im allgemeinen weniger die Gemeinde als die Partei, wenn auch viele Gemeindeleiter sich dem Druck fügten oder ihre Gemeinden von den antijüdischen Maßnahmen profitieren zu lassen suchten". In: Ders., Selbstverwaltung, S. 306 f.

[301] Er handelte bis 1939 in städtischem Auftrag, ab 1940 unterlag er der Weisung der Gestapo. Vgl. Lutz Becht, „Der Beauftragte der Geheimen Staatspolizei bei der jüdischen Wohlfahrtspflege in Frankfurt am Main", in: Frankfurt am Main, Lindenstraße. Gestapozentrale und Widerstand, Frankfurt a. M. u. a. 1996, S. 87–99.

[302] Das Amt überwachte neben der Entmietung die Auflösung der Gewerbebetriebe und den

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „Dienststelle des Beauftragten des Gauleiters für die Arisierung“[303], in Dresden die „Judenabwehrstelle“ der NSDAP-Kreisleitung[304].

Eine treibende Rolle über den gesamten Zeitraum der NS-Diktatur hinweg spielten als Stadtoberhäupter in München Karl Fiehler, zuletzt SS-Obergruppenführer, in Berlin SA-Gruppenführer Julius Lippert, aber auch andere[305]. Doch nicht sie allein waren für die Dynamik der Ausgrenzung auf der gemeindlichen Ebene verantwortlich, neben 50000 Bürgermeistern gab es über 100000 Beigeordnete, außerdem rund 250000 Gemeinderäte, insgesamt also weit mehr als 400000 kommunale Funktionäre[306]. Über eine gezielte Personalpolitik hatte die NSDAP seit 1933 Einfluß auf Stellenbesetzungen genommen, deshalb finden sich unzählige städtische Beamte, die nicht nur das Mitgliedsbuch besaßen, sondern Parteiämter bekleideten. Ein Multifunktionär wie Fiehler, als Oberbürgermeister, Vorsitzender des Deutschen Gemeindetags und Chef des NSDAP-Hauptamtes für Kommunalpolitik, bildete dabei nur die Spitze des Eisbergs. 1942 konnte sein Persönlicher Referent triumphieren, daß es kaum eine öffentliche Institution gäbe, „die so viele alte und bewährte Parteigenossen in leitenden Stellungen besäße, wie die kommunale Selbstverwaltung“[307].

Die persönlichen Motive von Kommunalbeamten zur Initiierung antijüdischer Maßnahmen wären noch genauer zu untersuchen, etwa durch Betrachtung ihrer spezifischen Interessenlagen. Gerade auf kommunaler Ebene konnte die Judenverfolgung leicht für spezifische Verwaltungsbedürfnisse, etwa für Stadtmodernisierung, instrumentalisiert werden. Doch welche Motive bestimmten wirklich das Verhalten der kommunalen Funktionäre? Ideologische Radikalität, vorauseilende Anpassung an herrschende Denk- und Handlungsmuster, das Internalisieren von Behördeninteressen oder bürokratische Entfremdung[308]? Von Opposition oder Resistenz sind jedenfalls nur wenige Beispiele überliefert[309]. Zudem ließen sich in den Kommunen viele Interessen anderer Institutionen, von Verbänden und Privatunternehmen, aber

---

Zwangseinsatz, seit Kriegsbeginn organisierte es die Lebensmittel- und Kohlenzuteilung. Vgl. OB Freyberg an Sächsischer Wirtschaftsminister am 18. 7. 1940, Faksimile in: Juden in Leipzig, S. 180–183.

303 Aufgabe war zuerst Arisierung, dann Kontrolle des Kennkartenzwanges, später Wohnkonzentration, ab 1941 auch Zwangseinsatz. Vgl. Hanke, Juden in München, S. 237–285.

304 Im August 1935 eingerichtet. Einfluß auf „Arisierung“ und Wohnkonzentration. Später mit eigenem Büro in der Jüdischen Gemeinde; Markus Gryglewski, Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, in: Norbert Haase/Stefi Jersch-Wenzel/Hermann Simon (Hrsg.), Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, Leipzig 1998, S. 105.

305 Vgl. BA Berlin, R 2 Pers. (ehem. BDC), SSO, Karl Fiehler; ebenda, SA: Julius Lippert; Hanke, Juden in München, bzw. Gruner, Judenverfolgung in Berlin.

306 Vgl. BA Koblenz, NS 25, Nr. 95, Bl. 129, Rede Fiehler „Nationalsozialistische Kommunalpolitik“ (ohne Datum, ca. 1936); LA Berlin, Rep. 142/7, 0-5-53/Nr. 1, Bd. 3, unfol., FS DGT, aufgenommen am 14. 3. 1942.

307 BA Berlin, R 2 Research (ehem. BDC), O.211, Bl. 274, Rede Reichsamtsleiter Dr. Jobst am 7. 9. 1942, S. 23.

308 Vgl. ähnlich Matzerath, Bürokratie, S. 121.

309 Einige bei Matzerath, Bürokratie, S. 112, sowie ders., Selbstverwaltung, S. 305.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch unzähliger Einzelpersonen für die Verfolgung mobilisieren. Es ging um Profit, Arbeitskräfte, Wohnraum, gesellschaftliches Ansehen, Beziehungen oder sozialen Aufstieg. Die damit verbundene aktive Partizipation weiter Teile der nichtjüdischen Bevölkerung an der Verfolgung trug nicht nur zu deren Radikalisierung bei, sondern stabilisierte offenkundig auch das NS-Regime.

Wird der Beitrag der Kommunen im allgemeinen unterschätzt, so gilt das Gegenteil bei Gestapo und Sicherheitsdienst. Deren Anteil an Planung und Durchführung der Verfolgung hatte zwar seit Mitte der dreißiger Jahre zugenommen, blieb jedoch bis 1938 neben der NS-Führung, den Ministerien und den Kommunen begrenzt[310]. Obwohl es Heydrich tatsächlich gelang, das eigene Verfolgungskonzept nach dem Pogrom von 1938 durchzusetzen, spielte das Reichssicherheitshauptamt zumindest im „Altreich" keine dominierende Rolle in der Judenpolitik[311]. Erst während der Deportationsvorbereitung durchbrach das Reichssicherheitshauptamt seit dem Frühjahr 1941 die beschriebene Arbeitsteilung und zog die Judenpolitik immer mehr an sich. Insgesamt wählte die Führung des Dritten Reiches seit 1933 pragmatisch, angepaßt an die politische Durchsetzbarkeit, ihre Verfolgungsschritte. Hitler entschied nach internen Debatten oft persönlich über die Einführung geplanter Gesetze oder den Beginn der Deportationen, ebenso aber darüber, umfassende Verfolgungsprojekte nur teilweise umzusetzen, Maßnahmen einzelner Instanzen aufzugreifen oder aufzuheben[312]. Die Verfolgung erweist sich damit als ein bewußt vorangetriebener, wenn auch vom Modifizieren mancher Variante geprägter, planmäßig betriebener Prozeß[313]. Manche Ungleichzeitigkeit oder Widersprüchlichkeit in der Politik erklärt sich zudem aus der massiven Beteiligung unterschiedlichster Behörden und Institutionen auf allen Ebenen. Vor dem Hintergrund allgemeiner Handlungsvorgaben beeinflußten partikulare Interessen, aber auch Kooperation und Arbeitsteilung diverser Instanzen entscheidend die „Judenpolitik" des Dritten Reichs[314]. Gerade die Akteure in Stadtverwaltungen und Ortsbehörden stellten mit ihren, der zentralen Politik vielfach zuvorkommenden lokalen Maßnahmen ein bisher unterschätztes Element der

---

[310] Vgl. Longerich, Politik, S. 135–140. Die in Moskau aufgetauchten Akten verleiten isoliert betrachtet dazu, die Autorität des SD zu überzeichnen. Vgl. z. B. bei Wildt, Judenpolitik, S. 9–64, und Heim, Deutschland, S. 72f.

[311] Vgl. Gabriele Anderl, Die „Zentralstellen für jüdische Auswanderung" in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 277.

[312] Dagegen These von der fehlenden Einflußnahme des Diktators bei Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung" der Judenfrage im „Dritten Reich", in: Ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek 1991, S. 189–191.

[313] Vgl. ähnliches Fazit für die Zeit nach 1939, in: Aly, Endlösung. Die „Judenpolitik" wurde aber nicht bewußt „in selbst geschaffene Sackgassen" gesteuert, um diese „stets noch radikaler" zu überwinden. Vgl. diese Meinung bei Michael Wildt, Angst, Hoffen, Warten, Verzweifeln. Victor Klemperer und die Verfolgung der deutschen Juden 1933 bis 1941, in: Heer, Finsternis, S. 68.

[314] Unter Berücksichtigung der mannigfachen Initiativen von Ministerial- wie Kommunalbeamten kann kaum noch von einem Gegensatz zwischen konservativen Eliten und NS-Funktionären in Bezug auf die Verfolgung die Rede sein. Vgl. zuletzt Burrin, Hitler und die Juden, S. 39; Friedländer, Nazi Germany, S. 20, 23.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dynamik des Verfolgungsprozesses im NS-Staat dar. Viele von ihnen sollten ihre praktischen Verfolgungserfahrungen bald in den Zivilverwaltungen in den vom NS-Staat besetzten Ländern anwenden. Die Beteiligung unzähliger Menschen seit 1933 an der Ausgrenzungspraxis im städtischen Umfeld förderte zudem täglich die individuelle Gewöhnung an eine getrennte Welt von Juden und Nichtjuden, dem erklärten Ziel führender Nationalsozialisten, nicht nur Hitlers, Goebbels', Görings oder Heydrichs, sondern auch Fiehlers und offenbar manch anderen Bürgermeisters. Damit verwirklichte sich der Grundsatz der NSDAP: „Die Gemeinden sind das Bindeglied zwischen Volk und Staat" für die verfolgten Juden auf folgenschwere Weise[315].

[315] BA Berlin, R 2 Research (ehem. BDC), O. 211, Bl. 261, Rede Jobst am 7. 9. 1942, S. 10.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTOPHER OESTEREICH

UMSTRITTENE SELBSTDARSTELLUNG

Der deutsche Beitrag zur Weltausstellung in Brüssel 1958

Als am 17. April 1958 die erste Weltausstellung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Plateau von Heysel in Brüssel eröffnet wurde, war der bundesdeutsche Ausstellungsbeitrag geprägt von entschieden modernen Formen und von einer programmatisch wirkenden Architektur, die in ihrer Konsequenz international großen Eindruck machte. Der deutsche Beitrag – in einem Pavillon aus acht Flachdachbauten aus Glas und Stahl untergebracht – wurde von der ausländischen Presse als „ein hoffnungsvolles Bekenntnis in seinem historischen Zusammenhang" gesehen[1]. Gerade mit Blick auf die jüngste Vergangenheit Deutschlands, aber auch auf die monumentale und bedrohlich wirkende Architektur des deutschen Pavillons auf der Pariser Weltausstellung von 1937 stellten internationale Beobachter die Frage, ob die deutsche Präsentation in Brüssel auf ein Umdenken und ein neues Rollenverständnis Deutschlands schließen lasse. „Hat Deutschland sein ‚über alles' aufgegeben?" wurde gefragt. „Weniger als je zuvor. Aber es zeigt, daß es verstanden hat, sein ‚über alles' weder durch die Besitzergreifung fremder Güter noch durch die gewaltsame Auferlegung seiner Konzeptionen zu beweisen."[2] Ein weiterer Kommentator sah in dem „Ruhe, Ausgeglichenheit, Schönheit" ausstrahlenden deutschen Pavillon „ein Inbild dessen, was Deutschland bei sich selbst von neuem sucht: das friedliche Leben, das Wiedererscheinen des friedlichen Lebens. [...] Der erste Eindruck ist Mäßigung. Das Deutschland des Heysel hat den Wunsch unterdrückt, seine Macht zur Schau zu stellen. Man könnte meinen, daß es das früher so viel gebrauchte Wort ‚kolossal' ein wenig scheut. Deshalb zeigt es auch eine fast übertrieben beschränkte Auswahl. Man kann das nun entweder als bewußten Verzicht oder als eine einfache Unterordnung unter das von Belgien gestellte Thema ‚Der Fortschritt und der Mensch' auslegen. Man kann darin auch die stolze Geste eines Volkes sehen, das sich seiner Stärke und Lebenskraft bewußt ist. [...] Man steht vor einer gänzlichen Erneuerung der Methoden, die damals die krampfhafte, blinde Kraft des ‚Reichs' bildeten."[3] Festge-

[1] „La Dernière Heure" (Brüssel) vom 2. 5. 1958, zit. nach: Deutschlands Beitrag zur Weltausstellung Brüssel 1958. Ein Bericht, hrsg. vom Generalkommissar der Bundesrepublik Deutschland bei der Weltausstellung Brüssel 1958, bearb. von Wend Fischer und G. B. von Hartmann, Düsseldorf 1958, S. 124.

[2] Ebenda.

[3] Hugues Vehennes, in: „Le Soir" (Brüssel) vom 27. 4. 1958, zit. nach: Deutschlands Beitrag, S. 125.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellt wurde ein Wandel Deutschlands, das „nicht anders als die anderen sein wolle, sondern in Europa stehe"[4].

Die internationale Öffentlichkeit nahm vom ersten großen repräsentativen Auftritt Deutschlands, hier allein vertreten durch die Bundesrepublik, beinahe ausnahmslos positiv Notiz. Im Innern jedoch gab es zum Teil heftige Kontroversen. Hier drängte sich die Frage nach der Verbindung von Repräsentanz und Aussage, vor allem im politischen Sinne, auf. Daß sich der deutsche Pavillon von 1958 mit jenem von 1937 gestalterisch kaum vergleichen ließ, war kaum überraschend. Wie aber erklärt sich die entschieden modern geprägte, international überzeugende Gestaltung deutscher Bauten auf der Ausstellung in Brüssel? War seitens der deutschen Verantwortlichen, der Bundesregierung, tatsächlich eine Verbindung von Gestaltung und politischer Aussage intendiert, wie sie allgemein erkannt worden war? Und vor allem: Welche (widerstreitenden) Interessen steckten hinter den Planungen des deutschen Beitrags? Da der deutsche Ausstellungsbeitrag den ästhetischen Anschluß Westdeutschlands an die internationale Entwicklung moderner Architektur und Produktgestaltung deutlich machen konnte, verbleibt noch die Frage nach den gesellschaftlichen und kulturellen Hintergründen der Entscheidung, konsequent auf moderne, Schlichtheit betonende, funktionelle Gestaltung zu setzen.

„Bilanz für eine menschlichere Welt" – Das Brüsseler Thema und ein Jahrhundert Weltausstellungen

Im Frühjahr 1954 erhielt die Bundesregierung die offizielle Einladung zur Teilnahme an der für 1958 geplanten Weltausstellung. „Wir wollen", so formulierte das Brüsseler Ausstellungsprogramm, „eine Bilanz menschlichen Wirkens auf allen Gebieten in der modernen Welt aufstellen: den Völkern klar und dynamisch zum Bewußtsein bringen, daß sie verpflichtet sind, dieser Welt das Menschliche zurückzugeben." Nicht um die bloße Präsentation nationaler wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften ging es den Veranstaltern; vielmehr betonten sie den menschlichen Aspekt, den Nutzen dieser Errungenschaften „zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen"[5]. Den ideellen Wert der geplanten Ausstellung unterstrich in besonderer Weise auch das den eingeladenen Regierungen zur Verfügung gestellte offizielle Konzept des belgischen Generalkommissariats:

> „Wir möchten, daß jede Nation den anderen ihre Lebensweise, ihre philosophischen und religiösen Konzeptionen sowie ihre wirtschaftlichen und sozialen Programme erklären kann. Wenn Regieren den Versuch bedeutet, das Glück eines Volkes zu mehren, dann ist jeder eingeladen, die anderen wissen zu lassen, welche Vorstellung er von die-

[4] Notiz Gilard, Brüsseler Korrespondent der „Gazette de Liège", in: Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, B 102/37727.

[5] Deutschlands Beitrag, S. 10f.; vgl. auch Christine Kalb, Weltausstellungen im Wandel der Zeit und ihre infrastrukturellen Auswirkungen auf Stadt und Region, Frankfurt a. M. 1994, S. 107f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sem Glück hat und auf welche Weise er glaubt, die materiellen und moralischen Vorbedingungen dafür zu gewährleisten."[6]

Kaum zehn Jahre nach Kriegsende wurde mit dem Brüsseler Projekt die Tradition regelmäßiger internationaler Ausstellungen wieder aufgenommen, die mit der ersten Weltausstellung in London 1851 begründet worden war. Der Gedanke der Weltausstellung war die Weiterentwicklung des Messe- und Ausstellungswesens, das mit der fortschreitenden Industrialisierung und der privaten wie öffentlichen Gewerbe- und Industrieförderung im 19. Jahrhundert einen starken Auftrieb erlebte. Ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend hatten zunächst Großbritannien und dann Frankreich bis Ende des 18. Jahrhunderts große Industrieausstellungen organisiert. Auf ihnen wurden nicht nur technische Entwicklungen präsentiert, sondern es wurde der Versuch unternommen, eine nationale Bilanz des Fortschritts zu ziehen und die Ausstellungen in den Dienst der (vor allem wirtschaftlichen) Konkurrenz der Länder und Nationen zu stellen. Im Rahmen der zunehmenden internationalen Handelsverflechtungen, der stärkeren internationalen Konkurrenz und des noch blühenden Freihandels erschien die internationale oder gar „welt"-umfassende Ausweitung des Ausstellungsgedankens naheliegend[7].

Weltausstellungen dienten repräsentativen, nicht direkt oder gar ausschließlich merkantilen Zwecken. Von Anfang an ging es nicht nur um die Darbietung gewerblicher Produkte. Vielmehr galt es, Fortschritt in seiner allgemeinen Bedeutung anhand anschaulicher Beispiele zu demonstrieren. Zentrale Aktionsfelder waren deshalb Technik, Architektur und Kunstgewerbe, die dem zur Schau gestellten Fortschritt Gestalt gaben. Hiervon legten etwa der Londoner Kristallpalast oder der Eiffelturm in Paris (1889) Zeugnis ab, und das machte auch die heftige Kritik deutlich, die das schlechte Abschneiden deutscher kunstgewerblicher Produkte und Architektur auf den Weltausstellungen von London, Paris (1867), Wien (1873), Philadelphia (1879) und Chicago (1893) nicht zuletzt in Deutschland selbst fand[8].

---

[6] Royaume de Belgique, Expositions Universelles et Internationales de Bruxelles 1958, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), Bestand B 55, Band 68.

[7] Vgl. Kalb, Weltausstellungen, S. 8–13; Utz von Haltern, Die Londoner Weltausstellung 1851. Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlich-industriellen Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Münster 1971, S. 14–34.

[8] Bereits von der Londoner Weltausstellung von 1851 ging, von Gottfried Semper maßgeblich beeinflußt, der entscheidende Impuls für die Reformbewegung im englischen Kunstgewerbe aus. Vgl. dazu immer noch grundlegend Heinrich Waentig, Wirtschaft und Kunst. Eine Untersuchung über Geschichte und Theorie der modernen Kunstgewerbebewegung, Jena 1909; Haltern, Londoner Weltausstellung, S. 332–338, 343–347, 353 f.; Georg Maag, Kunst und Industrie im Zeitalter der ersten Weltausstellungen, München 1986, vor allem S. 87–95. Zur Geschichte der Weltausstellungen allgemein vgl. Brigitte Schroeder-Gudehus/Anne Rasmussen, Les Fastes du Progrès. Le Guide des Expositions Universelles 1851–1992, Paris 1992; Werner Plum, Weltausstellungen im 19. Jahrhundert: Schauspiele des sozio-kulturellen Wandels, Bonn/Bad Godesberg 1975; Wolfgang Friebe, Architektur der Weltausstellungen 1851 bis 1970, Stuttgart 1973, S. 5–12. Zu den Weltausstellungen bis 1939 vgl. Kalb, Weltausstellungen, S. 14–28 und 32–40.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Außerdem hatten die Weltausstellungen viel mit nationaler Identitätsstiftung und Integration und dem Selbstverständnis der sich ausprägenden bürgerlichen Industriegesellschaft zu tun[9]. Sind die in rascher Folge veranstalteten Weltausstellungen Ausdruck eines verbreiteten Bedürfnisses nach internationaler Kommunikation und öffentlicher Repräsentation, so verweist die seit der Londoner Weltausstellung von 1851 allgemein bewußt gewordene Spannung zwischen Kunst und Industrie auf die in den sich industrialisierenden Gesellschaften wirksamen sozio-kulturellen Ambivalenzen: Technischer und wirtschaftlicher Fortschritt und der damit verbundene soziale Wandel einerseits und kulturelles Bewußtsein des aufstrebenden Bürgertums andererseits entwickelten sich ungleichzeitig. Dies trat auf den Weltausstellungen als (internationales) Phänomen offen zutage, und von hier gingen schließlich die Impulse aus, durch die seit der Jahrhundertwende Kunst und Industrie mit kulturreformerischem Impetus einander angenähert wurden[10].

Schließlich kam den Weltausstellungen neben ihrer Funktion als Umschlagplatz für den technischen Fortschritt und als Gradmesser für den Stand der zivilisatorischen Entwicklung auch große politische Bedeutung zu: vor allem als Ort nationaler Repräsentanz, dann auch als Ausdruck staatlicher Macht und politischen Willens. In diesem Sinne erfuhr die Weltausstellung in Paris 1937 mit den Beiträgen der totalitären Staaten, vor allem Deutschlands und der Sowjetunion, einen Höhepunkt an machtpolitischer Instrumentalisierung[11].

War die Geschichte der Weltausstellungen bis zum Zweiten Weltkrieg geprägt von unkritischem Fortschrittsoptimismus und naiver Technikgläubigkeit, zuletzt im Zeichen politischer Machtdemonstrationen, so stellte das für die Weltausstellung von 1958 gewählte Thema „Bilanz für eine menschlichere Welt – Die Technik im Dienst des Menschen" eine Distanzierung von der bisherigen Tradition dar, was zumal nach den Erfahrungen des Krieges und den dabei entfesselten Vernichtungskräften, die der technische Fortschritt hervorgebracht hatte, aber auch angesichts der gesamten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur allzu verständlich war.

Die in diesem Sinne formulierte Einladung der belgischen Regierung ging in Bonn Anfang Juni 1954 ein[12], doch eine rasche Zusage der Bundesregierung erfolgte nicht.

---

[9] Vgl. Haltern, Londoner Weltausstellung, S. 351–355; Maag, Kunst, S. 87–95.

[10] Vgl. Haltern, Londoner Weltausstellung, S. 243–252; Evelyn Kroker, Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert. Industrieller Leistungsnachweis, Konkurrenzverhalten und Kommunikationsfunktion unter Berücksichtigung der Montanindustrie des Ruhrgebietes zwischen 1851 und 1880, Göttingen 1975, S. 25–40.

[11] Vgl. insbesondere zur Architektur als Mittel nationaler Propaganda und Machtdemonstration Friebe, Architektur, S. 152–155. Gleichzeitig erhielten auf der Pariser Weltausstellung die Pavillons Deutschlands und der Sowjetunion, die als Versinnbildlichung totalitären Machtanspruchs gelten können, hohe Auszeichnungen. Freilich war auch die Ausstellungsarchitektur teilnehmender demokratischer Staaten, nicht zuletzt Frankreichs, nicht frei von machtpolitisch motivierter Formensprache.

[12] Vgl. Note Baron de Grubens, belgischer Botschafter in Bonn, 8. 6. 1954, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 68.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einer Stellungnahme hatte der deutsche Botschafter in Brüssel, Anton Pfeiffer, wenige Tage vor der offiziellen Einladung über die vermeintlichen Motive der belgischen Regierung spekuliert und dabei betont, Brüssel habe die geplante „[. . .] Themenstellung, der das Kolonialproblem offensichtlich in besonderer Weise zugehört, nicht zuletzt als Plattform für eine Darstellung der zivilisatorischen Leistung Belgiens im Kongo und für eine Rechtfertigung seiner in der UNO eingenommenen Haltung zur Kolonialfrage gewählt"[13]. Pfeiffer wies aber auch auf die Bedeutung der ersten Weltausstellung nach dem Kriege hin und mahnte eine baldige Entscheidung der Bundesregierung an[14]. Bis Ende 1954 hatten von 56 eingeladenen Regierungen zehn, bis Ende Januar 1955 erst 19 zugesagt; im Frühjahr teilte der Bundeskanzler dem belgischen Generalkommissar für die Weltausstellung, Baron Moens de Fernig, mündlich die Zusage der Regierung mit[15].

Laut Kabinettsbeschluß vom Juli 1955 sollte der deutsche Ausstellungsbeitrag unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) und unter der Leitung des zum Generalkommissar bestimmten ehemaligen bremischen Senators Hermann Wenhold vorbereitet werden. Beteiligt wurden darüber hinaus die Bauabteilung des Bundesfinanzministeriums sowie die Nordwestdeutsche Ausstellungsgesellschaft mbH (NOWEA), Düsseldorf, der die Ausführung der Ausstellungsarbeiten obliegen sollte[16]. Als mit Kabinettsbeschluß von Anfang September 1955 die genauen Aufgaben und Kompetenzen der beteiligten Instanzen festgelegt wurden, hatte sich jedoch weder innerhalb der Bundesregierung noch in Kreisen der Wirtschaft oder im kulturellen Bereich ein nennenswertes Interesse an der Großveranstaltung in Brüssel entwickelt[17]. Das Kabinett hatte, als es die Brüsseler Einladung annahm, keine bestimmten Vorstellungen davon, wie der bundesdeutsche Ausstellungsbeitrag aussehen sollte. Es wurde nur ganz allgemein klargestellt, und zwar von Bundesarbeitsminister Anton Storch, daß die konzeptionelle Arbeit zwar delegiert werden sollte, das Kabinett sich jedoch trotzdem in die Gesamtplanung einschalten müßte, da doch die Bundesrepublik „auf dieser großen Ausstellung erstmalig wieder [sic!] in einem derart umfassenden Ausmaß in die Erscheinung trete"[18]. Die Initiative zu

[13] Pfeiffer an Auswärtiges Amt (künftig: AA), 25. 5. 1954, in: Ebenda.

[14] Vgl. Pfeiffer an AA, 18. 11. 1954, in: Ebenda.

[15] Vgl. AA an deutsche Botschaft in Brüssel, 22. 3. 1955, in: Ebenda.

[16] Vgl. Deutschlands Beitrag, S. 13f.; BA Koblenz, B 136/7765; Kabinettsvorlage, 6. 9. 1955, in: Ebenda, B 102/37723.

[17] Die Mehrheit der im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) organisierten Wirtschaftsverbände stand im Sommer 1955 einer Beteiligung an der Weltausstellung noch ablehnend gegenüber. Vgl. Gustav Stein/Meyer, BDI, an BMWi, VA5, 18. 7. 1955, mit Anlage: Umfrage und Stellungnahmen der BDI-Mitgliedsverbände, in: BA Koblenz, B 102/37722; Ludwig Erhard an Günther Freiherr von Pechmann, 23. 11. 1955, in: Ebenda, B 102/37723; Aktennotiz Graeff, AA, 26. 3. 1955, Betr.: Weltausstellung Brüssel 1958, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 68; Günther Freiherr von Pechmann, Idee und Ziel der Weltausstellung, in: Das Bayerland 60 (1958), S. 192–195, hier S. 194.

[18] Vermerk Grotjan, Z1a, 9. 9. 1955: betr. Kabinettsvorlage des Bundesministers für Wirtschaft vom 6. 9. 1955, in: BA Koblenz, B 102/37722.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Konzeption des deutschen Ausstellungsbeitrags ging dann auch nicht von Regierungskreisen aus, sondern wurde von außen an die Verantwortlichen herangetragen.

Der Werkbund und das deutsche Ausstellungskonzept für Brüssel 1955/56

Die Behandlung von Grundsatzfragen, die mit der deutschen Ausstellungsbeteiligung zusammenhingen, oblag gemäß Kabinettsbeschluß dem Wirtschaftsministerium. Dieses wurde bereits im Frühjahr 1955 mit der Forderung konfrontiert, den Rat für Formgebung an der konzeptionellen Vorbereitung zu beteiligen. Gleichzeitig traten mit Sep Ruf und Hans Schwippert zwei der renommiertesten Architekten Westdeutschlands an Wirtschaftsminister Ludwig Erhard heran, um ebenfalls auf die konzeptionellen und praktischen Ressourcen des Rats für Formgebung sowie des Deutschen Werkbunds (DWB) aufmerksam zu machen[19]. Erhard und sein Ministerium signalisierten Interesse und Kooperationsbereitschaft[20] mit dem DWB und dem Rat für Formgebung, die seit Frühjahr 1955 als erste und zunächst einzige auf konzeptionelle Teilhabe an den Vorbereitungen für die Weltausstellung drängten.

Der Rat für Formgebung war nach langwierigen Verhandlungen im Herbst 1952 beim Wirtschaftsministerium eingerichtet worden zur „[. . .] Förderung von Maßnahmen, die der Erreichung einer guten Form der Erzeugnisse der deutschen Industrie und des deutschen Handwerks dienen", wie es in der Satzung der den Rat tragenden „Stiftung zur Förderung der Formgestaltung" vom Frühjahr 1953 hieß[21]. Im Rat waren Vertreter aller für das Problem der Produktgestaltung relevanten Bereiche versammelt, also der Formgestalter, der Industrie, aus Handel, Handwerk, Gewerkschaften, Verbraucherschaft, Publizistik und Verwaltung[22]. Er leistete bei der Ausbil-

[19] Vgl. Mia Seeger, Rat für Formgebung, an Edgar Schulz-Fincke, BMWi, 14. 4. 1955, Sep Ruf an Erhard, 2. 5. 1955, und Günther Freiherr von Pechmann an Theodor Heuss, 25. 5. 1955, in: BA Koblenz, B 102/37722. Schwippert zufolge war er selbst es, der Ruf zur direkten Kontaktaufnahme mit Erhard veranlaßte. Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung Deutscher Werkbund e. V., Düsseldorf 5. 3. 1956, S. 6, in: Werkbund-Archiv Berlin, Ordner Protokolle.

[20] Vgl. Schulz-Fincke an Rat für Formgebung, 9. 7. 1955, Erhard an Ruf, 14. 6. 1955, sowie Erhard an Heuss, 21. 7. 1955, in: BA Koblenz, B 102/37722.

[21] Satzung der Stiftung zur Förderung der Formgestaltung, Darmstadt, 1. 3. 1954, S. 1, 4, in: BA Koblenz, B 102/21241; vgl. ebenso die Broschüre „Stiftung zur Förderung der Formgestaltung", [ca. 1954], in: Ebenda, B 102/21240 (2); Was will der Rat für Formgebung?, in: Die Neue Stadt 7 (1953), S. 538; Heinrich König, Die Aufgaben des Rates für Formgebung, in: Architektur und Wohnform 62 (1953/54), S. 12; ders., Industrielle Formentwicklung in Deutschland, in: Die Situation der Bildenden Kunst in Deutschland, hrsg. vom Deutschen Kunstrat, bearb. von Ernst Thiele, Stuttgart/Köln 1954, S. 100–122, hier: S. 104f.; Walther Hinsch, Aufgaben und Organisation des „Rates für Formgebung", in: Kulturarbeit 4 (1952), S. 210f. Zur Geschichte des Rates für Formgebung vgl. Designkultur 1953–1993. Philosophie, Strategie, Prozeß, hrsg. vom Rat für Formgebung, Frankfurt a. M. 1993.

[22] Vgl. Wer gehört zum Rat für Formgebung?, in: werk und zeit 1 (1952), Nr. 8, o. S. [S. 1].

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung von Gestaltern und Designern konzeptionell richtungweisende Arbeit. Seine angesichts der raschen Entwicklung der Produktgestaltung von vielen Seiten erwartete koordinierende Tätigkeit wurde vor allem im Ausstellungsbereich wirksam: Sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene organisierte und unterstützte der Rat Schauveranstaltungen zur „Guten Form" – in offiziellem Auftrag des Wirtschaftsministeriums etwa den deutschen Beitrag zur Mailänder Triennale von 1954.

Angeregt und konzipiert wurde der Rat für Formgebung seit 1949 vom DWB, einer 1907 gegründeten Vereinigung von Künstlern, Architekten, Handwerkern, Industriellen und interessierten Vertretern des politischen Lebens, die sich für die Förderung der materiellen und ästhetischen Qualität deutscher gewerblicher Produkte und für die Kooperation von Kunst, Handwerk und Industrie im Produktionsprozeß einsetzte[23]. Nach 1945 in verschiedenen Teilen des besetzten Landes neu gegründet, knüpfte der DWB in der Zeit des Wiederaufbaus an seine alten Ziele an. Mit seiner Betonung der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der gestaltenden Arbeit konnte er in der Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs, wachsenden internationalen Handels und im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung insbesondere in Politik und Industrie einigen Einfluß gewinnen, wie nicht zuletzt die Einrichtung des Rates für Formgebung beim Wirtschaftsministerium bewies[24]. Die aus dem Werkbund kommenden Gestaltungsreformer hatten nach 1948 mehrfach ihre Kompetenz bewiesen, größere Ausstellungen von der Konzeption bis zur Ausführung zu verwirklichen. Vor allem bei den seit 1951 wieder regelmäßig in breiterem Rahmen veranstalteten Mailänder Triennalen, den auf europäischer Ebene bedeutendsten internationalen Ausstellungen zu Formgebung und Architektur, vermochten Werkbündler der Repräsentation deutscher Produktgestaltung ihren Stempel aufzudrücken.

Die Wiedergründung des DWB, der sich 1950 eine bundesweite Organisationsform gab, war ebenso wie die Gründung des Rates für Formgebung 1952 oder die Bildung des Arbeitskreises für industrielle Formgebung durch interessierte Verbände des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1951 Ausdruck der seit Anfang der fünfziger Jahre zunehmenden Bedeutung von Produktgestaltung in Wirtschaft und Kultur der deutschen Wiederaufbaugesellschaft. Zunächst stand hier vieles im Zei-

[23] Zur Geschichte des DWB vgl. vor allem Joan Campbell, Der Deutsche Werkbund 1907–1934, München 1989; Zwischen Kunst und Industrie. Der Deutsche Werkbund, Stuttgart 1987; Peter Wilhelm Kallen, Unter dem Banner der Sachlichkeit. Studien zum Verhältnis von Kunst und Industrie am Beginn des 20. Jahrhunderts, Köln 1987; Sebastian Müller, Kunst und Industrie. Ideologie und Organisation des Funktionalismus in der Architektur, München 1974. Zur frühen Geschichte des DWB zuletzt Elisabeth Domansky, Der Deutsche Werkbund, in: Lutz Niethammer u. a., Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, Frankfurt a. M. 1990, S. 268–274.

[24] Zur Geschichte von Rat für Formgebung und DWB nach 1945 im Rahmen der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Produktgestaltung vgl. Christopher Oestereich, Formgebung, Design und gesellschaftlicher Wandel in der Nachkriegszeit. Deutscher Werkbund, Wirtschaft, Politik und die Frage der Produktgestaltung in Westdeutschland nach 1945, Diss. Köln 1997 (Ms.).

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen von Auf- und Nachholen. Was sich im vom Krieg weniger tiefgreifend beeinflußten Ausland – vor allem in den USA, in Skandinavien, der Schweiz und Großbritannien – im Industrial Design und in puncto handwerklicher Formgebung getan hatte, mußte angesichts sich öffnender internationaler Märkte, wachsenden Außenhandels und der beginnenden internationalen Integration der Bundesrepublik insbesondere auf die westdeutsche Wirtschaft ernüchternd wirken. Diktatur und Krieg hatten die Wirkungsmöglichkeiten moderner Gestalter in Architektur und Formgebung drastisch beschränkt. Moderne Gestaltung war aus ideologischen Gründen verpönt, in Nischen gedrängt oder instrumentalisiert worden, führende Künstler und Gestalter (etwa der Bauhaus-Schule) waren ins Exil getrieben, mit Berufs- und Lehrverbot belegt worden oder ins berufliche Abseits geraten[25]. Architektur, industrielle und handwerkliche Produktgestaltung hatten nach 1933 den Kontakt mit dem Ausland verloren, die nur schwache Entwicklung des Konsumgüterbereichs hatte zur Stagnation ihrer Aufgabengebiete geführt, und vor allem war die Ausbildung von Gestaltern im modernen, dem Bauhaus und der Kunstgewerbebewegung verpflichteten Sinne nicht mehr möglich. Die Kunst spielte als Faktor der Gestalterausbildung keine Rolle mehr, dagegen war die handwerkliche Tradition stärker gefördert und die industrielle Gestaltung weitgehend technischen Fachkräften überlassen worden.

Als Wirtschaft und Politik, vom DWB gefördert, die Bedeutung der Produktgestaltung in neuem Licht zu sehen begannen, stellte sich auch die Frage, ob die deutschen Produkte im internationalen Vergleich bestehen konnten. Hauptmaßstab war die Entwicklung in den USA, wo sich seit Ende der zwanziger Jahre der wirtschaftlich bedeutende Zweig des Industrial Designs herausgebildet hatte und wo in den dreißiger Jahren emigrierte Exponenten des Bauhauses entscheidende Impulse hatten geben können (etwa Ludwig Mies van der Rohe, Walter Gropius, Josef Albers, Laszlo Moholy-Nagy); amerikanisches Design entfaltete international und auch in Westdeutschland allgemein großen Einfluß. Hier wies die Entwicklung zwar manche Besonderheiten auf, die etwa in der institutionengestützten Förderung von Produktgestaltung in Industrie, Handwerk und Politik lagen[26], doch hatte die Herausforderung durch den internationalen Vergleich, vor allem in Gestalt von Ausstellungen, auch hier eine außerordentlich stimulierende Wirkung. Das lag nicht zuletzt daran, daß die eigenen Produkte auf der ersten westdeutschen Exportmesse in New York 1949 nicht überzeugten und ähnlich heftig kritisiert wurden wie deutsche Beiträge zu Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts, die als „kunstgewerbliche Niederlagen"[27] empfunden wurden. Nicht nur innerhalb des DWB, sondern auch auf politischer

[25] Vgl. dazu etwa Winfried Nerdinger (Hrsg.), Bauhaus-Moderne im Nationalsozialismus. Zwischen Anbiederung und Verfolgung, München 1993.

[26] Vgl. Gert Selle, Geschichte des Design in Deutschland, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 269–303; zur Thematik vgl. Oestereich, Formgebung.

[27] Aus einem amtlichen deutschen Bericht über die Wiener Weltausstellung von 1873, zit. nach: Kallen, Unter dem Banner, S. 34.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ebene, im Bundestag wie in der Bundesregierung, wurden die Defizite deutlich benannt[28]. Unmißverständlich stellte Bundeswirtschaftsminister Erhard anläßlich der Gründung des Rates für Formgebung im Oktober 1952 fest: „Die Nachkriegsausstellungen in New York, Chicago [1949] und Mailand [1951] haben die geschmacklichen Unzulänglichkeiten der deutschen Erzeugnisse mit erschütternder Deutlichkeit vor Augen geführt. Trotz Anerkennung ihrer technischen Vollendung genügen sie nicht den neuzeitlichen Ansprüchen der Formgebung."[29] Die Gründung des Rates für Formgebung im Herbst 1952 markierte einen Wendepunkt. Das zielstrebige Drängen von DWB und Teilen der Industrie, die sich im Arbeitskreis für industrielle Formgebung des BDI gesammelt hatten, führte dazu, daß sich die offizielle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nun für eine Reform der deutschen Gestaltungspolitik zu öffnen begann.

Bei den deutschen Beiträgen zu den Mailänder Triennalen 1951 und 1954 – letztere unter Federführung des Rates für Formgebung – hatte das Wirtschaftsministerium bereits auf die Erfahrungen des Werkbundes zurückgegriffen. Diese Erfahrungen hatte Günther Freiherr von Pechmann, Gründer und ehemaliger Leiter der Neuen Sammlung in München, 1951 in die Form von „Richtlinien für die Beteiligung der Deutschen Bundesrepublik [sic!] an Internationalen Ausstellungen für Handwerk, Industrie und Handel" gegossen. Der DWB und der mit ihm kooperierende BDI-Arbeitskreis für industrielle Formgebung hatten diese Richtlinien Anfang 1952 offiziell verabschiedet, und Pechmann hatte sie dann über seinen Werkbund-Kollegen Theodor Heuss der Bundesregierung zugeleitet[30]. Pechmanns „Richtlinien" sahen für die Leitung einer internationalen Ausstellung (bzw. für die Erarbeitung und Präsentation eines deutschen Ausstellungsbeitrags) einen Ausstellungskommissar und einen gestalterisch leitenden Architekten vor, zudem verschiedene Ausschüsse, die die konzeptionelle Arbeit zu leisten und in Zusammenarbeit mit Werkschulen und Museen

[28] Zur Kritik der New Yorker Exportmesse vgl. etwa Theodor Heuss, Was ist Qualität? Zur Geschichte und zur Aufgabe des Deutschen Werkbundes, Tübingen/Stuttgart 1951, S. 51; H. P. Eckart, Industrielle Formgebung. Erfahrungen des Auslandes, in: Das Industrieblatt 52 (1952), S. 386f.; ders., Gute Formen fördern den Export, in: Das Industrieblatt 51 (1951), S. 145–147; W[alter] M. Kersting, Deutsche Formentwicklung, in: Graphik 3 (1950), S. 383f.; Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie 1951/52, Bergisch Gladbach 1952, S. 28. Den deutschen Beitrag dagegen verteidigend der Direktor der die New Yorker Ausstellung organisierenden NOWEA, Herbert Engst, Erfahrungen aus der deutschen Industrieschau New York, in: Graphik 2 (1949), S. 312. Auch im Rahmen des politischen Kampfes um die Errichtung des Rates für Formgebung wurde mit der New Yorker Exportmesse argumentiert, siehe etwa die Äußerungen des Abgeordneten Arno Hennig: Kurzprotokoll der 12. Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik am 5. 7. 1950, S. 2, Deutscher Bundestag, in: Parlamentsarchiv, Bonn, 1. Bundestag, (37.) Ausschuß für Kulturpolitik, sowie: 90. Sitzung des Bundestages, 6. 10. 1950, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 5, Bonn 1951, S. 3361f.

[29] Stichworte für [die] Ansprache Bundesminister Erhards anlässlich [der] Bildung [des] Rat[es] für Formgebung, 13. 10. 1952, S. 1, in: BA Koblenz, B 102/21240 (2).

[30] Vgl. Anlage zu Schreiben Heuss an Erhard, 12. 7. 1955, in: BA Koblenz, B 102/37722. Siehe auch die Kontakte Pechmanns mit der Kulturabteilung des AA im Sommer 1955, in: PA AA, Best. B 95, Bd. 476.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Sammlung und Auswahl der Exponate zu besorgen hätten. Die Ausstellungsräume sollten dabei „einfach und klar" gestaltet sein[31].

Nachdem der Werkbund im Frühjahr 1955 die Forderung nach konzeptioneller Mitsprache bei der Erarbeitung eines deutschen Weltausstellungsbeitrages erhoben hatte, wurde Ende desselben Jahres ein erster Konzeptentwurf vorgelegt, der vom Vorsitzenden des Werkbundes Hans Schwippert stammte. In seinen „Notizen zur deutschen Beteiligung an der Weltausstellung zu Brüssel 1958", abgefaßt Mitte Oktober 1955, betonte Schwippert, daß die Veranstalter den beteiligten Ländern die Aufgabe gestellt hätten, „‚die Geistesart ihrer Nation zu erhellen' und den Sinn zu dokumentieren, ‚den sie dem Leben gibt'"[32]. In diesem Sinne schlug er für den deutschen Beitrag Themen vor, „welche den großen Linien des Weltinteresses folgen und zugleich die gebotene Beachtung auch der deutschen wirtschaftlichen Interessen erlauben", und nannte insbesondere „die Wohnwelt [...] des sogenannten kleinen Mannes in Deutschland [...]. Darzustellen, wie Deutschland das Leben seiner Menschen sich nicht etwa nur denkt, sondern dabei ist, das Leben seiner sogenannten Massen faktisch einzurichten, dies nicht nur zu behaupten, sondern nachzuweisen und zu belegen, entspräche in sehr hohem Maße der Grundidee dieser Weltausstellung und könnte gleichzeitig politischen Erfolg bewirken." Ebenso wollte Schwippert die zu beobachtende „Lebensheiterkeit", „eine neue Leichtigkeit", verdeutlicht etwa im neuen Bauen und in moderner Produktgestaltung, sowie die Modernisierung der Arbeitswelt thematisieren[33]. Dabei machte er deutlich, daß die Durchführung „nur dann rechten Erfolg haben [könne], wenn sie Sachverständigen anvertraut wird, welche sowohl die hier ausschlaggebende Urteilsfähigkeit über die humanitär-kulturellen und formalen Werte wie auch die Fähigkeit zur zusammenfassenden optischen und räumlichen Repräsentation von höchstem gestalterischem Rang besitzen. Idee und Durchführung sind hierbei schwerlich zu trennen [...]."[34]

Der Werkbund hatte damit seinen Anspruch auf maßgebliche Mitsprache unmißverständlich kund getan. Doch auch ohne diese Initiative waren Mitglieder des Werkbundes bereits im Herbst 1955 in die Vorbereitungen involviert. Zum Kreis der Architekten, die im Rahmen eines Wettbewerbs Entwürfe für die Ausstellungsbauten einreichen sollten, zählten mehrere DWB-Mitglieder (Sep Ruf, Egon Eiermann, Rudolf Schwarz, Paul Schneider-Esleben), und auch für die geplante Jury des letztlich nicht durchgeführten Architektenwettbewerbs waren Werkbündler vorgesehen[35].

---

[31] Pechmann an Heuss, 25. 5. 1955; Richtlinien für die Beteiligung der Deutschen Bundesrepublik an Internationalen Ausstellungen für Handwerk, Industrie und Handel, in: BA Koblenz, B 102/37722.

[32] Hans Schwippert, Notizen zur deutschen Beteiligung an der Weltausstellung zu Brüssel 1958, 14. 10. 1955, S. 1, in: BA Koblenz, B 102/37723.

[33] Ebenda, S. 1–3.

[34] Ebenda, S. 2.

[35] Vgl. Vermerk BMWi, 24. 10. 1955, betr. Weltausstellung Brüssel 1958. Architekten-Wettbewerbe für den deutschen Pavillon, und Rossig, Bundesfinanzministerium, an BMWi, 15. 11. 1955, in: BA Koblenz, B 102/37723.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den formellen Antrag, DWB und Rat für Formgebung in die Vorbereitungen einzubinden, stellte der Präsident des Rates für Formgebung, der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Eduard Schalfejew, schließlich Ende November 1955; Mitte Februar 1956 wurde er vom Generalkommissar für die deutsche Beteiligung, Hermann Wenhold, angenommen: Schwippert und die Geschäftsführerin des Rates, Mia Seeger, wurden in den Beirat für die Erarbeitung des deutschen Ausstellungsbeitrags berufen[36].

Bis dahin lag bis auf Schwipperts „Notizen" noch kein umfassendes Ausstellungskonzept vor. Im Kabinett waren lediglich einzelne konkrete Sonderwünsche vorgetragen worden. So hatte etwa das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Beteiligung an den Vorbereitungen beansprucht und die Berücksichtigung der deutschen Weinwirtschaft angeregt, denn – so verlautete aus Heinrich Lübkes Ministerium – „Wein bringt Lebensfreude". Deshalb sei eine „[t]ypisch deutsche Weinstube, stil-gerecht und der örtlichen flämischen Kultur ebenbürtig möbliert als Pflegestätte überlieferter Kultur", einzurichten[37]. Erst Mitte Februar 1956 präzisierte das Ernährungsministerium seine konzeptionellen Vorstellungen, die nun die Familie in der Landwirtschaft in den Mittelpunkt einer Ausstellungsabteilung rücken wollten. Die Anregungen von Vertretern des Innen- und des Wohnungsbauministeriums waren dagegen weniger konkret[38].

Die Diskussion um die konzeptionelle Ausgestaltung des deutschen Beitrags zur Weltausstellung setzte Anfang Februar 1956 richtig ein, als der Beirat des Generalkommissars zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Vertreten waren hier neben verschiedenen Ministerien der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) mit Geschäftsführer Paul Beyer, als durchführendes Organ die NOWEA mit Direktor Herbert Engst, der Rat für Formgebung mit Mia Seeger sowie der BDI, dessen Vertreter, Krupp-Direktor und Werkbund-Mitglied Carl Hundhausen, Schwipperts Konzeptskizze vorstellte und den DWB-Vorsitzenden als denjenigen empfahl, der die Gruppe der Ausstellungsgestalter zusammenhielte und „in dem sich die geistige Konzeption vereinige"[39]. Dadurch sah sich NOWEA-Direktor Engst herausgefordert, auf der nächsten Sitzung des Beirats einen eigenen, ausdrücklich als „Polemik" gegen Schwipperts Entwurf gedachten „Vorschlag" vorzulegen. In diesem wandte sich Engst gegen „von vornherein ins Leere zielende oder utopische Einstellungen" und

[36] Vgl. Schalfejew an Wenhold, 25. 11. 1955, und Wenhold an Schalfejew, 16. 2. 1956, in: Ebenda.

[37] Sonnemann, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an BMWi, 29. 12. 1955, in: Ebenda.

[38] Gedacht war im Ernährungsministerium an drei Abschnitte, die die Arbeit der Landfrau, die Bedeutung der agrarischen Ernährungswirtschaft sowie des Waldes als „Quelle der Gesundheit" darstellen sollten. Vgl. Thiemel, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an Wenhold, 10. 2. 1956, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 69. Vgl. auch Auszug aus einem Brief des Bundesministers des Innern vom 9. 1. 1956 sowie Ministerialrat Steinbiß, Bundesministerium für Wohnungsbau, an Wenhold, 4. 2. 1956, in: Ebenda.

[39] Bericht über die 1. Sitzung des Beirates des Generalkommissars für die deutsche Beteiligung an der Weltausstellung Brüssel 1958 am 1. 2. 1956, in: BA Koblenz, B 102/37724.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jede „lehrhaft wirkende[] Aufdringlichkeit" des deutschen Beitrags[40]. Engst plädierte ausdrücklich dagegen, Wohn- und Lebensbedarf – wie Schwippert es umrissen hatte – zum thematischen Kern des Ausstellungsbeitrags zu machen und damit, so Engst, „die Besucher lediglich in eine Stimmung genießender Beschaulichkeit oder ästhetischer Empfindungen" zu versetzen[41]. Der NOWEA-Direktor schlug statt dessen die das gesamte deutsche Kulturleben repräsentierende, auf „erratische Blöcke" kultureller „Spitzenleistung" konzentrierte Darstellung einzelner Themengebiete vor und nannte „Gutenberg und sein Erbe", „Schöpfer neuer Kräfte" (gemeint war die Motorenentwicklung) und „Das große Auge" (das heißt die Röntgenstrahl-Technik), wobei als Nebenthemen vor allem wirtschaftsrelevante Beispiele technischen Fortschritts und sozialpolitische Aspekte zu beleuchten seien; das von Schwippert in den Mittelpunkt gestellte Thema Umweltgestaltung griff Engst nicht auf[42].

Keines der beiden Konzepte vermochte den Beirat ganz zu überzeugen. Insbesondere Generalkommissar Wenhold sah bei Schwipperts Entwurf ein Defizit an charakteristischen, publikumswirksam verdichteten Ausstellungsschwerpunkten[43]. Anfang März 1956 legte Wenhold einen als Synthese der beiden diskutierten Konzepte gedachten eigenen Programmentwurf vor[44]. Zu diesem Zeitpunkt hatte Engsts Programm keine Chancen mehr, durchgesetzt zu werden; die Vertreter von Handwerk und Industrie, des Rates für Formgebung sowie verschiedener Ministerien tendierten – wie sich bereits im Februar abgezeichnet hatte –, auch auf die Parteinahme des Bundespräsidenten für Schwippert verweisend, nunmehr eindeutig zum Plan des DWB-Vorsitzenden. Dieser hatte seinen ursprünglichen Entwurf mittlerweile ausgearbeitet und konnte jetzt ein komplexes Ausstellungsprogramm vorlegen, das bereits eine detaillierte Verbindung von inhaltlicher und räumlich-gestalterischer Konzeption darstellte[45]. „Im ganzen mußte man den Eindruck haben", faßte Engst nach dem sehr deutlichen Votum des Beirates für den Schwippert-Plan seine Einschätzung zusammen, „daß die Herren des Werkbundes bzw. des Rates für Formgebung mit aller Energie auf die Durchführung des Planes Schwippert hinarbeiten."[46] Selbst Wenholds vehemente Weigerung, trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse im Beirat Schwipperts ursprüngliches Konzept nicht im Kabinett vertreten zu wollen, führte

[40] Herbert Engst, Vorschlag für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Weltausstellung Brüssel 1958, 10. 2. 1956. S. 1, in: Ebenda.

[41] Ebenda, S. 2f.

[42] Ebenda, S. 3–11. Siehe auch Deutschlands Beitrag, S. 14f.

[43] Vgl. Bericht über die 2. Sitzung des Beirates des Generalkommissars für die deutsche Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland [sic!] an der Weltausstellung Brüssel 1958 am 21. 2. 1956 in Bonn, in: BA Koblenz, B 102/37724.

[44] [Programm Wenhold, 6. 3. 1956], in: Ebenda.

[45] Vgl. Hans Schwippert, Notizen zu Idee und Durchführung der deutschen Beteiligung auf der Weltausstellung Brüssel 1958, 22. 2. 1956, in: BA Koblenz, B 102/37723; Pa, Aufzeichnung II., AA, 9. 3. 1956, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 70.

[46] Engst, Aktenvermerk über die [3.] Sitzung des Beirates zur Themenfindung für die deutsche Beteiligung an der Weltausstellung Brüssel 1958 am 6. 3. 1956 in der Villa Hügel, S. 2, in: BA Koblenz, B 102/37723.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

letztlich nur zu geringfügigen Änderungen an Schwipperts Vorlage, die schließlich Ende April 1956 dem Kabinettsausschuß zur Beschlußfassung übergeben wurde[47].

Tatsächlich basierten Schwipperts Konzept sowie dessen Durchsetzung auf der Zusammenarbeit der im DWB zusammengeschlossenen Gestalter, Architekten, Sachverständigen, Industriellen, Beamten und nicht zuletzt Politiker, wie etwa des Bundespräsidenten, aber auch des mit Sep Ruf und anderen Protagonisten des Werkbundes eng befreundeten Wirtschaftsministers Erhard. Innerhalb des DWB konnte sich Schwippert auf die Kompetenz angesehener Fachleute stützen, die das Projekt der Weltausstellung seit 1954 mit Interesse verfolgten[48]. Die enge Verbindung mit Industrie, Handwerk, Verwaltung und Berufsverbänden, wie etwa des Bundes Deutscher Architekten (BDA), dessen Präsident Otto Bartning zugleich 2. Vorsitzender des Werkbundes war, war für den Werkbund bezeichnend und schuf die Voraussetzung dafür, die eigenen Konzepte im politischen Bereich durchzusetzen, wo freilich ebenfalls die Einstellung vorherrschte, die Weltausstellung nicht lediglich unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten. „Es ist im Gegenteil der Wunsch der Bundesregierung, die kulturelle und ideologische Seite in den Vordergrund treten zu lassen", wie Ende 1955 der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes dem späteren ständigen Vertreter Wenholds in Brüssel, dem Werkbündler Gustav B. von Hartmann, schrieb[49].

Die Durchsetzung des Werkbund-Konzeptes fand seine Ergänzung in dem von seiten des DWB geforderten Verzicht auf eine Ausschreibung für die Ausstellungsbauten. Statt dessen wurden, wiederum in enger Fühlungnahme mit führenden Mitgliedern des Werkbundes (Schwippert und Bartning), Ruf und Eiermann mit der Gesamtplanung betraut[50]. Damit gab sich der Werkbund aber noch nicht zufrieden. Nachdem bis Frühjahr 1956 die ersten inhaltlichen und personellen Weichen gestellt worden waren, galt es nun, Gremien für die konzeptionelle Detailarbeit zu bilden. Der Werkbund ergriff auch hier wieder die Initiative. Schwippert konnte sich auf den reichen Fundus an Sachkompetenz im DWB stützen, als er in einer Besprechung der verantwortlichen Organisatoren bei Bundesminister Erhard in Tegernsee Ende August 1956 einen detaillierten Organisationsplan vorlegte. Er stieß dabei erneut auf den kritischen Generalkommissar, der sich – wieder vergeblich – gegen Schwipperts Versuch verwahrte, die Organisation der Ausstellung personell zu bestimmen[51].

---

[47] Vgl. dazu insbesondere PA AA, Best. B 55, Bd. 70.

[48] Vgl. den Zwischenbericht Schwipperts zu den Vorbereitungen vor dem DWB: Protokoll der Vorstandssitzung des DWB e. V., Düsseldorf, 5. 3. 1956, S. 6–9, in: Werkbund-Archiv Berlin, Ordner Protokolle.

[49] Von Trützschler, Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, an G. B. von Hartmann, 21. 12. 1955, in: BA Koblenz, B 102/37724.

[50] Vgl. Just, Bundesministerium der Finanzen, Vermerk über die Sitzung am 4. 5. 1956, und Just, Vermerk über die Besprechung am 29. 4. 1956 in Bonn, 4. 6. 1956, in: BA Koblenz, B 102/37723. Den Auftrag zur Planung der Außenanlagen des deutschen Ausstellungsbeitrags erhielt der Berliner DWB-Vorsitzende, der Gartenarchitekt Walter Rossow.

[51] Vgl. Schwippert, Aktennotiz über die Besprechungen zur deutschen Abteilung auf der Weltaus-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie groß die Dominanz des DWB war, zeigte sich bei der Bildung der Arbeitsgruppen seit Ende 1956. Von den neun nach Schwipperts Konzept gebildeten thematischen „Gruppen" der Ausstellung unterlagen acht der gestalterischen Federführung von Werkbündlern. Nicht anders sah es in der Jury zur Auswahl der deutschen Exponate aus: Von ihren 27 Mitgliedern gehörten 20 dem DWB an[52].

Das erste Jahr der Ausstellungsvorbereitungen stand ganz im Zeichen genereller Planungen. Diesen hatte der Werkbund, also dezidierte Vertreter der gestalterischen Moderne, den Stempel aufzudrücken vermocht. Politische Einflüsse hatten sich dagegen noch kaum geregt. Das änderte sich aber, als die detaillierte Planungsarbeit in dem vom DWB geprägten inhaltlichen und formalen Rahmen begann.

Das politische Interesse erwacht (1956–58)

Bei aller Dominanz des Werkbundes in konzeptionellen und personellen Fragen, die Bundesregierung hatte sich keineswegs ihrer Einflußmöglichkeiten begeben. Generalkommissar Wenhold war der Regierung gegenüber für die Planungen verantwortlich; das Kabinett behielt sich Entscheidungen in grundsätzlichen Fragen vor; offiziell federführend war das Wirtschaftsministerium, das mit Ministerialrat Edgar Schulz-Fincke, innerhalb des Ministeriums für Ausstellungsfragen zuständig, eng in die Planungen eingebunden blieb. Darüber hinaus hatten einige Bundesministerien offiziell Mitsprache verlangt und im Rahmen der generellen Vorbereitungen wie zu einzelnen Ausstellungsgruppen auch erhalten. Einen weiteren Versuch von politischer Seite, Einfluß auf die Ausstellungsplanungen zu nehmen, unternahm im Frühjahr 1956 Bayern. Ministerpräsident Wilhelm Hoegner forderte von Erhard eine Einbeziehung der Länder, und der bayerische Wirtschaftsminister Otto Bezold pochte speziell für sein Land auf Mitsprache in den Planungsgremien[53]. Die Eingabe des bayerischen Werkbündlers Günther Freiherr von Pechmann an den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Ritter von Lex, in der er auf die Verzögerungen bei den Vorbereitungen aufmerksam machen wollte, erschien den Verantwortlichen im Bonner Wirtschaftsministerium zunächst als persönlicher Profilierungsversuch[54]. So einfach war die Sache jedoch nicht, denn den Vorwurf der Verzögerung und anfänglicher konzeptioneller Unsicherheit erhoben auch DWB und BDI und verschiedene Presseorgane, die sich seit Anfang 1956 zu Wort melde-

---

stellung Brüssel am 28. 8. 1956 bei Bundesminister Erhard, Tegernsee, und Wenhold an Schwippert, 13. 9. 1956, in: BA Koblenz, B 102/37724.

[52] Vgl. Deutschlands Beitrag, S. 31–65; Weltausstellung Brüssel 1958. Deutschland. Bildband, Düsseldorf 1958, o. S.

[53] Vgl. Hoegner an Erhard, 21. 4. 1956, Bezold an Erhard, 9. 10. 1956, und Erhard an Bezold, 31. 10. 1956, in: BA Koblenz, B 102/37724.

[54] Vgl. Ritter von Lex an Staatssekretär Westrick, BMWi, 12. 11. 1956, Pechmann an Lex, 23. 10. 1956, und Schulz-Fincke an Westrick, 17. 11. 1956, in: Ebenda. Zum speziellen bayerischen Beitrag zur Weltausstellung vgl. Pechmann, Idee, S. 195.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten[55]. Außerdem richtete der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt, einer der parlamentarischen Wegbereiter des Rates für Formgebung und nach 1964 DWB-Vorsitzender, Anfang 1957 im Bundestag eine Anfrage an Erhard, die die maßgebliche Beteiligung von DWB und Rat für Formgebung an den Ausstellungsvorbereitungen noch einmal klarstellen sollte[56]. Hinter der bayerischen Initiative steckten letztlich reale Interessen der Bundesländer, die schließlich immerhin eine Beteiligung an den Planungen der Ausstellungsabteilung „Erziehung und Bildung" erreichten. Ihr Vertreter, der Vorsitzende des Ausschusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Hans Reimers, wurde jedoch erst relativ spät (Ende 1957) hinzugezogen, nachdem sich bereits im Sommer der DIHT für die konzeptionelle Einbeziehung der gewerblichen Berufsbildung in die deutsche Ausstellung stark gemacht hatte[57].

Während in der 1957 in Gang kommenden Gremienarbeit politische Interessen nur punktuell anklangen, entstand in Regierungskreisen allmählich der Gedanke, die Weltausstellung als Forum allgemeiner politischer Aussagen zu nutzen. Da man erwartete, daß insbesondere die Sowjetunion nicht zögern würde, in Brüssel die sozialistischen Errungenschaften propagandistisch herauszustreichen, sollte Deutschland, so wurde auf der Kabinettsausschußsitzung, die das deutsche Konzept absegnete, betont, die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft hervorheben; freilich sei dabei zu „vermeiden, unsere Lage zu günstig darzustellen, da sich sonst Angriffsmöglichkeiten für die öffentliche Meinung der Welt ergeben könnten"[58].

Es ging, mit einem Wort, um einen sensiblen Umgang mit Deutschlands Bild in der Welt. Die Situation der Bundesrepublik war nicht nur von der jüngsten Vergangenheit mit Diktatur, Aggression und Völkermord geprägt, sondern auch durch die staatliche Teilung. Zu dieser Problematik gehörte für die deutsche Öffentlichkeit weiterhin die Frage der nun unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie. In Brüssel bestand die Gewähr, den Bonner

[55] Vgl. dazu Presseausschnitte, in: BA Koblenz, B 102/37724, und PA AA, Best. B 55, Bd. 70; Schulz-Fincke an Stein, BDI, 18. 4. 1957, und Schwippert an Erhard, 10. 4. 1957, in: BA Koblenz, B 102/37725. Eine offizielle Erwiderung der Kritiken sollte nach Meinung des AA nicht erfolgen, um keine weitere Polemik zu entfachen. Vgl. Graeff, AA, an Botschaft in Brüssel, 12. 3. 1956, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 70. Die Angriffe wurden Ende 1956 erneut in der Presse aufgenommen. Hinter ihnen wurden im AA dem DWB nahestehende Kreise vermutet. Seitens des AA wurde die Kritik zwar zurückgewiesen, Defizite in Wenholds Informationspolitik aber durchaus eingestanden. Vgl. AA, Wochenbericht für die Zeit vom 3.–9. 12. 1956, Aufzeichnung Graeff, Leiter der Handelspolitischen Abteilung des AA, 9. 1. 1957, und Schreiben Heinrich von Brentano an Erich Köhler, Mitglied des Bundestages, 17. 1. 1957, in: PA AA, Best. 55, Bd. 70.

[56] Vgl. 189. Sitzung, 1. 2. 1957, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, Bd. 35, Bonn 1957, S. 10752.

[57] Vgl. Frentzel, DIHT, an BMWi, 7. 6. 1957, Schulz-Fincke an Wenhold, 22. 6.1957, und Wenhold an BMWi, 9. 7. 1957, in: BA Koblenz, B 102/37726; Bericht über die Besprechung der Gruppe „Bildung und Erziehung" am 15. 10. 1957 in Frankfurt a. M., in: BA Koblenz, B 102/37725.

[58] Kurzprotokoll über die 47. Kabinettsausschußsitzung der Bundesregierung am 23. 4. 1956, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 70.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alleinvertretungsanspruch kompromiß- und problemlos entfalten zu können: Belgien unterhielt mit der DDR keine diplomatischen Beziehungen, folglich war sie auch nicht zur Weltausstellung eingeladen worden.

Es war deshalb ebenso verständlich wie folgerichtig, daß konservative Kreise Forderungen nach einer darstellerischen Berücksichtigung des geteilten Deutschlands erhoben, wie es durch Theodor Oberländer, den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Ende September 1957 auch geschah[59]. Zwar wies der Generalkommissar die Forderung Oberländers unter Hinweis auf die „Vermeidung jeglicher politischer Demonstration oder gar Anklage" zurück[60], doch wurde die Problematik in einer eigens einberufenen interministeriellen Besprechung im Herbst 1957 behandelt. Dabei machte der Vertreter des Vertriebenenministers deutlich, daß „[d]ie Dreiteilung Deutschlands [...], nach Ansicht seines Hauses, im Mittelpunkt der deutschen Aussage stehen" müsse. Auch die Vertreter des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen sahen die Notwendigkeit, angesichts des Fehlens der „SBZ" in Brüssel eine weiter gefaßte politische Repräsentativität anzustreben[61]. Die Probleme der Vertriebenen und Flüchtlinge, der „SBZ" und der früheren deutschen Ostgebiete seien insbesondere in Erwartung des propagandistischen Auftretens der „Ostblockstaaten" zu berücksichtigen[62].

Eine solch eindeutige Politisierung lehnte der für die Ausstellungsvorbereitung im Wirtschaftsministerium zuständige Ministerialrat Schulz-Fincke jedoch ab und warnte: „Der Einbau der politischen Note ziehe eine Sprengung des Kabinettsbeschlusses nach sich." Dieser Einschätzung schloß sich auch der Vertreter des Auswärtigen Amtes an, der eine darstellerische und inhaltliche Einbeziehung der von Polen verwalteten Ostgebiete entschieden ablehnte[63]. Er sprach dabei bezüglich der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie durchgehend von „früheren deutschen" und nicht wie der Beamte des Vertriebenenministeriums von „unseren" Ostgebieten[64]. Das Auswärtige Amt wollte diese politisch äußerst problematischen Fragen nicht einmal anklingen lassen, und war, was die deutsche Frage generell betraf, der Ansicht, daß „[g]rundsätzlich [...] die Wirksamkeit einer ‚Propaganda' durch etwas weniger dickes Auftreten nur [wird] gesteigert werden können"[65]. Auch die an der Ausstellungsvorbereitung beteiligten Werkbündler wollten an der Vertriebenenproblematik nicht rühren und wehrten sich gegen ihre inhaltliche Einbeziehung in den deutschen

[59] Vgl. Oberländer an Wenhold, 30. 9. 1957, in: BA Koblenz, B 102/37727.

[60] Wenhold an Oberländer, 4. 10. 1957, in: Ebenda.

[61] Bericht über eine Ressortbesprechung auf Grund des Briefes des Herrn Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte vom 30. 8. 1957 [muß heißen: 30. 9. 1957] in Sachen „Deutscher Beitrag zur Weltausstellung Brüssel 1958" beim Bundesminister für Wirtschaft am 22. 10. 1957, 23. 10. 1957, S. 1, in: Ebenda. Als Vertreter des Generalkommissars war G. B. von Hartmann anwesend.

[62] Ebenda, S. 1–3.

[63] Ebenda.

[64] Ebenda, S. 2.

[65] Graeff, AA, an Schulz-Fincke, 13. 2. 1958, in: BA Koblenz, B 102/37727.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausstellungsbeitrag. Wenholds Stellvertreter Hartmann lehnte sogar die Darstellung der Beteiligung der Vertriebenen am westdeutschen wirtschaftlichen Aufbau ab, und zwar mit dem Hinweis auf den möglichen „Neid" des Auslands. Außerdem bestehe die „Gefahr", „daß die Welt den Eindruck gewinnt, daß die Bundesrepublik ja eigentlich für die unmenschliche Maßnahme [der Vertreibungen] dankbar sein müsse"[66].

Diejenigen, die für politische Zurückhaltung plädierten, hatten hier – knapp fünf Monate vor Beginn der Weltausstellung – die Zeit auf ihrer Seite. Dennoch wurden bis zuletzt, gar noch nach Ausstellungseröffnung Mitte April 1958, von seiten des Vertriebenenministeriums die Forderungen erhoben, „die Leistungen und Opfer der Bundesrepublik zur Eingliederung und Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie den früheren Status der Vertreibungsgebiete zur Darstellung zu bringen"[67]. Letztlich blieb es aber bei dem in der interministeriellen Besprechung vom Herbst 1957 vereinbarten Kompromiß: neben einer Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 und verschiedenen Illustrationen der Flüchtlingsproblematik sollte eine Darstellung des geteilten Landes ebenfalls in den Grenzen von 1937 als künstlerisch gestaltetes Bodenrelief unter dem Leitwort „Der Herzschlag eines Volkes geht durch geteiltes Land" an prominenter Stelle im deutschen Ausstellungsbereich gezeigt werden[68].

Die bezüglich der staatlichen Teilung verfolgte zurückhaltende Linie der Ausstellungsmacher – „[. . .] die Darstellung sollte keine Anklage enthalten, sie sollte nicht politische Diskussionen heraufbeschwören, und sie sollte tunlichst keine Handhabe bieten, uns einer der Weltausstellung unangemessenen ‚Demonstration' zu verdächtigen"[69] – war auch im Umgang mit der NS-Vergangenheit maßgebend. Zwar wurde diese nicht thematisiert, doch wurde jeder darstellerische Anklang an die NS-Zeit kritisch bewertet. So erhob die von Werkbündlern dominierte Jury gegen das von dem Graphiker Walter Breker, ebenfalls Mitglied des DWB, entworfene Signet für die deutsche Ausstellungsabteilung Bedenken, da man in einem Detail ein verkehrt gestelltes Hakenkreuz zu erkennen glaubte[70].

Öffentliche Auseinandersetzungen provozierte die Entscheidung des Beirates, den Stand der sozialen Fürsorge in der Bundesrepublik nicht, wie ursprünglich geplant, am Beispiel der Stadt Nürnberg zu illustrieren. Für die Mehrheit des Beirates, insbesondere auch für die Vertreter von Ministerien, war der Name Nürnberg historisch

[66] Hartmann an Schulz-Fincke, 25. 2. 1958, in: Ebenda.

[67] Nahm, Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, an Ludwig Erhard, 22. 4. 1958, siehe ebenso mit detaillierten Änderungswünschen Nahm an Wenhold, 9. 5. 1958, in: Ebenda.

[68] Deutschlands Beitrag, S. 67. Der gewählte Spruch traf innerhalb des AA auf Vorbehalte, da er „auf ausländische Besucher leicht kitschig und lächerlich wirken [könne,] und [er] dürfte daher den deutschen Anliegen abträglich sein." Vgl. Notiz, 8. 2. 1958, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 71.

[69] Deutschlands Beitrag, S. 66.

[70] Vgl. Protokoll der Sitzung der Jury am 3. 12. 1957 in Düsseldorf, S. 4, in: BA Koblenz, B 102/37726.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allzu schwer belastet – hingewiesen wurde auf die Nürnberger Gesetze, auf Reichsparteitage und Kriegsverbrecherprozesse –, so daß man Augsburg als Alternative vorzog. Der Protest der Stadt Nürnberg ließ nicht lange auf sich warten. Er fiel heftig aus und schlug öffentlich hohe Wellen, was in Verbindung mit politischem Druck aus Regierungskreisen bereits im Oktober 1957 zu einer Kompromißlösung führte, die beide Städte in das deutsche Ausstellungskonzept integrierte[71].

Die Jury lehnte auch eine von Bundeskanzler Adenauer selbst stark befürwortete Sonderschau der Bildhauerin Yrsa von Leistner ab, die sich mit der Problematik der Heimatvertreibung künstlerisch auseinandergesetzt hatte. Sie machte dabei zwei die vorherrschende Gestaltungskonzeption und die politische Position der Ausstellungsmacher verdeutlichende Gründe geltend. Zum einen sei, laut der von Otto Bartning, Herbert Freiherr von Buttlar, Egon Eiermann, Kurt Martin, Sep Ruf, Gotthold Schneider und Hans Schwippert unterzeichneten Begründung der Jury, „alles zu vermeiden, was in der Art der Aussage, wie etwa in dem symbolhaft-naturalistischen Charakter dieses [der Jury zur Bewertung vorliegenden] Reliefs, sich einer Form bedient, die in der Welt nicht mehr als zeitgemäß angesehen wird"; zudem könne das Darstellungsthema „Heimkehr" Anlaß geben für die unfreundliche Auslegung im Ausland, „daß wir mit uns selbst und unserem selbstverschuldeten Schicksal sehr viel mehr Mitleid zu haben bereit sind als mit dem Leid, das andere durch uns erfahren haben. Und gerade dies – jegliche Form der Anklage – sollte nach Auffassung aller an dieser Aufgabe Beteiligten unbedingt vermieden werden."[72]

Die Jury setzte sich auch in diesem Fall durch. Eine Thematisierung deutscher Kriegs- und Nachkriegsnöte lehnten die Gestalter trotz starken Drucks von publizistischer Seite grundsätzlich ab, wie es Schwippert gegenüber dem Wirtschaftsministerium drastisch deutlich machte: „Einige zornige Federn wünschen Trümmerberge zu sehen. Haben andere Nationen keine Trümmer? Und durch wen? Wollen jene Leute Trümmerberge als deutsche Repräsentanz, dann gehört es dazu, daß Deutschland gleichzeitig 6 Millionen tote Juden ausstellt! Bei einem internationalen Wettbewerb in Trümmern, Toten, einer Weltkonkurrenz in Flüchtlingen, in Elend, hätten wir vermutlich schlecht abgeschnitten."[73]

Gestalterisch wie auch inhaltlich blieb die Werkbundgruppe um Schwippert, den stellvertretenden Generalkommissar von Hartmann, den Pressereferenten Wend Fischer und die Ausstellungsarchitekten Ruf und Eiermann eindeutig bestimmend. Sie hatten frühzeitig ein schlüssiges Konzept vorlegen und mit Hilfe weitverzweigter

[71] Vgl. Protokoll der 7. Sitzung des Beirates des Generalkommissars der Bundesrepublik Deutschland bei der Weltausstellung Brüssel 1958 am 23. 7. 1958, und Korrespondenz von Oberbürgermeister und Stadtrat Nürnberg vom September 1957, in: PA AA, Best. B 55, Bd. 71.

[72] Begründung der Jury [Anlage zum Schreiben Wenhold an BMWi, 15. 2. 1958], in: BA Koblenz, B 102/37726.

[73] Hans Schwippert, Notiz zur Kritik an Brüssel, 5. 5. 1958, S. 3, in: BA Koblenz, B 102/37727. Vgl. auch Egon Eiermann an Carl Hesse, 25. 4. 1958, in: Egon Eiermann, Briefe des Architekten 1946–1970, hrsg. vom Institut für Baugeschichte an der Universität Karlsruhe, Stuttgart 1994, S. 86f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kontakte in Politik und Gesellschaft durchsetzen können. Politische Einzelinteressen hatten sich in das Konzept des Werkbundes einzufügen; das galt für die Bundesministerien ebenso wie für die Bundesländer. Größere Ansprüche, die auf eine dezidierte Politisierung des deutschen Beitrags zur „Expo 58" hinausliefen, wurden erst ein halbes Jahr vor der geplanten Ausstellungseröffnung laut und dann von den Organisatoren unter Federführung des Wirtschaftsministeriums und mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes auch weitgehend neutralisiert oder behutsam in das bestehende Konzept eingefügt. Das Ergebnis war zwar kein apolitischer Beitrag; er war jedoch stärker an gesellschaftlichen Entwicklungen als an politischen Aussagen orientiert.

Konzept und Gesicht des deutschen Beitrags in Brüssel 1958

Am 17. April 1958 wurde die Weltausstellung vom belgischen König Baudouin eröffnet. 47 Länder und internationale Organisationen hatten Pavillons im Ausstellungsgelände, dem königlichen Park von Heysel, errichten lassen. Die bis Oktober geöffnete „Expo 58" besuchten 41 Millionen Gäste. Als besondere Attraktionen erwiesen sich vor allem die Beiträge der USA und der Sowjetunion. Letztere zeigte Modelle der beiden ersten Sputnik-Satelliten, und die USA präsentierten Technik publikumswirksam auf teilweise spielerische Weise (Farbfernseh-Studio, Stereo-Studie, Elektronen-Rechenmaschine)[74]. Beide Beiträge dienten nationaler Repräsentation im Zeichen bipolarer Konkurrenz.

Die ausstellenden Länder boten verschiedene Interpretationen oder Umsetzungen des Generalthemas. Als besonders eng am vorgegebenen Thema bleibend galt der deutsche Beitrag, dessen Abteilungen in acht, in Stahlskelettkonstruktion mit vollkommen verglasten Fassaden errichteten Flachdachbauten mit quadratischen Grundrissen untergebracht waren. Bauliches Symbol des deutschen Beitrags war die die natürlichen Geländeunebenheiten überwindende Zugangsbrücke – ein schwebend leicht wirkender, weit auskragender Brückensteg aus Stahl, der von einem hohen, schmalen Betonpylon gehalten wurde. Auf die um einen Baumbestand gruppierten Pavillons waren die neun auf Schwipperts Konzept beruhenden Ausstellungsgruppen verteilt: Landwirtschaft (gestalterische und inhaltliche Planungsleitung: Architekt Hermann Mattern, DWB, Graphiker Paul Froitzheim), Handwerk (Architekt Horst Döhnert), Industrielle Arbeit (Carl Hundhausen, DWB), Stadt und Wohnung (Architekt Hans Schwippert, DWB), Persönlicher Bedarf (Architektin Wera Meyer-Waldeck, DWB), Soziale Aufgaben (Architekt Werner Wirsing, DWB, Graphiker Richard Roth, DWB), Freie Zeit (Architekt Rolf Volhard, DWB, und andere), Heilen und Helfen (Architekten Otto Bartning und Gustav Hassenpflug, beide DWB), Er-

[74] Zur Weltausstellung insgesamt siehe Der Architekt 7 (1958), S. 159–222; Friebe, Architektur, S. 165–168. Zu Beiträgen sozialistischer Staaten vgl. Hans-Georg von Studnitz, Welt und Scheinwelt. Eine Brüsseler Zwischenbilanz, in: Christ und Welt Nr. 34 (21. 8. 1958), S. 18.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziehung und Bildung (Architekt Alois Giefer und Graphiker Hans Leistikow, beide DWB). Hinzu kamen ein sogenannter „Quellenraum", die deutschen Kur- und Heilbäder symbolisierend, eine Bibliothek, ein Restaurant sowie eine Weinstube – diese allerdings, im Gegensatz zu den anfänglichen Vorstellungen des Ernährungsministeriums, im modernen Gewand[75]. Außerdem wurde ein „bayerisches Bierzelt" betrieben, in dem auch Marschmusik zu hören war, was das Auswärtige Amt kurzzeitig ungünstige Reaktionen im Ausland befürchten ließ[76].

In den deutschen Pavillons dominierten werkbundliche Gestaltungsgrundsätze: In lichten, offenen Räumen war viel moderne Ausstellungstechnik (Glas-Metall-Vitrinen, Modelle, begehbare Reliefkarten usw.) sowie eine betont graphische Darstellungsweise (Photographien, teils mit knappen erläuternden Worten, Schaubilder) zu sehen. Nach Schwipperts Motto, „Leben in Deutschland" zu veranschaulichen, wurden alltagskulturelle Exponate gezeigt, freilich auf gestalterisch hohem Niveau: teils komplette Wohnungseinrichtungen, Möbel, Geräte, Hausrat von moderner Form: schlicht, funktional, im Werkbundsinne form-, material- und funktionsgerecht[77]. Verzichtet wurde dagegen auf zentrale Attraktionen, einzelne Spitzenleistungen, Aufsehenerregendes, womöglich „Sensationelles"; hier sollte dann im wesentlichen auch die öffentliche Kritik an der deutschen Ausstellung ansetzen.

Die Reformer um den DWB hatten also die erste große Weltausstellung nach Kriegsende gestalterisch eindeutig zu dominieren vermocht; auch die thematische Grundausrichtung stammte von ihnen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte somit eindeutig Zeichen gesetzt, indem sie ihre erste bedeutende umfassende Repräsentation auf internationaler Ebene von jener Gruppe maßgeblich bestimmen ließ, die in Wirtschaft und Kultur mit Nachdruck modernisierende Konzepte vertrat. „Es ist der Geist des ‚Deutschen Werkbundes', der sich hier [in der Weltausstellung] verwirklicht hat", stellte Dolf Sternberger in der Zeitschrift „Die Gegenwart" fest. „Er hat seine eigene Philosophie, die überall aus der Wirrnis der Zwecke wie des Schmucks auf einfache Urtätigkeiten dringt, die Formen auf das Maß des Menschen zurückführen möchte."[78] Und auch der Bundespräsident zog in seinem Geleitwort zum offiziellen deutschen Ausstellungsführer ausdrücklich Parallelen zwischen dem Brüsseler Projekt und älteren DWB-Plänen für eine umfassende Ausstellung in den zwanziger Jahren, als Heuss selbst noch aktives Mitglied des DWB gewesen war[79].

---

[75] Zum deutschen Beitrag ausführlich der offizielle deutsche Ausstellungskatalog: Deutschland. Weltausstellung Brüssel 1958, hrsg. vom Generalkommissar der Bundesrepublik Deutschland bei der Weltausstellung Brüssel 1958, o. O. o. J. [1958], S. 29–208.

[76] Vgl. dazu PA AA, Best. B 55, Bd. 72.

[77] Vgl. Weltausstellung, Bildband.

[78] D[olf] St[ernberger], in: „Die Gegenwart" vom 28. 6. 1958, zit. nach: Deutschlands Beitrag, S. 140.

[79] Vgl. Theodor Heuss, Ein Wort zur Fragestellung, in: Deutschland. Weltausstellung, S. 9–11.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kritik und Würdigung des deutschen Beitrags in Brüssel

Im Rahmen der Weltausstellung ließen etwa 40 teilnehmende Länder und Organisationen ihre gesamten Beiträge oder einzelne Abteilungen von einer unabhängigen Jury begutachten, die aus internationalen Fachleuten und Laien zusammengesetzt war. Die Bewertungskriterien waren Didaktik, Ästhetik sowie die Behandlung der sozialen Thematik. Hier errang der deutsche Beitrag hinter dem tschechoslowakischen zusammen mit den USA den zweiten Rang in der Länderwertung. Gelobt wurde die gestalterische Einheitlichkeit des Beitrags, die bis in die Details gehe, sowie die architektonischen und raumgestalterischen Lösungen. Probleme bereitete der Jury die mitunter hohe „Abstraktion mancher Gedankengänge und auch die gelegentlich Wärme und Temperament vermissen lassende Darstellung“[80].

Trotz der internationalen Anerkennung wurden in der Heimat kritische Stimmen laut. Nach der ersten Pressekonferenz vom Dezember 1956 zeigte sich das Gros der deutschen Presse eher uninteressiert an den inhaltlichen Aussagen, die mit dem deutschen Beitrag und der Weltausstellung insgesamt verknüpft waren. Neben der zeitlichen Verzögerung der deutschen Planungen stieß vor allem das Fehlen akzentsetzender Attraktionen auf Kritik[81]. Auch die nächsten Pressekonferenzen im Juni 1957 und im Februar 1958 enttäuschten die deutschen Organisatoren, zogen sie doch weniger das Interesse von Kultur- und Feuilletonredakteuren als das von „Reportern“ an, die, auf „Knüller“ hoffend, aus Veranstaltersicht eher Nebensächlichem (wie etwa kulinarischen Fragen des Restaurantbetriebs) ihr Hauptaugenmerk schenkten[82].

Nach der Enttäuschung vom Juni lud Wenhold deshalb im Juli 1957 bedeutende Publizisten zum Gespräch ein, unter ihnen den Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“, Josef Müller-Marein, den Politikwissenschaftler Eugen Kogon und den Schriftsteller Erich Kuby. Auch hier wurde aber wieder der Mangel an Sensationen moniert, während die am Gespräch beteiligten Werkbündler – wie etwa Hans Eckstein, Hans Schwippert und Alois Giefer – die von den Kritikern vermißte „Spannung“ „in der ganzen Haltung, im Charakter der Bauten und in der Art der Darbietung“ sahen[83]. In diesem Gespräch wurde auch die Forderung laut, negative Aspekte des deutschen Lebens, vor allem die politische Teilung oder die Not der Nachkriegszeit und insbesondere das harte Los der Vertriebenen und Flüchtlinge stärker zu betonen. Diese Position stieß allerdings bei den Organisatoren auf wenig Verständnis, die weiterhin auf einer künstlerischen Behandlung des Problems der deutschen Teilung beharrten[84]. Nahm man auch die Warnungen der Publizisten ernst, nicht zu belehrend und steif

[80] Deutschlands Beitrag, S. 91–94, Zitat S. 93.

[81] Vgl. ebenda, S. 95–98; weitere Pressestimmen in: BA Koblenz, B 102/37724.

[82] Deutschlands Beitrag, S. 98–100.

[83] Bericht über das Gespräch mit Publizisten am 17. 7. 1957 in Bad Königstein, S. 3–5, Zitat S. 4, in: BA Koblenz, B 102/37725; Deutschlands Beitrag, S. 100f.

[84] Vgl. ebenda, S. 101.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufzutreten, so blieb doch vor allem Schwippert bei seiner alten Position; er wollte den „dunklen Hintergrund" deutschen Lebens nicht durchschimmern lassen[85].

Das alles geschah im Vorfeld. Die ersten Presseberichte nach der Eröffnung der Ausstellung fielen hingegen zunächst freundlich aus: Anerkannt wurde das Bemühen der Organisatoren, die schwierige politische Situation Deutschlands ebenso wie seine kulturellen und technischen Leistungen in aller, sich auch ästhetisch ausdrückenden Zurückhaltung darzustellen[86]. Ende April 1958, nur vierzehn Tage nach der Ausstellungseröffnung, setzte jedoch ein scharfer Presseangriff auf den deutschen Ausstellungsbeitrag ein. Den Anfang machte der Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt", Joachim Besser, der sowohl die inhaltliche Aussage als auch die äußere Form der deutschen Ausstellung heftig kritisierte: Die deutsche Industrie sei nicht ihrer Bedeutung gemäß repräsentiert, die Darstellung des Lebens in Deutschland wirke „sterilisiert und gebügelt". Zudem fehle die Berücksichtigung der in Krieg und Nachkriegszeit erlittenen Not[87]. Zwar gab „Die Welt" dem Kommissar der deutschen Abteilung Anfang Mai Gelegenheit, auf die Attacke zu antworten – Wenhold wies dabei vor allem auf das vorgegebene Thema in Brüssel hin, das eine staatliche Repräsentation im engeren Sinne ebensowenig vorsah wie die Betonung nationaler Besonderheiten[88] –, Bessers Angriff gab jedoch das Startsignal für eine breit einsetzende Pressekritik. Bemängelt wurden in der deutschen Presse nun allgemein die mangelhafte Umsetzung und Veranschaulichung des Ausstellungskonzeptes, das Fehlen eines eindeutigen Hinweises auf die politische Situation Deutschlands und auf den wirtschaftlichen Aufstieg nach 1945 sowie der Mangel an charakteristischen Aussagen zu Land und Leuten[89].

Es gab auch einige wohlwollende Stimmen; unter den Verantwortlichen griff dennoch Unsicherheit um sich. Selbstkritisch räumte man ein, daß der „deutsche Beitrag [. . .] vielleicht etwas zu lehrhaft, tugendsam und farblos" sei. Schwippert und Erhard schlugen „geschulte Interpreten" vor, die Besuchern die deutsche Ausstellung erläutern sollten; zudem sollte die Pressearbeit verbessert werden[90]. Der Vorschlag einiger Kritiker aus der Industrie, unter ihrer Beteiligung eine neue Jurierung von Exponaten durchzuführen, traf jedoch auf die entschiedene Ablehnung der Ausstellungsmacher. Einig war man sich auch, daß die kritische Haltung in der Öffentlichkeit sich nicht auf das Bundeskabinett übertragen dürfe[91].

---

[85] Bericht über die Sitzung der Architekten und eines Ausschusses der Inhaltskommission am 13. 8. 1957 in Düsseldorf, in: BA Koblenz, B 102/37725; Deutschlands Beitrag, S. 101 f.

[86] Vgl. Auszüge aus Presseartikeln, in: Ebenda, S. 102–107.

[87] „Die Welt" vom 21. 4. 1958, zit nach: Ebenda, S. 108–110.

[88] Vgl. „Die Welt" vom 3. 5. 1958, zit. nach: Ebenda, S. 110f.

[89] Vgl. Auszüge aus Presseartikeln in: Ebenda, S. 111–118. Vereinzelt wurde auch auf den deutschen Ausstellungsbeitrag in Paris 1937 als Vorbild hingewiesen (vgl. ebenda, S. 115).

[90] Vermerk über eine Aussprache mit Mitgliedern der Inhaltskommission für die deutsche Beteiligung an der Weltausstellung Brüssel 1958 am 9. 5. 1958, in: BA Koblenz, B 102/37728. Siehe auch Protokoll der Vollversammlung des Rates für Formgebung am 17. 5. 1958, S. 3, in: BA Koblenz, B 102/21241.

[91] Vgl. Firma Klöckner-Werke an Wenhold, 5. 5. 1958, Vermerk Reinhardt, Leiter der Abteilung V, BMWi, 5. 5.1958, und Hans Schwippert, Notiz zur Kritik an Brüssel, 5. 5. 1958, S. 1–2, in: BA

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die entscheidende Wende in der publizistischen Auseinandersetzung kündigte sich erst im Sommer 1958 an. Von Anfang an hatte der deutsche Beitrag wohlwollende Kritik von seiten der Ausstellungsbesucher, Diplomaten und vor allem der Presse des Auslands erhalten, die in erster Linie die Architektur und die allgemeine gestalterische und inhaltliche Zurückhaltung in der Darstellung deutscher Leistungen hervorhoben[92]. Auf dieser Grundlage entschloß sich der DWB zur publizistischen Offensive: In einer Sondernummer des Werkbund-Organs „werk und zeit" veröffentlichte er Auszüge aus internationalen Presseartikeln. Außerdem wurde ein Sonderdruck dieser Zeitschrift in einer Auflage von mehr als 300 000 Stück dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel" beigelegt. Finanziert wurde diese Aktion, die eine sachlichere und ausgewogenere Bewertung seitens der deutschen Publizistik einleitete, durch eine Spende des Industriellen und Werkbündlers Erwin Braun[93].

Wie unter den für die Ausstellung Verantwortlichen wurde auch innerhalb der Regierung immer grundsätzlich am deutschen Ausstellungskonzept festgehalten, wenn dies auch nicht unumstritten blieb. Adenauer selbst bemängelte nach seinem Besuch der deutschen Abteilung im Herbst 1958 vor dem Kabinett die „trockene, wenig eindrucksvolle Ausstellung, die auch die Besucher kaum anlocke"[94]. Dieser Kritik vermochte der verantwortliche Ministerialrat im Wirtschaftsministerium, Schulz-Fincke, jedoch mit dem Einwand zu begegnen, daß Adenauer kaum Besucher habe bemerken können, waren die deutschen Pavillons doch wegen des hohen Besuchs für den Publikumsverkehr gesperrt gewesen; zudem konnte Schulz-Fincke bereits auf die sehr gute Bewertung durch die internationale Jury verweisen[95].

Die anfänglich wachsenden Zweifel in Regierung und Ministerialbürokratie fand Schwippert verständlich, „wenn man", wie er feststellte, „bedenkt, daß manchen Kräften in dieser Bürokratie der ‚Einbruch' des aus Werkbund, Rat für Formgebung, Akademie der Künste Berlin, Arbeitskreis für industrielle Formgebung zusammengestellten großen Kreises der in Kultur und Kunst führenden Kräfte von vornherein nicht angenehm war, und daß, des weiteren, diesen Leuten vielleicht der Einrichtungs- wie der Gesinnungsplüsch mehr liegt, als die Sauberkeit und Tiefe der bedachten, berichterstatteten Repräsentation in Brüssel. Schon wird, wie man hört, auf die Repräsentation des dritten Reiches 1937 in Paris als leuchtendes Beispiel hingewiesen." Der Werkbundvorsitzende dagegen sah den „[. . .] Weg des Maßes, der vielseiti-

---

Koblenz, B 102/37727. Eine erneute Jurierung wurde allerdings nicht mehr verwirklicht. Vgl. Vermerk über eine Besprechung betr. die Weltausstellung Brüssel 1958 am 3. 5. 1958, in: Ebenda.

[92] Vgl. Auszüge aus Presseartikeln in: Deutschlands Beitrag, S. 122–130.

[93] Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des Deutschen Werkbundes e. V. am 21. 11. 1958 in Düsseldorf, S. 2, in: Werkbund-Archiv Berlin, Ordner Protokolle, BA Koblenz, B 102/37728, und Deutschlands Beitrag, S. 121–122; weitere Auszüge aus Presseartikeln in: ebenda, S. 130–147; vgl. auch J[osef] A[lfons] Thuma, Humanes Brüssel – eine Meinung zur Weltausstellung 1958, in: LGA-Spiegel. Mitteilungen des Landesgewerbeamts Baden-Württemberg für Wirtschaft, Technik, Formgebung, Fortbildung 8 (1958), Nr. 7, S. 1–7.

[94] Westrick, Staatssekretär im BMWi, an Schulz-Fincke, 10. 10. 1958, in: BA Koblenz, B 102/37728.

[95] Vgl. Schulz-Fincke an Westrick, 21. 10. 1958, in: Ebenda.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen sauberen und knappen Berichterstattung beschritten, wie es der geographischen Lage und der besonderen Situation unseres Landes entspricht."[96]

Die Herausforderung der öffentlichen Kritik wurde jedoch auch von der Regierung aufgenommen. Entscheidend für die Bewertung der deutschen Ausstellung mußte die Frage sein, inwieweit sie unterschiedliche Auffassungen gesellschaftlicher Realitäten zu widerspiegeln vermochte.

„Was Deutschland hier zeigt, entspricht dem wahren Wesen des deutschen Volkes"[97]

Über die Ursachen der so unterschiedlichen Bewertung des deutschen Weltausstellungsbeitrags in In- und Ausland machte sich auch Ludwig Erhard in seiner Rede zur Eröffnung der „Deutschen Tage" bei der Weltausstellung Mitte Juni 1958 seine Gedanken: „Ist es wirklich so, daß uns im eigenen Land weniger bewußt wird, was wir im tiefsten Grunde empfinden und ersehnen, als das Ausland uns zu glauben und zu vertrauen bereit ist? Diese Frage ist schon des Nachdenkens wert. So glücklich wir auch über den raschen Wiederaufbau unseres Landes und unserer Wirtschaft sein können, so müssen wir uns doch fragen, ob wir des Fortschritts auch in den geistig-seelischen Bereichen unseres Lebens Herr geworden sind, ob wir fähig waren, schon ein inneres Gleichgewicht zu finden und alle Lebensäußerungen unseres Volkes in sich harmonisch zu ordnen. Ich bin mir bewußt, daß das immer nur ein Streben bleiben wird, ohne zur Vollkommenheit zu gelangen – und doch erfordert diese Aufgabe ein immer waches Bewußtsein.

Man mag es mir darum auch nicht übelnehmen, wenn ich über jenen Snobismus erzürnt bin, der in dem faden Slogan vom ‚deutschen Wirtschaftswunder' eine Haltung verrät, die glücklicherweise nicht die Wirklichkeit widerspiegelt, sondern nur an den äußerlichen und gewiß nicht immer schönen Randerscheinungen unserer Zeit haftet. [...] Wenn ich an manche Kritik denke, dann möchte ich sagen: Wer selbst kein Gesicht hat, der kann sich auch im reinsten Kristall nicht widerspiegeln, und wer selbst gestaltlos ist, kann kein Gefühl für die rechte Form aufbringen. Ich glaube, nicht diejenigen denken am tiefsten und mit größter Sorge über das Werden unseres deutschen Lebens nach, die sich in seichten und flachen Äußerungen und Charakterisierungen ergehen, sondern diejenigen, die – wie hier die deutsche Schau der Weltausstellung zeigt – sich redlich bemühen, einen Weg zu weisen, der nicht etwa nur eine vage Zukunftshoffnung genannt werden kann, sondern bereits erwartungsfrohe Wirklichkeit schauen läßt."[98]

---

[96] Schwippert, Notiz zur Kritik an Brüssel, 5. 5.1958, S. 1f., in: BA Koblenz, B 102/37727.

[97] Eintrag des Bundesministers für Wohnungsbau, Paul Lücke, im Gästebuch des deutschen Pavillons auf der Weltausstellung, 11. 9. 1958, in: BA Koblenz, B 102/37728.

[98] Ludwig Erhard, Ansprache zur Eröffnung der „Deutschen Tage" [16. 6. 1958], in: Deutschlands Beitrag, S. 171–175, hier: S. 174f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erhards Verteidigungsrede betonte die gesellschaftliche Bedeutung der deutschen Ausstellung, ihr Verhältnis zum Stand der gesellschaftlichen Befindlichkeiten. Die anfängliche Diskrepanz zwischen den Kritiken aus dem Ausland und denen aus dem eigenen Land vermochte natürlich auch Erhard nicht zu erklären. Das von ihm beklagte Fehlen eines „geistig-seelischen", eines „inneren Gleichgewichts" der Menschen im Wiederaufbau- und „Wirtschaftswunder"-Land deutete eher die Position der deutschen Ausstellung und ihrer Aussage zur gesellschaftlichen Realität an. Die deutsche Vertretung auf der Weltausstellung konnte keine politische Demonstration sein; das verboten sowohl der Stand der internationalen Beziehungen wie auch die politische Situation der Bundesrepublik; auch handelte es sich nicht um eine Wirtschaftsmesse[99], was das ökonomisch erfolgsverwöhnte Land in zusätzliche konzeptionelle Schwierigkeiten brachte. Der Wert der deutschen Ausstellung lag in der, wie von den Brüsseler Veranstaltern vorgegeben, „Bilanz" menschlichen Lebens. Darauf gingen die deutschen Ausstellungsmacher konsequent ein, auch wenn der deutsche Pavillon weniger eine repräsentative Bestandsaufnahme zeigte und eher – in Erhards Worten – „erwartungsfrohe Wirklichkeit schauen" ließ. Auch das kann aber nur eingeschränkt gelten. Zwar ging es nicht nur um eine darstellerische Annäherung an die „Wirklichkeit" sozialen Lebens, sondern vor allem um die Formulierung von „Wünschen"[100]. Beides jedoch – darauf zielte die ernstzunehmende Kritik ab, und das bleibt als schwerwiegendes Defizit des deutschen Beitrags festzuhalten – basierte auf einer in hohem Maße ästhetisierten Art der Darbietung und Erläuterung, hinter der „Wirklichkeit" zu verschwinden drohte. Den Kern der deutschen Ausstellung bildete insofern die Gestaltung, modernes Design, das nicht nur die Ausstellung rein technisch prägte, sondern selbst zum Ausstellungsgegenstand wurde – und das bei einer Weltausstellung, die Forum gesamtgesellschaftlicher Repräsentation war.

Daß die Politik sich auf das Konzept der Gestaltungsreformer um den DWB einließ, hatte mehrere Gründe. Das Konzept einer stärker wirtschaftlich orientierten Ausstellung vermochte sich nicht durchzusetzen, zumal dem Projekt der Weltausstellung von seiten der deutschen Industrie von vornherein kein allzu großes Interesse entgegengebracht wurde; schließlich handelte es sich nicht um eine Verkaufsmesse. Zudem zielten die programmatischen Vorgaben der Veranstalter auf zivilisatorische Entwicklungen und gesellschaftliche Zustände, was es geradezu geboten erscheinen ließ, kulturellen und sozialen neben wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Aspekten Raum zu lassen. Die Gestalter um den DWB, von Gedanken und Tradition des Bauhauses geprägt und der funktionellen Formgebung verpflichtet, ver-

[99] Zwar wurden auf der Weltausstellung auch geschäftlich Kontakte zwischen deutschen Wirtschaftsvertretern und Interessenten geknüpft, doch verzichtete vor allem die deutsche Abteilung auf direkte Wirtschaftswerbung: Hersteller der ausgestellten Produkte wurden nicht genannt. Vgl. Geschäftsanfragen auf dem deutschen Wirtschaftsinformationsstand Weltausstellung Brüssel 1958, in: BA Koblenz, B 102/37728; Heinrich König, Der Fortschritt und der Mensch. Die Bundesrepublik auf der Brüsseler Weltausstellung 1958, in: Graphik 11 (1958), Nr. 4, S. 22.

[100] Vgl. Claus-Henning Bachmann, Die Welt unserer Wünsche. „Brüssel 1958", der deutsche Beitrag und die „civitas dei", in: Begegnung. Zeitschrift für Kultur und Geistesleben 13 (1958), S. 16f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

körperten das Projekt einer bewußten, planvollen Modernisierung, auch und gerade in Absetzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit. Allgemein galt in Werkbundkreisen, daß mit dem deutschen Pavillon in Brüssel „die Scharte der deutschen Beteiligung an der Weltausstellung in Paris 1937 ausgewetzt ist", wie es Mia Seeger vor dem Rat für Formgebung ausdrückte[101].

Darüber hinaus lag für die Werkbündler die Frage nahe, die der Kunstkritiker Albert Schulze Vellinghausen im Rahmen eines bilanzierenden Gesprächs über die Weltausstellung direkt an Schwippert richtete: „Entsprach das, was wir da [in Brüssel] zeigten, unserer Wirklichkeit, oder war es nur ein Aushängeschild – machiavellihaft? Oder bigotter Konformismus? Aber auch dann [. . .] wäre [. . .] noch zu fragen: Steckte zumindest der Wert eines Leitbildes drin?" Und er fügte konkreter an: „Sind Sie, immerhin Vorsitzender des Werkbundes, überzeugt, daß diese Art werkbündischer Gepflogenheit (wie sie unser Brüsseler Pavillon auf höchst sympathische Weise dokumentierte) kräftig, energisch, dynamisch genug ist, daß sie hinreichend Elan und Vision in sich hat, um unsere Zukunft vorzuformen und sie solide genug ausrüstet, daß sich ein so entsetzliches Debakel – wie nach 1933 – künstlerisch und existentiell nicht noch schrecklicher wiederholen kann?"[102] Ganz im Einklang mit seinem Ausstellungskonzept betonte Schwippert in seiner Antwort „das Ordentliche" des deutschen Beitrags, das sich auch im Verzicht auf das „Außerordentliche" gezeigt habe, und fügte skeptisch an: „Diesmal und hier hat die Kraft immerhin gereicht, um die beschämende Repräsentation jenes Debakels, in Paris 1937, wettzumachen, ja auszulöschen. Nichts Geringeres als dies war zu leisten! Haben Ihre, unsere Grünwald [sic] und Büchner, Lessing und Nietzsche, Kafka und Kandinskij das Debakel hindern können? Wollen wir uns darüber streiten, ob nicht das Ordentliche, flössen auch die außerordentlichen Kräfte in seine Gekonntheit ein, vielleicht und am Ende widerstandsfähiger wäre?"[103]

Bedeutender war für Schwippert jedoch die Tatsache einer umfassenden „Gemeinschaftsleistung", der Arbeit im „Team", als „ein sehr ‚moderner' Versuch", an Gegenwarts- und Zukunftsprobleme heranzugehen, eine gemeinschaftliche Lösung anzubieten und damit „das erstaunliche Faktum einer Gemeinschaftsleistung" selbst zu „exemplifizieren", dessen Möglichkeiten zu belegen. Hierbei handelte es sich auch um die ausdrückliche Abkehr von dem bis in die dreißiger Jahre, teils auch noch später wirksamen Werkbundgedanken, gestalterisch überzeugende Lösungen basierten ausschließlich auf der künstlerischen Vision Einzelner[104]. Die bewußte Abkehr von der Vergangenheit und die demonstrative Hinwendung zu humanen und demokratischen Grundsätzen auch in der Gestaltung bildeten somit den Kern der

[101] Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung [des Rates für Formgebung] 1957/58 vorgetragen vor der Vollversammlung des Rates am 17. 5. 1958, S. 10, in: Stadtarchiv Stuttgart, Nachlaß Mia Seeger, A 33. Vgl. auch Schwippert, Notiz zur Kritik an Brüssel, 5. 5. 1958, S. 5, in: BA Koblenz, B 102/37727.

[102] Deutschlands Beitrag, S. 151.

[103] Ebenda, S. 152.

[104] Ebenda, S. 152f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aussage der deutschen Abteilung auf der ersten Weltausstellung nach 1945. Damit leisteten die deutschen Ausstellungsmacher einen ernstzunehmenden Beitrag zum Versuch einer humanistischen, menschenorientierten Ausrichtung der technisierten Umwelt[105].

Nicht nur die konkrete Ausstellungsgestaltung, sondern auch die Erarbeitung der Konzeption war die Sache von Persönlichkeiten um den DWB, der sich um einen tiefgreifenden Wandel deutscher Produktgestaltung im modernen Sinne bemühte. Das bezeugt die Kraft innovativer Gestaltungskonzepte in Deutschland und in der internationalen Öffentlichkeit. Die publizistische Debatte um die Präsentation Deutschlands im Ausland zeigte dabei zweierlei: Zwischen dem Anspruch der Reformer, der Gesellschaft „zeitgemäße" Gestaltungsgrundsätze zu erarbeiten, und der kulturellen Gesamtentwicklung klaffte noch eine Lücke, die allerdings – und auch das wurde in der Diskussion deutlich – durchaus überbrückbar war. Die deutsche Beteiligung an der Weltausstellung von 1958 diente somit zunächst dem – nicht nur werkbundlichen – Streben nach einer Modernisierung in Wirtschaft und Alltagskultur. Darüber hinaus war sie ebenso Mittel wie Ausweis der angestrebten und fortschreitenden Integration Westdeutschlands in die Welt – und zwar nicht nur in kultureller Hinsicht.

[105] Vgl. Robert Jungk, Die Weltausstellung als moralische Anstalt. Ein Bericht, in: Der Monat. Eine internationale Zeitschrift 10 (1958), H. 116, S. 3–7. Einen Wandel in Deutschland betonten auch Beiträge im offiziellen deutschen Ausstellungskatalog für Brüssel, so etwa Dolf Sternberger, Meditationen über Deutschland, in: Deutschland. Weltausstellung, S. 13–22.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

BERND BONWETSCH/ALEXEI FILITOW

CHRUSCHTSCHOW UND DER MAUERBAU

Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. August 1961*

I.

Die Unterbrechung des freien Verkehrs zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil Berlins, die die DDR-Führung am 13. August 1961 vornahm, wurde in der ersten offiziellen Verlautbarung als die Erfüllung des kollektiven Willens der Staaten des Warschauer Paktes dargestellt[1]. Das änderte sich jedoch schon recht bald: Das Ausbleiben einer heftigen Reaktion auf die Abriegelungsmaßnahmen – sowohl innerhalb der DDR als auch im Ausland – machte den Verweis auf die Kollektivverantwortung überflüssig. Mit ihren Thesen über die Errichtung eines „antifaschistischen Schutzwalls" und die „zweite Geburt der DDR" begann die Ulbricht-Führung seit November 1961 mehr und mehr die eigene Rolle beim Mauerbau zu akzentuieren. Entsprechend geriet die Idee des „internationalen Auftrags" in den Hintergrund.

Das änderte sich erst nach dem Ende der DDR, als eine Reihe ehemaliger SED-Spitzenfunktionäre wegen der politisch-moralischen Mitverantwortung für den Mauerbau und seine Folgen vor Gericht gestellt wurde. Wie in derartigen Fällen nicht ungewöhnlich, erwies sich der Rechtsweg jedoch nicht als adäquates Mittel zur Feststellung dessen, was im Grunde selbstverständlich war: die Bejahung des Mauerbaus durch die SED-Führer und ihre Mitverantwortung für die Todesschüsse. Interessanterweise haben die in diesem Prozeß im August 1993 befragten russischen Zeugen, die ehemaligen Sowjetdiplomaten Valentin Falin und Juli Kwizinski (Kvicinskij), einander widersprechende Aussagen zur Frage des eigentlichen Initiators der Aktion vom 13. August gemacht: Ersterer nannte Nikita Chruschtschow (Chruščev), letzterer Walter Ulbricht[2]. Chruschtschow selbst hatte in seinen Erinnerungen

* Nachfolgend wird im Text für russische Namen die Duden-Umschrift verwendet, die wissenschaftliche Transliteration, sofern sie davon abweicht, bei erstmaliger Nennung in Klammern dazugesetzt. In den Anmerkungen wird nur die wissenschaftliche Transliteration verwendet.

[1] Vgl. Neues Deutschland, 14. 8. 1961.

[2] Vgl. V. V. Karjagin, Diplomatičeskaja žizn' za kulisami i na scene, Moskau 1994, S. 92. Dem entspricht auch die Darstellung in beider Memoiren: Valentin Falin, Politische Erinnerungen, Mün-

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im übrigen die Urheberschaft an der Idee zum Bau der Mauer für sich in Anspruch genommen[3].

Die Forschung ist hinsichtlich der Frage des Einflusses Ost-Berlins auf die Politik der Sowjetunion geteilter Meinung. Mehrere westliche Forscher neigen der Auffassung des damaligen Attachés an der Berliner Botschaft der UdSSR Kwizinski zu, daß Ulbricht nicht nur in der Frage des Mauerbaus, sondern auch hinsichtlich der gesamten sowjetischen Berlin-Politik 1958–1961 eine wesentliche Rolle gespielt habe und in bezug auf die Entscheidung zum Mauerbau der Treibende, Chruschtschow dagegen der Getriebene gewesen sei, der schließlich „Mühe hatte, mitzuhalten" (Gaddis)[4].

Diese Interpretation, die den Blick nur auf das sowjetisch-ostdeutsche Verhältnis richtet, übertreibt vermutlich den Einfluß Ulbrichts bzw. der DDR auf die sowjetische Politik. Aber richtig ist sicher, daß dieser Einfluß und der Wunsch, die eigenen Interessen in der sowjetischen Politik aufgehoben zu sehen, relativ stark waren. Diese Auffassung wird bestätigt durch einen der damaligen außenpolitischen Berater Chruschtschows, Oleg Trojanowski (Trojanovskij), der in seinen Erinnerungen im Zusammenhang mit der Berlin-Krise ausführt, er habe von den SED-Führern keineswegs den Eindruck gewonnen, daß sie wie Schachfiguren von Moskau aus bewegt wurden, sondern daß sie selbst „aktive Spieler" waren, die „von Moskau ständig eine offensivere Taktik gegenüber Westdeutschland und Westberlin zu erreichen suchten" und es zeitweilig mit „Botschaften und Telephonanrufen buchstäblich bombardierten"[5]. Ob dies allerdings bedeutet, daß ihr Einfluß auf die Moskauer Politik so stark war, daß Chruschtschow schließlich durch Ulbricht zum Handeln gezwungen wurde, wie vor allem Hope Harrison betont, ist eine andere Frage. Michael Lemke kommt bei der Beobachtung derselben Tatbestände zu der entgegengesetzten Schlußfolgerung, daß die DDR wegen der seit Mitte 1960 zunehmenden wirtschaftli-

---

chen 1995, S. 335–345; J. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 178–187.

[3] Für die jetzt maßgebliche Version der Erinnerungen Chruschtschows vgl. Memuary Nikity Sergeeviča Chruščeva, in: Voprosy istorii 1993, Nr. 10, S. 69. Vgl. Khrushchev Remembers. The Glasnost Tapes, Boston 1990, S. 169. Der damalige Chefredakteur des „Neuen Deutschland" hat das später ebenfalls bestätigt: Hermann Axen, Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S. 224.

[4] John L. Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997, S. 143; Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, Cold War International History Project (künftig: CWIHP), Working Paper No. 5, May 1993; dies., Ulbricht, Khrushchev, and the Berlin Wall, 1958–1961. New Archival Evidence from Moscow and Berlin, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente, 1945–1989, Bd. 2, Bochum 1993, S. 333–348; dies., Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105–122; Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev, Cambridge/Mass. 1996, S. 194–201, 248–253.

[5] O. Trojanovskij, Čerez gody i rasstojanija, Moskau 1997, S. 209.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Schwierigkeiten noch stärker an die Sowjetunion gebunden war. Die Berlin-Krise habe „alles in allem [. . .] deutlich zu einem Abbau von Handlungsspielräumen für die SED" beigetragen[6].

Ungeachtet dieser gegensätzlichen Bewertungen ist sich die neuere Forschung einig, daß die Interessen der Sowjetunion und der DDR in dieser Krise nicht identisch waren und daß Ost-Berlin allen Grund hatte, seinen Standpunkt in Moskau zur Geltung zu bringen. Während es für die DDR zunächst vor allem um den Ausbau der Souveränität und dann um die Verhinderung eines wirtschaftlichen Desasters ging, war die Berlin-Initiative in der Verknüpfung mit dem Problem des Friedensvertrages für Moskau in erster Linie ein Zug im weltpolitischen Spiel mit den Vereinigten Staaten. Diese sollten, wie Chruschtschow es formulierte, an der „Achilles-Ferse" des Westens, in Berlin, getroffen und zu Verhandlungen gezwungen werden, z. B. über die Pläne zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik[7]. Zugleich aber handelte es sich auch um einen blockinternen Schachzug, der der eigenen Klientel demonstrieren sollte, daß die Sowjetunion sich in der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten nicht von den Chinesen übertreffen ließ[8]. Aus sowjetischer Sicht war das Berlin-Ultimatum insofern von vornherein ebensosehr Mittel zum Zweck wie Selbstzweck.

Zu wirklich einseitigem Vorgehen hinsichtlich des Status von West-Berlin war die Sowjetunion offenkundig nicht bereit. Die statt dessen verfolgte Politik der Nadelstiche gegen West-Berlin und der Ankündigung weiterer Maßnahmen hatte den Effekt, die Fluchtbewegung noch zu vergrößern, weil jedermann in der DDR damit rechnen mußte, daß dieses Schlupfloch bald geschlossen werden würde. In Moskau verfolgte man die Fluchtbewegung mit großer Sorge, verschloß sich jedoch aufgrund der eigenen ehrgeizigen Wirtschaftspläne, die das Ein- und Überholen der USA zum Ziel hatten, den wiederholten Bitten der DDR um Wirtschaftshilfe und um die Entsendung von Gastarbeitern. Daher wurde der Ton der SED-Politik immer schriller; Moskauer Mahnungen zur Mäßigung nutzten kaum etwas. All dies ist durch die Studien von Harrison, Lemke und Zubok/Pleshakov überzeugend dargelegt worden.

Die zu klärende Frage blieb aber, wie es konkret zur Entscheidung über den Mauerbau kam. Ende März 1961 war ein Vorschlag Ulbrichts, die Sektorengrenze zu schließen, auf der Tagung der Staaten des Warschauer Pakts zumindest als Möglichkeit ins Auge gefaßt worden. Ulbricht hatte darauf gedrängt, weil ihm der weiterhin in Aussicht gestellte Separat-Friedensvertrag als zu ungewiß erschien. Diese Überzeugung verdichtete sich, und „spätestens Mitte Juni 1961 stand für Ulbricht fest, daß es für ihn zur Abschottung der Grenze in Berlin keine realistische Alternative" gab, obwohl er gleichzeitig vor der internationalen Presse am 15. Juni die denkwür-

[6] Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 277 f.

[7] Vgl. Trojanovskij, Čerez gody, S. 210–218.

[8] Vgl. G. M. Kornienko, Cholodnaja vojna. Svidetel'stvo ee učastnika, Moskau 1994, S. 61. Zu den internationalen und internen Bedingungen der Außenpolitik Chruschtschows siehe James G. Richter, Khrushchev's Double Bind. International Pressures and Domestic Coalition Politics, Baltimore 1994.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

digen Worte äußerte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten."[9] Während Ulbricht über Botschafter Michail Perwuchin (Pervuchin) den Zusammenbruch der DDR beschwören ließ, falls an der offenen Grenze nichts geschähe, zögerte man in Moskau immer noch. Doch dann sei Ulbricht das Einverständnis Chruschtschows zur Grenzschließung und zur Vorbereitung entsprechender Maßnahmen unter größter Geheimhaltung übermittelt worden[10].

In der zweiten Juli-Hälfte liefen die technischen Vorbereitungen in Ost-Berlin an. Das muß jedoch nicht heißen, daß der Mauerbau zu diesem Zeitpunkt zwischen Chruschtschow und Ulbricht bereits beschlossene Sache gewesen ist, wie vor allem Zubok/Pleshakov, gestützt auf die Kwizinski-Erinnerungen, meinen[11]. Vladislav Zubok glaubt das in einigen ZK-Beschlüssen, die er gemeinsam mit Soja Wodopjanowa (Vodop'janova) veröffentlicht hat, bestätigt gefunden zu haben. Diese ZK-Beschlüsse aus der Zeit vom 30. Juni bis 12. August 1961 betreffen sofortige wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die DDR für den Fall wirtschaftlicher Sanktionen des Westens. Die Autoren meinen, daß der Beschluß zum Mauerbau in der Woche nach dem 20. Juli 1961 gefaßt worden sei[12]. Harrison läßt offen, ob die Entscheidung vor oder erst auf der Konferenz der Führer des Warschauer Pakts vom 3. bis 5. August 1961 gefallen sei, neigt aber der Meinung zu, daß auf der Konferenz ein bereits gefaßter Beschluß formell bestätigt worden sei[13]. Alexei Filitow legte sich nur auf einen terminus post quem fest: den 25. Juli, den Tag, an dem Präsident John F. Kennedy seine Rede zur Berlin-Frage gehalten und den freien Verkehr zwischen West- und Ost-Berlin nicht zum Essential erklärt hatte[14]. Ebenso könnte man aber die öffentliche Erklärung William Fulbrights vom 30. Juli als Wendepunkt ansehen, denn der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats hatte im Hinblick auf das Flucht-Problem öffentlich seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die DDR nicht ihre Grenzen schließe, wozu sie berechtigt sei[15]. Lemke dagegen meint, daß die Entscheidung über die Sperrung der Grenze tatsächlich erst auf der Tagung der politischen Führung des Warschauer Pakts in Moskau gefallen sei. Bis dahin habe Chruschtschow noch auf ein Einlenken des Westens gehofft[16].

Ein förmlicher Beschluß über die Schließung der Grenze ist bis heute nicht gefunden worden. Dennoch ist ziemlich sicher, daß die eigentliche Entscheidung erst im

---

[9] Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig, 13. August 1961. Die Mauer von Berlin, Köln 1981, S. 71; Lemke, Berlinkrise, S. 162f.

[10] Vgl. Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 179f.

[11] Vgl. Zubok/Pleshakov, Cold War, S. 251f.

[12] Vgl. Z. K. Vodop'janova/V. M. Zubok, Okazat' nezamedlitel'nuju pomošč'. Postanovlenija Prezidiuma CK KPSS ob ekonomičeskich svjazach s GDR. 1961 g., in: Istoričeskij archiv 1998, Nr. 1, S. 36–62, hier S. 36f.

[13] Vgl. Harrison, Berlin Wall, S. 346; dies., Concrete „Rose", S. 48.

[14] Vgl. A. M. Filitov, Germanskij vopros: ot raskola k ob-edineniju, Moskau 1993, S. 187–189. Kennedys Ansprache in: Rühle/Holzweißig, 13. August, S. 76–78.

[15] Vgl. Harrison, Concrete „Rose", S. 47; Gaddis, We Now Know, S. 148.

[16] Vgl. Lemke, Berlinkrise, S. 164–166.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenhang mit der von Ulbricht am 24. Juni 1961 erbetenen Konferenz der Ersten Sekretäre der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Pakts vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau getroffen wurde. Bestätigt wird dies in erster Linie durch das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 7. August 1961, auf der Ulbricht über die Moskauer Tagung berichtete. Darin ist zwar von Grenzsperrung direkt nicht die Rede, aber vom „Beginn der vorgesehenen Maßnahmen zur Kontrolle", der „in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats" erfolgen werde[17]. Auch die Chronologie der SED-Beschlüsse nach Ulbrichts Rückkehr aus Moskau bestätigt indirekt, daß die Entscheidung erst in Moskau getroffen wurde[18]. Die Darstellung der Vorgänge durch Kwizinski und den außenpolitischen Berater Chruschtschows, Oleg Trojanowski[19], stützt diese Version ebenso wie die Schilderung Hermann Axens, des damaligen Chefredakteurs des „Neuen Deutschland"[20]. Er hatte zwar nicht an der Moskauer Konferenz, aber an der anschließenden Politbürositzung in Berlin teilgenommen. Die Aussage des ehemaligen Ersten Stellvertretenden Außenministers der UdSSR, Georgi Kornienko, daß Chruschtschow Ulbricht am 5. August 1961 die Erlaubnis zur Schließung der Grenze erteilt habe, ist als Beleg dagegen wenig wert, da sie vermutlich nicht auf eigener Kenntnis beruht, sondern – ohne Kenntlichmachung – der Literatur entnommen ist und letztlich auf die fragwürdigen Aussagen Jan Šejnas zurückgeht, die bislang die einzige Quelle für alle Schilderungen der Konferenz gebildet haben[21].

General Jan Šejna, der stellvertretende Verteidigungsminister der ČSSR, hatte sich im Februar 1968 unter unrühmlichen Umständen in die Vereinigten Staaten abgesetzt und sich dort mehrfach zur Moskauer Beratung vom August 1961 geäußert. Danach hatte Chruschtschow am 5. August Ulbrichts Forderung nach Abriegelung der Grenze in Berlin entsprochen, ihn aber mit den Worten: „Keinen Millimeter weiter" streng davor gewarnt, irgend etwas zu unternehmen, was West-Berlin selbst oder die westlichen Zugangsrechte nach Berlin berühren würde. Mit dem Hinweis auf die Reden Kennedys und Fulbrights vom 25. bzw. 30. Juli habe Chruschtschow seine Überzeugung begründet, daß der Westen gegen die Schließung der Grenze nichts unternehmen werde[22]. Šejna, der selbst an der Konferenz zumindest nicht als offizielles

[17] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (künftig: SAPMO-BA), DY/30/J IV 2/2/781. Das Protokoll wurde uns freundlicherweise von Wilfriede Otto zur Verfügung gestellt.

[18] Zu den Maßnahmen der SED seit Ulbrichts Bericht vor dem Politbüro vgl. Wilfriede Otto, 13. August 1961 – eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 39 (1997), Nr. 1, S. 64f.

[19] Vgl. Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 181f.; Trojanovskij, Čerez gody, S. 236.

[20] Vgl. Axen, Diener, S. 224.

[21] Vgl. Kornienko, Cholodnaja vojna, S. 70. Die Darstellung Kornienkos beruht vermutlich auf Michael R. Beschloss, The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1960–1963, New York 1991, S. 266–268.

[22] Siehe außer Beschloss auch Honoré M. Catudal, Kennedy and the Berlin Wall Crisis, Berlin 1980, S. 224–228; Peter Wyden, Wall: The Inside Story of Divided Berlin, New York 1989, S. 85–90

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Delegationsmitglied teilgenommen hatte, schilderte noch andere Einzelheiten: Ulbricht sei während der Konferenz zur Beratung mit der SED-Führung nach Berlin zurückgekehrt und am 4. August nicht in Moskau gewesen – dem Tag, als Ulbricht dort laut Konferenzprotokoll vormittags seine Rede hielt und nachmittags bzw. abends den Konferenz-Vorsitz führte. Das macht Šejnas Äußerungen und alle darauf beruhenden Darstellungen trotz einiger plausibler Elemente insgesamt eher fragwürdig. Allerdings ist das Protokoll der Konferenz in dem, was es erfaßt, nicht vollständig, so daß weiterhin Raum für Fragen und auch Spekulationen bleibt[23].

Dieses jetzt offiziell zur Verfügung stehende und hier präsentierte Protokoll war schon Anfang des Jahres 1993 in noch „rohem" Zustand, als formlose Blättersammlung und ohne archivalische Inventarisierung, von einigen Historikern im Zentrum für zeitgenössische Dokumentation, dem ehemaligen ZK-Archiv am Alten Platz, eingesehen worden – ohne die Möglichkeit, Kopien oder wenigstens ausführliche Notizen machen zu können. Die Archivbehörden versicherten zwar, daß das gesamte Dossier nach der normalen Bearbeitungsprozedur in relativ kurzer Zeit freigegeben werden würde. Doch das dauerte, wie sich jetzt herausgestellt hat, immerhin fünf Jahre. In den SED-Archiven befand sich offenbar kein Protokoll der Konferenz. Harrison hat dort nur eine – vermutlich nichtoffizielle – Mitschrift von Chruschtschows kurzer Eröffnungsrede und ein Exemplar von Ulbrichts Rede in russischer Übersetzung gefunden[24].

Bruchstücke des Protokolls sind bereits veröffentlicht. Vladislav Zubok bot einige Exzerpte aus dem Protokoll von Chruschtschows Rede vom 4. August in englischer Übersetzung und stützte darauf seine Beurteilung der Vorgänge in einem „Working Paper" des Cold War International History Project und vor allem in dem von ihm gemeinsam mit Konstantin Pleshakov verfaßten Buch über die sowjetische Politik im Kalten Krieg[25]. Alexei Filitow benutzte das Protokoll für seine Monographie über die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg[26]. Hope Harrison, die Ulbricht als den Hauptakteur in der Berlin-Krise und diese selbst im wesentlichen als sowjetisch-ostdeutsche Angelegenheit betrachtet, hat folgerichtig nur einen großen Aus-

(deutsch gekürzt u. d. Titel: Die Mauer war unser Schicksal, Berlin 1995, S. 39–42); ferner die Šejna-Äußerungen in: Der Spiegel, 16. 8. 1976, S. 16.

[23] Vgl. auch Otto, 13. August 1961, S. 50.

[24] Das Zentrum für zeitgenössische Dokumentation wurde am 15. 5. 1999 in Russisches Staatsarchiv für Neueste Geschichte umbenannt. Im folgenden wird zur Bezeichnung des Archivs die bislang gebräuchliche Abkürzung CChSD verwendet. Die Darstellung bei Harrison, Concrete „Rose", S. 48, läßt erkennen, daß es sich nicht um ein offizielles Protokoll handeln kann. In diesem gibt es keine Extra-Überschrift für Chruschtschows Äußerungen, und die Paginierung ist anders. Außerdem sprach Ulbricht zwar im Anschluß an Chruschtschow, wie Harrison schreibt, aber dabei ging es ausschließlich um das Albanienproblem, nicht um Berlin und den Friedensvertrag. Bei der von Harrison verwendeten Übersetzung von Ulbrichts Referat handelt es sich vermutlich um diejenige, die in Berlin angefertigt, nach Moskau geschickt und dort für die Übersetzung während der Konferenz sprachlich redigiert wurde.

[25] Siehe Anm. 4.

[26] Vgl. Filitov, Germanskij vopros, S. 186–189.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zug aus der Rede Ulbrichts sowie einige kleine Bruchstücke aus Chruschtschows Äußerungen auf der Konferenz veröffentlicht[27]. Schließlich hat Wilfriede Otto die Rede Ulbrichts vom 4. August nach den Unterlagen der SED-Archive in der deutschen Originalversion veröffentlicht und ihr als wesentliche Ergänzung ein Interview mit dem Dolmetscher der SED-Delegation Werner Eberlein hinzugefügt[28]. Der von ihr verwendete Text entspricht zwar nicht ganz der endgültigen Protokollversion, aber das betrifft nur einige wenige Nuancen. Die Rede Ulbrichts wird deshalb nachstehend nur in einer Zusammenfassung wiedergegeben. Man muß sich aber bewußt sein, daß sie die wichtigste neben der Chruschtschows war und die Grundlage der inhaltlichen Aussprache auf der Konferenz bildete. Sie könnte als Versuch bezeichnet werden, einerseits die Sowjetunion nach all den Ankündigungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt" nun beim Wort zu nehmen, um zumindest die immer gravierender werdende Fluchtbewegung zu stoppen, und zum anderen die Verbündeten, insbesondere Polen und die Tschechoslowakei, durch Schüren der Ängste vor dem westdeutschen Revanchismus zur Zustimmung zu einem Alleingang Ost-Berlins und zur Verstärkung der Wirtschaftshilfe für die DDR zu bewegen. Am wichtigsten für die Einordnung und Beurteilung der Entscheidung über den Mauerbau war zweifellos die Rede von Chruschtschow selbst. Sie war deshalb nachstehend in vollem Wortlaut und unter Berücksichtigung von Abweichungen zwischen ursprünglicher und redigierter Version des Protokolls wiedergegeben.

II.

Vorauszuschicken ist, daß das Moskauer Dossier zum Gipfeltreffen vom 3.–5. August 1961 sich als nicht so aussagefähig erweist wie erhofft. Die Materialien sind in sechs Ordnern mit einem Gesamtumfang von ca. 800 Maschinenschriftseiten gesammelt. Sie bieten vor allem den Gang der Besprechungen in den Plenarsitzungen der Konferenz und daneben auch einige wenige Informationen zu ihrer Vorbereitung und zur technisch-editorischen Bearbeitung der Redebeiträge. Im wesentlichen handelt es sich um drei Varianten der Sitzungsprotokolle. Die erste ist eine unkorrigierte stenographische Mitschrift der mündlichen Beiträge der Teilnehmer; sie ist mit den Namen der Stenographen versehen[29]. Die zweite, das „Autorenexemplar", enthält die Kopie des unkorrigierten Stenogramms mit handschriftlichen Formulierungsänderungen, Auslassungen und Ergänzungen[30]. Im Falle der zentralen

[27] Vgl. Harrison, Berlin Wall, S. 346f.; dies., Concrete „Rose", Appendix H (16 S., unpaginiert, Übersetzung aus dem Russischen).

[28] Vgl. Otto, 13. August 1961, S. 55–92. Ulbricht hielt seine Rede im übrigen am 4. August, nicht, wie geplant und im deutschen Manuskript festgehalten, am 3. August.

[29] Vgl. CChSD, Zwei Aktenordner, 10/3/7 und 10/3/8.

[30] Vgl. CChSD, Zwei Aktenordner, 10/3/9 und 10/3/10.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Referate wurden die Korrekturen von den Sprechern selbst vorgenommen, was nicht ausschließt, daß auch andere Bearbeiter in den Korrekturvorgang eingeschaltet waren. Soweit es sich um die Hauptbeiträge der ausländischen Teilnehmer handelte, wurden die Korrekturen von diesen mit ihren Unterschriften autorisiert. Nur der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow (Živkov) hat auch einen Datumsvermerk – 5. August – angebracht. Es ist aber anzunehmen, daß die übrigen ausländischen Teilnehmer ihre Korrekturen am Protokoll ebenfalls noch bis zum Ende der Konferenz vorgenommen haben. Ihre protokollierten sonstigen Beiträge haben die ausländischen Teilnehmer nicht korrigiert und durch Unterschrift autorisiert. Allein Chruschtschow hat sich überhaupt nicht selbst an den Korrekturen beteiligt, sondern dies einem oder mehreren Mitarbeitern überlassen – vermutlich Lebedew (Lebedev) oder Schuiski (Šujskij). Der oder die Mitarbeiter waren offenkundig autorisiert, die endgültige Fassung selbständig herzustellen. Die Korrekturen aller übrigen Rede- bzw. Diskussionsbeiträge wurden nicht von den Sprechern selbst, sondern ebenfalls von dem oder den betreffenden Mitarbeitern Chruschtschows vorgenommen.

Das „Autorenexemplar" enthält auch einige andere, die Konferenz betreffende Dokumente:

1. den Beschluß des Moskauer ZK-Präsidiums vom 27. Juli 1961 über die Durchführung der Konferenz mit der sowjetischen Delegation in der Zusammensetzung Chruschtschow, Koslow (Kozlov), Mikojan, Gromyko und der Benennung der elf vorgesehenen Parteidelegationen aus allen sozialistischen Ländern: Albanien, Bulgarien, China, DDR, Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam;
2. die Liste der Konferenzteilnehmer von zehn ausländischen Delegationen[31], die der Leiter der ZK-Abteilung für Beziehung zu kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder Juri Andropow (Andropov) am 1. August den Mitgliedern des Präsidiums des ZK der KPdSU zugesandt hatte[32];
3. die Originale der vorbereiteten Konferenzbeiträge Ulbrichts[33], des chinesischen „Beobachters" Liu Hsi-yao und des vietnamesischen Vertreters Vo Nguyen Giap[34].

[31] Die albanische Delegation wurde nicht mehr aufgeführt. Die SED stellte mit 10 Mitgliedern die größte Delegation: W. Ulbricht, R. Dölling, E. Apel, O. Winzer, K. Maron, E. Kramer, H. Hoffmann, H. Keßler, H. Meiser, G. Nitsche (bei Otto, 13. August 1961, Teil 1, S. 40f., fehlt Nitsche, Mielke gehörte nicht zur Delegation); Bulgarien: T. Živkov, I. Michajlov; Ungarn: J. Kádár, A. Apro, D. Nemes, G. Pevec; Vietnam: Vo Nguyen Giap; China: Liu Hsi-yao; Nordkorea: Li Che-sun; Mongolei: Z. Dugersuren; Polen: W. Gomułka, J. Cyrankiewicz, S. Jendrychowski, B. Jaszczuk; Rumänien: G. Gheorghiu-Dej, J. G. Maurer, N. Ceausescu, L. Rantu; A. Birladeanu, C. Menescu, N. Guine; ČSSR: A. Novotny, J. Hendrych, O. Šimunek, V. David.

[32] Im Protokoll selbst sind die Anwesenden nicht aufgeführt. Es werden nur die jeweiligen Sprecher namentlich genannt.

[33] Einschließlich der in Berlin angefertigten und in Moskau von sowjetischer Seite sprachlich redigierten russischen Übersetzung.

[34] Ein kurzer handschriftlicher Gruß, der, wie es hieß, vom Krankenbett aus geschrieben worden sei.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die dritte Variante stellt schließlich die neugeschriebene, endgültige Fassung des Protokolls dar, in die alle Korrekturen aufgenommen worden sind[35]. Interessanterweise sind bei der Endabschrift noch einige kleinere Veränderungen gegenüber den autorisierten Fassungen vorgenommen worden, ohne daß ersichtlich wäre, auf wessen Veranlassung dies geschehen ist. Da es sich nur um sprachliche Korrekturen handelt, fallen sie von der Sache her nicht ins Gewicht.

Ein weiterer Aktenordner enthält nur noch den dreiseitigen Text der veröffentlichten Schlußerklärung der Delegationsleiter mit ihren persönlichen Unterschriften[36]. Laut Konferenzbeschluß wurden jedoch weder die Unterzeichner noch die von ihnen vertretenen Delegationen in der veröffentlichten Version genannt: das Fehlen Albaniens sollte nicht publik werden. Weitere Dokumente, die Auskunft über sonstige Gespräche auf der Konferenz geben könnten, etwa über die Vorbereitung der Schlußresolution und die Behandlung von Fragen, die nicht in den Plenarsitzungen erörtert wurden – insbesondere die Erörterung der Grenzsperrung und der Beschluß selbst –, sind leider nicht im Protokoll enthalten. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen nach den Nachmittagssitzungen des 3. und 4. und vor allem am sitzungsfreien Vormittag des 5. August vor der formellen Verabschiedung der Schlußresolution verhandelt worden sind. Oleg Trojanowski gibt Geheimhaltungsgründe für das Fehlen jeglicher direkten Erwähnung der Grenzsperrung im Protokoll an[37].

Die dritte, endgültige Variante des Protokolls ist als Grundlage der vorliegenden Dokumentation ausgewählt worden, während die anderen beiden nur dann hinzugezogen werden, wenn es darum geht, ein vollständigeres, originalgetreueres Bild der Konferenz präsentieren zu können. Am interessantesten sind hierbei die Veränderungen im Text der Rede des sowjetischen Parteichefs. Die Bearbeitung unterscheidet sich von der der anderen Texte in zweierlei Hinsicht: Erstens wurde sie, wie erwähnt, nicht vom Redner selbst, sondern von einem oder mehreren Mitarbeitern vorgenommen, und zweitens übertraf sie die der anderen Teilnehmerbeiträge bei weitem. Allerdings erklärt sich der Umfang der redaktionellen Veränderungen vor allem dadurch, daß Chruschtschow auf der Konferenz einen zumindest streckenweise improvisierten Vortrag hielt, der ohne die Überarbeitung unverständlich gewesen wäre. Auch so ist es bisweilen schwer, der Logik von Chruschtschows Äußerungen zu folgen.

Chruschtschows Hang zur Improvisation und zu undiplomatischen Äußerungen wie auch seine Verachtung für die Kultur der Sprache waren bekannt, und er selbst schien sich dessen bewußt zu sein. Das erklärt, warum der „Apparat" so viel an seiner Rede zu „reinigen" hatte und dieses Prozedere durch Chruschtschow offenbar von vorherein sanktioniert war, ohne daß er sich dann selbst um das „Endprodukt" kümmerte. Eigenmächtig haben die Mitarbeiter des „Apparats" sicher nicht gehandelt. In jedem Fall schien die Aufnahme der ursprünglichen, in der Erstfassung enthaltenen Äußerungen Chruschtschows in die Publikation schon deshalb wichtig, da-

[35] Vgl. CChSD, 10/3/12, 151 Blatt.
[36] Vgl. CChSD, 10/3/11.
[37] Vgl. Trojanovskij, Čerez gody, S. 236.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Leser einen Eindruck von seinem – höchst ungewöhnlichen – Redestil und vom Charakter der Veränderungen im Protokoll erhält. Die neugefaßten Passagen sind durch Kursivschrift kenntlich gemacht, die ursprüngliche Version wird in den Fußnoten angeführt. Dasselbe Verfahren wird auch hinsichtlich der Texte der anderen Gipfelteilnehmer angewandt. Einige von ihnen haben bei der Textkorrektur Zusätze vorgenommen; diese Zusätze werden in doppelte eckige Klammern gesetzt. Soweit Diskrepanzen zwischen Ulbrichts Redeentwurf, wie er von Wilfriede Otto veröffentlicht wurde, und der stenographischen Niederschrift und der Endfassung auch in seinem Fall ermittelt werden konnten, werden sie im folgenden kommentiert. Zusätze bzw. Paraphrasierungen der Autoren werden in einfache eckige Klammern gesetzt.

III.

Am überraschendsten ist bereits beim ersten Blick in das Moskauer Dossier die Tatsache, daß die Konferenz, die offiziell „Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland" gewidmet war, sich an zwei der drei Tage währenden Konferenz ausschließlich mit dem Problem Albanien beschäftigt hat[38]. Das legt den Schluß nahe, daß ein großes, wenn nicht sogar das größte Interesse auf sowjetischer Seite der Konstellation im sozialistischen Lager galt. In Moskau hatte man mit der Zustimmung zu Ulbrichts Konferenzvorschlag die von diesem nicht vorgesehene Einladung auch des Ersten Sekretärs der Albanischen Partei der Arbeit Enver Hoxha verlangt – und zwar bereits in der Erwartung, daß dieser selbst wohl nicht kommen könne[39]. Man darf unterstellen, daß es der sowjetischen Führung darauf ankam, die Entscheidung über Berlin auch als Hebel dafür zu benutzen, entweder die verlorengegangene Geschlossenheit des sozialistischen Lagers wiederherzustellen oder aber Geschlossenheit gegen den „Abweichler" Albanien zu mobilisieren und auf diese Weise auch die Kommunistische Partei Chinas in die Schranken zu verweisen.

Das Ganze war offenkundig ein abgekartetes Spiel, das bereits mit der Festlegung der Reihenfolge im Konferenzvorsitz nach dem umgekehrten Alphabet begann, damit nicht der Vertreter Albaniens den Anfang machte[40]. Dann eröffnete Ulbricht die Rednerliste am Nachmittag des 3. August mit einer vorbereiteten Kritik am ZK der Partei der Arbeit Albaniens. Er warf den Albanern Mißachtung der Konferenz durch die Entsendung eines Vertreters vor, der nicht „kompetent" genug sei, um an den Be-

[38] Insoweit sind die Hinweise auf die Tagesordnung und die Reihenfolge der Redner, wie sie in Eberleins Erinnerungen und Ottos Einleitung angegeben werden, revisionsbedürftig. Vgl. Otto, 13. August 1961, Teil 1, S. 41, 55, 85f.

[39] Der Konferenzvorschlag Ulbrichts war im übrigen mit Moskau abgestimmt, vermutlich sogar aus Moskau souffliert worden. Vgl. Harrison, Concrete „Rose", Appendix E; vodop'janova/Zubok, Okazat' nezamedlitel'nuju pomošč', S. 38.

[40] Vgl. CChSD, 10/3/9/Blatt 4.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ratungen teilnehmen zu können. Diese als Entwurf eines Briefes der Konferenzteilnehmer an das ZK der Partei der Arbeit Albaniens formulierte Kritik wurde von allen osteuropäischen Teilnehmern unterstützt und formell verabschiedet. Der albanische Vertreter Ramiz Alia, immerhin ZK-Sekretär in Tirana, wurde nicht als legitimer Vertreter Albaniens anerkannt. Er wurde in geradezu ungehöriger Weise am Sprechen gehindert und de facto von der Konferenz ausgeschlossen. Er reiste daraufhin ab. Lediglich der chinesische Vertreter wies die Kritik an den Albanern zurück[41]. Das gleiche Ritual wiederholte sich, wenngleich wohl ungeplant, auf der Abschlußsitzung der Konferenz am 5. August. Da der chinesische Vertreter als erster Diskussionsredner den Ausschluß der albanischen „Delegation" kritisiert hatte, entwickelte sich die dann folgende Diskussion erneut zu einer Art Abrechnung mit der Partei der Arbeit Albaniens und auch der Kommunistischen Partei Chinas durch Chruschtschow, die Vertreter der übrigen europäischen Parteien und den mongolischen Delegierten. Die Verabschiedung der Abschlußresolution war dagegen eine reine Formalität[42].

Der Erfolg dieser Inszenierung war jedoch zweifelhaft. Die verbale Unterstützung der europäischen Verbündeten für die sowjetische Position im blockinternen Konflikt, und zwar auch von seiten Rumäniens, das noch ein Jahr zuvor seine Unabhängigkeit demonstriert hatte, wurde zwar erreicht. Doch die Vertreter der dem Warschauer Pakt nicht angehörenden, aber an der Konferenz teilnehmenden asiatischen Länder schlossen sich mit Ausnahme der linientreuen Mongolei der Verurteilungskampagne gegen Albanien demonstrativ nicht an. Dies und die Tatsache, daß auch aus den asiatischen Ländern mit Ausnahme des vietnamesischen Vertreters Vo Nguyen Giap[43] relativ unbedeutende Delegierte angereist waren, kann vielleicht ein bislang völlig unbeachtetes Detail erklären: anfänglich benutzte man für die Konferenz die Bezeichnung „Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder". Das entsprach dem Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 27. Juli, und so steht es im unkorrigierten Protokoll, doch im „Autorenexemplar" wurde „der sozialistischen Länder" durch „der Teilnehmerländer des Warschauer Paktes" ersetzt[44]. Bei dieser Bezeichnung blieb es auch in der Abschlußerklärung. Diese Änderung ist bislang ebensowenig in ihrer Bedeutung bemerkt worden wie die damit zusammenhängende Tatsache, daß auch asiatische Delegierte an der Konferenz teilnahmen.

---

[41] Vgl. CChSD, 10/3/12/Blatt 1–10.

[42] Vgl. CChSD, 10/3/12/Blatt 119–151.

[43] Vo Nguyen Giap war Politbüromitglied der Partei der Arbeit Vietnams und Verteidigungsminister, nahm aber aus Gesundheitsgründen an keiner Sitzung der Konferenz teil. China war nur durch den Botschafter in Moskau Liu Hsi-yao vertreten, Nordkorea durch den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Li Che-sun, die Mongolei immerhin durch Politbüromitglied und ZK-Sekretär Dugersuren.

[44] Der Beschluß des ZK-Präsidiums vom 27. 7. 1961 lautete: „Über die Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder zum Zwecke des Meinungsaustauschs zu Fragen, die mit der Vorbereitung und dem Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland in Verbindung stehen", in: CChSD, 10/3/9/Blatt 1 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch die Diskussion über das eigentliche Thema der Konferenz wurde durch die sowjetisch-chinesische Rivalität überschattet. Die Beschwörung der akuten Gefahr, die angeblich von den „Imperialisten" ausging, hat die Geschlossenheit der eigenen Reihen nicht gestärkt, sondern eher geschwächt. Zwar fand die Forderung nach einer baldigen Friedensvertragsregelung allseitige verbale Unterstützung, über ihren praktischen Wert dürfte sich die sowjetische Führung aber kaum Illusionen gemacht haben. Die asiatischen Vertreter haben ausdrücklich die Unterstützung für die „praktische Maßnahmen", die von Ulbricht aufgeführt wurden, bekundet, während sie sich über die von Chruschtschow vorgeschlagenen Alternativen ausschwiegen. In dem äußerst kargen „Gruß" des erkrankten vietnamesischen Vertreters wurden die UdSSR oder ihr Parteichef nicht einmal erwähnt. Das brachte ziemlich deutlich den Unwillen zum Ausdruck, im Falle einer Kriseneskalation konkrete Verpflichtungen zu übernehmen. Im übrigen haben auch die osteuropäischen Verbündeten, die die sowjetische Politik und Chruschtschow selbst in dem bekannten Stil überschwenglich lobten, in der Sache die gleiche Zurückhaltung an den Tag gelegt.

Sehr plastisch hat der polnische Parteichef Gomułka seinen „Internationalismus" ausgedrückt: Die DDR möge die Grenze in Berlin so bald wie möglich sperren, aber ohne die Bruderländer in die Sache hineinzuziehen und sie so den Repressalien des Westens auszusetzen. Die Parteichefs aus Ungarn und der Tschechoslowakei, Kádár und Novotny, haben ihrerseits geschickt die Kriegsgefahr an die Wand gemalt und weitgehende Maßnahmen im militärischen Bereich befürwortet – wohl wissend, daß Chruschtschow jede derartige Eskalation unbedingt zu vermeiden trachtete[45]. Umgekehrt haben alle Redner die von Chruschtschow deutlich befürwortete Option der verstärkten wirtschaftlichen Hilfeleistung für die DDR im Grunde genommen abgelehnt – mit der höchst plausiblen Begründung, daß ein totales Wirtschaftsembargo des Westens auch verheerende Folgen für die eigenen Länder hätte. Deswegen solle die Sowjetunion die Hauptlast für die Rettung der ostdeutschen Wirtschaft übernehmen. Auf diese Weise gaben sie den schwarzen Peter ganz einfach an die Sowjetunion zurück.

Die Frage ist, warum Chruschtschow sich einer so leicht zu konternden, widersprüchlichen Argumentation bediente. Die Erklärung liegt vermutlich in dem „chinesischen Schatten", der nicht nur über der Konferenz, sondern über der gesamten sowjetischen Politik lag. Chruschtschow wollte und durfte dem Vorwurf des „Kapitulantentums vor den Imperialisten" – dem Kern der maoistischen Anklagen – keine Nahrung geben. So hat er die Invektiven gegenüber den USA, die großsprecherischen Aussagen über die militärische Stärke der Sowjetunion und die Beteuerungen, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR jetzt um jeden Preis verwirklichen zu

[45] Die feste Überzeugung, daß es nicht zu einem militärischen Konflikt kommen werde, hatte Chruschtschow gegenüber der Prager Führung schon auf der Durchreise nach Wien zum Treffen mit Kennedy am 1. 6. 1961 geäußert: „Lenin tože riskoval". Nakanune vstreči Chruščeva i Kennedi v Vene v ijune 1961, in: Istočnik 1998, Nr. 3, S. 87–89. Den absoluten Willen der Sowjetführung, trotz aller verbalen Militanz einen militärischen Konflikt zu vermeiden, bestätigt in seinen Memoiren auch Anatoly Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986), New York 1995, S. 45 f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wollen, mit fast absurder Übertreibung vorgebracht. Besonders in der ersten, unkorrigierten Variante des stenographischen Berichtes tritt der Charakter seiner Rede als ein Verteidigungs- und Rechtfertigungsversuch klar zutage: Der sowjetische Parteichef fühlte sich genötigt, derart triviale, aber für die Chinesen offensichtlich ketzerischen Dinge wie eine Umarmung mit dem US-Emissär John McCloy im Schwimmbad, die Entsendung des sowjetischen Außenministers zur Beisetzung von John Foster Dulles oder das Verschenken eines Hundes an die Kennedy-Familie zu erwähnen bzw. in gutem Licht darzustellen. Diese erniedrigenden Bemühungen, seine Orthodoxie zu demonstrieren, wurden offensichtlich von seinen Mitarbeitern, die die Mitschrift korrigierten, als übertrieben und unangemessen angesehen und getilgt. Dafür haben die Mitarbeiter aber eine Äußerung nicht redigiert, die einen Rückgriff auf Stalinsche Dogmen bedeutete und womöglich mit Rücksicht auf China gemacht worden war: In seinem Rechenschaftsbericht an den XXI. Parteitag hatte Chruschtschow feierlich erklärt, daß es keine „kapitalistische Einkreisung" mehr gebe, in seiner Rede vor den Parteiführern des Ostblocks sprach er jetzt aber wieder davon.

IV.

Was die eigentliche Frage, die sowjetischen Pläne in Deutschland und insbesondere in Berlin, betrifft, so gehen aus der Rede des sowjetischen Parteichefs im Grunde drei Optionen hervor: erstens der Abschluß eines einseitigen Friedensvertrages zwischen den Ostblockländern und der DDR; zweitens die Schließung der Grenzen zu West-Berlin ohne Friedensvertrag; drittens die Beibehaltung des bisherigen Zustandes bei Verstärkung der Wirtschaftshilfe für die DDR. Die genaue Analyse der Rede Chruschtschows legt den Schluß nahe, daß die erste Option ungeachtet der verbalen Beteuerungen für die Sowjetunion zumindest zum damaligen Zeitpunkt nicht aktuell war. Die unverzügliche Schließung der Grenze in Berlin konnte das akuteste Problem – den destabilisierenden Flüchtlingsstrom aus der DDR – rasch und radikal lösen; der Friedensvertrag und seine Propagierung konnten das Problem dagegen nur weiter verschärfen und sogar die Gefahr der militärischen Konfrontation mit den Westmächten heraufbeschwören. Denn in der Logik der Option für den Friedensvertrag lag es, die Westmächte im Anschluß aus West-Berlin zu vertreiben oder sie zumindest zu zwingen, die Bedingungen für ihren Zugang nach West-Berlin mit der DDR neu auszuhandeln. Diese Option schien auch deshalb nicht besonders attraktiv zu sein, weil damit der fast vollständige Verlust des Mitspracherechts in den deutschen Angelegenheiten verbunden war, was den sowjetischen Großmachtinteressen kaum entsprach. Bis zur Rede Kennedys am 25. Juli 1961 über die „drei Essentials" konnte sich die Kreml-Führung nicht im klaren sein, wie der Westen reagieren würde. Danach entfielen jedoch alle Zweifel: Die separate Friedensvertragsregelung würde zweifellos zur Konfrontation führen, die Sperrung der Grenzen nach West-Berlin jedoch nicht. Von einer Vier-Mächte-Konferenz erwartete man dagegen lediglich ein „Einfrieren" des Status quo und wollte sie deshalb nicht, wie der unkorrigierte Text der Rede Chruschtschows deutlich macht.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Rede des sowjetischen Parteiführers läßt sich aber auch eine gewisse Präferenz für die dritte Option der Deutschland- und Berlin-Politik entnehmen. Dies bezieht sich auf die Bemerkungen, wonach der Lebensstandard in der DDR auf höherem Niveau gehalten werden sollte als in den anderen sozialistischen Ländern, und zwar mit der rätselhaften Begründung, daß „Berlin eine offene Stadt sein wird". Hier wird eine ganz andere Perspektive sichtbar als die, die mit den Sperrmaßnahmen beschlossen und am 13. August realisiert worden ist. Es ist kaum anzunehmen, daß Chruschtschow „Freie Stadt Westberlin" im Sinne der ersten Option, nämlich Separatfriedensvertrag und Vertreibung der Westalliierten aus West-Berlin, meinte. Eher stand hinter den Worten über die „offene Stadt" der Gedanke an die Aufrechterhaltung des Status quo in ganz Berlin, einschließlich des freien Verkehrs zwischen den östlichen und westlichen Teilen. Diese Interpretation wird durch die Formulierung des folgenden Satzes bestätigt, wo Chruschtschow von der Alternative einer möglicherweise in Zukunft „geschlossenen DDR" spricht[46].

Der Kontext läßt vermuten, daß Chruschtschow die „offene" oder zumindest nicht ganz abgeriegelte DDR, d. h. die dritte Option, für die wünschenswerteste Lösung hielt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie die risikoloseste war. Sie entsprach schließlich auch der im dritten Parteiprogramm vom Oktober 1961 fixierten Überzeugung, mit den westlichen Ländern wirtschaftlich mithalten und selbst die USA in absehbarer Zeit überholen zu können. Darüber hinaus mochte auch der Wunsch eine Rolle gespielt haben, die erschütterte Hegemoniestellung der Sowjetunion im Ostblock zu festigen. Denn selbstverständlich hätte eine gemeinsame Rettungsaktion für die Wirtschaft der DDR die führende Rolle der Sowjetunion gegenüber den anderen sozialistischen Ländern unterstrichen und die zentrifugalen Tendenzen im Block gemindert. Die Reaktion der osteuropäischen Parteiführer auf Ulbrichts Wunsch nach mehr Wirtschaftshilfe, den der sowjetische Parteichef geradezu eindringlich unterstützte, war jedoch so negativ, daß dieser sichtlich enttäuscht und gereizt war.

Als Indiz dafür mag der offensichtlich improvisierte und sehr emotionale Exkurs über die Entsendung junger, qualifizierter sowjetischer Arbeitskräfte in die DDR dienen, eine Maßnahme, die Chruschtschow bis dahin abgelehnt hatte. Jetzt sagte er großzügig 100 000 Arbeiter zu. Diese sollten dann junge deutsche Frauen und Männer heiraten und so praktischen Internationalismus üben. Die damit verknüpfte Verurteilung von Mißständen der Stalin-Zeit sollte offenbar die Verbündeten beruhigen. Doch die nationalen Ressentiments und das Mißtrauen gegenüber dem „großen Bruder" konnten nicht durch derartige Manöver behoben werden. Die Mitarbeiter im Apparat verstanden dies vielleicht besser, als der durch seine eigene Demagogie

[46] In Zuboks Veröffentlichung aus der Rede Chruschtschows wurde der Satz über die „offene Stadt" ausgelassen, und der folgende Satz ist falsch übersetzt: „Even if the GDR *remains* closed, one cannot rely on that and [let living standards decline]". V. Zubok, Khrushchev's Secret Speech on the Berlin Crisis, August 1961, in: CWIHP Bulletin 3, 1993, S. 61, Hervorhebung der Verf. Vgl. unten, S. 37.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

manchmal hingerissene Chruschtschow. Es erscheint nicht zufällig, daß der entsprechende Abschnitt seiner Rede besonders stark „gesäubert" wurde. Die Prognose über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Jugendlichen aus der UdSSR und der DDR und ihrer politischen Rolle wurde ganz gestrichen.

Chruschtschow schien im übrigen mit der DDR-Position in einigen Punkten nicht ganz zufrieden zu sein. Und dies mit gewissem Recht: Zum Beispiel hat Ulbricht in seiner mündlichen Rede, abweichend vom eingereichten Manuskript, nicht um „etwa 50 000", sondern um „etwa 50 000 (für den Anfang)" abzukommandierender Arbeitskräfte gebeten. Diese Änderung war nicht unbedeutend, denn die DDR gab damit zu verstehen, daß sie diese Hilfe nicht als einmalige Aktion, sondern als im Prinzip unbegrenzt betrachtete. Das konnte die Attraktivität der „dritten Option" in den Augen der Verbündeten keineswegs erhöhen. Es ist nicht von ungefähr, daß Chruschtschow es für angebracht hielt, die Zahl genauer zu definieren und zu unterstreichen, daß es sich nur um die Entsendung hochspezialisierter „Kader", nicht um die Deckung des gesamten Arbeitkräftedefizits der DDR handeln konnte. Denn das von Ulbricht genannte Defizit sollte im Jahr 1962 bereits 175 000 betragen[47].

Das war jedoch nicht die einzige Änderung gegenüber dem eingereichten Text in Ulbrichts mündlichem Vortrag. Laut unkorrigiertem Stenogramm sagte er nämlich: Es ist „notwendig, daß zu gegebener Zeit die Staatsgrenze, die mitten durch Berlin geht, *gesperrt wird und* [Hervorhebung d. Verf.] von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur mit besonderen Ausreisebescheinigungen passiert werden darf oder, soweit es einen Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin betrifft, mit besonderer Bescheinigung erlaubt wird"[48]. Damit war die von Chruschtschow noch angedeutete Möglichkeit einer Alternative ohne Schließung der Stadt selbstverständlich ausgeschlossen. Die betreffenden Worte fehlen jedoch nicht nur in Ulbrichts Textentwurf, sondern auch in der Endfassung des Protokolls. Diese Änderung ist kaum bedeutungslos[49]. Über die Sperrung der „mitten durch Berlin" verlaufenden Grenze als alternativlose Notwendigkeit hat Ulbricht am 4. August 1961 erstmals und als erster gesprochen. Ob die spätere Streichung dieser Äußerung

[47] Otto, 13. August 1961, Teil 2, S. 78.

[48] Ursprünglicher Text in: Ebenda, S. 70f.

[49] In einem Schreiben des sowjetischen Botschafters in der DDR, Pervuchin, an Außenminister Gromyko vom 4. 7. 1961 werden drei Varianten von Maßnahmen „gegen das Weggehen der DDR-Bevölkerung" erwogen: die Beschränkungen des Zugangs für die DDR-Bürger nach West- *und* Ost-Berlin, die verstärkte Bewachung der Grenze *um* Berlin und „die Einstellung des freien Verkehrs zwischen dem demokratischen Berlin und Westberlin". Letzteres wurde emphatisch für den „äußersten Fall" reserviert. Im Schreiben vom 26. Juli, in dem die Hauptpunkte der bevorstehenden Rede Ulbrichts skizziert werden, ist zwar schon die Rede von der „Notwendigkeit, die Sektorengrenze in Berlin zu gegebener Zeit zu schließen und dort das Regime der Staatsgrenze einzuführen", der Leser des Dokuments (wahrscheinlich Gromyko selbst) hat aber hier am Seitenrand ein großes Fragezeichen gemacht, was das Nichtzustandekommen einer endgültigen Entscheidung in der Sowjetführung noch in den letzten Juli-Tagen vermuten läßt. Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, 082/6/34/46, Bl. 28, 75. Der Brief Pervuchins vom 4. 7. 1961 auch als Appendix F bei Harrison, Concrete „Rose".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Anzeichen dessen war, daß man auf sowjetischer Seite diese Auffassung noch nicht teilte, oder ob hier der Wunsch nach Geheimhaltung ausschlaggebend war, muß offen bleiben.

Laut korrigiertem Protokoll war es der polnische Parteichef Władysław Gomułka, der als einziger den Vorschlag zur unverzüglichen Sperrung der Grenze nach Westberlin machte. Seine unkorrigiert gebliebene Äußerung macht jedenfalls deutlich, daß die Konferenzteilnehmer wußten, wovon die Rede war. Ulbricht hat praktisch auch den Termin genannt, bis zu dem die Grenze geschlossen werden müßte, falls die Bruderländer nicht sofort weitere Wirtschaftshilfe leisteten und ein weiteres Anschwellen des Flüchtlingsstroms verhindert werden sollte: der 15. August 1961. Zu diesem Stichtag hatte die Bundesregierung nach seinen Worten die Einstellung der Lieferungen auf Kredit angekündigt. Der ungarische Parteichef János Kádár hat dies in seiner Rede drastisch als wahrscheinliches Datum für den Beginn eines „wirtschaftlichen Feldzuges gegen die Deutsche Demokratische Republik" bezeichnet. Ulbricht hat dieser Interpretation seines Hinweises nicht widersprochen. Da auch alle anderen Teilnehmer diese dramatisierende Auslegung stillschweigend akzeptierten, wurde damit zumindest implizit Übereinstimmung sowohl hinsichtlich des Charakters als auch des spätesten Termins der zu treffenden „Präventivmaßnahme" erreicht. Ein genaues Datum wurde nicht genannt. Die Konferenzunterlagen geben auch keine Auskunft darüber, ob ein multilateraler Beschluß in dieser Sache gefaßt wurde oder ob die übrigen Konferenzteilnehmer über einen bilateralen Beschluß der Sowjetunion und der DDR informiert und um entsprechende Zustimmung gebeten wurden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Entscheidung am Vormittag des 5. August, als keine formelle Konferenzsitzung stattfand, getroffen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sowjetführung grundsätzlich drei Optionen für die Krisenbewältigung in der gespannten Situation um Berlin im Sommer 1961 im Auge gehabt hat. Die radikalste, die im Grunde eine Neuauflage der Blockade Berlins von 1948–49 bedeutet hätte, nämlich der einseitige Abschluß eines Friedensvertrages mit entsprechender Änderung des völkerrechtlichen Status' von West-Berlin, wurde wegen der festen Haltung des Westens als zu riskant angesehen und offensichtlich nicht ernsthaft verfolgt. Die milde Option der Beibehaltung des Status quo mit Hilfe einer umfangreichen wirtschaftlichen Bluttransfusion für die DDR wurde durch die nicht weniger feste Verweigerungshaltung der Partner im sozialistischen Lager gegenstandslos. Übrig blieb deshalb die mittlere Lösung der Grenzabriegelung, die vom sowjetischen Standpunkt aus nicht optimal war, aber als unvermeidlich akzeptiert wurde. Wenn man davon ausgehen kann, daß das primäre Motiv für die Auslösung der „zweiten Berlin-Krise" die nicht ganz unberechtigte Sorge über die Atomrüstungspläne der Bundesrepublik gewesen ist[50], so überrascht doch, wie wenig darüber auf der Moskauer Konferenz vom 3.–5. August 1961 gesprochen wurde. Nur Ulbricht ging etwas ausführlicher auf die Pläne des Bonner „Kriegsmini-

[50] Vgl. z.B. Andreas Wenger, Der lange Weg zur Stabilität. Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa, in: VfZ 46 (1998), S. 69–99.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sters" Franz Josef Strauß ein. Hervorstechend ist dagegen insbesondere auf der sowjetischen Seite die Tendenz, auch die Berlin- und Deutschlandfrage zu einem Instrument der inneren Blockdisziplinierung zu machen.

Dokument

BERATUNG

der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages zu Fragen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland stehen

ERSTE SITZUNG
3. August 1961

[enthält die Begrüßung der Konferenzteilnehmer durch Chruschtschow und die durch Ulbricht eröffnete Diskussion zur Haltung der Partei der Arbeit Albaniens in der ersten Konferenzsitzung am Nachmittag des 3. August 15–19 Uhr][51]

ZWEITE SITZUNG
vormittags, 4. August 1961[52]

[Chruschtschow, der zunächst den Vorsitz führt, erläutert den Wunsch der SED-Delegation, nach dem Referat Ulbrichts und der anschließenden Diskussion im Plenum getrennt mit den einzelnen Delegationen weitere Fragen zu erörtern. Danach solle noch einmal kurz im Plenum getagt werden, um ein Presse-Kommuniqué über die Konferenz zu verabschieden[53]. Auf Vorschlag Chruschtschows übernimmt dann der bulgarische Parteichef Schiwkow den Vorsitz. Dieser ruft zunächst zur Bildung eines Konferenz-Sekretariats aus je einem Vertreter der Delegationen unter Vorsitz eines sowjetischen Delegierten auf. Aufgabe des Sekretariats soll es u. a. sein, das Kommuniqué über die Konferenz auszuarbeiten[54]. Sodann erteilt Schiwkow Walter Ulbricht das Wort[55].]

Die Rede des Gen. W. ULBRICHT[56]

[Einleitend verweist Ulbricht lobend auf die Initiativen der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Regelung des „Westberlin-Problems" und unterstreicht die sowjetischerseits erklärte Notwendigkeit, die Lösung dieser Fragen nicht weiter zu verschleppen, sondern noch 1961 anzugehen. Zur Begründung führt er aggressive, revanchistische Pläne der Bundesregierung an, die auf atomare Rüstung der Bun-

[51] Vgl. CChSD, 10/3/12, Blatt 1–10. Im folgenden werden nur noch Blatt-Nummern angegeben, da sich alle Angaben auf diesen Faszikel beziehen.

[52] Die Sitzung dauerte von 10–14 Uhr.

[53] Über derartige zweiseitige Gespräche einzelner Delegationsmitglieder zumindest mit sowjetischen Partnern berichtet auch der SED-Dolmetscher Werner Eberlein, in: Otto, 13. August 1961, Teil 2, S. 87.

[54] Die Zusammensetzung des Sekretariats ist im Protokoll nicht festgehalten.

[55] Blatt 11–12.

[56] Blatt 12–59.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deswehr dränge, um ihren „Drang nach Osten", die traditionelle Politik des deutschen Imperialismus, verwirklichen zu können, und die Westmächte auf den Weg der Konfrontation mit den sozialistischen Ländern lenken wolle. Deshalb solle der Friedensvertrag auch notfalls mit der DDR allein von den dazu bereiten Mächten der Anti-Hitler-Koalition abgeschlossen werden, denn er würde die endgültige völkerrechtliche Bestätigung der Grenzen Polens und der Tschechoslowakei mit der DDR und auch die der DDR mit der Bundesrepublik bringen und damit den westdeutschen Imperialismus seiner völkerrechtlichen Argumentation berauben.

Im Kern seiner Ausführungen kreist Ulbricht letztlich um zwei Themenbereiche: um die Unterbindung der Massenflucht von DDR-Bürgern über West-Berlin und um Vorkehrungen gegen die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen einseitiger Maßnahmen. Im Hinblick auf die Unterbindung der Flucht von DDR-Bürgern über West-Berlin erläutert Ulbricht ausführlich das Interesse an der Übertragung der vollen Souveränität an die DDR mit Hilfe eines Friedensvertrages, der es ihr in Verbindung mit der Umwandlung des Status von West-Berlin und der Ablösung der westlichen Besatzungsrechte erlauben würde, den gesamten Verkehr von und nach West-Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu kontrollieren, einschließlich des „Personen- und Güterverkehrs, der zur Versorgung der Garnisonen der Westmächte in Westberlin über das Gebiet der DDR erfolgt". Die Zustimmung der Ostblock-Führer sucht Ulbricht nicht zuletzt mit dem Hinweis darauf zu gewinnen, daß die Westmächte keineswegs einer Meinung und im Grunde verhandlungsbereit seien und daß es trotz aller verbalen Ablehnung zu diplomatischen Verhandlungen kommen werde. Ausdrücklich auf Kompromißmöglichkeiten für den Fall des Zustandekommens derartiger Verhandlungen eingehend, läßt Ulbricht erkennen, daß es ihm in erster Linie auf die Lösung des „Westberlin-Problems" ankommt, denn das Thema Friedensvertrag übergeht er in diesem Zusammenhang völlig. Als unabdingbar erklärt er erstens die „Beseitigung der Agenten- und Spionagezentralen in Westberlin und die Einstellung jeder Störtätigkeit, die von Westberlin aus [...] betrieben wird," und zweitens die „Schaffung eines Systems von Verträgen über die Benutzung der Verbindungswege von und nach Westberlin durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik". Dabei wird ganz deutlich, daß es Ulbricht vor allem um die Unterbindung der „Abwerbung" von Arbeitskräften geht. Da die Kontrolle des Luftverkehrs nach West-Berlin am problematischsten ist, plädiert er dafür, den Flugverkehr Berlins insgesamt oder größtenteils auf den DDR-Flughafen Schönefeld zu konzentrieren. Schließlich erklärt er es insbesondere wegen der angeblich durch westdeutsche und amerikanische Agenturen organisierten Abwerbung von Spezialisten für notwendig, die Staatsgrenze der DDR, „die mitten durch Berlin geht", zu sperren und die Ausreise von DDR-Bürgern nach Westdeutschland und Westberlin von einer Ausreisegenehmigung abhängig zu machen[57]. In impliziter Anerkennung des Sonderstatus von ganz Berlin fügt Ulbricht hinzu, daß auch der „Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin" von der Ausstellung einer „besonderen Bescheinigung" abhängig gemacht werden soll.

Mit der Forderung nach Zustimmung zur Schließung der „offenen Grenze" und Einführung eines normalen Grenzkontrollsystems auch in Berlin wendet sich Ulbricht im übrigen ausschließlich an die Staaten des Warschauer Vertrages und läßt durchblicken, daß die Westmächte einer solchen Regelung ebenso wie Friedensvertragsverhandlungen kaum

[57] Die explizite Forderung nach Sperrung der Grenze war nicht im eingereichten Redetext Ulbrichts enthalten und ist bei der Korrektur des Protokolls wieder entfernt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zustimmen würden. In einem solchen Fall sollte eine Friedensvertragskonferenz eben nur mit den dazu bereiten Staaten unter den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands durchgeführt werden. Als Verhandlungsort schlägt Ulbricht Potsdam oder ggf. Moskau vor.

Auf die Friedensvertragskonferenz geht Ulbricht allerdings fast nur beiläufig ein. Sein zweites großes Thema sind vielmehr die möglichen Folgen eines einseitigen Vorgehens in Berlin. Militärische Verwicklungen schließt er unter Hinweis auf die militärische Überlegenheit der Sowjetunion aus. Die „Hauptschwierigkeit" sieht er auf wirtschaftlichem Gebiet – in zu erwartenden Boykott- oder Embargomaßnahmen gegen die DDR nicht nur von seiten der „westdeutschen Bundesrepublik", wie er sie stereotyp nennt, sondern auch von seiten der NATO insgesamt. Diese nachteiligen Folgen für die DDR sucht er als Sache des gesamten sozialistischen Lagers darzustellen, um sodann ausführlich darauf einzugehen, welche Hilfen und Lieferungen die DDR von den einzelnen Ländern des Warschauer Paktes erwartet, damit sie „störfrei", d. h. von industriellen Lieferungen aus der Bundesrepublik unabhängig werden kann. Dabei vergißt er nicht zu bemerken, daß die Partnerländer bei industriellen Bestellungen in der DDR häufig auf der Verwendung von Teilen und Anlagen aus der Bundesrepublik bestanden und dadurch die Störanfälligkeit der DDR-Industrie erhöht hätten. Zugleich kündigt er an, daß die DDR im Interesse der ausreichenden Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs eingegangene Lieferverpflichtungen gegenüber ihren Partnern nicht wird einhalten können. Um dem Vorwurf zu begegnen, man habe wegen verfehlter Landwirtschaftspolitik selber schuld an Versorgungsengpässen, zählt Ulbricht langatmig die Erfolge der DDR-Landwirtschaft auf und untermauert dies mit zahlreichen Statistiken, um dann die Forderung nach zusätzlichen Futtermittellieferungen aus den „Bruderländern" als objektiv notwendig erscheinen zu lassen.

Höchst dramatisch stellt Ulbricht auch die Schäden dar, die der DDR durch den „Schwindelkurs" der Bundesrepublik beim Geldumtausch und durch die „Abwerbung" von Arbeitskräften in allen Wirtschaftsbereichen entstünden, um damit noch einmal die Notwendigkeit zusätzlicher Lieferungen und auch der Gestellung von Arbeitskräften aus der Sowjetunion und Bulgarien – er nennt „für den Anfang" die Zahl von „etwa 50 000"[58] – zu begründen. An eigenen Maßnahmen gegen ein Wirtschaftsembargo verweist Ulbricht im übrigen auch auf die Möglichkeit einer „drastischen Erhöhung" der Transitgebühren für westdeutsche Kraftfahrzeuge und Binnenschiffe auf dem Gebiet der DDR und auf die Möglichkeit der Behinderung des Personen- und Güterverkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. D. h., er deutet fast unverhüllt die Möglichkeit einer neuen Blockade an, wobei ihm dieses Argument wohl vor allem dazu dient, seinen Forderungen nach Gewährung von Wirtschaftshilfe und Gestellung von Arbeitskräften Nachdruck zu verleihen.

Abschließend schlägt Ulbricht der Konferenz folgende praktischen Maßnahmen zur Beschlußfassung vor, die noch einmal die Bedeutung der erwünschten Wirtschaftshilfe bestätigen:

1. die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Entwürfen eines „Friedensvertrages *mit der Deutschen Demokratischen Republik*" (Hervorhebung der Verf.), eines Statuts der „neutralen, entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin" und einer Garantieerklärung für deren Rechte;

[58] Die Formulierung „für den Anfang" stand nicht in Ulbrichts eingereichtem Redetext und ist bei der Korrektur aus dem Protokoll entfernt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. die Bildung einer Kommission zur Einberufung und Durchführung der Friedenskonferenz;
3. den Abschluß von Verträgen zwischen der DDR und den einzelnen sozialistischen Staaten zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik;
4. Vereinbarungen zur Sicherstellung der zusätzlich notwendigen Eisenbahntransporte für die DDR vor allem durch Polen;
5. Die Beauftragung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung der DDR im IV. Quartal 1961 und im Jahre 1962 zu gewährleisten;
6. Die Einrichtung eines internationalen Informationszentrums zur Organisierung der internationalen Propaganda für den Friedensvertrag und die Lösung des Westberlin-Problems.]

[Nach einer 20minütigen Pause im Anschluß an Ulbrichts Referat übernimmt der ungarische Parteivorsitzende Kádár den Vorsitz und erteilt dem polnischen Parteichef Gomułka das Wort.]

Die Rede des Gen. W. GOMUŁKA[59]

[Gomułka unterstützt die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und erklärt die Bereitschaft Polens, notfalls auch einseitig, ohne die Westmächte, vorzugehen. Er führt dann aus, daß die Absicht in der nächsten Zeit zu allen möglichen Kampagnen und Diversionsakten von seiten Bonns führen werde und sagt weiter:]

Das wird durch die offene Grenze zwischen unserem Berlin und Westberlin gefördert.

Gen. Ulbricht hat in seinem Referat über die Maßnahmen gesprochen, die nach Abschluß des Friedensvertrages und nach der Verkündung des mit dem Vertrag zusammenhängenden Statuts von Westberlin ergriffen werden. Das muß vor allem die Errichtung einer formellen Grenze mit Westberlin sein, bei deren Überschreiten bestimmte Dokumente erforderlich sind.

Unserer Meinung nach erhebt sich hier die Frage, ob man [wirklich] mit der Durchführung von Maßnahmen, deren Zweck es ist, den Zugang vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin zu sperren, all die schwierigen Monate warten soll, die bis zum Abschluß des Friedensvertrages bleiben.

Wir sind der Meinung, daß die Regelung dieser Frage vom juristischen Standpunkt aus bereits jetzt zu den Kompetenzen der Deutschen Demokratischen Republik gehört. Wir meinen, daß man darüber nachdenken soll, ob man nicht schon heute entscheidende Maßnahmen auf diesem Gebiet ergreifen soll. Ich schlage vor, diese Frage zu erörtern. Derartige Maßnahmen, die noch keinen endgültigen Charakter haben müssen, brächten auch Nutzen von weit größerer politischer Bedeutung.

Ich gehe jetzt zu den Fragen wirtschaftlichen Charakters über, die im Referat des Gen. Ulbricht angesprochen worden sind und die mit den voraussichtlichen Folgen des Abschlusses des Friedensvertrages im Zusammenhang stehen.

[Gomułka drückt sein grundsätzliches Einverständnis mit den von Ulbricht aufgezeigten Perspektiven aus und sagt dann weiter:]

Etwas anderes ist die Frage der Hilfeleistung der sozialistischen Bruderländer für die Deutsche Demokratische Republik, um sie vor den Folgen eines möglichen Embargos

[59] Blatt 59–68.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR zu schützen [. . .]. Die Frage der Gegenmaßnahmen gegen die Auswirkungen eines Embargos muß auch in größerem Maßstab erörtert werden: für den Fall der Anwendung des Embargos der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik, sondern auch auf die anderen sozialistischen Länder, die den Friedensvertrag unterzeichnen, und auch für den Fall, daß das Embargo von allen Nato-Ländern in bezug auf die sozialistischen Länder angewandt wird.

Unabhängig von der Notwendigkeit, diese und andere Varianten zu erörtern, glauben wir, daß die Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der Deutschen Demokratischen Republik im Falle der Verhängung eines Embargos durch die Bundesrepublik Deutschland auf die Lieferungen in die Deutsche Demokratische Republik bei der Überwindung der Schwierigkeiten, die im Zusammenhang damit entstehen, helfen müssen. Das betrifft vor allem die Lieferung von Halbfabrikaten und ergänzender Ausrüstung für Anlagen und Maschinen, die die Deutsche Demokratische Republik in andere sozialistische Länder exportiert. Dabei meinen wir, daß man eine Lösung des Problems anstreben muß, durch die die Pläne der anderen sozialistischen Länder möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die komplette Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen aus der Deutschen Demokratischen Republik importieren, müssen entscheiden, welche der Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik die wesentlichste Bedeutung für ihre Wirtschaft haben und der Deutschen Demokratischen Republik bei der Versorgung mit Material und Teilen helfen, die bislang aus der Bundesrepublik Deutschland importiert werden. Wir werden uns dem auch nicht verweigern, obwohl an dem Material und den Teilen, um die es hier geht, bei uns Mangel herrscht und wir selbst gezwungen sind, sie aus kapitalistischen Ländern zu importieren. Die Deutsche Demokratische Republik kann ihrerseits die Lösung dieser Probleme erleichtern, wenn sie in die interessierten sozialistischen Länder einige Waren umlenkt, die sie gegenwärtig in die Bundesrepublik Deutschland exportiert. Diese gegenseitigen Lieferungen sollen nach Möglichkeit bei der Überwindung der Schwierigkeiten helfen, ohne die Zahlungsbilanzen sozialistischer Länder mit kapitalistischen Ländern zu beeinträchtigen, denn diese sind, wie im Falle Polens z. B., auch jetzt [schon] äußerst angespannt.

Bei der Darlegung der Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit anderen sozialistischen Ländern hat der Gen. Ulbricht besonders den Kredit erwähnt, den die Deutsche Demokratische Republik der Polnischen Volksrepublik zur Entwicklung der Braunkohlenindustrie gewährt hat. Dieser Kredit im Umfang von 400 Millionen alten Rubeln wird für die Lieferung von Maschinen für Braunkohlengruben verwendet und steht im Zusammenhang mit den gewaltigen Ausgaben, die Polen zur Erweiterung seiner Brennstoff- und Energiebasis tätigt. Polen ist seinerseits vertraglich verpflichtet, Steinkohle in die DDR zu liefern. Es ist vorgesehen, daß 1961–1965 aus dieser Kreditsumme etwa 240 Millionen alter Rubel verbraucht werden. Dieser Kredit ist ein Ausdruck der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe der sozialistischen Länder, und zwar genauso wie unser der Deutschen Demokratischen Republik 1958–1960 gewährter dreijähriger Kredit im Umfang von 100 Millionen alten Rubeln zum Kauf von Konsumgütern in Polen.

Was die Lieferung von polnischem Walzgut an die DDR betrifft, so sind wir verpflichtet, Walzerzeugnisse zu liefern, die für die Herstellung von Ausrüstungen für die polnischen Braunkohlengruben in der Deutschen Demokratischen Republik nötig sind. Diese Lieferungen führen wir gemäß unseren Verpflichtungen durch.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man muß hinzufügen, daß unsere eigene Wirtschaft immer noch unter einem Mangel an Walzgut leidet. [...] Heute erzeugen wir jährlich ungefähr 7 Millionen t Stahl. Doch dieses Potential reicht immer noch nicht aus und kann den wachsenden Bedarf unserer Volkswirtschaft, insbesondere den Bedarf des Maschinenbaus, des Eisenbahntransports, des Bauwesens sowie des Kohlebergbaus, der auch für die Bedürfnisse anderer sozialistischer Länder arbeitet, nicht decken. Auch im Niveau des Stahlverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung kommen diese Schwierigkeiten zum Ausdruck. Es liegt in Polen erheblich niedriger als in entwickelteren sozialistischen Ländern. Nichtsdestoweniger verstehen wir, welche zu erwartenden Schwierigkeiten für die Deutsche Demokratische Republik mit einem Embargo verbunden sein werden.

Was die von Gen. Ulbricht angesprochenen Fragen der Sicherstellung einer störungsfreien Versorgung der Bevölkerung der DDR im IV. Quartal des laufenden Jahres und 1962 betrifft, so sind wir bereit, dieses Problem auf der Ebene des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu erörtern und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu seiner Lösung beizutragen. Das sind keine leichten Fragen, und sie erfordern eine gründliche und genaue Untersuchung in allen Details.

Wir werden ebenfalls alle Anstrengungen unternehmen, um eine Steigerung der Eisenbahn-Transittransporte durch Polen sicherzustellen.

Erlauben Sie mir, nun zur Erörterung anderer Fragen und Vorschläge praktischer Art überzugehen. Wir sind mit dem Vorschlag der Sowjetunion einverstanden, daß die Initiatoren der [Friedens-] Konferenz drei Staaten – die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Polen – sein sollen. Im Zusammenhang damit machen wir den Vorschlag, daß eine Arbeitskommission sich mit der Ausarbeitung des Vertragstextes befaßt. Es wäre am folgerichtigsten, wenn die sowjetischen Genossen den ersten Entwurf ausarbeiteten. Im Hinblick auf den Kalender wäre unserer Ansicht nach folgender Arbeitsplan angemessen: Die sowjetischen Genossen arbeiten den Vertragsentwurf, sagen wir, im August aus. Die Arbeitskommission beginnt die Arbeit an diesem Entwurf Anfang September und schließt sie bis Ende desselben Monats ab. Ihre Vorschläge übergibt sie dann den Parteiführungen, damit diese ihre Stellungnahme dazu bis zum Treffen aus Anlaß des 44. Jahrestages der Oktoberrevolution abgeben. Die formelle Abstimmung über diese Vorschläge müßte auf einem Treffen der Außenminister stattfinden, das einzuberufen die Delegation der Sowjetunion mit Recht vorschlägt [...].

Genossen, auch wenn wir den Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik ohne Beteiligung des zweiten deutschen Staates und ohne Beteiligung der Westmächte unterzeichnen und durchführen, müssen wir klar und unmißverständlich deutlich machen, daß diese Tatsache sie [die Westmächte] nicht im geringsten von den Verpflichtungen befreit, die sie in Übereinstimmung mit der Potsdamer Erklärung und mit anderen internationalen Dokumenten auf sich genommen haben. Ihre Besatzungsrechte werden zwar abgeschafft, doch die Verpflichtungen dauerhaften Charakters bleiben unverändert in Kraft.

Wo ich an Potsdam erinnere, möchte ich auch sofort etwas zur Frage des Ortes der Durchführung der zukünftigen Friedenskonferenz sagen. Ich habe ein wenig die Befürchtung, daß eine Konferenz zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages in Potsdam in psychologischer Hinsicht den Eindruck erwecken könnte, daß sie mit ihren Entscheidungen völlig an die Stelle der Potsdamer Konferenz von 1945 tritt. Ich schlage Ihnen vor zu prüfen, ob nicht gerade Berlin ein angemessener Ort wäre. Diese Stadt, die die Hauptstadt der DDR ist, muß in Zukunft ein weithin bekanntes Symbol des Friedens werden, und die Nennung der Hauptstadt des ersten friedliebenden deutschen Staates in

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Geschichte muß verbunden sein mit dem ersten friedlichen Staat in der deutschen Geschichte, der gegründet ist auf den Grundsätzen der Gleichheit, der frei von Revanchismus ist und danach strebt, daß der Krieg, dem in formaler Hinsicht ein Ende bereitet wird, der letzte Krieg war, der durch den deutschen Imperialismus entfesselt wurde [. . .].

[Der Vorsitzende Kádár erteilt das Wort dem tschechoslowakischen Parteichef.]

Die Rede des Gen. A. NOVOTNY[60]

[Novotný unterstützt ebenfalls den Vorschlag, den Friedensvertrag mit Deutschland jetzt zu schließen und damit auch das Problem Westberlin zu lösen. Er sagt dann weiter:]

Wie beurteilt unsere Partei die Lage, und wie werden sich ihrer Meinung nach die Ereignisse im Zusammenhang mit der Lösung des Deutschland-Problems entwickeln?

Wir machen uns keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die die Lösung dieses Problems in politischer und wirtschaftlicher und im Zusammenhang damit auch in anderer Hinsicht bringen wird. Zugleich nehmen wir aber nicht an, daß die Westmächte bis zum äußersten gehen und einen militärischen Konflikt hervorrufen werden. Wir nehmen allerdings an, daß es zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Westmächten und anderen Nato-Staaten kommen wird. [[Zugleich ziehen wir aber auch die Möglichkeit eines militärischen Konflikts in Betracht und bereiten uns in dieser Hinsicht vor.]]

Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß die Nato-Länder auch auf andere kapitalistische Staaten starken Druck ausüben und sie veranlassen werden, ihre Beziehungen zu den sozialistischen Staaten einzuschränken. Wir glauben, daß es bis zum Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen und zur Verhängung eines Embargos gegen die sozialistischen Länder, zur Errichtung von Hindernissen für die Kulturbeziehungen und zum Abbruch oder zum Einfrieren der diplomatischen Beziehungen kommen kann.

Wir glauben, daß sie sogar noch weiter gehen können. Es ist nicht auszuschließen, daß sie so weit gehen, die Land- und Luftverbindungen zu unterbrechen und die Bewegungsfreiheit von Schiffen, die unter der Flagge von Ländern des sozialistischen Lagers mit ihren [d. h. westlichen, die Verf.] Frachten fahren, einzuschränken[61]. [[Wir glauben, daß die Unglücksfälle zweier unserer Flugzeuge in Westdeutschland bzw. bei Casablanca durch die westlichen Imperialisten verursacht wurden, weil sie unsere Luftverbindungen mit Afrika stören wollen.]]

Des weiteren müssen wir auf Versuche gefaßt sein, Provokationen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik und an den Grenzen Westdeutschlands zur DDR und zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik hervorzurufen.

Ohne Zweifel wird starker politischer und wirtschaftlicher Druck auf die DDR ausgeübt werden – bis hin zu Versuchen, ihre wirtschaftliche Lage zu erschweren und den innerdeutschen Handel zu unterbrechen.

Wir sehen schon heute, daß die DDR im Zentrum der Angriffe der Gegner des Friedensvertrags steht. Wir sind uns vollkommen im klaren darüber, daß ihre Rolle bei der Lösung des Deutschland-Problems, besonders in der gegenwärtigen Phase, äußerst wichtig und verantwortungsvoll ist. Deshalb sind wir der Meinung, daß man der Deutschen Demokratischen Republik helfen muß.

---

[60] Blatt 69–76.

[61] Die letzten drei Sätze sind im „Autorenexemplar" sprachlich redigiert, aber inhaltlich nicht verändert worden. Der folgende Satz ist von Novotny hinzugefügt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[Novotný legt dann dar, daß er nicht auf Einzelheiten der von Ulbricht angesprochenen wirtschaftlichen Punkte eingehen, sondern über die Aufgaben sprechen will, die daraus entstehen, daß die sozialistischen und einige andere Länder den Friedensvertrag ohne Beteiligung der Westmächte allein mit der DDR schließen werden. Man müsse sich auf Provokationen und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten, und die Tschechoslowakei werde der DDR auch bei der Versorgung der Bevölkerung mit einigen Produkten des täglichen Bedarfs helfen. Weiter sagt Novotny:]

Zu zwei konkreten Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, möchte ich offen unsere Position darlegen:

Wir können nicht mit landwirtschaftlichen Produkten helfen, weil wir selbst unseren eigenen Bedarf nicht entfernt decken können und selbst alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die Versorgung unserer Bevölkerung sicherzustellen. Die Getreideernte wird in diesem Jahr wahrscheinlich ebenso hoch oder etwas besser sein als letztes Jahr. Hier wird vieles davon abhängen, unter welchen Bedingungen die Ernte stattfindet. Zur Zeit fällt zuviel Regen. Bei den Kartoffeln werden wir eine schlechte Ernte haben. Hier erfüllen wir schon viele Jahre den Plan längst noch nicht. Dafür haben wir eine gute Ernte bei den Futterpflanzen.

Ferner können wir auch einige Forderungen nach Lieferung solcher Güter nicht erfüllen, die die Tschechoslowakei in beträchtlichem Umfang selbst aus kapitalistischen Ländern importieren muß, und zwar besonders aus der Bundesrepublik Deutschland. Das betrifft hauptsächlich einige defizitäre Arten von Walzgut, Röhren, Maschinen und ergänzender Ausrüstung sowie einige Rohstoffe.

Soweit ich über den Gang der Verhandlungen zwischen unseren und den deutschen Spezialisten informiert bin, würde allein die Erhöhung der Lieferung einiger defizitärer Güter in die DDR im Jahre 1962 zu kapitalistischen Marktpreisen etwa 380–390 Millionen Kronen ausmachen. Über die Schwierigkeiten, diese Güter für Valuta zu kaufen, will ich nicht einmal sprechen: Das Hauptproblem besteht darin, daß wir diese Güter größtenteils vor allem in der Bundesrepublik Deutschland kaufen müßten.

Ich muß offen sagen, daß wir diesen Weg nicht beschreiten können, weil wir selbst bereit seit drei Jahren die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik entsprechend den Beschlüssen des Politbüros unserer Partei begrenzen, um nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit von ihr zu geraten und in dieser Beziehung verwundbar zu sein.

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir von allen sozialistischen Ländern die relativ größten [Wirtschafts-]Beziehungen mit kapitalistischen Staaten haben, und folglich würden wir im Falle der Verhängung eines Embargos gegen die sozialistischen Länder offensichtlich auch am meisten darunter leiden. Es ist für 1962 ein Gesamtimport aus kapitalistischen Ländern im Umfang von 4,5 Milliarden Kronen vorgesehen, darunter für 3 Milliarden Kronen aus Nato-Ländern. Darüber hinaus wird unsere Lage schon in diesem Jahr dadurch erschwert, daß der Warenaustausch mit der Volksrepublik China stark eingeschränkt worden ist.

Ich glaube, daß wir jetzt unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Lösung der Frage konzentrieren müssen, wie wir der DDR Hilfe leisten können. Doch zugleich müssen wir uns darauf vorbereiten, daß die Maßnahmen der Imperialisten auf wirtschaftlichem Gebiet auch gegen die anderen sozialistischen Länder gerichtet sein können.

Wir sind damit einverstanden, daß sich die Vertreter der Staatlichen Plankommissionen treffen und diese Fragen lösen, und zwar auf der Basis von Direktiven der Zentralkomitees der Parteien, die diese gemäß den Ergebnissen der gegenwärtigen Konferenz erteilen

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Weiter sind wir dafür, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aktiv an der Lösung dieser Fragen beteiligt wird und sich in erster Linie mit folgenden Fragen befaßt:

Vor allem mit der Lösung der Frage, wie der DDR direkte Hilfe geleistet werden kann; das muß mit der Suche nach Wegen zur endgültigen Lösung der Frage der Rohstoff- und Materialbasis der DDR und der zweckmäßigsten Ausrichtung ihrer Industrie verknüpft werden.

Die zweite Aufgabe sehen wir darin, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe den deutschen Genossen wirksame Hilfe bei der Lösung der Probleme der technischen Normen und technologischen Prozesse leistet, damit die in der Wirtschaft der DDR geltenden technischen Normen, die mit den westdeutschen identisch sind und von technologischen Prozessen abhängen, die in der Industrie Westdeutschlands ausgearbeitet worden sind, endgültig durch unsere gemeinsamen Normen und Standards abgelöst werden.

[Weiter spricht sich Novotný für gemeinsame Propagandaaktionen und für Schritte zur Förderung der internationalen Anerkennung der DDR sowie zur Intensivierung der bilateralen Kontakte auch auf der Ebene von Betrieben und Betriebsangehörigen sowie im Bereich der Kultur aus. Abschließend erwähnt Novotný auch den Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU als starke Waffe im Kampf gegen die zu erwartenden Aktionen der Imperialisten.

Anschließend erteilt der Vorsitzende Kádár dem rumänischen Parteichef das Wort.]

Die Rede des Gen. G. GHEORGHIU-DEJ[62]

[Auch Gheorghiu-Dej spricht sich in seiner kurzen Rede für den schnellen Abschluß des Friedensvertrages aus, und zwar für den Fall, daß die Westmächte nicht darauf eingehen, auch mit der DDR allein, da die Sowjetunion alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, diese zur Teilnahme zu bewegen. Er drückt die Überzeugung aus, daß die Westmächte trotz aller militanten Äußerungen, die zu hören seien, keine militärischen Maßnahmen ergreifen werden, daß man aber auf Provokationen gefaßt sein und der DDR für den Fall eines Wirtschaftsembargos helfen müsse. Er sagt dazu aber nichts Konkretes, sondern schlägt folgendes vor:]

Wir sind der Meinung, daß die Vorschläge des Gen. Ulbricht über die Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen unserer Länder mit der Deutschen Demokratischen Republik unter den neuen Bedingungen, die möglicherweise entstehen, in bilateralen Gesprächen erörtert werden müssen. Die Volksrepublik Rumänien ist zu derartigen Gesprächen mit der deutschen Seite in der nächsten Zeit bereit.

Ich gebe meiner Überzeugung Ausdruck, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik wirksam dazu beitragen wird, die aggressiven Pläne der imperialistischen Kreise zum Scheitern zu bringen und die Position des sozialistischen Lagers und der Friedenskräfte zu stärken.

[Der Vorsitzende Kádár erteilt dem bulgarischen Parteichef das Wort.]

Die Rede des Gen. T. SCHIWKOW[63]

[In seinem kurzen Beitrag dankt Schiwkow der KPdSU und Chruschtschow persönlich für ihre Bemühungen im Hinblick auf den Abschluß des Friedensvertrages und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß der Friedensvertrag die internationale Stellung der DDR

[62] Blatt 76–80.
[63] Blatt 80–83.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und auch ihre innere Lage stärken werde, weil er ein „Geschwür am gesunden Körper" der DDR beseitigen werde – „das Problem Westberlin". Zur Reaktion des Westens und zu den eigenen Gegenmaßnahmen sagt Schiwkow ganz allgemein:]

Wir müssen uns klar darüber sein, daß es zu einer gewissen Komplizierung der internationalen Lage kommen wird. Man muß davon ausgehen, daß die internationale Lage sich vorübergehend komplizieren wird. Es ist offensichtlich, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik bei den Imperialisten einen politischen Schock hervorrufen wird. Und wie jeder Schock wird er bei ihnen einen Verlust des Gleichgewichts, eine neue Hysterie, einzelne Provokationen, bestimmte diplomatische Maßnahmen und wirtschaftlichen Druck, insbesondere auf die Deutsche Demokratische Republik, hervorrufen.

Wir glauben ebenfalls nicht, daß die Imperialisten bis zu einem militärischen Konflikt gehen. Doch wir müssen auch darauf gefaßt sein. Und wir müssen offenkundig unsere Wachsamkeit erhöhen und zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit beschließen und durchführen. Und es ist offensichtlich, daß man in dieser Beziehung auch weitere Opfer auf sich nehmen muß.

Unsere Delegation ist mit den geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik einverstanden. Wir halten diese Vorschläge für richtig und werden alles, was von uns abhängt, tun, um zu ihrer erfolgreichen Realisierung beizutragen.

Was die vom Gen. Ulbricht hier aufgeworfenen Fragen der Hilfeleistung für die Deutsche Demokratische Republik zur Verringerung der Schwierigkeiten betrifft, welche die Deutsche Demokratische Republik durchmacht und die sich im Zusammenhang mit der Lösung des Deutschland-Problems möglicherweise noch vergrößern werden, so werden wir zur Verringerung der Schwierigkeiten der Deutschen Demokratischen Republik beitragen, und in unseren bilateralen Treffen und Verhandlungen werden wir konkrete Maßnahmen, die damit im Zusammenhang stehen, erörtern.

[Nach einigen abschließenden Floskeln Schiwkows erteilt der Vorsitzende Kádár dem sowjetischen Parteichef das Wort.]

Die Rede des Gen. N. S. CHRUSCHTSCHOW[64]

Genossen! Unsere Delegation ist vollkommen einverstanden mit dem, was Gen. Ulbricht in seinem Referat dargelegt hat. Wie beurteilen wir die entstandene Lage und haben wir richtig gehandelt, als wir die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages jetzt aufgeworfen haben?

Wir sind der Meinung, daß dies nicht nur richtig, sondern auch notwendig ist. 16 Jahre sind seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen, und wenn wir keine Initiative ergreifen, dann wird es auch niemand anders tun, weil das imperialistische Lager von diesem Friedensvertrag *keinen Nutzen*[65] hat, sondern, umgekehrt, sogar Nachteile. Deshalb wäre es seltsam, wenn nicht wir die Initiative ergriffen. Diese Initiative ist aber nicht einfach. Es ist zu wenig, zu sagen, daß wir den Friedensvertrag wollen. Diesen Friedensvertrag müssen wir losreißen, weil das imperialistische Lager kein Interesse an diesem Friedensvertrag hat. Da sie nun einmal Deutschland in den westlichen Block hineingezogen haben, und Deutschland in zwei Teilen gespalten ist, gibt der Friedensvertrag dieser Spaltung eine legale

[64] Blatt 83–107.

[65] Im unkorr. Text: „Keinen direkten Nutzen".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Basis. Das heißt, dies schwächt den Westen, und, natürlich, darauf gehen sie nicht ein. Doch sie aus Westberlin zu vertreiben, das bedeutet, den Weg zur Wühlarbeit gegen uns von seiten des imperialistischen Lagers zu versperren. Deshalb sind sie nicht an seiner Sperrung interessiert und werden alles tun, um dies nicht zuzulassen. Falls wir die Initiative nicht ergreifen, dann wäre es seltsam, zu erwarten, daß sie diese Initiative ergreifen, das ist klar.

Man kann fragen – und ich glaube, daß es in unseren Ländern Leute gibt, die so denken –, ob es sich gelohnt hat, diese Frage aufzuwerfen und eine Erhöhung der Temperatur und eine Verstärkung der internationalen Spannung in Kauf zu nehmen. Und diese Sache erzeugt zweifellos nicht nur internationale Spannung, sondern sie hat die Spannung schon hervorgerufen. Ich glaube, daß es in unseren Ländern Leute gibt, die an der Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes zweifeln. Doch das ist falsch. Man muß ihnen verdeutlichen, daß wir den Friedensvertrag von unseren früheren sogenannten Verbündeten – jetzt unseren Gegnern – losreißen müssen. Und nur durch Losreißen ist es möglich. Natürlich, jede Kraft erzeugt eine Gegenkraft. Deshalb leisten sie uns ihrerseits wütenden Widerstand.

Während unseres letzten Treffens haben wir darüber beraten, wie die Vorbereitung zum Abschluß des Friedensvertrages verlaufen wird und wie die Länder, an die wir uns wenden, reagieren werden; wir haben erwartet, daß sie Gegenmaßnahmen ergreifen, uns einschüchtern und alle möglichen Geister gegen uns beschwören werden, um unseren Mut, unseren Verstand und unsere Willenskraft auf die Probe zu stellen. Wenn man jetzt sieht, wie ihre Gegenmaßnahmen aussehen, dann glauben wir, ich und meine Genossen in der Führung unseres Landes und unserer Partei, daß der Gegner sich als weniger hart erwiesen hat, als wir angenommen hatten.

Sie können sagen, daß es noch keinen Friedensvertrag gibt und daß der Gegner sich noch zeigen wird. Richtig, er kann sich zeigen, doch schon jetzt kann man sagen, daß wir mehr Druck erwartet haben, aber die bislang stärkste Einschüchterung, das ist die Rede Kennedys. *Aber Kennedy wollte das eine, doch etwas anderes kam dabei heraus. So hat er doch gesagt, und sich dann selbst erschrocken*[66].

Ich hatte gerade nach der Rede Kennedys [[und auch vor seiner Rede]] mit McCloy gesprochen. Unser Gespräch zog sich in die Länge, wir haben über die Abrüstung gesprochen, doch eigentlich hätten wir über Deutschland und den Abschluß eines Friedensvertrages und über West-Berlin sprechen sollen. Deshalb schlug ich vor: [„]Wenn Sie es wünschen, dann lassen Sie uns das Gespräch morgen fortsetzen, kommen Sie zu mir und wir sprechen weiter. ["][67]

[66] Im unkorr. Text: „Ich würde sagen, daß ein böser Geist diese Rede in seinem Namen hervorgebracht haben könnte. Ich habe einigen Genossen eine Anekdote erzählt, die mir einst Gen. Tito erzählt hatte: ‚Trau dir selbst nicht!'. So etwas geschah mit Kennedy. Er wollte das eine, doch etwas anderes kam dabei heraus. Ich werde es nachher beim Essen erzählen. Das ist eine Tischanekdote, und deshalb gehört es sich nicht, sie in dieser ernsten Sitzung zu wiederholen. So hat auch er es zuerst gesagt, und sich dann selbst erschrocken.

[67] Im unkorrigierten Redetext folgt: „Und am ersten Tag haben wir vor dem Gespräch eine römische Regel befolgt: wir haben im Schwimmbecken gebadet. Er bat darum, daß wir uns photographieren lassen. Wir wurden in [gegenseitiger] Umarmung in diesem Becken photographiert. Ich weiß nicht, wem er dieses Photo zeigen wird. Ich habe doch keine Angst davor, mit einem Vertreter der Wall Street umarmt in einem sowjetischen Schwimmbecken photographiert zu werden. Wenn es jemandem gefällt, dann laß es ihn zur Erinnerung. Ich werde deswegen nicht aufhören, ein Kommunist zu sein, und er wird nicht aufhören, ein Vertreter der Wall Street zu sein. Aber es ist auch bezeichnend: Er ist gekommen, um mit uns einen Kuhhandel zu machen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als wir uns am nächsten Tag trafen, um das Gespräch über die Abrüstung zu führen, habe ich gesagt, daß ich nicht weiß, womit anfangen: [„]Was für eine Abrüstung kann es geben, wenn Kennedy uns in seiner Rede im Grunde den Krieg erklärt hat[68], angekündigt hat, daß er für den Fall, daß wir den Friedensvertrag schließen, dieses und jenes tun wird, und wenn er die Mobilmachung erklärt hat usw. Was kann ich dazu sagen? Vor dem Ultimatum werden wir nicht zurückweichen. Bitte, übermitteln Sie Ihrem Präsidenten folgendes: Falls Sie uns den Krieg erklären, werden wir auch diese Bedingung annehmen und Ihnen mit Krieg antworten. Das sollen Sie Ihrem Präsidenten sagen.["]

Darauf erklärt er: [„]Wieso sagen Sie so etwas, Kennedy hat das nicht gesagt, er hat von Verhandlungen gesprochen. ["] Ich antworte ihm: „Herr McCloy, Sie haben doch gesagt, daß Sie die Rede Kennedys nicht gelesen haben und nicht wissen, was er gesagt hat. Aber ich habe sie doch gelesen." Er wurde verlegen. Natürlich kannte er die Rede Kennedys. „Ich weiß, worüber er gesprochen hat, und ich antworte auf die Rede Präsident Kennedys. Denken Sie darüber nach. Sie wollen uns einschüchtern. Sie wiegen sich in der Überzeugung, daß das sozialistische Lager und Chruschtschow – Sie verwenden oft meinen Namen – sich niemals auf einen Krieg einlassen. Sie sind davon überzeugt, und deshalb drohen Sie mit Krieg und rechnen darauf, daß wir nachgeben. Ja, wir werden uns auf einen Krieg einlassen, wir werden den Krieg nicht erklären, aber wir werden auch nicht weglaufen, wenn Sie uns den Krieg aufzwingen. Wir beantworten Ihren Krieg unsererseits mit Krieg. Ich bin der Oberbefehlshaber, und falls der Krieg beginnt, werde ich den Truppen den [entsprechenden] Befehl geben, und wir werden Ihnen entgegentreten."

Ich habe lange mit ihm gesprochen. Ich habe ihm gesagt: „Übermitteln Sie Präsident Kennedy, daß er natürlich einen Krieg beginnen kann. Doch ich glaube, falls er ihn beginnt, dann dürfte er damit der letzte Präsident der Vereinigten Staaten sein, weil die Völker nach dem Krieg kaum denjenigen verzeihen werden, die Kriege entfesseln, in denen Millionen untergehen." Ich weiß, daß er das genau mitgeteilt hat.

Wenn man jetzt die Lage in Amerika betrachtet, so geht dort natürlich, wie man sagen könnte, eine brennende Demonstration [der Stärke] vor sich. Doch andererseits beginnen jetzt Leute, die Kennedy nahestehen, wie Feuerwehrmänner mit kaltem Wasser zu arbeiten.

[Nun] über den Besuch Fanfanis. Er ist gegenwärtig mein Gast und ist nach Leningrad gefahren. Er sagt, daß ich ihn eingeladen hätte, doch ich habe ihn eingeladen, weil er darum gebeten hat, daß ich ihn einlade. Wir haben nicht einmal daran gedacht, ihn einzuladen. Und wirklich, wie konnten wir ihn in einer so angespannten Lage einladen? Wir würden doch durch eine solche Einladung unsere Schwäche zeigen, würden zeigen, daß wir irgendwelche Wege suchten, um zu kapitulieren. Doch darauf lassen wir uns unter keinen Umständen ein. Nicht wir haben ihn eingeladen, er selbst hat darum gebeten. Doch das dürfen wir unter keinen Umständen verlauten lassen, wir müssen die Höflichkeit wahren. Wir haben selbst offiziell erklärt, daß wir ihn eingeladen haben. Bei der Begrüßung Fanfanis habe ich gesagt, daß wir froh sind, daß er unsere Einladung angenommen hat. Er hat mir ebenfalls dafür gedankt, daß ich ihn eingeladen habe. Doch er weiß schon selbst, daß nicht ich ihn eingeladen habe. Das ist auch bezeichnend.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf folgendes Detail lenken. Als die Gespräche über die Einladung Fanfanis gerade im Gange waren, haben die Amerikaner davon

[68] Im unkorrigierten Redetext folgt: „und uns Bedingungen gestellt hat".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wind bekommen. Sie haben ein schreckliches Geschrei veranstaltet und über diplomatische Kanäle – wir kannten diese Kanäle – Alarm zu schlagen begonnen: Fanfani sei eine schwache Stelle in der Front, er komme den Russen entgegen, wie könnten die Russen das einschätzen? Und als Fanfani bei sich zu Hause in Italien unter Druck geriet, war er gezwungen zu sagen: [„]Also, meine Herrschaften, würde ich denn nach Moskau fahren, falls das mit Kennedy nicht abgestimmt wäre[?"] Als das bekannt wurde, kam die Frage auf, wie es sein kann, daß Kennedy Fanfani geraten hat, nach Moskau zu fahren, und Rusk nichts davon gewußt hat? Und Rusk wußte tatsächlich nichts. Das kommt vor. Warum? Kennedy ist anscheinend in einer schwierigen Lage, weil er die eine Partei vertritt und Rusk die andere.

Wir wissen natürlich, daß diese zwei Parteien im Grunde eine Partei sind, es sind zwei Fraktionen einer Partei des monopolistischen Kapitals. Doch es gibt gewisse Unterschiede zwischen ihnen, das darf man nicht verneinen, andernfalls wären wir keine Politiker, sondern Agitatoren, die sagen, daß es den Kapitalismus und die Arbeiterklasse gibt, daß man auf die verfluchten Bourgeois schimpfen soll, und damit Schluß. Doch das ist ein primitives Verständnis vom Klassenkampf. In Wirklichkeit ist die Lage komplizierter[69]. Das verstehen nur die Albaner so und sprechen in ihren Reden davon, daß da ein verfluchter Bourgeois steht, der einen dicken Bauch hat, usw. Doch wir haben ein derartiges Argumentationsmuster im Kampf gegen die Bourgeois schon 1917 hinter uns gelassen. Bei uns sind nicht einmal die [jungen] Pioniere, sondern die [Roter-]Oktober-Kinder auf diesem Niveau[70]. Aber das nur am Rande[71].

Also, das zeugt davon, daß die Lage bei ihnen, im kapitalistischen Lager, auch kompliziert ist[72]. Als ich gestern und vorgestern mit Fanfani sprach, habe ich ihn gefragt: [„]Hören Sie, weshalb sprechen Sie die ganze Zeit vom Krieg?" Er antwortet mir: [„]Wer spricht denn vom Krieg? Wir sprechen über Verhandlungen["]. [„]Aber warum["], sage ich, [„]schreien Sie über die Mobilmachung? Wir sprechen von Verhandlungen und Sie von Mobilmachung. Das heißt, wollen Sie uns einschüchtern?["]

Ich habe ihm gestern gesagt: [„]Herr Fanfani, ich habe gelesen, und in der westlichen Presse spricht man viel darüber, daß ich Sie einschüchtern werde, wenn Sie zu uns kommen. Begreifen Sie, bitte, daß ich Sie nicht einschüchtere, sondern einfach über die realen Bedingungen spreche, welche bei uns entstehen können. Sie schüchtern uns ein, was sollen wir da tun? Ich werde Ihnen erzählen, was wir tun.["] Ich rief den Chef des Generalstabs zu mir und sagte: [„]Zeigen Sie, wie vorbereitet wir sind und was für Gegenmaßnahmen wir ergreifen, wenn der Gegner uns angreift.["] Er gibt mir einen Bericht, nimmt die Karte Italiens und zeigt, wo die Militärbasen liegen. [„]Wir wissen zwar["], sage ich zu Fanfani, [„]wo sich bei Ihnen die Militärbasen befinden, doch Sie können ihre Lage präzisieren. Wir werden dann Schläge gegen die Militärbasen und nicht gegen das ganze Territorium Italiens führen.["] Davor haben wir über die Zitrusplantagen gesprochen. [„]Un-

[69] Im unkorrigierten Redetext folgt: „als nur Bourgeoisie und Arbeiter".

[70] In der UdSSR kamen die Schulanfänger etwa bis zur dritten Klasse in die „Oktober-Kinder"-Organisation, dann zu den „Pionieren".

[71] Im unkorrigierten Redetext folgt: „Gott mit ihnen! Wir haben keine Albaner hier, und die Luft ist reiner geworden."Im bereits korrigierten Autorenexemplar war dieser Passus noch nicht gestrichen. D. h. er ist erst bei der Niederschrift der dritten, endgültigen Fassung entfernt worden.

[72] Im unkorrigierten Text folgt ein unverständlicher Satzfetzen: „Es ist das, daß sie einfach Krieg wollen, deshalb Fanfani."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sere Militärbasen["], antwortete er, [„]sind gerade da, wo die Zitrusplantagen liegen["]. [„]Na was["], sage ich, [„]Zitrusplantagen braucht man, doch wir müssen Schläge gegen sie führen.["]

Wir setzen das Gespräch fort. Ich lege ihm bildlich dar: [„]Da ist Frankreich, da Großbritannien, da die Griechen, da die Türken. Mit einem Wort, wir vergessen niemanden, jedem haben wir die nötige Portion bestimmt und [sie] für alle vorbereitet, auch für Amerika, natürlich, in erster Linie, das haben wir nicht vergessen. Was ist das – Einschüchterung?["] – sage ich, [„]und Ihre Mobilmachung, was ist das? Sie werden die Mobilmachung durchführen, und wir werden mit den Händen im Schoß sitzen und zu Gott beten, daß es nicht geschieht? Nein! Wir haben Mittel. Kennedy selbst hat gesagt, daß das Kräfteverhältnis ausgeglichen ist, d. h. soviel Wasserstoff- und Atombomben die Sowjetunion hat, soviel haben auch sie[73]. Wir haben nicht gezählt, wieviel jeder hat, doch nehmen wir an, daß es so ist. Einverstanden. Dann lassen Sie uns auch von gleichen Möglichkeiten sprechen. Doch Sie kommen mit einer Politik der Drohungen, Sie benehmen sich so, wie ein Vater mit seinem Sohn, der gerade laufen gelernt hat: wenn etwas nicht richtig geht, droht er, [ihm] die Ohren langzuziehen. Wenn wir sagen, daß wir einen Friedensvertrag schließen werden, erklärt Kennedy: ‚Dann werde ich Ihnen die Ohren langziehen.' Doch wir sind aus diesem Alter herausgewachsen, wir tragen lange Hosen, keine kurzen. Und wenn Sie uns die Ohren langzuziehen drohen, dann werden wir Ihnen den Hintern versohlen. Das sollen Sie wissen.["]

Die westliche Presse hat ein großes Geschrei über mein Gespräch mit dem britischen Botschafter erhoben, hat so berichtet, als ob ich ihm gedroht hätte. Ich werde Ihnen erzählen, worüber ich mit dem englischen Botschafter gesprochen habe. Ich habe ihm folgendes gesagt: [„]Herr Botschafter, wieviele Atombomben muß man über Großbritannien abwerfen, um es unschädlich zu machen?["] Er antwortet: [„]6 Bomben, so sagt man bei uns.["] [„]Ich habe gehört["], sage ich, [„]daß bei Ihnen in England über diese Frage gestritten wird. Die einen sagen 6, das sind die Pessimisten, und Sie gehören zu Ihnen, die anderen, die Optimisten, sagen nicht 6, sondern 9 Bomben. Ich werde Ihnen ein Geheimnis unseres Generalstabes preisgeben: Wir schätzen Großbritannien höher ein, und bei uns sind einige Dutzend Atombomben bereitgestellt, mit denen wir einen Schlag gegen Großbritannien führen und es tatsächlich unschädlich machen werden.

Ist dies eine Drohung? Nein, das ist die Realität! Wozu stellen wir die Wasserstoffbomben und Raketen her? Für einen Atomschlag, falls man uns angreift. Betrachten Sie es, wie Sie wollen, als Drohung oder nicht als Drohung. Ich sage, daß dies die reale Wirklichkeit ist, wie sie sich entwickelt hat, und Sie ziehen daraus Ihre Schlußfolgerungen. Ob es Krieg gibt, hängt nicht von uns, sondern von Ihnen ab, weil Sie uns angreifen, und wir dann einen Schlag führen werden. Wir wollen keinen Krieg führen, wir schlagen Abrüstung und Vernichtung der Waffen vor – so sieht unsere Position aus.["]

Gestern habe ich Fanfani gesagt: [„]Herr Premierminister, ich glaube, daß es trotz allem keinen Krieg geben wird. Worauf ich das stütze? Darauf, daß ich an Ihre Vernunft glaube. Wissen Sie["], sage ich, [„]wer am meisten gegen den Krieg sein wird?["]. Er fragt: [„]Wer?["] Ich antworte ihm: [„]Adenauer! Warum? Weil Strauss selbst gesagt hat, daß sie keine Verrückten sind. Sie wissen, daß in Westdeutschland kein Stein auf dem anderen bleibt, wenn ein Krieg beginnt. Nun, das ist richtig! So was, wird Adenauer Selbstmord

[73] Im unkorrigierten Text folgt: „Ich stimme dem zu."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

begehen? Nein! Generell ["], sage ich Fanfani, [„]kann es Krieg geben, man darf mit dieser Frage nicht leichtfertig umgehen. Kann es Krieg zwischen der Sowjetunion und Amerika geben? Ja, es kann. Krieg zwischen beiden Ländern kann es geben, doch dieser Krieg ist wenig wahrscheinlich, weil es sich um ein Duell mit ballistischen Interkontinentalraketen handeln würde. Wir sind auf diesem Feld stärker, und es ist für Amerika nicht vorteilhaft, einen Krieg mit dieser Waffe zu beginnen, über die es nicht verfügt, oder falls es darüber verfügt, dann nur über wenige und diese sind unseren Waffen unterlegen. Sie wissen das und erkennen das selbst an. Folglich ist *ein Krieg zwischen uns und Amerika wenig wahrscheinlich*[74], denn wir haben keine territoriale Berührung miteinander. Amerika aber kann von seinen Militärbasen aus, die auf Ihrem Territorium liegen, einen Krieg entfachen, es kann die Basen aktiv machen. Deswegen betrachten wir Sie als unsere Geiseln. Sie sind unsere Geiseln. Falls Amerika uns einen Krieg aufzwingt, dann radieren wir Sie von der Erdoberfläche, dann zerstören und vernichten wir Europa. Deshalb denken Sie darüber nach.["]

Ich habe ihm nicht gesagt, daß er genau deshalb zu uns gekommen ist. Aber wozu sonst ist er zu mir gekommen? Etwa zum Kaviar-Essen? Er kann ihn kaufen. Sie können ohne Reise von uns Kaviar kaufen. Wir können [ihn] verkaufen. Er ist aus einem anderen Grunde gekommen.

Auch Macmillan träumt von nichts anderem. Als 1958 der Konflikt entstand, da ist er auch gekommen. Ich habe in kritisiert. Er sagte: [„]Ich stand vor der Wahl, entweder zur Königin zu gehen und um die Evakuierung der Kinder und Frauen nach Kanada zu bitten oder nach Moskau zu fahren.["] Seitdem sind 3 Jahre vergangen. Inzwischen haben wir doch etwas getan und sind noch stärker geworden. So was, ist Macmillan dümmer geworden? Damals hielt er einen Krieg für unwahrscheinlich, und jetzt soll er ihn für möglich halten? Nein!

De Gaulle, das ist der größte Gegner. Das ist ein Mensch, der lebt sozusagen wie ein verarmter Adliger, irgendein Graf oder Fürst. Er war es gewohnt, so zu leben, daß die Lakaien ihn umgeben, daß er Ländereien besitzt, daß er zur Jagd mit der Meute ausreitet. Heute aber gibt es keine Meute mehr, und das Land ist verspielt, doch er lebt in der Vorstellung der alten Zeit.

De Gaulle, schaut doch mal, hat eine Division aus Algerien zurückgerufen, offenbar um uns abzuschrecken. Ich habe Fanfani gesagt, daß er diese Division zurückholt, weil er ihr nicht traut, wenn sie in Algerien stationiert ist. Ist sie denn in Frankreich weniger gefährlich? Man will uns mit einer Division einschüchtern, aber[75] heute wird eine solche Sache mit Atomwaffen entschieden. Welche Bedeutung hat es, wenn es eine Division weniger oder mehr gibt. Wenn die ganze französische Armee nicht mit den Algeriern, die mit Messern kämpfen, fertig wird, so, wie wollen sie uns dann mit einer Division Angst einjagen? Das ist doch zum Lachen, aber nichts, was Schrecken einjagt.

Außerdem – das ist bezeichnend – hat de Gaulle vor kurzem, ungefähr vor zwei Wochen, unseren Botschafter empfangen. De Gaulle hat ihm gegenüber wiederholt, was er auch mir früher gesagt hat, nämlich, daß man Deutschland unter keinen Umständen wiedervereinigen darf. [„]Warum["], sagt er, [„]soll man es wiedervereinigen? Das ist gefährlich, wir sind dagegen, mögen sie dort in zwei Teilen leben.["] Ich habe Fanfani gesagt:

[74] Im unkorr. Text:„für uns unmöglich, einen Krieg gegen Amerika zu führen".

[75] Im unkorrigierten Text folgt: „was sollen wir im Kriegsfall mit Bajonetten in den Hintern stechen?"

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[„]Sagen Sie, wie soll man das verstehen? Das ähnelt einem Feuilleton, das ich, meiner Erinnerung nach, irgendwann gelesen habe. Es geht darum, daß es bei uns in den ersten Tagen der Revolution in den Fragebögen folgende Frage gegeben hat: [‚]Glauben Sie an Gott?[‘] Und als man einen Angestellten danach fragte, hat er gesagt: [‚]Im Dienst nein, aber zu Hause ja.[‘] Also gleicht de Gaulle diesem Angestellten, wenn er über die Wiedervereinigung Deutschlands spricht: im Dienst spricht er von der Wiedervereinigung, aber zu Hause glaubt er nicht daran. Warum spricht er denn überhaupt über die Wiedervereinigung? Weil das für Adenauer nützlich ist. Niemand wünscht die Wiedervereinigung Deutschlands, weder Frankreich, noch England, noch Italien, noch Amerika. Und warum[„], frage ich Fanfani, [„]erheben Sie diese Forderung? Das ist selbstverständlich Ihr Recht, doch bei uns kann es über diese Frage nicht einmal ein Gespräch geben, geschweige denn eine Friedenskonferenz oder Verhandlungen, weil das eine innerdeutsche Angelegenheit ist und die Deutschen selbst miteinander darüber sprechen mögen.[“]

McCloy appellierte an meine Gefühle als Alliierter: [„]Herr Chruschtschow, versetzen Sie sich in unsere Lage. Wir haben gemeinsam gegen die Deutschen unser Blut vergossen, und jetzt wollen Sie einen Friedensvertrag unterzeichnen. Dann müssen doch wir, die Amerikaner, die gegen die Deutschen gekämpft haben, bei Ulbricht um Erlaubnis bitten, um Verbindung mit Berlin zu haben[“]. Ich antwortete ihm: [„]Ja, so etwas gibt es, weil man sich beim Ende eines Krieges hinsetzt und einen Friedensvertrag schließt, auch wenn man gegenseitig viel Blut vergossen hat. Doch wenn wir uns auf die Position der Blutrache stellen und einander mit Messern schlachten, dann werden wir niemals einen Vertrag schließen. Das ist die barbarische Methode vergangener Zeiten, doch heute lassen wir uns von einer anderen Moral leiten.[“]

Dann sage ich ihm: [„]Hören Sie, und warum können Sie Ulbricht nicht die Hand reichen? Ich habe sie doch Adenauer gereicht und bin bereit, sie ihm noch einmal zu reichen. Glauben Sie, daß Ihr Adenauer besser ist, als unser Ulbricht?[76] Wieso wollen Sie nicht Ulbricht um Erlaubnis bitten, wenn er die Deutsche Demokratische Republik vertritt? Wir haben heute eine direkte Zugverbindung mit Frankreich, und unser Waggon geht im Eisenbahnzug durch das Bonner Territorium. Wir haben einen Vertrag, auf dem unsere Unterschriften stehen. Warum machen Sie nicht dasselbe? Tun Sie es, dann wird es besser, und wenn Sie es nicht tun, dann ist das Ihre Sache, aber den Zugang wird es nicht geben. Wenn Sie auf dem Luftwege nach Westberlin gelangen und die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik verletzen wollen, werden wir Sie abschießen, seien Sie dessen sicher![“]

Das habe ich auch gegenüber Fanfani wiederholt.

Warum haben wir darüber in einer so scharfen Form gesprochen? Man muß ihnen, Genossen, unseren Willen und unsere Entschlossenheit zeigen. Aber daraus muß man natürlich auch Schlußfolgerungen ziehen: Wenn sie uns einschüchtern wollen, dann müssen wir darauf antworten. Ist ein Zusammenstoß möglich? Ja, er ist möglich. Als Kennedy seine Fernsehrede gehalten hat, hat die Presse unsere Aufmerksamkeit sofort darauf gelenkt, daß Kennedy in seiner Rede nichts über die Wiedervereinigung Deutschlands gesagt hatte. Das sagen nicht wir, das sagen die Leute, die Kennedy nahe stehen. Ich glaube, daß wir auf der Haltung beharren müssen, für die wir uns entschieden haben. Sie ist richtig, sie entspricht sowohl den rechtlichen als auch den moralischen Gesetzen.

[76] Im unkorrigierten Text folgt: „Wir preisen unsere Ware an.“

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch ich glaube, daß wir unsererseits auch die Regeln der Höflichkeit wahren müssen. Was die Schärfe betrifft, so halten wir uns nicht zurück, doch in diesen scharfen Reden soll man keine Personen anrühren, weil wir trotzdem mit ihnen verkehren müssen. Außerdem bringt die Beschimpfung von Personen nichts, sie stärkt unsere Position in der betreffenden Frage nicht, schafft aber mancherlei Schwierigkeiten für diese Personen. Nehmen wir Kennedy. Wenn man fragt, wer von ihnen besser ist – Eisenhower oder Kennedy –, dann ist das eine müßige Frage, denn ob es Eisenhower oder Kennedy oder Robertson oder irgendein anderer „-son" ist, so sind sie doch alle Diener des Monopolkapitals. Deshalb hilft der Vergleich nicht weiter. Denn jeder hat seinen eigenen Charakter, und nur darin kann der Unterschied liegen.

Ich sagte Fanfani, daß man über den jetzigen amerikanischen Staat sagen kann, daß es ein schlecht regierter Staat ist. Kennedy selbst hat sehr wenig Einfluß auf den Gang und die Entwicklung der amerikanischen Politik. Ich sagte Fanfani, daß der amerikanische Senat oder andere Institutionen unserer alten Nowgoroder Wetsche sehr ähnlich sind. Wenn die Bojaren sich versammelten, um irgend eine Frage zu entscheiden, dann schrien und krakeelten sie, rissen sich gegenseitig an den Bärten und stellten auf diese Weise fest, wer recht hatte. Es siegte die Partei, die am meisten Haare aus den Bärten der Mitglieder der Gegenpartei herausgerissen hatte. Es sieht zwar etwas anders aus, doch dieselbe Situation haben wir heute in den USA. Deshalb kann man von den USA alles mögliche erwarten. Es kann auch Krieg geben. Sie können ihn vom Zaun brechen.

In England, in Frankreich, in Italien und in Deutschland ist die Lage weniger unberechenbar.

Als unser „Freund" Dulles noch lebte, da hat es in den Vereinigten Staaten eine weniger unberechenbare Lage gegeben, und das habe ich McCloy gesagt[77]. Dulles war unser Feind, der uns mit allen Fasern seiner Seele haßte und bereit war, unseren Nacken zu beugen, doch den Krieg fürchtete er. Er ging bis an den Rand des Abgrunds, wie er selbst es ausdrückte, doch er trat nicht über den Rand hinaus, und man glaubte ihm, wenn er nicht weiter gehen wollte. Wenn aber Kennedy das sagt, dann könnte man ihn der Feigheit bezichtigen. Dulles hat man nicht gesagt, daß er ein Feigling ist, und hat es so akzeptiert, wie er es gesagt hat. Ihm hat man geglaubt, daß es im Interesse der USA liegt, dies nicht zu tun. Wer konnte Dulles der Feigheit verdächtigen? Er war doch kein Feigling. *Kennedy aber ist ein unbekannter Mann in der Politik, er ist nur ein Leichtgewicht sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten, und der Staat ist groß und stark, und dies bedeutet eine gewisse Gefahr*[78].

In Gespräch mit Fanfani habe ich meine Meinung über die militärischen Maßnahmen der Amerikaner ausgedrückt. Ich habe ihm gesagt, daß die Bomber, die sie bauen, schon veraltet sind. Und bis sie einen jetzt bestellten neuen Bomber produzieren, vergehen anderthalb bis zwei Jahre, doch den Friedensvertrag werden wir Ende dieses Jahres unter-

[77] Im unkorrigierten Text folgt: „Ich sage, wen wir beweinen. Deshalb schickten wir Gen. Gromyko und sagten, daß er einen großen Kranz auf das Grab von Dulles legen sollte, denn".

[78] Unkorrigierter Wortlaut: „Kennedy ist generell ein unbekannter Mann in der Politik, deshalb drücke ich ihm mein Mitleid aus, weil er sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten ein Leichtgewicht ist, und der Staat ist zu groß, der Staat ist stark, und deshalb bedeutet dies eine gewisse Gefahr. Ich denke, daß Sie mich nicht verdächtigen, Mitleid mit Dulles zu haben, und sei es nur deshalb, weil er schon tot ist und deshalb mein Mitleid keinerlei Zweck verfolgen könnte."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnen. Deshalb müssen wir dies einerseits als Druck auf uns verstehen, und andererseits gibt ihnen dies einen Ausweg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Heute haben sie dort schon 5 Millionen Vollarbeitslose und eine Million Teilarbeitslose. Das gibt den Rüstungsfabriken die Möglichkeit, Aufträge zu erhalten[79]. Also selbst wenn der Krieg nicht direkt als Ziel verfolgt wird, ist dies trotzdem vorteilhaft für sie. Das ist es, weshalb man diese Sache ernst nehmen muß.

Aber, Genossen, ich würde trotzdem meinen, daß wir vom Schlimmsten ausgehen sollen, weil es immer besser ist, das Bessere nach dem Schlechteren anzunehmen, als das Bessere anzunehmen, und dann kommt das Schlechtere heraus. Ich verstehe, Genossen, weil ich mich selbst in dieser Lage befinde, daß die Hingabe an den friedlichen Aufbau[80] unsere Muskeln und unseren Willen schwächt, doch wir wären schlechte Politiker und Staatsmänner, wenn wir jetzt gar keine Konsequenzen zögen. Ich meine die Notwendigkeit, unsere Verteidigung zu verstärken und unsere Streitkräfte zu verstärken.

Natürlich, ohne Revision unserer Pläne kann man das nicht machen, weil unsere Pläne in einer Richtung ausgearbeitet sind und wir jetzt einen entscheidenden Schritt [in die andere] machen; folglich müssen wir uns darauf einstellen.

Hinzu kommt, daß die Amerikaner, Engländer und Franzosen, die doch eine Agentur bei uns haben, sagen werden, daß wir, wie sie es ausdrücken, bluffen, wenn wir diese Maßnahmen nicht ergreifen, und folglich werden sie den Druck auf uns erhöhen.

Deshalb glaube ich, daß wir unsere Verteidigungsminister beauftragen müssen, alles Nötige in Betracht zu ziehen, damit anschließend die Regierungen darüber urteilen und wir, die Länder des Warschauer Vertrages, alles nüchtern abwägen können, damit unsere Völker uns keinen Vorwurf machen, weil niemand die Garantie dafür geben kann, daß es keinen Krieg geben wird.

Wir haben im Entwurf des Parteiprogramms geschrieben, daß wir Frieden und friedliche Koexistenz wünschen. Aber wir haben auch darauf hingewiesen[81], daß, solange es die imperialistischen Länder gibt, sie uns den Krieg aufzwingen können. Und jetzt ist das eben so eine Situation.

Im Entwurf des Parteiprogramms[82] steht, daß wir den Kommunismus aufbauen, wir haben darin die Frist bestimmt, in der wir Amerika einholen. Heute sagen auch die Amerikaner, daß wir sie einholen werden; das hat McCloy gesagt, und das hat Kennedy in seiner Rede gesagt. Heute gibt es nicht wenige Politiker in England und Amerika, die erklären, daß es besser ist, unter dem Kapitalismus zu sterben, als unter dem Kommunismus zu leben.

Also, lassen Sie uns vom Schlimmsten ausgehen. Wenn wir vom Schlimmsten ausgehen, und das Schlimmste tritt nicht ein, dann gewinnen wir davon, wir werden besser vorbereitet sein. Wenn wir gut vorbereitet sind, dann wird der Gegner davon wissen und keinen

[79] Im unkorrigierten Redetext folgt: „und unterstreicht auf diese Weise ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Bedrohung durch die sozialistischen Länder".

[80] Im unkorrigierten Redetext folgt: „wie ein Gift wirkt".

[81] Im unkorrigierten Text: „Wir haben in unserem Programm geschrieben, daß wir den Frieden usw. wünschen. Wie ich Fanfani gesagt habe, er ist doch ein Katholik, daß unser Programm für uns eine Bibel ist und daß wir darin von der friedlichen Koexistenz geschrieben haben. Für uns ist das nicht ein Propagandatrick, das ist unser Glaube. Ebenda haben wir auch angemerkt". Die Formulierung „in unserem Programm" wurde erst in der Endfassung des Protokolls geändert.

[82] Unkorr. Text: „in unserem Programm". Auch hier wurde die Änderung erst nach der Redigierung im Autorenexemplar vorgenommen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krieg entfesseln, weil ein Krieg von ihm ungeheuere Opfer fordern wird, und das wird ihn zurückhalten.

Wir haben unsererseits gewisse Maßnahmen vorgesehen und planen auch weitere für die Zukunft. Doch wir werden sie nicht provozieren.

Ich habe McCloy gesagt, daß wir, wenn sie eine Division nach Deutschland verlegen, zwei [dorthin] verlegen werden; wenn sie die Mobilmachung erklären, werden wir auch die Mobilmachung erklären. „Wenn Sie", sagte ich, „so und so viele Divisionen in Kampfbereitschaft bringen, dann werden wir 150–200 Divisionen aufstellen – so viele, wie nötig sind. Mit einem Wort, bei uns fehlt weder der Wille, noch die Kraft."

Gegenwärtig führen unsere Militärs in Abstimmung mit der DDR einige Maßnahmen durch. Wir denken daran, Panzer entlang der ganzen Grenze zur Verteidigung aufzustellen. Man muß überall ganz dicht machen, weil der Gegner möglicherweise schwache Stellen sucht. Es ist notwendig, auch andere Mittel zur Verstärkung vorzubereiten.

Ich glaube, Genossen, daß alle Länder dies tun müssen: die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien – alle, weil wir uns in der Einkreisung des imperialistischen Lagers befinden. Gewiß, diese Einkreisung ist nicht besonders dicht, aber es gibt sie. Was unser Land betrifft, so haben wir den Reibungspunkt an den Dardanellen. Gen. Novotny hat in seiner Rede davon gesprochen, daß sie möglicherweise unsere Luft- und Seeverbindungen unterbrechen werden. Sie schreiben zur Zeit darüber. Doch ich würde es für wenig wahrscheinlich halten, falls kein Krieg kommt. Falls ein Krieg beginnt, dann ist es möglich. Die türkische Presse schreibt bereits darüber, daß die Türkei[83] die Dardanellen für die Schiffsdurchfahrt, die durch den bestehenden Vertrag gesichert ist, schließen wird. Ich halte die Türken nicht für solchen Helden, daß sie dies von sich aus tun würden. Wahrscheinlich ist dies mit den NATO-Ländern abgesprochen. Wenn sie aber unsere Schiffe anhalten, dann werden wir unsere U-Boote hinschicken und ihre Schiffe versenken. Ich glaube, daß sie sich nicht darauf einlassen werden, weil es Krieg bedeutet.

Was soll man tun? Gen. Ulbricht hat meines Erachtens das Problem richtig dargelegt. Man muß sich darauf vorbereiten, daß sie die Wirtschaftsbeziehungen mit uns abbrechen könnten. Das können sie tun. Ich glaube, falls man es in Prozent ausdrücken will, dann steht es fünfzig zu fünfzig. Aber auch was dies betrifft, werden sie es sich überlegen. Sie können die Beziehungen dann abbrechen, wenn sie sich für Krieg entscheiden. Dann ist es selbstverständlich. Aber ohne Krieg, nur im Sinne der Verschärfung der Spannungen, werden sie sich kaum darauf einlassen, weil sie wissen, daß sie damit nichts erreichen.

Aber ich habe schon gesagt, daß wir das Schlimmste annehmen und jetzt unsere Pläne ausarbeiten und abstimmen müssen, in der Erwartung, daß diese Beziehungen abgebrochen werden, daß ein Embargo erklärt wird und sie aufhören, mit uns Handel zu treiben. Das, würde ich sagen, ist sogar besser, es wird für uns nützlicher sein. Wir haben uns gegenwärtig dem friedlichen Aufbau hingegeben und gehen bisweilen zu weit. Ich werde keine Länder nennen. Das ist die innere Angelegenheit eines jeden sozialistischen Staates. Ich sage das deshalb, weil ich Fälle kenne, in denen einige Länder zu weit gegangen und dann zu uns gekommen sind und uns gebeten haben, Gold aus unseren Tresoren zu holen und ihnen Hilfe zu leisten, weil ihre Länder für bankrott erklärt werden könnten. Aber so geht es nicht. Wollen wir nach dem Prinzip leben: Wenn deine Hosen zu kurz sind, dann strecke die Füße nicht zu weit heraus. Können wir denn nicht, innerhalb unserer Gren-

[83] Im unkorrigierten Text folgt: „die Verträge wie ein heiliges Gebot einhalten und daß sie".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen, angesichts unserer unermeßlichen Räume und Reichtümer, ohne so etwas auskommen? Gehen Sie nicht zu weit. Man sagt uns, daß man im Westen alles besser macht, daß dort die Farben leuchtender und schöner sind. Wollen wir lieber die Probleme mit eigener Kraft lösen, statt in Abhängigkeit zu geraten. Ich bin nicht dagegen, aus kapitalistischen Ländern das zu importieren, was dringend gebraucht wird und wo sie uns klar überlegen sind. Doch einige gehen zu weit, und das rächt sich irgendwann. Wir kaufen auch viel von den Kapitalisten. Doch falls sie uns morgen erklären: „Wir geben Ihnen nichts von dem, was Sie bestellt haben", dann wird bei uns nicht einmal ein Spatz im Gezweig ein Zittern verspüren; das wird nicht den geringsten Eindruck machen und schädigt nur sie selbst, weil sie kein Geld für die Ausrüstungen erhalten, die wir in anderen Ländern bestellen werden. Das geht anders als erwartet aus.

Ich glaube, wir müssen der DDR helfen. Lassen Sie uns, Genossen, dies besser, tiefer und genauer ins Auge fassen. Ich glaube, daß wir selbst an der Sache schuld sind. Alle sind schuld, auch die DDR. Wir haben uns ein wenig in Sicherheit gewiegt, 16 Jahre sind vergangen, und wir haben die DDR immer noch nicht richtig freigelassen. Ich habe mehrmals mit unseren Wirtschaftsfachleuten und dem Gosplan darüber gesprochen, doch es ist offenbar so: Solange der Donner nicht grollt, bekreuzigt sich der Bauer nicht. Ihnen fehlt die Praxis.

Nehmen wir die Sowjetunion. Wir bauen jährlich Hunderte und Tausende neuer Betriebe. Doch in der DDR sind die gleichen Betriebe nicht ausgelastet. Also, geben wir doch die Aufträge, die wir an die neuen Betriebe vergeben, an die DDR. Doch das hängt auch von der DDR ab. Gen. Walter, euere Leute leisten auch Widerstand. Sie sind an bestimmte Standards gewöhnt, wie ich verstehe. Und diese Standards erfordern rostfreien hochfesten Edelstahl, wir jedoch bestellen den anderen. Natürlich muß man die Produktion umstellen, muß man die Aufträge nach unseren Bedürfnissen akzeptieren. Mit anderen Worten, wir würden einen Auftrag geben – z. B. zusammen mit dem Rohstoff –, doch dafür erhielten wir auch die Waren.

Mir hat der Gen. Walter gesagt, daß einige sozialistische Länder, darunter auch die Sowjetunion, Schiffe bestellen und verlangen, daß die Dieselmotoren aus England oder Westdeutschland kommen. Ich habe ihm ohne Umschweife gesagt, falls unsere darum bäten, dann sollen sie sie zum Teufel schicken. Mögen sie selbst lernen, Dieselmotoren herzustellen. Und wenn man den Auftrag gibt, dann soll man auch die Dieselmotoren dazugeben, weil es keine Valuta dafür gibt. Und dann kommt Gen. Nowikow (Novikov)[84] nicht wegen Valuta zu uns, weil er weiß: um Valuta nachzusuchen, das gleicht einem Gang durchs Fegefeuer, man wird ihm in solcher Valuta zahlen, daß er lange nicht auf dem Rücken liegen kann. Und das ist gut.

Zwischenruf: Wir werden nicht kaufen.

N. S. Chruschtschow: Wenn wir oder Sie es brauchen, werden wir kaufen, doch wenn es nicht nötig ist, werden wir nicht kaufen. Wir bestellen Schiffe, und Adenauer liefert sie uns. Wir bezahlen ihn. Warum soll man nicht in der DDR bestellen und die nötigen Dieselmotoren hinzukaufen? Wenn es nötig ist, werden wir es tun.

Genossen, ich möchte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei und dem Gen. Ulbricht für die heldenhafte Arbeit, die sie nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands geleistet haben, meine Anerkennung ausspre-

[84] V. N. Novikov – Vorsitzender der staatlichen Plankommission Gosplan.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen. Man muß sich nur einmal klarmachen, Genossen, was ihnen als Erbe hinterlassen wurde. Sie mußten mit unglaublichen Schwierigkeiten kämpfen. Jetzt haben sie eine Regierung, haben ein Parlament, sie haben mehrfach Wahlen durchgeführt und bei diesen Wahlen genauso viele Stimmen erhalten, wie wir in unserem Land für unsere Kandidaten erhalten. Sie haben es geschafft, die Arbeiter und einige kleinbürgerliche Elemente, die sie ihrer Führung unterstellt haben, zu vereinen. Ich finde, daß es ein Beleg von Weisheit, großem Mut und Fähigkeit ist, solche Ergebnisse erzielt zu haben.

Sie haben Schwierigkeiten. Sie haben die Kollektivierung durchgeführt. Ich muß sagen, daß wir die Kollektivierung bei uns vermutlich unter größeren Schwierigkeiten durchgeführt haben als sie. Kein Land kann die Kollektivierung ohne Schwierigkeiten durchführen, d. h. den bäuerlichen Eigentümer nehmen, ihn zum Kollektivbauern machen und erwarten, daß er uns auch noch Beifall zollt. Er kann das nicht verstehen. Das muß man wissen und es als unvermeidlich akzeptieren. Allerdings bedeutet das überhaupt nicht, daß man die Kollektivierung, wenn es dabei Schwierigkeiten gibt, nicht durchführen soll, weil man sie heute verschieben kann. Aber ich muß sagen, daß man die Frage des Aufbaus des Sozialismus ohne die Kollektivierung der Bauernschaft nicht lösen kann. Man kann sie eine Zeitlang hinauszögern, nicht aber die Aktion selbst beiseite legen. *Die deutschen Genossen*[85] haben das gut gemacht.

Gegenwärtig, Genossen, helfen wir alle der DDR. Ich werde nicht darüber sprechen, wer von uns am meisten hilft. Alle müssen helfen und müssen weiterhin helfen. Wollen wir es so betrachten: Wenn wir jetzt die Bedürfnisse der DDR nicht in Betracht ziehen und keine Opfer bringen, dann werden die deutschen Genossen nicht aushalten. Die inneren Kräfte reichen dazu nicht, die wirtschaftlichen Kräfte reichen dazu nicht. Und was bedeutet es, wenn die DDR liquidiert wird? Es bedeutet, daß die Bundeswehr bis zur polnischen Grenze vorrückt, zur Grenze mit der Tschechoslowakei vorrückt, es bedeutet, daß die Bundeswehr näher an unsere sowjetische Grenze und zur Grenze mit anderen Ländern heranrückt. Ich glaube, wenn das als Folge unseres mangelnden Verständnisses geschehen würde, dann würde es uns teurer zu stehen kommen, viel teuerer, nicht nur in politischer, sondern auch in materieller Hinsicht, als wenn wir jetzt das Nötige täten, um der DDR zu helfen und sie zu stärken. Indem wir ihre Position stärken, stärken wir unsere Position. Deshalb, Genossen, ist dies eine Hilfe, so würde ich sagen, *nicht nur für den Gen. Walter und die Deutschen in der DDR, sondern auch für uns selbst.*

Manchmal sagt man, daß der Lebensstandard bei ihnen höher ist, als in den anderen sozialistischen Ländern, höher als bei uns in der Sowjetunion. Für den Spießbürger ist dieser Zustand nicht normal[86], doch ein Politiker, er versteht seine Ursachen, weil, wenn wir jetzt ihren Lebensstandard an unseren angleichen, dann stürzen die Regierung und die Partei der DDR, das heißt, es kommt Adenauer hin. Also, Genossen, das muß man berücksichtigen, um so mehr, als Berlin eine offene Stadt sein wird. Sogar falls es eine geschlossene DDR geben wird, darf man dies trotzdem nicht in Erwägung ziehen und darf es nicht zulassen. Deshalb glaube ich, Genossen, daß wir Entschlossenheit und Nüchternheit zeigen und alles richtig abwägen müssen, um die richtige Schlußfolgerung zu ziehen. Was die Kosten betrifft, so wissen Sie, um welche Kosten es sich handelt. Wir unterhalten

[85] Im unkorr. Text: „Die Deutschen".

[86] Im unkorrigierten Text: „nicht für Walter und die Deutschen in der DDR.
Wenn man sagt, daß bei ihnen der Lebensstandard höher ist als bei uns, in der UdSSR, dann ist dies für den Spießbürger ein unmöglicher Zustand."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der DDR Truppen in Höhe von mehreren Hunderttausend Mann, und jede Division kostet uns dort das Mehrfache von dem, was sie kosten würde, wenn sie bei uns stationiert wäre. Ich glaube, das ist allen bekannt. Man könnte uns sagen: Was bedeutet uns die DDR, wir sind stark, wir haben Waffen usw., wir werden an unseren Grenzen stehen. Das wäre tatsächlich eine nationale Beschränktheit, aber kein kommunistisches Verständnis der Aufgaben, welche vor uns Kommunisten stehen.

Wir sprechen über die Koexistenz, und wir alle tun alles dafür, daß diese Koexistenz gefestigt wird und daß die Grenzen der sozialistischen Länder sich erweitern, damit immer mehr Länder und Völker den Weg des Sozialismus einschlagen. Und das wird dann geschehen, wenn wir unser Lager festigen und [entsprechende] Bedingungen vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik schaffen. Deutschland mit einem hohen Lebensstandard, das ist unser Musterland. Doch warum schlägt uns Adenauer gegenwärtig? Weil ihre Wirtschaft einen Boom durchmacht. Er schreit: [„]Bei Ulbricht gibt es Sozialismus, aber Milch gibt es bei ihm nicht, Kartoffeln gibt es nicht, aber ich, hier bitte, habe ihnen 5000 Tonnen Butter gegeben, nehmen Sie![“] Ein solches „Geschenk“, das ist ein Dolchstoß in den Rücken. Das ist eine Tatsache.

All dies müssen wir in Betracht ziehen; die Bedürfnisse der Deutschen Demokratischen Republik muß man ernsthaft berücksichtigen und sie wie eigene Bedürfnisse behandeln[87].

Nun zur Friedenskonferenz, zum Abschluß eines Friedensvertrages oder zur Konferenz der Vier Mächte. Ich glaube, daß sowohl das eine als auch das andere möglich ist. Ich werde jetzt nicht viel darüber sprechen, aber einfach zur Orientierung sage ich, daß sie eine Konferenz der Vier Mächte wollen. *Die Konferenz der Vier Mächte kann man als vorbereitende Maßnahme akzeptieren,*[88] weil dies nicht über die Unterzeichnung des Friedensvertrages entscheidet, also friert dies die gegenwärtige Lage ein.

Über den Konferenzort. Wo ist es am besten? Hier haben Genossen gesprochen und Zweifel in bezug auf Potsdam geäußert. Ich glaube, daß dieser Zweifel berechtigt ist. Doch ich glaube, daß man auch Moskau nicht nennen sollte. Meiner Meinung nach wären Prag oder Warschau die besten Orte für die Friedenskonferenz. Die Tschechoslowakei und Polen, das sind die Länder, die als erste durch Hitler besetzt wurden. Und es wäre richtig, *die Friedenskonferenz dorthin einzuberufen*[89]. Das wäre am besten. Außerdem wäre die Lage auch eine andere, weil es in diesem Fall ein Mitgefühl gäbe, aber in Potsdam, gerade da könnte es auch Provokationen geben. Das dürfen wir nicht zulassen. Ich habe auch nichts gegen Moskau. Wenn die Westler die Einberufung der Konferenz akzeptieren, dann werden sie eher Moskau nennen. Doch ich glaube, daß sie gegen Prag oder Warschau wenig Argumente haben, weil dies tatsächlich Länder sind, die gelitten haben.

Zu den Eisenbahntarifen für Militärtransporte in die westlichen Länder[90]. Darüber muß man nachdenken und sich dann darüber abstimmen. Doch ich schließe nicht einmal aus,

---

[87] Im unkorrigierten Text folgt: „Man muß erwähnen, daß Adenauer damit nur beweist, daß Kartoffeln gesalzen werden sollen. Wir wissen selbst, daß das stimmt. Und ich salze sie auch und rate Ihnen, sie zu salzen, aber in Maßen. Tun Sie nicht zu viel Salz darauf, weil eine maßvoll gesalzene Kartoffel besser ist als eine zu wenig oder zu viel gesalzene.“

[88] Im unkorr. Text: „Was die [Konferenz der] Vier betrifft, so wünschen wir dies eigentlich nicht.“

[89] Im unkorr. Text: „und die Deutschen dorthin, wo sie einen Überfall gemacht haben, mit dem Strick um den Hals zu ziehen, damit sie den Friedensvertrag unterzeichnen.“

[90] Gemeint sind die von Ulbricht erwähnten Transporte der Westmächte zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik, die zu veralteten Tarifen aus der Besatzungszeit durchgeführt wurden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Walter, daß man das vielleicht vor dem Abschluß des Friedensvertrages machen soll. Das ist eine wirtschaftliche Frage, weil die Lage so ist: unter Hitler gab es diese und jene Preise und Kosten für die Transporte, und wenn sie jetzt teurer sind – bitte bezahle; warum sollen sie die Militärgüter Englands, Frankreichs und Amerikas kostenlos transportieren? Doch man muß abwägen, ob das Fell des Lamms es wert ist, Leder daraus zu machen. Das würde natürlich Schwierigkeiten hervorrufen.

Zu den Arbeitern und Technikern für die DDR. Ich glaube, daß man helfen muß. Ich habe diese Frage mit dem Gen. Walter erörtert, als wir ein Gespräch geführt haben, und ich glaube, daß wir helfen können; wir haben die Möglichkeit dazu, wir können gute Jugendliche geben, wir können Ingenieure jeder Spezialisierung geben, und zwar so viele, wie nötig sind. Das stabilisiert die Lage und beseitigt jegliche Mängel. Wir drängen uns natürlich nicht auf, bei uns gibt es keine überschüssigen Arbeitskräfte und keine Arbeitslosen, doch 50 000 oder 100 000 können wir geben. Wir können sie aus Moskau, Leningrad und Kiew geben, Leute aus den Städten, Komsomolzen, um nicht einfach Arbeitskräfte zu schicken, die zu Hause nicht arbeiten können. Es ist vielmehr nötig, gefestigte, bewährte und wohlerzogene Leute auszusuchen, die etwas verstehen[91].

Na ja, Genossen, das war wohl alles. Vielleicht habe ich auch etwas ausgelassen. Ich habe den Text der Rede nicht in voraus angefertigt.

Ich bringe seitens unserer Partei die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß zwischen uns volles Einverständnis besteht. Das ist sehr gut[92]. Sie können sich denken, *welche Befriedigung*[93] es für uns sein wird, falls wir den Friedensvertrag abschließen. Natürlich gehen wir ein Risiko ein, doch ohne Risiko geht es nicht. Welches Risiko ist doch Lenin eingegangen, als er im Jahre 1917 sagte, daß es eine Partei gibt, die die Macht in ihre Hände nehmen will. Alle haben gegen ihn geheult: „Mit wem, mit diesen Arbeitern, mit diesen ungebildeten Bauern? Was soll denn mit dieser Macht geschehen? Sie bricht von selbst zusammen." Und als die Macht dann ergriffen wurde, hat man das auch erwartet.

Heute haben wir eine andere Situation. Wir haben gezeigt, daß wir nicht nur an der Macht bleiben können, sondern auch die Macht in anderen Ländern erschüttern können, wie auch immer sie errungen wurde. Unsere Raumschiffe kreisen um den Erdball, während die hochgepriesenen Amerikaner wie Frösche hüpfen. Das verschafft auch eine innerliche Befriedigung. Sie fliegen nicht, sondern hüpfen bislang in den Weltraum. Aber, wie es heißt: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, das heißt bevor man den Frie-

---

[91] Im unkorrigierten Text folgt: „Man soll verheiratete und unverheiratete Männer und Frauen schicken. Sie werden deutsche Männer und Frauen heiraten, und das wird auch helfen, das gegenseitige Verständnis usw. zu festigen. Das gehört nicht zu unserer Tagesordnung, doch habe ich diese Frage nur so nebenbei angesprochen. Das ist eine Frage aus dem Alltagsleben. Einst hatte Stalin die Eheschließung mit Ausländern verboten, und das war ein großes Unglück für die Jugend. Ich erinnere mich, es war schon nach Stalins Tod, daß ein deutscher Kommunist einen Brief schickte und schrieb: ‚Helfen Sie bitte! Was soll ich tun? Ich habe eine Tochter, Ihr Offizier mag sie und will sie heiraten, sie will ihn auch heiraten, doch nach Ihren Gesetzen darf man das nicht.' Und das Präsidium des ZK hat diese Frage erörtert und beide Seiten zufriedengestellt (Heiterkeit im Saal): mögen sie heiraten. Ich weiß nicht, wie sich Gen. Ulbricht zu dieser Sache verhielt, die Bitte wurde jedenfalls nicht wiederholt. Wahrscheinlich sind sie in dieser Frage einig geworden."

[92] Im unkorrigierten Text folgt eine nicht ganz klare Äußerung: „Naložit' by imperializmu!" Sie kann entweder als „der Imperialismus – scheiß drauf!" oder „gib dem Imperialismus eins auf den Nacken!" übersetzt werden.

[93] Unkorr. Text: „Welches Vergnügen".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

densvertrag unterschrieben hat. Doch wir glauben, daß wir das tun werden. Wollen wir es mit Bedacht, ohne Übereile tun. Man muß den Gegner von allen Seiten angehen und schrittweise seine Argumente zurückdrängen. Die öffentliche Meinung in der Welt ist gegenwärtig nicht nur in den neutralen Ländern, sondern auch in Amerika und England auf unserer Seite. Und ziemlich angesehene Leute äußern sich in diesem Sinne. So sagte ich gestern zu Fanfani: [„]Ich bin für den Vorschlag, den MacArthur macht. Haben Sie nicht den Verdacht, daß er auf die Seite der Kommunisten übergelaufen ist? MacArthur, das ist der ehemalige Oberbefehlshaber der USA im Pazifik. Auf den Philippinen hat er in einer Rede das befürwortet, was wir vorgeschlagen hatten: die außerhalb der eigenen Grenzen stationierten Truppen zurückzuziehen. Oder Feldmarschall Montgomery. Das ist doch kein Kommunist, das ist Ihr Oberbefehlshaber. Ich bin für das, was Montgomery sagt.[“]

All das zeugt davon, daß in unserer Logik, in unseren vernünftigen Vorschlägen Kraft steckt. Sie sind klar, sie sind verständlich. Wir sind für den Frieden und nicht für den Krieg. Sie aber wollen den Krieg beginnen, falls wir den Friedensvertrag unterzeichnen. Also, wer steht für den Krieg und wer für den Frieden?

Ich möchte einige Beispiele anführen. Der Pressesprecher des US-Präsidenten, Salinger, hatte einmal unsere Journalisten eingeladen und Adschubei (Adžubej)[94] und Charlamow (Charlamov)[95] genannt. Sie sind hingefahren. Ich glaube, es ist nicht zufällig, weil Adschubei der Mann meiner Tochter ist. Also hatte man ihn weniger als Redakteur eingeladen. Vielmehr anscheinend deshalb, um ihm etwas ins Ohr zu sagen, damit er es Chruschtschow weitergibt. Sie haben die Einladung angenommen und sind gefahren. Salinger hat sie an einem Sonntag zum Ausspannen zu sich auf die Datscha eingeladen. Sie haben dort Lieder gesungen und sind herumgefahren und spaziert. Salinger sagt ihnen: [„]Ich habe einen Sohn, ich möchte ihn zu einer russischen Familie geben, damit er die russische Sprache lernt, und ich würde einen russischen Jungen zu denselben Bedingungen bei mir aufnehmen.[“] Adschubei fragt ihn: [„]Was denn, Ihren Sohn wollen Sie uns ausliefern, aber Krieg gegen uns führen?[“] Salinger sagt: [„]Wer will Krieg beginnen?[“]

Ein anderes Beispiel: Kennedy hatte sie zu sich eingeladen. Sie fuhren zum Weißen Haus. Doch dort gab es plötzlich eine Stockung. Es wurde mitgeteilt, daß der Präsident in Anspruch genommen ist. Am nächsten Tag hat er sie tatsächlich empfangen. Was war passiert? Wir haben es so verstanden, daß er sie an jenem Tag, d. h. am Sonntag, nicht empfangen hat, weil der amerikanische Dolmetscher Akalowski sie begleitete. Es ist so, daß der eine Präsident geht, und der andere kommt ins Weiße Haus, doch Akalowski sitzt fest im Weißen Haus[96]. Und am nächsten Tag war Akalowski nicht mehr dabei. Es war [nun] unser Dolmetscher, und das hat eine große Bedeutung für den Präsidenten. Man sagt, daß nach meinem Besuch im US-Senat Streit wegen irgend einer Frage entstand. Da beschloß man nachzuschauen, wie Akalowski aufgezeichnet hatte, was Eisenhower und Chruschtschow gesagt hatten. Jetzt kann man das nicht tun, [denn] Akalowski war nicht dabei.

---

[94] A. I. Adžubej – Chefredakteur der Zeitung „Izvestija“.

[95] M. A. Charlamov – Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium.

[96] Im unkorrigierten Text folgt: „Ich weiß es natürlich nicht, doch vielleicht haben die Polen Akalowski irgendwie ins Weiße Haus eingeschmuggelt. Jedenfalls verweist der Name auf einen polnischen Hintergrund. *Stimmen:* Rostow.“ Aus dem Text geht nicht hervor, ob die Stadt in Rußland oder etwa der Kennedy-Berater Walt Rostow gemeint ist.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Also, in dem Gespräch mit unseren Journalisten hat Kennedy viele freundliche Worte an die Adresse unserer Familie gerichtet[97]. Dann sagt er Adschubei: [„]Was soll ich tun? Wenn ich auf das eingehe, was Chruschtschow vorschlägt, dann verhaften mich die Senatoren.[“] Was, sucht er etwa Mitleid bei mir, damit ich darauf verzichte? Das hat er gesagt, damit Adschubei es an mich weitergibt, damit ich [ihn] verstehe und dann weiter Ihnen zu verstehen gehe, daß seine Situation kompliziert ist, daß sein eigener Wille und sein eigener Wunsch nicht ausreichen. Dort ist die Situation sehr schwer. Also, es ist so, als ob ich für Kennedy Werbung mache, damit Sie nicht so streng sind. *Aber ich glaube, daß Sie mich richtig verstehen:* ich bin genauso ein Anwalt Kennedys wie Sie[98].

Also, unser ZK und unsere Regierung glauben, daß bislang die Vorbereitung besser verläuft, als wir erwartet haben. Es kommt noch das Tauwetter, aber die Hauptsache ist die [jetzige] Abkühlung. Deshalb ist es nötig, sich auf diese Temperaturschwankungen vorzubereiten und diese Entwicklungen durch unsere eigene Politik zu beeinflussen. Wir können das. Wir müssen jetzt unsere Taktik festlegen, die Zeit ist reif dafür. Bis jetzt ist hauptsächlich die Sowjetunion aufgetreten, nun muß man das irgendwie verteilen, so daß sich zu dieser Frage auch andere Länder, die gegen Deutschland Krieg geführt haben, äußern.

Das Kommunique, das wir verabschieden, wird eine große Bedeutung haben.

So, das ist unser Standpunkt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall).

[Der Vorsitzende Kádár verkündet eine Mittagspause bis 16 Uhr. Danach werde Genosse Ulbricht den Vorsitz führen.]

DRITTE SITZUNG

Abendsitzung, 4. August 1961

[Der Vorsitzende Ulbricht eröffnet die Sitzung und erteilt dem ungarischen Parteichef das Wort]

Die Rede des Gen. KÁDÁR[99]

[Kádár erklärt zunächst seine Übereinstimmung mit dem Projekt des Friedensvertrages und der Schaffung einer Freien Stadt Westberlin. Er unterstützt auch die Absicht, notfalls ohne die Westmächte vorzugehen. Allerdings plädiert er dabei für Kompromißbereitschaft:]

Verehrte Genossen! Es ist selbstverständlich, daß wir bei der Vorbereitung der Lösung einer so komplizierten Frage alles Mögliche tun müssen, um eine Lösung auf dem Wege von Verhandlungen und mit friedlichen Mitteln zu erzielen. Das bedeutet, daß auch ein annehmbarer Kompromiß möglich sein muß.

---

[97] Im unkorrigierten Text folgt: „Der Präsident und ich sind durch Hunde zu Verwandten geworden: Seine Frau wünschte sich einen Welpen von der Hündin Strelka, die im Weltraum herumflog. Ich schickte ihr ein Hündchen – was kostet es mich, dem Präsidenten ein Hündchen zu schicken? Und ich denke, daß unser Hund es nicht übel nimmt, daß er in eine kapitalistische Einkreisung geraten ist.“

[98] Im unkorrigierten Text: „Sie werden sich gegen mich wenden, doch ich werde mich wehren, doch die Hauptsache ist, ich beabsichtige nicht, mich zu wehren; weil ich glaube, daß Sie richtig verstehen, was für ein Anwalt Kennedys ich bin.“

[99] Blatt 108–113.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wir unterstützen den Standpunkt der deutschen Genossen, daß die Mindestbedingungen eines solchen Kompromisses [folgende] sind: die Liquidierung der gegenwärtig in Westberlin durchgeführten Spionage- und Diversionstätigkeit und die Regelung der Personen- und Frachttransporte, die über das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin führen, auf der Grundlage konkreter Verträge.

Auch wenn man die Einschätzung teilt, daß im Zusammenhang mit dem Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland die Wahrscheinlichkeit eines Krieges gering und die Möglichkeit eines Wirtschaftsboykotts groß ist, so müssen wir dennoch auf alle Eventualitäten gefaßt sein.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, meinen wir, daß es selbstverständlich ist, daß wir aufgrund unserer Konferenz dem Oberbefehlshaber der Vereinigten Streitkräfte Marschall Gen. Gretschko (Grečko) den Auftrag erteilen, entsprechende abgestimmte Vorbereitungen für die Vereinigten Streitkräfte zu treffen.

[Kádár schlägt des weiteren eine Reihe von kollektiven Maßnahmen auf politischem, propagandistischem und wirtschaftlichem Gebiet vor, darunter ein Koordinierungsgremium, das aus je einem Politbüromitglied der kommunistischen Parteien der Staaten des Warschauer Vertrages bestehen soll. Die Bevollmächtigten der einzelnen Parteien sollten bis zum 20. August benannt werden. Kádár erklärt sich ebenfalls damit einverstanden, daß eine gemeinsame Beratung der grundsätzlichen Fragen aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 44. Jahrestag der Oktoberrevolution und im Zusammenhang mit dem XXII. Parteitag der KPdSU in Moskau stattfinden soll. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen führte Kádár aus:]

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen möchten wir folgendes sagen: Ich habe schon erwähnt, daß wir unserer Meinung nach im Rahmen dieser Konferenz einen Teil der wirtschaftlichen Fragen, die vom Gen. Ulbricht aufgeworfen worden sind, nicht lösen können. Diese Fragen müssen der noch zu ernennenden Sonderkommission übergeben werden. Das gleiche meine ich auch zu den Vorschlägen der deutschen Genossen in bezug darauf, daß wir, die übrigen Länder, die Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der DDR von der BRD und die Versorgung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik garantieren.

Es ist klar, daß der wirtschaftliche Feldzug gegen die Deutsche Demokratische Republik, der allem Anschein nach am 15. August beginnt, eine besondere Frage von allergrößter Bedeutung darstellt. Der DDR muß die größtmögliche Unterstützung gewährt werden.

Allerdings teile ich die Auffassung des Gen. Gomułka, der schon darauf hingewiesen hat, daß es ein Fehler wäre, diese Frage nicht in allen ihren größeren Zusammenhängen zu erörtern. Man muß damit rechnen, daß für den Fall, daß die BRD einen wirtschaftlichen Feldzug gegen die DDR führen wird, die gesamten Nato-Länder dasselbe tun werden. Und andererseits: Falls diese Länder einen Wirtschaftskrieg gegen die DDR führen, dann werden sie diesen auch auf alle sozialistischen Länder ausdehnen. Die Volksrepublik Ungarn wickelt ungefähr 30 Prozent ihres Außenhandels mit dem kapitalistischen Westen ab, und ein Viertel davon entfällt auf die BRD. Soweit uns bekannt, verhält es sich im Außenhandel einer Reihe von anderen sozialistischen Staaten Europas genauso.

Gerade deshalb müssen wir die Frage der Gewährleistung der Ungestörtheit unserer Industrieproduktion und der Versorgung der Bevölkerung unserer Länder in allen Zusammenhängen erörtern und lösen.

[Nach einigen abschließenden Floskeln Kádárs erteilt der Vorsitzende Ulbricht dem Vertreter der Mongolischen Revolutionären Volkspartei das Wort.]

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Rede des Gen. Z. DUGERSUREN[100]

[Der mongolische Vertreter spricht ein kurzes Grußwort und erklärt die volle Unterstützung der Mongolei für die sowjetische Außenpolitik und die im Hinblick auf den Abschluß des Friedensvertrages erörterten Maßnahmen.

Daraufhin erteilt der Vorsitzende Ulbricht das Wort dem Vertreter der Partei der Arbeit Koreas.]

Die Rede des Gen. LI CHE-SUN[101]

[Auch der koreanische Vertreter drückt in einem kurzen Beitrag die volle Unterstützung für die Außenpolitik der UdSSR und die von Ulbricht vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen aus. Er ist jedoch der einzige, der den Blick auch auf Asien und China lenkt und erklärt:]

Die Genossen, die hier gesprochen haben, haben die Notwendigkeit betont, in diesem Zusammenhang eine hohe Wachsamkeit walten zu lassen. Mit Blick auf die gegenwärtige Lage in Korea und im Fernen Osten glauben wir, daß auch wir jeden Schritt der Feinde aufmerksam verfolgen und uns ernsthaft auf die mögliche Auslösung überraschender Provokationen vorbereiten müssen, um mit allen in Frage kommenden Intrigen der Feinde fertig zu werden.

Vor kurzem hat unser Land mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe geschlossen. Diese Verträge dienen dem koreanischen Volk als mächtige Stütze bei seinem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und der zuverlässigen Verteidigung seiner Errungenschaften gegen Anschläge der Imperialisten. Sie haben dem amerikanischen Imperialismus, der tollwütig versucht, eine aggressive Politik und Kriegsvorbereitung durchzuführen, einen ernsten Schlag versetzt. Diese Verträge stellen ein zuverlässiges Pfand für die Vereitelung feindlicher Umtriebe im Hinblick auf die Entfesselung eines Krieges und ein Pfand für die Bewahrung und Festigung des Friedens in Korea und im Fernen Osten dar.

[Mit einigen weiteren derartigen Floskeln beendet Li Che-sun seine Ausführungen. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erklärt der Vorsitzende Ulbricht die Konferenz bis 14 Uhr des 5. August für unterbrochen.]

VIERTE SITZUNG
5. August 1961[102]

[Der neue Vorsitzende Gomułka erteilt dem chinesischen Vertreter das Wort. Dieser drückt kurz das chinesische Einverständnis mit den Schritten aus, die im Hinblick auf den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung des Berlin-Problems erörtert worden sind. Sodann verliest er im Namen des ZK der Kommunistischen Partei Chinas eine Kritik am Ausschluß der Delegation, d. h. des inzwischen abgereisten einzigen Vertreters der Partei der Arbeit Albaniens und bittet um die Aufnahme Albaniens in die Liste der Unterzeichner des Abschlußkommuniqués. Die anschließende Diskussion dreht sich dann nur noch um die Frage der Haltung Albaniens, das vom chinesischen Vertreter unterstützt und von den anderen Delegierten kritisiert wird, wobei der

[100] Blatt 113–115.
[101] Blatt 115–118.
[102] Blatt 119–151.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

koreanische Vertreter das Wort nicht ergreift. Der Vorschlag Schiwkows, über die Frage zu diskutieren, ob Albanien noch Mitglied der Staaten des Warschauer Vertrages bleiben könne, wird nicht weiter diskutiert.

Im Anschluß an diese Aussprache wird das kurze Grußwort des Vertreters der Partei der Werktätigen Vietnams verlesen. Es lautet:]

„An den Vorsitzenden der Konferenz der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages.

Erklärung Vo Nguyen Giaps.

Namens der Partei der Werktätigen Vietnams und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam übermitteln wir allen Teilnehmern der Konferenz der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages einen heißen Gruß und drücken die volle Übereinstimmung mit dem Inhalt des Referats des Genossen Walter Ulbrichts zur Frage der Vorbereitung des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland aus.

Wir wünschen der Konferenz Erfolg.

Gezeichnet: Vo Nguyen Giap."

[Im Anschluß stellt der Vorsitzende Gomułka fest, daß zum Text des Abschlußkommuniqués keine Aussprache gewünscht wird und erklärt es damit für angenommen. Nachdem die Vertreter der Staaten des Warschauer Vertrages das Kommuniqué unterschrieben haben, erklärt Gomułka die Konferenz unter „stürmischem Beifall", den das Protokoll verzeichnet, für beendet.]

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

HORST MÖLLER

OBERSALZBERG – ORTS- UND ZEITGESCHICHTE

Eine ständige Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte in Berchtesgaden[1]

„Obersalzberg" – Orts- und Zeitgeschichte: Diese Bezeichnung ist eine Herausforderung und ein Programm zugleich: Wer heute den Obersalzberg besucht, tut das in der Regel als Tourist oder aus historischer Neugier. Diese Neugier gilt vor allem dem Aufenthaltsort Hitlers und der nationalsozialistischen Führung. Tatsächlich aber umspannt diese Phase nur wenige Jahre einer langen Besiedlungsgeschichte – eine Phase aber, die den idyllischen Ort weltweit bekanntgemacht hat. Trotz dieser Identifizierung muß klar gesagt werden: Der Obersalzberg, seine damaligen und heutigen Bewohner, aber auch diejenigen Berchtesgadens, tragen keine Verantwortung dafür, daß Hitler 1923 diesen Ort als Feriendomizil wählte, dort den zweiten Band von „Mein Kampf" schrieb und den Obersalzberg seit 1933 sukzessive zu einer Art zweitem Regierungssitz ausbaute. Die prominente Rolle des Obersalzbergs für die Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur ist also zufällig. Die Ortsgeschichte vor und nach der nationalsozialistischen Herrschaft muß berücksichtigt werden, die kurze Phase aber, in der von diesem Ort weltgeschichtliche Wirkungen ausgingen, steht im Zentrum des Interesses.

Wenige Tage vor Kriegsende besetzten am Abend des 4. Mai 1945 amerikanische Einheiten den Obersalzberg bei Berchtesgaden. Hier handelte es sich keineswegs um eine unbedeutende territoriale Eroberung unter anderen, sondern um einen symbolkräftigen Akt: Die nationalsozialistische Diktatur vermochte es nicht mehr, den von einem idyllischen Ferienort zum zweiten Regierungssitz Hitlers umgeformten Berg zu verteidigen, das nationalsozialistische Regime ging ruhmlos in der selbstverursachten weltgeschichtlichen Katastrophe unter.

Als 1995, also nach fünfzig Jahren, die Amerikaner den Obersalzberg an den Freistaat Bayern zurückgaben, hatte sich die Welt fundamental verändert: Aus den ehemaligen Feinden waren längst Freunde geworden, die Teilung Deutschlands war beendet, das wiedervereinigte Deutschland ein fest in der europäisch-atlantischen Gemeinschaft verwurzelter Partner geworden: Das neue Deutschland gründete auf der in vierzig Jahren gewonnenen demokratisch-rechtsstaatlichen Stabilität der „alten" Bundesrepublik, nachdem die zweite deutsche Diktatur, die DDR, 1989 zusammengebrochen war.

Zum Lebensgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde seit 1949 der antitotalitäre Grundkonsens aller demokratischer Parteien und Richtungen: Wie kaum ein Staat zuvor

[1] Auszüge aus der Ansprache zur Eröffnung der Dokumentationsstelle am 20. 10. 1999.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entstand – und stand – die Bundesrepublik im Schatten der Katastrophe, die sie nicht verursacht hatte, aber deren Erbe sie nicht ausschlagen konnte und wollte, war es doch die Diktatur des nationalsozialistischen Deutschland gewesen, die diese Katastrophe im eigenen Land, in Europa und in der Welt herbeigeführt hatte. Anders als die DDR hat die Bundesrepublik von Beginn an diese Vergangenheit als Teil ihrer historisch definierten Identität begriffen und sich folglich ständig mit ihr auseinandergesetzt. Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit haben auf ihre Weise dazu beigetragen, das Bewußtsein für die nationalsozialistische Epoche der deutschen Geschichte wachzuhalten und zu schärfen.

In das Mahnmal- und Gedenkstättenprogramm der Regierungen konnte der Obersalzberg bisher nicht aufgenommen werden. Normalerweise handelt es sich um sogenannte „Opferorte". Auf dem Obersalzberg wurde niemand gefangengehalten oder gar umgebracht. Zwischen 1933 und 1945 befanden sich hier die Domizile nationalsozialistischer Täter. Der ausschlaggebende Grund lag aber nicht in der etwas künstlichen Unterscheidung zwischen „Opfer-" und „Täterort", sondern darin, daß deutsche Behörden bis 1995 keine Verfügungsgewalt über dieses Gebiet hatten. Sobald sie an die Bayerische Staatsregierung überging, beschloß diese ein Nutzungskonzept, zu dem von Beginn an die Errichtung einer Dokumentation über den Nationalsozialismus gehörte, mit dessen Hilfe die historisch-politische Bildung der Besucher gefördert werden sollte. Zugleich sollte damit einer verharmlosenden oder gar neonazistischen Verherrlichung dieses ehemaligen Hitlersitzes entgegengewirkt werden.

Die Bayerische Staatsregierung und das federführende Bayerische Staatsministerium der Finanzen erteilten nach Klärung der Vorfragen dem Institut für Zeitgeschichte den Auftrag zur Erstellung der Konzeption. Sie wurde in einem eigens eingesetzten Fachbeirat, dem neben einschlägig ausgewiesenen Zeithistorikern und Ausstellungsfachleuten auch die Vertreter des Freistaats Bayern, des Landkreises und der Gemeinde Berchtesgaden angehörten, gründlich beraten, bevor die Realisierung in Angriff genommen wurde.

Die Dokumentation auf dem Obersalzberg hat das Ziel, eine längerfristig angelegte Ortsgeschichte, die sich nicht auf die nationalsozialistische Epoche beschränkt, mit einem deutlichen Schwerpunkt in der Zeitgeschichte zu verbinden. Die Zufälligkeit des Ortes wird dabei ebenso deutlich wie die von der nationalsozialistischen Diktatur agitatorisch benutzte Idylle, die Hitler vor ebenso großartiger wie friedlicher Kulisse zeigt, während er und seine Funktionäre mit der Vorbereitung von Terror, Krieg und Massenmord beschäftigt waren. Ein schärferer Kontrast ist nicht denkbar. Dieses geradezu unglaubliche Spannungsverhältnis muß die Dokumentation durch die Wahl des Ortes und die Ausstellung selbst nutzen, zumal die Nationalsozialisten Bild und Inszenierungen für ihre äußerst effektive und moderne Propaganda virtuos einsetzten. Die bis heute entscheidende Frage lautet: Wie konnte es einem derartig fanatisierten und terroristischen System gelingen, zumindest zeitweilig die Zustimmung zwar keineswegs aller, aber doch großer Teile der Bevölkerung zu gewinnen? Wie konnte es die kollektive Illusion eines „nationalen Aufbruchs" erzeugen, die weit über den Kreis der Parteigenossen hinauswirkte? Wie konnte Hitler geradezu als Inkarnation „nationaler Erlösung", als Heilsbringer erscheinen?

Aus der schweren Krise der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, der „Urkatastrophe" des Jahrhunderts (George F. Kennan) resultierte eine Fülle fundamentaler Probleme für Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, für die es keine einfachen Lösungen gab, die na-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionalsozialistische Agitation aber suggerierte dies und schien so den Millionen Verzweifelten Hoffnung zu geben. Doch schloß die von ihr propagierte „Volksgemeinschaft" all diejenigen aus, die nicht in ihre rassistische Ideologie paßten: zuerst durch Ausgrenzung und Diffamierung, dann durch Verfolgung und Vernichtung. In der zutiefst inhumanen Ideologie gab es nur Freunde oder Feinde, Feinde wurden nicht politisch bekämpft, sondern physisch vernichtet; zur Verführung trat die Gewalt.

Die Dokumentation versucht exemplarisch, die zentralen Erscheinungsformen der nationalsozialistischen Diktatur zu veranschaulichen. Insofern handelt es sich im zeitgeschichtlichen Teil trotz der vergleichsweise geringen Ausstellungsfläche um die *erste umfassende Dokumentation* nationalsozialistischer Herrschaft, da sich alle anderen bisherigen Ausstellungen auf einzelne Aspekte der Diktatur beschränken. Hier jedoch werden Machtergreifung, Führungspersonal, „Volksgemeinschaft", Terrorapparat, Judenverfolgung und Völkermord, Widerstand, Außenpolitik und Zweiter Weltkrieg gleichermaßen dokumentiert. Und was für die Ausstellung gilt, gilt auch für den Band „Die tödliche Utopie"[2], der die Elemente eines Katalogs mit knappen sachthematischen Studien verbindet: In wissenschaftlich fundierten, aber für ein nichtwissenschaftliches Publikum geschriebenen Beiträgen wird hier ein in dieser Form neuartiges Kompendium über die nationalsozialistische Diktatur vorgelegt, das das Medium der Ausstellung für eine objektive Information und historisch-politische Aufklärung nutzt: Jeder Interessierte kann mit Hilfe dieses Bandes eine sichere Kenntnis über diese Epoche der deutschen Geschichte gewinnen.

Dabei ist die Bildquelle nicht nur für die Ausstellung ein essentieller Bestandteil, sondern auch für den Band: Zwar wird hier nur etwa die Hälfte der Exponate reproduziert, doch sind die Abbildungen aus dem bereits genannten Grund weit mehr als bloße Illustrationen. Das Regime selbst setzte wie kein anderes auf die agitatorische Wirkung der Bilder, der Inszenierungen und der Filme, seine Herrschaft wird in der Illusion des „schönen Scheins" wie des tatsächlichen Grauens anschaulich. Das Bild enthüllt wie kaum ein anderes Medium die Suggestion und die Realität. Bildquellen aber sind, wie nicht allein die in den letzten Jahren die Gemüter erhitzende, mißlungene sog. Wehrmachtsausstellung gezeigt hat, keine Quelle, die bloß für sich selbst aussagekräftig wäre. Werden, zum Teil aus dem historischen Zusammenhang gerissene, Photos in der Wehrmachtsausstellung selbst zum Mittel der Agitation (von fatalen Fehlern einmal abgesehen), so korrespondieren in der Dokumentation auf dem Obersalzberg und im Begleitband verschiedene Quellengattungen, die Texte ordnen die Exponate bzw. die Abbildungen historisch ein.

Ein ständiger Kontrast durchzieht die Konzeption der Ausstellung und die Konzeption des Bandes – ein Kontrast, der provoziert: Die Provokation liegt im Gegenstand und muß deshalb in Ausstellung und Buch wiederkehren. Wer diesen Kontrast übersieht oder übersehen will, der wird das Wesen der nationalsozialistischen Diktatur nie begreifen. Lassen Sie mich dies plakativ an zwei einfachen Beispielen verdeutlichen: Viele der auf dem Obersalzberg und am Königssee verkauften Broschüren enthalten Abbildungen des Berghofs, Hitlers oder Eva Brauns vor der herrlichen Berchtesgadener Bergwelt. Die Photos sind normalerweise echt, meist stammen sie von Hitlers Photograph Heinrich Hoffmann,

[2] Horst Möller, Volker Dahm, Hartmut Mehringer (Hrsg.), Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, München 1999 (im Selbstverlag des Instituts für Zeitgeschichte).

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der sich bereits 1920 Hitler angeschlossen hatte und zu dessen engsten Vertrauten gehörte. 1932 veröffentlichte Heinrich Hoffmann einen Band „Hitler, wie ihn keiner kennt. 100 Bilddokumente aus dem Leben des Führers", 1937 folgte das Buch „Hitler abseits vom Alltag. 100 Bilddokumente aus der Umgebung des Führers". Auf dem Umschlag posiert Hitler am Obersalzberg, sein Blick schweift nachdenklich über die Landschaft, das Photo suggeriert eine gewisse Erhabenheit, die Einsamkeit des Sehers. Die Photos zeigen Hitler, wie die Propaganda des Regimes ihren „Führer" seinem Volk zeigen wollte. Hitler mit Schäferhund, Hitler mit der kleinen blonden Bernile, dem „deutschen Mädel" 1934. Die Privatsphäre des allmächtigen Führers sollte anrühren, zur Identifikation führen: Hitler wie „du und ich".

Bringt man nur diese Photos, wie die erwähnten Broschüren, übernimmt man unwillkürlich die Perspektive, die das Regime gewollt hat. Ein so harmlos wirkender Privatmann mit väterlichem Gestus – das kann doch kaum das Machtzentrum einer derart monströsen Diktatur gewesen sein!? Ob gewollt oder ungewollt: Die bloße Reproduktion auf Hochglanzphotos, die nichts erklärt und den Kontrast zur Realität nicht vor Augen führt, wirkt verharmlosend. Die propagandistische Absicht des gerade auch mit Hilfe des Obersalzbergs in Szene gesetzten Führerkults wird zum unkritisch reproduzierten Führerkitsch.

Tatsächlich kann die Dokumentation auf solche Abbildungen nicht verzichten, weil anders der Führermythos nicht dargestellt werden kann. Doch neben den Erläuterungen und anderen Bildquellen steht die Auswahl der Themen, die die propagandistischen Absichten fortlaufend mit der Realität der Führerdiktatur konfrontieren. Da wird beispielsweise erläutert, was es mit dem für propagandistische Zwecke benutzten „deutschen Mädel" auf sich hatte: Hitler hatte das Mädchen im Sommer 1933 bei einer Massenveranstaltung in München entdeckt, es zu sich hinter die Absperrung kommen lassen und mit ihm für die Photographen posiert. Für die Öffentlichkeit wurde ein Briefwechsel zwischen „des Führers Kind Bernile" und „Onkel Hitler" inszeniert. Dieser Kontakt hielt bis 1938 an und wurde mit Bildern von Heinrich Hoffmann – auch solchen vom Obersalzberg – öffentlichkeitswirksam vermarktet. Eine Denunziation brachte aber schon im Dezember 1933 ans Licht, das Berniles Großmutter Jüdin war – nach der Einstufung der Nürnberger Rassegesetze von 1935 handelte es sich also bei dem Kind um eine sog. „Vierteljüdin". Martin Bormann und die Bayerische Politische Polizei drängten daraufhin Hoffmann, die Photos aus dem Verkehr zu ziehen, was dieser ablehnte, weil sie außerordentlich publikumswirksam waren. Offenbar konnte er auf Hitlers Unterstützung zählen, ließ dieser Bernile doch bis 1938 weiterhin auf den Berghof kommen, obwohl er über die jüdische Großmutter des Kindes informiert worden war. Die Heuchelei des Regimes und Hitlers wird allein schon an einem scheinbar so marginalen Beispiel der Photos offensichtlich. Erst im Mai 1938 wurden die Besuche Berniles verhindert, und der Chef der Führerkanzlei Philipp Bouhler stoppte die weitere Verbreitung der Photos.

Mit einem Schlag steht nun die rassistische Realität des nationalsozialistischen Regimes vor Augen, ließ doch der scheinbar so kinderliebe Führer zu Hunderttausenden ebenso niedliche Kinder wie Bernile zusammen mit ihren Eltern erschießen oder in den Vernichtungslagern fabrikmäßig ermorden, wenn sie jüdischer Herkunft waren oder anderen verfemten Minderheiten, beispielsweise den Sinti und Roma, angehörten: Konsequenterweise enthalten die Dokumentation und das Buch einen Abschnitt über diese grauenhafte Realität des nationalsozialistischen Regimes: eben über die sog. „Rassenpolitik", zu der der sechsmillionenfache Mord an den Juden aus 18 europäischen Ländern gehörte.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei war es nicht ein abstraktes Regime, das diese Verbrechen beging, sondern sein Führungspersonal, das sie zum Teil im so friedlichen Feriendomizil auf dem Obersalzberg plante und anordnete, und die vielen hunderttausend Ausführenden, die in den Terror- und Vernichtungsapparaten des Regimes tätig waren. Lassen Sie mich wiederum ein Beispiel aus unserer Dokumentation nennen:

In der Ausstellung finden sich beispielsweise Dokumente über die sog. „Aktion Reinhardt", die im besonderen Auftrag Himmlers der SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik in Lublin leitete, der frühere Gauleiter von Wien. Hinter dem Tarnnamen „Aktion Reinhardt" verbarg sich der von März 1942 bis Oktober 1943 organisierte Massenmord an mindestens 1,65 Millionen polnischen Juden aus dem Generalgouvernement in den eigens dafür errichteten Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka.

In den Tagebüchern von Joseph Goebbels, die das Institut für Zeitgeschichte herausgibt, heißt es unter dem Datum vom 27. März 1942 über die „Aktion Reinhardt": „Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im großen kann man wohl feststellen, daß 60% davon liquidiert werden müssen, während nur noch 40% in die Arbeit eingesetzt werden können. Der ehemalige Gauleiter von Wien, der diese Aktion durchführt, tut das mit ziemlicher Umsicht und auch mit einem Verfahren, das nicht allzu auffällig wirkt ... Man darf in diesen Dingen keine Sentimentalität obwalten lassen. Die Juden würden, wenn wir uns ihrer nicht erwehren würden, uns vernichten. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der arischen Rasse und dem jüdischen Bazillus."

So grauenhaft diese Verbrechen sind, niemandem, der sich mit der Geschichte der ideologisch aufgeladenen Diktaturen im 20. Jahrhundert befaßt – in diesem Fall der nationalsozialistischen –, kann die Konfrontation mit diesen Greueln erspart werden. Dem Besucher können aber auch andere Schrecken nicht erspart werden, die beispielsweise in wenigen Abbildungen zur Schlacht von Stalingrad (bei der Hitler jeden Ausbruchsversuch der eingekesselten 6. Armee untersagt hatte) zu sehen sind: In dieser Schlacht, die vom November 1942 bis Anfang Februar 1943 tobte, fielen von den 270000 eingekesselten deutschen Soldaten 146000, 90000 kamen in sowjetische Gefangenschaft – eine Gefangenschaft, die ähnlich mörderisch war wie die der sowjetischen Gefangenen in deutscher Hand. Die Gegenüberstellung einer kurz nach der Niederlage zum „Tag der Wehrmacht" 1943 gedruckten Postkarte mit der Aufschrift „Führer befiel, wir folgen – Stalingrad" mit einem sowjetischen Propagandaflugblatt, das sich an die eingekesselten deutschen Soldaten richtete, symbolisiert die Wirklichkeit: Auf der einen Seite der Postkarte ist eine Schneewüste in der sowjetischen Weite abgebildet, primitive Holzkreuze mit Stahlhelmen ragen in den grauen eintönigen Himmel, darunter steht: „Lebensraum im Osten".

Meine Damen und Herren, würden ausschließlich diese schockierenden Exponate gezeigt, so würde eines nicht deutlich: Warum konnte das nationalsozialistische Regime überhaupt 12 Jahre existieren? Warum konnte ein europäisches Kulturvolk wie die Deutschen, das im Laufe des letzten Jahrtausends seinen eigenen unverwechselbaren Beitrag zur Geschichte, zur Kultur, zur Christianisierung, zur Ziviliserung Europas geleistet hat, ein Volk, das summa summarum bis 1933 nicht besser und nicht schlechter dastand als die anderen großen Nationen Europas auch, solche Barbarei entfachen?

Wiederum haben wir es mit dem erwähnten Kontrast zu tun, konzentriert sich die Ausstellung doch nicht allein auf die innenpolitische Struktur der Herrschaft, den Terrorap-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

parat, den Krieg, die Massenverbrechen. Eine solche Beschränkung würde das Mißverständnis provozieren, daß es nach 1933 in Deutschland ausschließlich Verbrechen gegeben habe. Zu diesem Mißverständnis gehört, daß die Deutschen in ihrer Gesamtheit diese gekannt, ihnen zugestimmt oder sie mitbegangen hätten. Eine solche Sicht erklärt sich leicht aus der rückblickenden Perspektive späterer Generationen, trägt aber zur Erklärung der historischen Realität ebenso wenig bei wie die Behauptung, die insgesamt 18 Millionen Soldaten, die zwischen 1939 und 1945 für längere oder kürzere Zeit der Wehrmacht angehörten, seien Verbrecher gewesen.

Die historische Darstellung kann aber nicht darauf verzichten, Ursachen, Entstehung und epochenspezifische Merkmale eines Phänomens zu untersuchen, sowenig wie ein Richter und ein Pfarrer darauf verzichten können, nach dem Anteil des einzelnen Menschen an Schuld und Verantwortung zu fragen.

Jede historische Erklärung muß also die Frage beantworten, warum aus den 43,9 % derjenigen, die am 5. März 1933 in der letzten halbwegs freien Wahl die NSDAP wählten, bis 1935/36 aller Wahrscheinlichkeit nach eine absolute Mehrheit von Hitler-Anhängern geworden war – dies kann nicht mit den Massenverbrechen erklärt werden, die zum allergrößten Teil ja erst während des Kriegs begangen wurden, es kann auch nicht mit Terror und Furcht allein erklärt werden – einmal abgesehen davon, daß auch diejenigen, die 1933 Hitler wählten, nicht Auschwitz wählten – das lag jenseits des Vorstellbaren. Tatsächlich spielte neben Terror und Propaganda, neben Verführung, ideologischer Überzeugung oder Verblendung die scheinbare „Normalität" des alltäglichen Lebens in den sechs Jahren bis zum Beginn des Krieges eine entscheidende Rolle für die Akzeptanz des Regimes bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung.

Da sind einmal die tatsächlichen und vermeintlichen Erfolge in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit von mehr als 6 Millionen Menschen, der wirtschaftliche Aufschwung, die Bekämpfung des als „Schanddiktat" empfundenen Vertrags von Versailles, den vor 1933 auch alle demokratischen Parteien entschieden abgelehnt hatten, schließlich die scheinbar ständig wachsende außenpolitische Anerkennung des Deutschen Reiches: Gerade auf dem Obersalzberg wird diese internationale Anerkennung sinnfällig, hochgestellte Besucher aus zahlreichen Staaten lösten einander ab, sie residierten dort, wo heute auf dem Kellergeschoß des damaligen Gästehauses Hoher Göll unsere Dokumentationsstelle steht: Könige, Prinzen, Staatspräsidenten, Diktatoren wie Mussolini, aber auch demokratische Regierungschefs wie Neville Chamberlain oder der Herzog und die Herzogin von Windsor und, um ein Beispiel aus der Kultur zu nennen, der Nobelpreisträger für Literatur Knut Hamsun.

Wohl keiner dieser Besucher hielt Hitler für einen Massenmörder, sowenig wie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung dies tat. Die Fehleinschätzung oder Unterschätzung des Nationalsozialismus in Deutschland, aber auch in ausländischen Staaten war tatsächlich eine Voraussetzung für seine zeitweiligen Erfolge. Die Olympiade 1936 in Berlin schien die nationale und internationale Normalität des Regimes zu bestätigen, sie wurde durch eine überaus geschickte Propaganda virtuos für die Anerkennung des Regimes, aber auch die Vortäuschung seines Friedenswillens genutzt.

Im Innern spielte die politische Instrumentalisierung anfänglicher Erfolge eine wesentliche Rolle: Wir wissen heute, daß der wirtschaftliche Wiederaufschwung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1933/34 auch in Staaten einsetzte, in denen es keine Diktatur gab. Wir wissen, daß Hitler bereits auf dem Höhepunkt scheinbarer Friedfertigkeit um 1936/37 die Weichen auf Krieg gestellt hatte – die Zeitgenossen wußten es in aller Re-

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gel nicht. Und wer im Ausland vor Hitler warnte, beispielsweise deutsche Emigranten, fand kaum Gehör, wurde nicht selten sogar als Störenfried angesehen.

In Deutschland waren diejenigen, die nicht zu den verfemten Minderheiten gehörten oder als politisch Oppositionelle galten, von den gewalttätigen Zügen des Regimes zumindest in den Anfangsjahren kaum oder gar nicht betroffen; das Leben schien seinen gewohnten Gang zu gehen: Viele verheerende Folgen von Erstem Weltkrieg, Inflation, Wirtschafts- und Staatskrise, vor allem aber die Sinnkrise, in die das Scheitern der Demokratie von Weimar geführt hatte, schienen gemeistert zu sein. Von der Suggestion des Erfolgs gingen ebenso massenhypnotische Wirkungen aus (die bei fanatischen Hitler-Anhängern durchaus Züge kollektiven Wahns annehmen konnten) wie vom Programm der „Volkgemeinschaft", die die Illusion eines nationalen Gemeinschafts- und Hochgefühls erzeugte. Hier ging es allerdings nicht allein um die Schaffung und Inszenierung eines Mythos, sondern auch um sozial integrierende Institutionen, bei denen Zwangscharakter und Freiwilligkeit unauflöslich ineinander verwoben waren. Vom Volkswagen bis zu Ferienlagern und Volkswohlfahrt schien alles konsequent aufeinander bezogen, von der sozialen und politischen Gleichschaltung schienen unvermeidlicherweise nur die Herrschaftseliten des Regimes ausgeschlossen zu sein: Die durch die NSDAP bestimmten Hierarchien schienen geradezu die klassenlose Gesellschaft zu garantieren, in der Reich, Führer und Volk zu einer mystischen Einheit verschmolzen: Sie wurde in pseudosakralen Formen inszeniert. Auf dem Platterhof sollten „verdiente Volksgenossen" für den symbolischen Preis von einer Mark übernachten und ihrem „Führer" einige Tage nahe sein können. Die illusionäre Utopie fand immer mehr Gläubige, aber sie erwies sich spätestens im Krieg mehr und mehr als tödlich: für die Opfer zunächst, die sich auch innerhalb der deutschen Bevölkerung zuhauf fanden, am Ende aber ebenso für die Täter selbst.

Doch kann die Ausstellung sich nicht auf sie beschränken. Sie muß zugleich zeigen, daß es neben den Tätern, den Opfern und den Mitläufern, die sich so unauffällig wie möglich verhielten, auch solche Menschen gab, die eine realistische Einschätzung des Regimes von Beginn an hatten oder im Laufe seiner Herrschaft gewannen: die Emigranten sowie die Angehörigen des Widerstands, des zivilen, parteipolitischen, aber auch des militärischen vor und am 20. Juli 1944: Dieser Widerstand gegen die terroristische Diktatur entwickelte sich unter schwierigsten lebensbedrohlichen Bedingungen, viele der Beteiligten wurden buchstäblich zu Helden, aber auch zu Opfern; sie brachten dieses Opfer bewußt ihrem Gewissen und ihrer Nation.

Die Ausstellung muß die von mir nur an wenigen Beispielen verdeutlichte Vielschichtigkeit, den Schein und das Sein, die vermeintliche Normalität und den permanenten Ausnahmezustand dokumentieren, sie muß Widersprüchliches nebeneinander stehenlassen, um das Nachdenken anzuregen. Die Dokumentation nutzt den Obersalzberg bewußt, um diese Widersprüchlichkeit zu veranschaulichen. Folglich ist die Struktur der Ausstellung auf sie bezogen: Auf der Galerie wird das gezeigt, was als Normalität empfunden wurde, im Erdgeschoß die Realität des Regimes, in den zum kleineren Teil zugänglichen Bunkeranlagen das Grauen: Die erwähnte Diskrepanz zwischen Schein und Wirklichkeit kann der Besucher auf diese Weise sinnlich wahrnehmen. Dabei bildet die Unterwelt des Bunkers und das, was in ihm gezeigt wird, tatsächlich eine Einheit mit der scheinbar lichtvollen Außenansicht. Sie wird durch die Spiegelbildlichkeit demonstriert: So hat beispielsweise Bormann einen Bunker unter sein Haus gebaut, der minutiös dem Grundriß des Hauses nachgebildet ist, von den Kinderzimmern bis zur Speisekammer – ganz offenbar

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Illusion, wenn die Bombenangriffe vorüber seien, krieche man wieder hervor und mache weiter wie bisher: Grotesker kann der Realitätsverlust der nationalsozialistischen Führung kaum demonstriert werden.

* * *

Öffnungszeiten: 1. Mai–31. Oktober – Dienstag bis Sonntag 9^{00}–17^{00}
Letzter Einlaß 16^{00}
1. November–30. April – Dienstag bis Sonntag 10^{00}–15^{00}
Letzter Einlaß 14^{00}

* * *

Der Ausstellungsband „Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich", hrsg. von Horst Möller, Volker Dahm und Hartmut Mehringer, 576 S., Preis in der Ausstellung: DM 19,80 (im Buchhandel DM 29,80) kann bezogen werden unter der Bestelladresse/Orders to be sent to/Adresse de commande: buchdirekt, Ainmillerstr. 32, D-80801 München, Tel. ++49(0)89340206 22, Fax ++49(0)89340206 21, E-mail petra@buchdirekt-brd.de, Internet http://www.buchdirekt-brd.de

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

http://www.ifz-muenchen.de

DAS INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE IM INTERNET

Seit dem 16. November 1999 präsentiert sich das Institut für Zeitgeschichte im Internet mit einer eigenen Homepage.

Auf über 140 Web-Seiten bietet diese Informationen über Struktur, Geschichte, über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, über die Außenstellen sowie über alle aktuellen Forschungsprojekte und sämtliche Publikationen des Instituts. Benutzerinnen und Benutzer von Archiv und Bibliothek finden Bestandsübersichten, Sammelgebiete und Rechercheshinweise sowie Informationen zu Lage und Verkehrsanbindung des IfZ.

Die 2600 Titel umfassenden Zeitungsbestände des Archivs können online in einer Datenbank recherchiert werden. Weitere Findhilfsmittel, unter anderen zum OMGUS-Bestand (Office of Military Government of the United States) oder Personennachlässen, werden demnächst auf der Homepage angeboten.

Der direkte Internet-Zugang zum Bibliotheks-OPAC (Online Public Access Catalogue), der mit ca. 25000 Datensätzen die seit 1995 erworbenen Medien erschließt, ist für das Frühjahr 2000 vorgesehen. Schon jetzt können die OPAC-Bestände des IfZ über den Bibliotheksverbund Bayern recherchiert werden. Die Digitalisierung der jahrzehntelang geführten Zettelkataloge der Bibliothek und ihre Integration in den OPAC befinden sich in Planung. Eine Realisierung hängt von der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel ab.

Die laufenden Forschungsprojekte des Instituts werden auf der Homepage mit Kurzbeschreibungen vorgestellt, ebenso die vom IfZ erarbeitete Dokumentation auf dem Obersalzberg, Hitlers ehemaligem Alpendomizil. Die Website der Dokumentationsstätte, die unter anderem mit einer virtuellen Ausstellung einen Eindruck von ihrem Informationsangebot vermittelt, ist unmittelbar über einen Link zu erreichen.

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind, beginnend mit dem Heft 4/1999, mit den Inhaltsverzeichnissen und den Abstracts der Aufsätze auf der Homepage vertreten. Darüber hinaus enthält die Homepage das jeweils aktuelle Gesamtverzeichnis der Institutspublikationen sowie eine Übersicht und kurze Charakterisierungen seiner Reihen. Die neueren Nummern der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte werden mit Klappentexten präsentiert, außerdem enthält die Seite Hinweise auf die in Vorbereitung befindlichen Publikationen der Reihe.

Unter der Rubrik „Mitarbeiter" können Informationen über Tätigkeitsgebiete, Forschungsschwerpunkte und wichtigste Publikationen der im Institut tätigen Wissenschaftler abgerufen werden.

Darüber hinaus enthält die Homepage Informationen zur Gutachtertätigkeit des Instituts, Hinweise auf Lehrveranstaltungen der Mitarbeiter sowie eine Linksammlung und natürlich ein Gästebuch.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Hans-Peter Schwarz, Questions for the 20th Century.

The 20th century – a world historical epoch? Where do the caesura fall, where are the axes of meaning? Will the epoch from 1914–1945 endure as the paradigmatic age of catastrophe? Why did the period of catastrophes come to an end in the early 50's – at least in Western Europe? Were de-colonisation and the establishment of new states not more important in world history than the cold war? Was it an "american century"? The weight of personalities? The 20th century – a succession of failed efforts to check capitalism? What was really new about the 20th century? Nothing but farewells? What can we discern from the quick trip through the dense forest of historical questions?

Philipp Heyde, France and the End of Reparations. The Collapse of the French Concept of Stabilisation during the Worldwide Economic Crisis from 1930–1932.

Using German and long unknown French archival sources, the striking loss of power by France at the beginning of the thirties will be studied taking the issue of reparations as an example. The collapse of the French plan for stabilisation and the isolation in which the French increasingly found themselves internationally had two principal causes: the growing uncooperative attitude of their fellow German, American and British negotiators and the inadequacy of France's concept of stabilisation which did not take the interests of her partner states sufficiently into account. There were also domestic political obstacles. For too long the government apparatus in Paris sought to maintain the downward spiraling status quo caused by the worldwide economic crisis, rather than respond to the changing conditions. To free itself from this isolation, France was finally forced at Lausanne, under pressure from Britain, to agree more or less to cancel all reparations.

Wolf D. Gruner, The Persecution of the Jews and the Communities. On the Reciprocal Dynamics of National and Local Policies from 1933–1941.

In many accounts the way the persecution of the Jews was carried out appears inconsistent, indeed contradictory. The common practice in historical research till now has been to separate national and local policies. This article endeavours to combine the two by showing that *Reichsgesetze* between 1933–1938 were introduced primarily to facilitate the persecution of German Jews and that the interests of local officials determined what was actually done. A number of National Socialist mayors appointed in 1933 introduced anti-Jewish measures which went beyond political guidelines and the new laws promulgated by the government. At first such practices occurred at random, but soon the *Gemeindetag,* founded in 1933, sought contact with the ministries of the *Reich* and began to coordinate such actions as the expulsion of Jews from public swimming pools and other bathing facilities, as well as, the banning of Jewish business throughout the *Reich.* Although the National Socialist leadership condemned these "random acts" again and again, behind the scenes these initiatives undertaken by local authorities were supported. In short, local policies supplemented, indeed, replaced national policies. Till 1938, anti-Jewish segregation at the municipal level provided the impetus for anti-Jewish government measures. After the No-

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vember pogrom that year, however, the National Socialist leadership concluded that its expulsion policy had failed. Therefore, the decision was taken to shield the pauperized Jewish population from German society. Local authorities thereby lost their "innovative" role in creating separate Aryan/Jewish worlds. Within this framework of persecution, however, they did take over the responsibility for establishing ghettos for the Jews.

Christopher Oestereich, Controversial Representation. German Contribution to the World's Fair in 1958 in Brussels.

In 1958, the first World's Fair since the end of the Second World War took place in Brussels. There, on a stage whereon it competed with other countries, the Federal Republic of Germany had for the first time a broad opportunity to show what it was doing in social, technical and cultural areas. Since the GDR did not take part, the Federal Republic's exhibits alone called attention to the unsettled question of the unity of the divided land. This being so, the Federal Republic of Germany tried to present itself as sensitively as it could, particularly because of the heavy burden of its past. What Germany displayed was exclusively determined by a group of designers, architects and artists who had organized themselves in the *Deutsche Werkbund.* Striving for modernisation in art, industry and society, and using its broadly based contacts in politics and industry, the *Werkbund* concentrated intently on making Germany's contribution to the exhibit representative of aesthetics in postwar German society – without regard to conflicting political interests. The modernity of the German pavillion, its aesthetics shaped by humanistic and democratic principles underlined the transformation in the business community and in popular culture – a transformation which clearly ought to make Germany's integration into the international community easier.

Bernd Bonwetsch/Alexei Filitow, Khrushchev and the Building of the Berlin Wall. The Summit Meeting of the Warsaw Pact Nations from 3–15 August 1961.

Drawing upon official minutes stored in former Central Committee archives in Moscow, this essay documents the talks held by Warsaw Pact leaders from 3 August to 15 August 1961 during which the question of a peace treaty with Germany was discussed. The excerpts from the speeches given by the Communist leaders reveal that all were resigned to the fact that the West would not accept a treaty which included a provision establishing a so-called "free city of West Berlin". It was also clear that the "wooing away" of the GDR's work force, in other words the mass flight of its citizens to the West, could only be halted by closing the border between East and West Berlin, inasmuch as improvement of the GDR's economic situation seemed unlikely. Were the GDR to act alone, economic sanctions by the West had to be expected. The readiness of other Warsaw Pact members to support the GDR such an eventuality was definitely limited. Furthermore, the minutes make clear that for the Soviet leadership it was not ultimately a question of unity on the Berlin and German question, but a matter of strengthening the unity of Socialist countries under Soviet leadership which was threatened by China and Albania.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Hans-Peter Schwarz*, Ordinarius für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn und Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft (Lennéstr. 25, 53133 Bonn); veröffentlichte u. a.: „Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers" (Freiburg i. Br. 1962), „Handbuch der deutschen Außenpolitik" (München 1975), „Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949" (Stuttgart 1980), „Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957" (Stuttgart 1981), „Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963" (Stuttgart 1983), „Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit" (Stuttgart 1985), „Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952" (Stuttgart 1986), „Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967" (Stuttgart 1991), „Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne" (Berlin 1994), „Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten" (Berlin 1998).

Dr. *Philipp Heyde*, Lehrer für Geschichte und Latein (Haakestr. 38, 21075 Hamburg); veröffentlichte u. a. „Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932" (Paderborn 1998).

Dr. *Wolf Gruner*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (TEL 9-1, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin); veröffentlichte u. a. „Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt" (Berlin 1996), „Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943" (Berlin 1997), „Zwangsarbeit und Verfolgung österreichischer Juden im NS-Staat 1938–1945" (im Druck).

Christopher Oestereich, wissenschaftlicher Volontär am Museum für Kommunikation in Berlin (Leipziger Str. 16, 10117 Berlin); in Vorbereitung ist die Drucklegung der Dissertation „Formgebung, Design und gesellschaftlicher Wandel in der Nachkriegszeit. Deutscher Werkbund, Wirtschaft, Politik und die Rolle der Produktgestaltung in Westdeutschland nach 1945", veröffentlichte mehrere Beiträge zu dieser Thematik.

Dr. *Bernd Bonwetsch*, Professor für osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum (Universitätsstr. 150, 44801 Bochum); veröffentlichte u. a. als Mitherausgeber: „Sowjetische Politik in der SBZ: 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung der SMAD unter Sergej Tjul'panov" (Bonn 1998) sowie weitere Studien zur russischen und sowjetischen Geschichte.

Dr. *Alexei Filitow*, Professor und Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Geschichte der russischen Akademie der Wissenschaften (32 A Lenin-Prospekt, 117337 Moskau); veröffentlichte u. a.: „Germanskij vopros: ot raskola k obedineiju" (Moskau 1993) sowie Arbeiten zum Kalten Krieg und zur sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte